
Tobias J. Knoblich
**Kulturpolitik
der Weltbeziehungen**
Transformation,
Programmatik
und Geschichte

Tobias J. Knoblich
Kulturpolitik der Weltbeziehungen

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch
Pollux – Informationsdienst Politikwissenschaft



und die Open Library Community Politik 2024 – einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften:

Vollspensoren: Technische Universität Braunschweig | Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg | Eberhard-Karls Universität Tübingen | Freie Universität Berlin – Universitätsbibliothek | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Goethe-Universität Frankfurt am Main | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek | TIB – Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften und Universitätsbibliothek | Humboldt-Universität zu Berlin | Justus-Liebig-Universität Gießen | Universitätsbibliothek Eichstätt-Ingolstadt | Ludwig-Maximilians-Universität München | Max Planck Digital Library (MPDL) | Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn | Ruhr-Universität Bochum | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | SLUB Dresden | Staatsbibliothek zu Berlin | Bibliothek der Technischen Universität Chemnitz | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Universitätsbibliothek „Georgius Agricola“ der TU Bergakademie Freiberg | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek Erfurt | Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen | Universitätsbibliothek

Kaiserslautern-Landau | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universität Potsdam | Universitätsbibliothek St. Gallen | Universitätsbibliothek Vechta | Zentralbibliothek Zürich

Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | Bibliothek der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden | Bibliothek der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig | Bibliothek der Westsächsischen Hochschule Zwickau | Bibliothek der Hochschule Zittau/Görlitz, Hochschulbibliothek | Hochschulbibliothek der Hochschule Mittweida | Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) | Landesbibliothek Oldenburg | Österreichische Parlamentsbibliothek

Mikrosponsoring: Bibliothek der Berufsakademie Sachsen | Bibliothek der Evangelische Hochschule Dresden | Bibliothek der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig | Bibliothek der Hochschule für Bildende Künste Dresden | Bibliothek der Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ Dresden | Bibliothek der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig | Bibliothek der Palucca-Hochschule für Tanz Dresden | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte | Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Tobias J. Knoblich

Kulturpolitik der Weltbeziehungen

Transformation, Programmatik und Geschichte

[transcript]

Die Druckkosten des vorliegenden Bands werden gefördert durch Zuwendungen der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien an die Kulturpolitische Gesellschaft e.V.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 Lizenz (BY-SA). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell, sofern der neu entstandene Text unter derselben Lizenz wie das Original verbreitet wird.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2024 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Tobias J. Knoblich**

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat: Dr. Hartmut Pietsch, Duisburg

Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

<https://doi.org/10.14361/9783839471692>

Print-ISBN: 978-3-8376-7169-8

PDF-ISBN: 978-3-8394-7169-2

EPUB-ISBN: 978-3-7328-7169-8

Buchreihen-ISSN: 2702-9085

Buchreihen-eISSN: 2702-9093

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Einleitung	9
1. Kulturpolitik und gesellschaftlicher Wandel	13
1.1 Kulturpolitik der Weltbeziehungen	13
1.2 Kulturpolitik in der Krise des Allgemeinen	20
1.3 Transformatorische Kulturpolitik und adaptives Kulturmanagement	46
1.4 Das Soziale in der Kulturpolitik. Zur Transformation des Sozialstaats	63
1.5 Weltkultur: Kulturgüter, Monumente, Bräuche	68
1.6 Kulturpublizistik und Resonanz	79
2. Zur Programmatik und Geschichte von Kulturpolitik	85
2.1 Kunst der Freiheit	85
2.2 Narrative und neue Erzählungen	94
2.3 Kulturpolitik und Kulturökologie. Für ein neues Narrativ der kulturellen Einbettung ...	108
2.4 Elemente einer Theorie der Kulturpolitik. Zur Bedeutung der Kulturpolitikgeschichte	131
2.5 Kulturpolitik als Kunst und Wissenschaft	144
3. Kulturpolitische Resonanzen und Dissonanzen	153
3.1 Warum Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz gehört	153
3.2 Verfassungskultur und Deutsche Einheit	162
3.3 Kulturpolitik nach der »Wende«. Verständnis und Missverständnisse	167
3.4 Zum Verhältnis zwischen Kultur und Politik	173
3.5 Die »Alternative für Deutschland« und rechte Kulturpolitik	178
3.6 Die Stadt und ich. Über Städtebau und Identität – eine Resonanzstudie	188
3.7 Städtebau der Migration. Zur kulturellen Transformation des Siedelns	197
3.8 Kultur und Stadtentwicklung. Krise der Innenstädte oder Funktionswandel?	210
Literaturverzeichnis	217

In dem hochkomplizierten Gebilde einer demokratisch gegliederten Gesellschaft und ihrer partikularen Egoismen kann weder die Kultur noch die Wissenschaft gedeihen ohne die ordnende Hand, die der Politik das ihre gibt und sorgt, dass sie nicht zu viel nimmt, das heißt die garantierte Autonomie dieser kulturfördernden Organisationen schützt und stärkt.

PETER WAPNEWSKI: MIT DEM ANDEREN AUGE. ERINNERUNGEN
1959-2000, BERLIN 2006, S. 104

Am Ende beginnt die Große Transformation mit dem Engagement von Einzelnen – aber nicht nur am Einkaufsregal, sondern in der Rolle als Pionierinnen und Pioniere des Wandels, die Wissen, Haltung und Fähigkeiten miteinander kombinieren und kontinuierlich im eigenen Handeln kultivieren.

UWE SCHNEIDEWIND: DIE GROßE TRANSFORMATION. EINE EINFÜHRUNG
IN DIE KUNST GESELLSCHAFTLICHEN WANDELS, FRANKFURT A.M. 2018, S. 475

Einleitung

Die hier vorgelegten Texte, die neben der Praxis mehr oder minder anlassbezogen entstanden sind und nachträglich erst zu einer relativen Ordnung fanden, ergeben kein Handbuch der praktischen Politikberatung oder der Projektarbeit. Über gutes Kulturmanagement und Fallbeispiele erfolgreichen Kulturschaffens gibt es genügend Literatur, auch über aktuelle Probleme der Kulturpolitik und zeitgemäße Governance. Als angewandte Kulturpolitik verstehen sich die Texte gleichwohl trotzdem: Das Anliegen dieser Textsammlung besteht darin, den Reflexionshorizont von Kulturpolitik auszuleuchten, gesellschaftliche Veränderungsprozesse auf dieses Feld zu beziehen und Grundlagen kulturpolitischen Handelns zu diskutieren. Notwendigerweise kommt es aufgrund der Textgenese hier und da zu Redundanzen, die aber – nicht zuletzt zugunsten auch selektiver Lesbarkeit¹ – belassen wurden. Außerdem sollte die Eigenständigkeit der einzelnen Texte erkennbar bleiben. Eine Monographie wäre anderen Grundsätzen gefolgt, hier aber liegt das Konvolut eines reflektierenden Praktikers vor, der zwischen Kommunalpolitik und Gesamtbetrachtung des Systems von Kulturpolitik in Deutschland, teilweise unter Berücksichtigung internationaler Verflechtungen, oszilliert, wie es sein Tätigkeitspektrum erfordert.

Die Programmatik dieses Buches, die den soziologischen Erkundungen Hartmut Rosas entlehnt und von der Überzeugung getragen ist, dass auch Kulturpolitik vitale Resonanzen benötigt, um in Zeiten rasanter Transformationsprozesse wirken, Beiträge für eine gelingende Zukunft sozialen und planetaren (Über-)Lebens erbringen zu können, diese Programmatik ist eine unfertige, im Denkprozess befindliche, zu deren Diskussion und Weiterführung aufgefordert sein soll. Die Beiträge selbst verstehen sich größtenteils als Arbeitstexte, essayartige, teils verdichtete Annäherungen an jenen Themenkreis, den ich für relevant und diskussionswürdig erachte. Sie sind von einer kritischen, offenen Zugangsweise geprägt und folgen keiner affirmativen, Kultur stets preisenden Rhetorik, wie sie Politikerinnen und Politiker oft verwenden, wenn sie auf Praxis treffen oder in Veranstaltungen über die

1 Zur Lesbarkeit gehört auch die Entscheidung, im Text in der Regel das generische Maskulinum zu verwenden und damit geschlechtsabstrahierend zu argumentieren.

Bedeutung des Feldes reflektieren (sollen). Mir geht es um die realen Herausforderungen des Wandels, Einblicke in Entwicklungen und ihre historischen Bezüge sowie ein Plädoyer für die abstrakten Aspekte, die oft oberflächlich diskutiert werden, etwa die Rolle des Verfassungsrechts für die Kultur, das für mich mehr als Symbolpolitik oder – in Gestalt des Grundgesetzes – ein vor Überfrachtung zu schützendes Heiligtum darstellt. Alles in allem geht es um die Kraft von Veränderungen, auch in der Art und Weise, wie wir über das Feld reden und es in sich dramatisch verschiebende Bedingungskoordinaten einzupassen versuchen. Die Geschichten, die wir dabei zu erzählen wissen, sind von entscheidender Bedeutung für die Antizipation künftiger Politiken, sie gehen der tatsächlichen Veränderung voraus. Hier möchten die folgenden Überlegungen Denkanstöße geben, Impulse setzen und zur Vertiefung des Wissens über die aufgeworfenen Komplexe ermutigen.

Kulturpolitik bedeutet aktive Verantwortung, auch gestaltendes Risiko; das erkannten bereits diejenigen Aktivisten, die den programmatischen Wechsel von der »Kulturpflege« zur Kulturpolitik in der jungen Bundesrepublik erzwangen, die Kultur der Sphäre des Kurativen entzogen, um sie dem Fluss gesellschaftlicher Bedürfnisse auszusetzen. Schließlich ist die Kultur keine Patientin, die es durch die Zeiten zu hieven gilt – bei allem Wertvollen und Bewahrenswerten, das es zweifelsohne gibt. Den gewonnenen, später von der UNESCO bestätigten »weiten Kulturbegriff« versetzten sie in eine konjunkturelle Spannung. Waren es damals Fragen der Kommunikation, der Kapitalismus- und Stadtkritik sowie der sozialen Verantwortung für Künstlerinnen und Künstler oder der Unterstützung neuer Ausdrucksformen und Institutionen – vor allem solcher der Zivilgesellschaft –, so kehren diese nun in einer ungleich unübersichtlicheren, hoch transformativen Gesellschaft wieder, ergänzt um Individualisierungsfolgen und revolutionäre Prozesse: eine von technologischen Veränderungen intonierte Kultur der Digitalität und eine Kultur der Nachhaltigkeit, die sich aus unseren Erkenntnissen um Ökologie und Klimawandel konturieren. Das Neue indes begegnet uns in Gestalt eines ästhetisierten Kapitalismus neuer Verwertungsqualitäten (der freilich auch die Kultur- und Kreativwirtschaft prosperieren lässt) sowie als Dispositiv einer kreativen Gesellschaft, die das Ästhetische der Sphäre eines gesonderten Wirkungsbereichs deutlich entgrenzt hat. Hierin findet Kulturpolitik ein anspruchsvolles Beziehungsgefüge, das sie zukunftsorientiert zur Sprache und Praxis bringen muss, erneut in eine konjunkturelle Spannung zu setzen vermag.

Auch die Sorge um die Demokratie kehrt wieder: War es einst im Angesicht des Aufbaus der jungen Bundesrepublik das Diktum »Mehr Demokratie wagen!« (1969), das kulturpolitisch durch den Impuls der Abschlusserklärung des Europaratssymposiums von Arc et Senans (1972) zum Programmbegriff einer *Kulturellen Demokratie* verdichtet worden war, also die Forderung nach einer dezentralen und plura-

listischen Kultur aufmachte², sind es heute erstarkte autokratische Systeme und Tendenzen, bis hin zu einem Kulturkampf von rechts, die die Sicherung einer auch kulturell gefestigten liberalen Demokratie notwendig machen. Narration und Programmik sind also gefordert, Kulturpolitik für Demokratie immer wieder neu zu untersetzen.

Anschließen möchte ich mit dieser Art der schreibenden Denkarbeit an die Tradition jener Praktikerinnen und Praktiker mit teils wissenschaftlicher Neigung, die die Neue Kulturpolitik seit den 1970er Jahren programmatisch untersetzt und mit gesellschaftspolitischen Themen aufgeladen, also zu der Kulturpolitik gemacht haben, die wir heute methodisch anwenden. Um einige Namen zu nennen: Hermann Glaser, Hilmar Hoffmann, Olaf Schwencke, Alfons Spielhoff, Karla Fohrbeck oder Siegfried Hummel; später dann etwa Dieter Rossmeissl und Oliver Scheytt. Sie und andere haben auf aktuelle Debatten, künstlerische und wissenschaftliche Entwicklungen interdisziplinär reagiert, diese eingeordnet, ausgedeutet und damit Impulse für die gesellschaftliche Programmierung von Kulturpolitik gegeben. Schließlich entsteht und entwickelt sich Kulturpolitik nicht durch normative Setzungen und ihre Verrechtlichung, sondern durch eine Debattenkultur, Überzeugungen und die Organisation spezifischer Freiheitsräume – für die *auch* Spezialgesetze entwickelt werden können. Sie setzt Wissen um Prozesse voraus, Lust am Nachdenken über die Bedingungen gelingender Gesellschaft und die Neugier, Zusammenhänge zu entdecken und das Feld wirksamer kultureller Gestaltung abzustecken.

Die Texte spannen einen weiten Bogen, bilden aber gleichwohl das Spektrum kulturpolitischer Ideenbildung und Handlungsfelder nicht vollständig ab. Im ersten Teil wird die Idee der Denkfigur einer »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« im Horizont wichtiger gesellschaftlicher Transformationen entwickelt; hier finden sich auch einige kultursoziologische Einordnungen sowie globale Einflüsse dargestellt, fokussiert auf den postkolonialen Diskurs und wichtige völkerrechtliche Kulturabkommen. Schließlich wird die Rolle von Kritik in der Kulturpolitik beleuchtet und selbst an verschiedener Stelle Kritik geübt. Der zweite Teil wendet sich der Programmik und Geschichte von Kulturpolitik zu, in seinem Zentrum steht die Entwicklung des Herzstücks einer »Kulturpolitik der Weltbeziehungen«, nämlich das Postulat einer kulturökologischen Fokussierung und eines adaptiven Kulturverständnisses, das Grenzen der Entwicklung anerkennt und zu einem neuen systemischen Verständnis des Lebens, Produzierens und Sinnstiftens findet. Dabei werden auch philosophische und formative Aspekte wie die Bedeutung von Freiheit, Kunst und Wissenschaft für die Kulturpolitik fruchtbar gemacht. Im dritten Teil geht es um Resonanzfelder (oder auch Dissonanzen): die kulturpolitische Aufladung des Verfassungsrechts, das Verhältnis zwischen Politik und Kultur oder die Verbindungen zwischen Stadtentwicklung und Kultur. Auch die Echokammern einer neurechten Kul-

2 Vgl. Stichwort »Kulturelle Demokratie«, in: Schwencke, Bühler, Wagner 2009, S. 94.

turpolitik werden als Gegenpol der programmatischen Standortbestimmung aus-
gesprochen.

Manches ist gewiss überzeichnet, provokant, verkürzt – aber kritisch immer, getragen vom ehrlichen Erkenntniswunsch, die Rolle von Kulturpolitik heute zu erfassen und sie zu stabilisieren, wo möglich zu Formeln zu verdichten. Es ist bei allen Herausforderungen schwerer geworden, auf diese Weise zu diskutieren und die verändernde Kraft der Kulturpolitik zu behaupten, da zweierlei untrüglich an Einfluss gewonnen hat: ein Pragmatismus des Machens und ein Populismus der Verkürzungen, der reduzierten Handlungsketten, der Menschen einfache Antworten auf voraussetzungs- und beziehungsreiche Fragen geben und sie im Bild einer Welt stetiger Verbesserung, stetigen Fortschritts (ein altes Versprechen der Industriemoderne) wiegen möchte. Den Fortschritt in technologischer Hinsicht gibt es unzweifelhaft, sogar exponentiell, aber er ist nicht mehr an die Verfügbarmachung der Welt zu binden, sondern in Entwicklungen zu überführen, die uns binden, begrenzen, in der Welt neu positionieren. Das ist mit großen Ungleichzeitigkeiten verbunden, die im Widerspruch zu unseren linearen Modellen der Wohlstandserfahrung und Ausdehnung stehen, die uns auch eine additive Kulturpolitik verursachen.

Ein gänzlich optimistisches Bild hat Kulturpolitik noch nie ergeben, da sie bei allem Reichtum an Kultur und menschlicher Kreativität immer ein Orchideenfach geblieben ist und problemzentriert argumentiert, also stets aufs Neue um Geltung, Konzepte, Einfluss ringt, den Finger in unterschiedliche Wunden legt. Und weil sie der Sphäre der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben zugewiesen ist, kein hartes, normiertes, stabiles Feld behaupten kann, immer gegen ihre Marginalisierung kämpft, insbesondere auf kommunaler Ebene, wo ohnehin häufig der Einzelfall und weniger ein Handlungssystem regiert.

Umso wichtiger, breiten Einfluss zu reklamieren, die Bedeutung von Kulturpolitik in der Dynamik transformatorischer Prozesse zu behaupten und zu untersetzen. Dazu will das Buch einen Beitrag leisten. Es verdankt sich den Einsichten zahlreicher Diskussionen und Ratschläge, für die ich an dieser Stelle herzlich danken möchte, insbesondere den Mitgliedern und dem Vorstand der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.*, die auch das Buch in ihre Reihe »Edition Umbruch« aufgenommen hat. Vor allem danke ich Dr. Henning Mohr, der den Vorschlag eingebracht und mich ermutigt hatte. Anreger und Diskussionspartner waren zahlreich, nennen möchte ich – für unterschiedliche Kontexte, Anlässe, Gespräche über Bücher und politische Lagesondierungen – Dr. Norbert Sievers, Prof. Dr. Oliver Scheytt, Prof. Dr. Birgit Mandel, Prof. Dr. Dieter Haselbach, Dr. Dieter Rossmeißl und die Kolleginnen und Kollegen des Kulturausschusses im Deutschen Städtetag, der traditionell eine großartige Plattform für Debatten bietet, unter dem gegenwärtigen Vorsitz von Dr. Skadi Jennicke.

1. Kulturpolitik und gesellschaftlicher Wandel

1.1 Kulturpolitik der Weltbeziehungen

»Eine Ahnung oder
Ein Bewusstsein über die Richtung zu haben
Heißt, in einer Erzählung zu leben [...]«¹

Kulturpolitik kommuniziert sich und überzeugt nur dann, wenn sie – wie andere Politikfelder auch – treffende Bilder, Geschichten und programmatische Zuspitzungen ausprägt. »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« ist, Bezug nehmend auf Hartmut Rosas Topos der *Weltbeziehung*, solch eine Zuspitzung, die das Feld öffnen soll für Resonanz², nachhaltiges soziales und umweltbezogenes Handeln. Welt als gesamtheitlicher Begriff ist dabei gerichtet auf das Planetare wie auch das Soziale, da nur durch bewusste Einbettungsstrategien eine Haltung erzeugt werden kann, die Wachstum, Verbrauch, Geltungsdrang und Repräsentation, also all jenes, was unser westliches Kulturmodell prägt und auch eine additive Kulturpolitik lange Zeit prägte, überwinden kann, die integrativ, inklusiv und auch ethisch in einem umfassenden Sinne wirksam wird. Diese Kulturpolitik ließe sich aus den gegenwärtigen ungerichtet verlaufenden Transformationsprozessen entlehnen, als Narrativ entwickeln, das eine neue Handlungsrationalität erzeugen hilft, programmatisch verdichtet und konzeptionell operationalisiert werden kann. Es geht also um einen »kulturellen Paradigmenwechsel«, der auch ein kulturpolitischer Paradigmenwechsel sein muss: »Nicht die *Reichweite*, sondern die *Qualität* der Weltbeziehung soll zum Maßstab politischen wie individuellen Handelns werden. Als Maßstab für Qualität wiederum kann und soll dann nicht mehr die Steigerung, sondern die Fähigkeit und Möglichkeit zur Etablierung und Aufrechterhaltung von Resonanzachsen dienen, während *Entfremdung* (auf der Seite der Subjekte) und *Verdinglichung* (auf der Seite der Objekte) als Seismographen der Kritik fungieren können.« Es ginge also um eine auch kulturpolitisch untersetzte Postwachstumsgesellschaft, die Wiedereinbettung

1 Düffel 2022, S. 22ff.

2 Vgl. Rosa 2016.

der wettbewerblichen, marktorientierten Handlungen in das »soziokulturelle Leben der Gesellschaft«³ sowie seine Sinnressourcen, kreativen Räume und Erinnerungsformen.

Megatrends und Transformationen

Im Fokus steht heute die Frage nach der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Transformationsprozesse, über die in aller Breite diskutiert wird. Führende Agenturen für Zukunftsforschung identifizieren vor allem die folgenden Megatrends, die als Transformationstreiber wirken: (1) Ressourcenknappheit, Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit (Klimawandel, Leben mit der Welt/Begrenzung), (2) Technologischer Fortschritt (Digitalität, Künstliche Intelligenz), (3) Globalisierung und soziale Veränderungen (Wertewandel, Migration), (4) Demographische Veränderungen (Alterung, Segregation) und (5) Urbanisierung (weltweite Verstädterung, Mobilität). Sie begegnen uns in Kulturpraxis wie Kulturpolitik bereits auf unterschiedliche Weise, zunehmend in großer Dringlichkeit.⁴

Diese Trends lassen sich einordnen in das Bild einer Zeitenwende, einer weitreichenden, von Wechselwirkungen und Überlagerungen gekennzeichneten Wandlungskonstellation, die inzwischen als »Great Transformation« beschrieben wird.⁵ Verbunden ist sie mit einer Krise der Demokratie beziehungsweise des westlichen Kulturmodells, denn fortschreitende Individualisierungsprozesse unterminieren die Kräfte und geltenden Vereinbarungen kollektiver Gestaltung, es kommt zu einer veränderten Form der Vergemeinschaftung, die Andreas Reckwitz mit dem Bild einer spätmodernen »Gesellschaft der Singularitäten« charakterisiert hat. Vorherrschende Wachstums- und Wohlstandspfade blockieren zukunftsfähige Entwicklungen. Sie folgen zudem nicht mehr der Idee eines allgemeinen Fortschritts, sondern konzentrieren sich auf die Gegenwart, eine »Affektivität des Jetzt« und die Herstellung individueller Einzigartigkeit.⁶ Bisher gesellschaftlich marginalisiertes kann so zwar mehr Aufmerksamkeit erlangen, die Zone eines Allgemeinen und die Kraft gesamtgesellschaftlicher Steuerung aber schwinden dahin.

3 Rosa 2016, S. 725/726 (Hervorhebung im Original).

4 Vgl. beispielhaft die Publikationstrilogie der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. zusammen mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe »Kultur in Bewegung«, die sich mit Zukunftsthemen der Kultur befasst. Die Hefte stehen zum Download zur Verfügung unter <http://kupoge.de/kultur-in-bewegung-agilitaet-digitalitaet-diversitaet/>. Vgl. ferner den Blog #neueRelevanz. Eine Kulturpolitik der Transformation unter <https://kupoge.de/blog/> bzw. Reiner, Sievers, Mohr 2023.

5 Vgl. Schneidewind 2018. Als Bezugspunkt und Vertiefung der ökonomischen Voraussetzungen vgl. Polanyi 2021. Für politische Implikationen der letzten Jahrzehnte vgl. Ther 2019.

6 Vgl. Reckwitz 2017, S. 429ff.; Kap. 1.2.

Unser Verhältnis zur Umwelt wird beschrieben als neue erdgeschichtliche Epoche, als Anthropozän. Das vom Menschen Gemachte, von ihm global Beeinflusste, fällt inzwischen so gravierend aus, dass es zur ökologisch treibenden Kraft geworden ist. Die Unterscheidung zwischen Natur und Kultur gerät ins Wanken, der Mensch gibt sich als Naturgewalt.⁷ Zugleich verlagert sich die kulturelle Evolution stärker in die Sphären von Wissen und Technologie. Sie wird inzwischen als eine epistemische beschrieben, indem sich die »Wissensökonomie von einer zufälligen in eine notwendige Bedingung für die Bewahrung, das Teilen und die Weiterentwicklung der Errungenschaften der kulturellen Evolution im globalen Maßstab verwandelt hat.«⁸ Welche Rolle die digitale Transformation im Verbund mit technologischen Folgeentwicklungen und Künstlicher Intelligenz dabei wirklich spielen wird, bleibt abzuwarten, aber die regulatorische Notwendigkeit im Anthropozän ist klar: Der Mensch muss sich begrenzen, sein Verhältnis zur Welt verändern. Selbst von »protektiver Technokratie« wird inzwischen gesprochen, die den Menschen vor den Folgen seiner eigenen Unzulänglichkeiten bewahren könnte, indem er die Entscheidung über zentrale Weichstellungen einer Künstlichen Intelligenz überlässt.⁹

Vom Wachstum zur Anpassung

In Anbetracht dieser Transformationsprozesse und Perspektivierungen deutet sich auch eine Transformation der gesellschaftlichen Erzählung an: Die Wende vom Fokus einer *ökonomischen Entwicklung* (die kontinuierliches Wachstum bedeutet) zur *Nachhaltigkeit*, die als kulturelle Revolution aufgefasst wird, Entwicklung und Umwelt aufeinander bezieht.¹⁰ Sie überwölbt gleichsam alle Veränderungsprozesse und beschreibt den Kern nicht nur der neuen Formation des Diskurses, sondern auch der Dynamik künftiger Politiken. An die Stelle von Wachstum tritt zunehmend Anpassung. Und wo es Wachstum gibt, geht es einher mit der Synchronisierung von Entwicklung und Kontext, versteht sich also als »adaptives Wachstum«¹¹, ferner als resilientes Wachstum, da auch Krisen auf Dauer gestellt sein werden und Widerstandskraft, Lern- und Veränderungsbereitschaft sowie Agilität zum Arsenal künftiger Handlungsfähigkeit gehören müssen.

Der Wachstumsbegriff erfährt damit eine Akzentverschiebung. Weiterentwicklung bedeutet nicht mehr unbedingt Ausdehnung, Reichweitenvergrößerung und selbstreferenzielles Mehren, sondern reflexive Einbettung, Arbeit an den

7 Vgl. Horn, Bergthaller 2019, S. 59ff.

8 Renn 2022, S. 629.

9 Staab 2022, S. 178ff.

10 Vgl. Schneidewind 2018, S. 107ff.

11 Wie beim Wachstum eines Baumes, das man als dynamisches gar nicht direkt beobachten kann: stetige Anpassung an die herrschenden Bedingungen.

Grenzen von Verfügbarkeit¹² und Herstellung neuer Sinnbezüge. Corine Pelluchon beschreibt dies als Einbettung des Menschen in eine Welttotalität, die seine Milieuabhängigkeit anerkennt: »Existieren heißt nicht nur, aus sich heraus- und auf die Welt zuzugehen, ob es sich nun um eine Welt von Werkzeugen handelt, um die soziale Welt oder um die als Sprungbrett für seine [des Menschen] Freiheit verstandene Umwelt.«¹³ Wir sind *mit* der Welt und *durch* die Welt. Unser Verständnis von Kultur muss sich zwischen zwei Dimensionen neu einpegeln: Kultur als liminalem Raum permanenter Veränderung, Aushandlung und Innovation (Kulturpolitik der Transformation) sowie Kultur als resonantem Raum in Hinblick auf Grenzen, Respekt und Einpassung (Kulturpolitik der Adaption). Das Liminale drängt nach Entwicklung, das Resonante bezieht diese aber auf kollektive Bindungen und unser planetares Gebundensein. Resonanz spricht Umwelt im doppelten Sinne an: als soziale Welt und Summe der natürlichen Ressourcen. Erst eine Kulturpolitik, die Transformation und Adaption verbindet, scheint mir wegweisend.

Auf dem Weg zu einem solch zukunftsfähigen Weltverständnis spielt der völkerrechtliche Beschluss der UNO-»Agenda 2030« (2015) mit 17 nachhaltigen Entwicklungszielen oder »SDGs« (Sustainable Development Goals) eine maßgebliche Rolle. Das »Tutzinger Manifest« von 2001 hatte bereits die kulturell-ästhetische Dimension von Nachhaltigkeit als wesentlich herausgearbeitet. Es gilt, sie endlich umfassend zu verfolgen. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Agenda 2030, fällt auf, dass die von der UNESCO als Lebensweise aufgefasste Kultur gar kein eigenständiges Entwicklungsziel (SDG) beansprucht, wenngleich es doch um eine ökonomische, technologische, politisch-institutionelle und zuvörderst wohl kulturelle Wende geht. Zwar kann man Kultur und Kulturpolitik als Querschnittsaufgaben begreifen, doch muss man ihnen unbestritten auch eine spezifische Rolle im Prozess grundlegender Wandlungen zuweisen. Die Stadt Augsburg hat in ihren Zukunftsleitlinien Kultur explizit zu einer Dimension der Nachhaltigkeit erhoben und knüpft damit an die jahrhundertelange Erfahrung mit ihrem Wassermanagementsystem an, das seit 2019 zum UNESCO-Welterbe zählt; zudem erhielt die Stadt im Jahr 2021 den Kulturpolitischen Zukunftspreis KULTURGESTALTEN der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* Er würdigt die Stellung der Kultur als vierte Dimension innerhalb der Augsburger Zukunftsleitlinien, die den Rahmen des Nachhaltigkeitsverständnisses setzt, aus dem heraus in den drei anderen grundlegenden Dimensionen (Ökologie, Soziales, Wirtschaft) gehandelt wird.¹⁴

12 Vgl. Rosa 2018.

13 Pelluchon 2020, S. 90.

14 Vgl. Enninger 2023, S. 162ff.

Neue Narration für die Kulturpolitik

Kulturpolitik kann dazu beitragen, Mentalitäten, Denkweisen und Repräsentationen zu verändern. Sie verhält sich auch nicht affirmativ zu den Transformationsprozessen, da diese selbst mit negativen Wirkungen behaftet sind, sondern sie fragt im Sinne Hartmut Rosas, wie »zwischen individueller Selbstwirksamkeit und Selbstwahrnehmung sowie gesellschaftlicher Verankerung nachvollziehbare Zusammenhänge« herzustellen sind.¹⁵ Es geht folglich nicht nur um das Überwinden von Routinen und Pfadbindungen, sondern auch die Einübung eines kritischen Umgangs mit neuen Verhaltensweisen, Technologien oder sozialen Verwerfungen durch Veränderung. So hat die Digitalität massive, aber nicht nur positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Demokratie: Sie weitet Teilhabemöglichkeiten sehr stark aus, zersetzt aber auch durch ihre Medien und Formen der Kommunikation den Diskurs, führt im schlimmsten Fall zur Herrschaft der Information ohne Orientierung und Konsens.¹⁶ Daraus ergibt sich nicht zuletzt eine Krise der Narration selbst¹⁷, der mit der Suche nach einer adäquaten kulturpolitischen Erzählung unserer Zeit entgegengewirkt werden soll.

Der Fortschrittsbegriff kommt, wie von Reckwitz beschrieben, nicht mehr dafür in Frage, Zukunft zu projektieren; Philipp Staab spricht aufgrund der starken Subjektivierung unseres Fortschrittsverständnisses vom »halbierten Fortschrittsbegriff der Spätmoderne«.¹⁸ Er plädiert alternativ für eine auf den ersten Blick paradoxe »adaptive Rebellion« und beschreibt die Klimaschutzbewegung als ein Beispiel für Fortschrittsverzicht, das individuelle und kollektive Praxis verbinde und Selbsterhaltungskonflikte herausstelle. Es käme darauf an, ein positives Verständnis von Anpassung zu erzeugen, bei dem die kulturelle Orientierung von Selbsterhaltung auf Selbsterhaltung umgestellt und auch die gesellschaftliche Rason darauf ausgerichtet würde.¹⁹ Angesprochen ist damit die Wohlstands- und Konsumwende. Der eingangs zitierte John von Düffel hat ein poetisches Plädoyer für das Wesentliche artikuliert, Adrienne Goehler legt eine ästhetische Methode vor, Nachhaltigkeit einzuüben und den Kulturbereich für Wandlungsprozesse aufzuschließen, auch zu nutzen.²⁰ Wege, das Denken, Fühlen und Handeln umzuorientieren, zu purifizieren.

Vieles spricht für eine ganzheitliche Perspektivierung von Kultur aus einer ökologischen Sicht. Wir bewerten dann Kultur nach Kriterien eines zukunftsfähigen,

15 Klopp 2023, S. 75.

16 Vgl. Han 2021.

17 Vgl. Han 2023.

18 Vgl. Staab 2022, S. 104ff.

19 Vgl. Staab 2022., S. 130ff.

20 FÄN, Fonds Ästhetik und Nachhaltigkeit. o.J., <https://www.fonds-aesthetik-und-nachhaltigkeit.de>.

also im Gleichgewicht²¹ befindlichen Ökosystems und verstehen kulturelle Systeme nicht als Überlegenheit gegenüber der restlichen Biosphäre. Wichtige abgeleitete Bewertungsgrößen von »guter« Kultur wären folglich »ihr kreatives Potenzial, ihr Grenzregime, ihre Fehlerfreundlichkeit, ihre Nachhaltigkeit und ihre Vielfalt. Diese Eigenschaften stehen in Wechselbeziehungen zueinander [...]«. ²² Wir erkennen allein in dieser ersten »Entlehnung« ökologischer Prinzipien wichtige Bezüge zu laufenden kulturpolitischen Debatten und Schlagworten. Es gilt jedoch, sie vor allem als System zu denken, Entgrenzungen gegenzusteuern, auch und insbesondere im Umgang mit den eingangs genannten Megatrends. Konkrete Untersetzungen sind freilich erforderlich. Kulturpolitische Programmatik und Planung auf allen Ebenen des föderativen Systems kann dies leisten.

Als maßgebliche Agentur wurde unlängst die *Anlaufstelle Green Culture* etabliert, die Informationen über Aktivitäten zur ökologischen und klimagerechten Transformation anbietet, berät, vernetzt und auch hilft, das Ziel der Klimaneutralität spätestens bis 2045 zu erreichen. Die Schwerpunkte für das Jahr 2024 beispielsweise liegen bei den Themen Energieeffizienz in der Kultur, Klimafolgenanpassung der Kultur sowie Kreislaufwirtschaft in der Kultur. Dabei geht es nicht nur um die Transformation eines gesellschaftlichen Bereichs, sondern auch um die Vorbildfunktion, die das Feld innehat, und die narrative Kraft kreativer Einrichtungen. ²³

Gute Praxis vor Ort, die exemplarisch ist und zum konkreten Nachahmen anregt, scheint mir für einen gelingenden Bewusstseinswandel von außerordentlicher Wichtigkeit. Ein gehaltvolles, zudem hervorragend dokumentiertes Beispiel dafür ist das Klimafestival des *Netzwerks Bayerischer Städte e.V.*, das sich seit 2020 schwerpunktmäßig mit einer »Kultur im Klimawandel« befasst. ²⁴

Heute scheint die Zeit gekommen, die umfassendere Ökologie zur Leitdisziplin zu erheben und die Ökonomie unterzuordnen – die als ästhetischer Kapitalismus gegenwärtig alles kommodifiziert. Damit müssten wir auch manageriale Leitbilder in der Kulturpolitik kritischer bewerten (ohne freilich das Kulturmanagement aufzugeben). Ironischerweise intonierte den ersten radikal reduktiven und adaptiven Appell an die kulturpolitische Steuerung ein Autorenteam, das man vor allem im Kulturmanagement verorten kann, allerdings nicht vor dem Hintergrund der Großen Transformation oder gar einer dezidiert (kultur-)ökologischen Warnung vor den Grenzen des Wachstums, sondern funktional und marktbezogen: als Kritik am

21 Das bedeutet ein ausgeglichenes Abhängigkeits- und Beziehungsgefüge zwischen Produzenten, Konsumenten und Destruenten sowie den abiotischen Faktoren über einen bestimmten Zeitraum.

22 Finke 2003, S. 267.

23 Green Culture Anlaufstelle, o.J.: Homepage, <https://www.greenculture.info/>.

24 Vgl. STADTKULTUR, Fuchs 2023.

»Social Engineering« des Kulturstaates und am Misstrauen gegenüber der Regulationskraft eines mündigen Publikums.²⁵

Kulturpolitische Slogans und praktische Folgen

Eine ganzheitliche, achtsame und in der Praxis vielfältig einzuübende *adaptive Haltung zur Kultur* ließe sich als »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« fassen.²⁶ Damit ist die Qualität gemeint, wie wir Welt erfahren und wie wir sie uns aneignen. Dass diese Kulturpolitik auch eine nachhaltige ist, versteht sich von selbst.²⁷ Allerdings scheint mir ein programmatischer Begriff besser geeignet, der die soziale Dimension betont. Schließlich geht es primär darum, das menschliche Beziehungsgeflecht neu zu kalibrieren. Damit ist auch das Ende einer additiven Kulturpolitik eingeläutet, die jedes alternative Bedürfnis mit Zusatz, nicht mit Neuausrichtung der Verflechtungen beantwortet.

Für die Kulturpolitik bedeutet die Grundierung durch ein Narrativ der beziehungsorientierten Adaption nicht nur institutionelle Revision, Begrenzung und Umbau, sondern überhaupt erst einmal eine präzise *Umgebungsbilanz* aller Maßnahmen, Förderpolitiken und Praktiken. Ich stelle mir die Ist-Analyse der kulturellen Infrastrukturen, Angebote und Maßnahmen bei Neu- oder Fortschreibung einer Kulturentwicklungsplanung daher anders als die bisherigen Bestandsaufnahmen vor: als Beziehungs- und Resonanzanalyse im Gemeinwesen, aber auch innerhalb der Kulturlandschaft im engeren Sinne, die voller Bezüge und Kooperationen sein sollte. Indikatoren dafür ließen sich aufstellen, Zielvorgaben anpassen. Grundlage eines Soll-Bildes wäre eine kulturpolitische Rahmenerzählung, die sich in die Gesamtstrategie einer nachhaltigen Kommune einordnet und an den SDGs orientiert, oder gleich in ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept mündet, in das alle Fachplanungen auf Basis einer übergeordneten Methodik einfließen. Dies könnte dazu beitragen, mehr Stringenz in das ansonsten schwer objektivierbare Kulturfeld zu bringen, denn sonst gilt weiterhin, was jüngst Opitz pointiert feststellte: »Vorsichtshalber lieber möglichst alles fördern [...]«²⁸

Eine neue Narration vermag also auch den Fokus praktischer Kulturpolitik zu verschieben, wenn sie unternimmt und ausgestaltet wird. Es ist an der Zeit, Haltungen einer Kulturpolitik der Transformation zu entwickeln, die beziehungsreich sind und neue Formen der Wiedereinbettung in Umgebungen in Gang setzen.

25 Vgl. Haselbach u.a. 2012.

26 In Anlehnung an Rosa 2016.

27 Vgl. dazu Kröger u.a. 2022.

28 Opitz 2022, S. 401ff.

1.2 Kulturpolitik in der Krise des Allgemeinen

»Die Gemeinschaften der Herausgeputzten brauchen ein Spektakel, das an schlummernde Bedürfnisse rührt, um ansonsten vollkommen disparate Individuen für eine kurze Zeit zusammenzuführen ... Das Spektakel, das diese Gemeinschaften zum kurzen Leben erweckt, verschmilzt die Interessen der Teilnehmer in keiner Weise zu einem ›Gruppeninteresse‹; durch Addition gewinnen die einzelnen Anliegen keineswegs eine neue Qualität, und die Illusion, etwas mit anderen zu teilen, hält nicht länger vor als die Erregung, die durch die Darstellung auf der Bühne vermittelt wird.«²⁹ Besser – und noch dazu mit Hilfe einer künstlerischen Metapher – kann man wohl die Krise des Allgemeinen nicht beschreiben. Sie kündigt sich schon länger an. Das Besondere ist heute zu einer so starken sozialen Norm geworden, dass Soziologen einen Strukturwandel der Moderne darin erkennen. Der derzeit viel rezipierte Andreas Reckwitz hat sein Buch »Die Gesellschaft der Singularitäten« diesem Wandel gewidmet. Zwar konzidiert er, dass das Allgemeine stets strittig und umkämpft gewesen sei, dass insofern Krisen durchaus zur Geschichte der Moderne gehören, doch läuft derzeit vieles auf die Frage hinaus, »ob die Gesellschaft der Singularitäten nach ganz anderen und neuen normativen Maßstäben verlangt«³⁰.

Aber was verschwindet da eigentlich? Und wie hat das Allgemeine in unserem Falle die Kulturpolitik geprägt? Muss es künftig eine kulturpolitische Programmatik der Singularitäten geben, ja wäre diese überhaupt möglich? Nicht »Kultur für alle«, sondern nur noch »Kultur für mich und durch mich«? Nicht erst seit Reckwitz' »Gesellschaft der Singularitäten« beobachten wir Zentrifugalkräfte. Der gesamte Postmoderne-Diskurs lebt von der Dekonstruktion der Gewissheiten und einer »Kultur ohne Zentrum« (Richard Rorty). Wir sind eigentlich schon daran gewöhnt, jenseits alter Ganzheiten oder großer Erzählungen zu denken und einem starken Bild von Vielfalt zu folgen. Wobei die Postmoderne mehr Krisensymptom als neue Antwort war; der Begriff brachte ein Unbehagen am Universalismus der Moderne zum Ausdruck, ohne selbst zu methodischer Kohärenz zu finden. Aber genau das machte ihn so interessant und streitbar. Irgendwie stand er für eine Übergangszeit, die zu beschreiben schwerfiel, und so verwundert es nicht, dass uns Komposita mit »Post-« heute nach wie vor begegnen und hochaktuell sind, beispielsweise zur Beschreibung der Erosion von Demokratie und Politik: Postdemokratie und Postpolitik. Auch hier geht es nicht darum, etwa die Demokratie überwunden zu haben, sondern »am anderen Ende der Parabel der Demokratie« angelangt zu sein – mit »Langeweile, Frustration und Desillusionierung«³¹. Hartmut Rosa begreift demokratische Politik als

29 Bauman 2003, S. 234.

30 Reckwitz 2017, S. 437.

31 Crouch 2008, S. 30.

eine »vitale Resonanzsphäre der Moderne«³², sieht jedoch heute den »Resonanzdraht zwischen Bürgern und Politik« gerissen.³³ Postdemokratie als lädierte Demokratie. Aber immer noch als Demokratie. Für Postpolitik ließe sich ein ähnlicher Befund beschreiben.

Der Übergang – wohin auch immer – scheint gestaltbar zu sein, zumindest spürt man in den einschlägigen Texten zu diesem Thema die Sehnsucht danach. Postdemokratie kann jedenfalls als ein Symptom einer Krise des Allgemeinen gedeutet werden. Die »Kunst der Demokratie« (Carsten Brosda) beginnt zunächst mit der eigenen und unmittelbaren Verwicklung, der starken Identifikation mit dem Gemeinwesen, seiner Gestalt und Gestaltbarkeit. Richard Sennett schrieb dazu: »Die athenische Demokratie legte großen Wert darauf, dass ihre Bürger anderen ihre Gedanken in derselben Weise offenlegten wie die Männer ihre Körper entblößten. Diese gegenseitigen Akte des Offenlegens sollten den Zusammenhalt zwischen den Bürgern festigen.«³⁴ Ist dies aus heutiger Sicht auch eine sehr patriarchale und maskuline Geste, spiegelt sie doch die bis ins Körperliche reichende Betroffenheit vom Gesellschaftlichen wider. Die Agora tritt als räumliche Entsprechung an die Seite des entkleideten Körpers, sie ist der politische Ort, an dem unter aller Augen Entscheidungen oder Wahlen stattfinden. Transparenz und unmittelbare Involviertheit sind seit der Antike also wichtige Bausteine demokratischen Denkens.

Demokratie scheint vor diesem historischen Hintergrund weniger Gabe denn aktive Tat. Jeder und jede von uns erzeugt und trägt sie in Ursprünglichkeit. Demokratie bedeutet Aushandeln; aufgrund ihres prozessualen Charakters ist sie grundsätzlich instabil, formbar. Schließlich geht es stets um Macht auf Zeit und die gemeinsame Gestaltung von Übergängen. Demokratie fußt auf Grundsätzen und Überzeugungen, etwa jenen der Selbstbestimmung und der gesellschaftlich eingehetzten Freiheit des Einzelnen, muss aber immer auch als transformatorisches Projekt sui generis begriffen werden, d.h., es gilt, gesellschaftlichen Konsens permanent neu auszutarieren. Das macht sie anstrengend, mitunter mühsam und Missverständnisse provozierend. Nirgends erlebt man das wohl unmittelbarer als in der Kommunalpolitik.

Bei aller Dynamik kann Demokratie außerdem nur in staatlicher Verfasstheit wirksam werden, es gibt keine »Demokratie der Menschheit«, wie dies der Politikwissenschaftler Philip Manow beschreibt.³⁵ Demokratie als Staatsform zwingt uns, immer auch ein Außen zu denken und universalistische Prinzipien auf beides zu beziehen, auf uns und andere. Wir benötigen kritisches Bewusstsein für unsere Begrenztheit und mehr Gefühl für Differenz in der Welt. Mit dem Selbstbewusstsein,

32 Rosa 2016, S. 369.

33 Rosa 2016, S. 375.

34 Sennett 1997, S. 43.

35 Manow 2020, S. 157.

auf dem Königsweg zu sein, ist es nicht getan. Leider müssen wir feststellen, dass weltweit Autokratien zunehmen bzw. schleichende Autokratisierungen geschehen. Wir können Entwicklungsimpulse aber nur setzen, wenn wir selbst eine reflektierte und robuste Demokratie tatsächlich leben. – Aber gelingt uns das? Es mehren sich die Beobachtungen, dass etwas nicht stimmt mit unserer demokratischen Verfasstheit. Von müder Demokratie, simulativer Demokratie, unpolitischer Demokratie, Entdemokratisierung der Demokratie, demokratischer Regression oder Postdemokratie ist die Rede, um nur einige wichtige Buchtitel der jüngeren Zeit zu nennen.³⁶

Aber auch das Prozedurale der Demokratie befindet sich mutmaßlich in der Krise. Einerseits scheinen die Bürger hinter die Verfahren zurückgetreten, ist von einer Expertokratie die Rede (von der Dominanz der Gremien, Beiräte und Ähnlichem), die die Wirksamkeit des Einzelnen verschwinden lasse. Andererseits nimmt Bürgerbeteiligung zuweilen Formen an, die begründete Abwägungs- und Entscheidungsprozesse konterkarieren oder erheblich verzögern. Etwa in Gestalt jener kleinteiligen Bürgerinitiativen, die zu jedem Zeitpunkt eines Verfahrens oder auch noch lange danach wie Partisanen jenes erbittert und ohne Einsicht verteidigen, das ihnen selbst – und nur ihnen selbst – am nächsten ist. Man kann eine zunehmende Tendenz der Vergesellschaftung von Individual- oder Kleingruppeninteressen beobachten, die den eigentlichen *Demos* zum Erfüllungsgehilfen degradiert. *Meine* Demokratie ist dann das, was uns eigentlich aufeinander beziehen soll, Ausgleich schaffen.

Die empathische Sorge ums Ganze tritt zurück, wird zu etwas Abstraktem, das das hyperindividualisierte, singularistische Individuum scheinbar nicht betrifft. Hinzu kommt, dass politischen Parteien tendenziell die Mitglieder ausgehen und sich ihre Willensbildung von den Menschen zu entkoppeln droht. Daraus ergibt sich nicht nur ein Rekrutierungsproblem bei Mandatsträgern, sondern auch ein Mangel an Identifikationskraft: Wenn ich mir selbst der Nächste bin, wozu brauchte ich dann einen Kämpfer, eine Kämpferin fürs Allgemeine? Wie schnell bilden dann Politikerinnen und Politiker eine erbarmungswürdige, um sich selbst kreisende Kaste, die man missachten, beschimpfen und lächerlich machen kann. Wir beklagen also auch eine Krise der Repräsentation.

Die Postmoderne zeigt – wie heute auch die Postdemokratie – eher eine Erschöpfung, nicht das Ende von Entwicklung an. Erschöpfung kann man begegnen, sich auf ihre Erfordernisse einstellen. Ihab Hassan hatte dazu eine Merkmalreihe aufgestellt, die eine Diskussion postmoderner gesellschaftlicher Eigenschaften erlauben sollte. Als konstitutiv beschreibt er etwa Unbestimmtheiten (Ambiguitäten, Brüche, Verschiebungen innerhalb unseres Wissens und unserer Gesellschaft), Fragmentarisierung, Auflösung des Kanons, Verlust von »Ich« und von »Tiefe« (aber

36 Vgl. auch Knoblich 2024.

auch Selbstvervielfältigung, Selbstbespiegelung des Ich), Hybridisierung, Karnevalisierung oder Konstruktcharakter, um einige zu nennen.³⁷ Auf eine Definition lief dies nicht hinaus. Es war eher eine Suchbewegung aus der Moderne, der wir noch immer nicht entwachsen sind. Deutlich wurde indes, dass Bindekräfte schwinden und Unsicherheiten an die Stelle tradierter Rationalitäten und Institutionalisierungen treten. Die »Generalisierungsmaschine« Moderne³⁸ kommt zum Stillstand, das Einzigartige, Inkommensurable bricht sich Bahn. Bis hinein in das Verkürzte der »Infokratie« der Digitalmoderne, in der die Zeit für rationales Handeln schlichtweg fehlt, uns die »Affektkommunikation« prägt.³⁹

Nach Reckwitz kommt es seit dem letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts zu einer »Neukonfiguration der Formen der Vergesellschaftung«, eben zu einer singularistischen: Der Einzelne in seiner Sonderung ist alles, die Märkte – als »Attraktivitätsmärkte« – sind auf ihn ausgerichtet. Und nicht nur Subjekte arbeiten an ihrem unverwechselbaren Profil, auch Objekte oder Institutionen unterliegen diesem Prozess. Alles Verbindende, alles Systemische, das die Moderne hervorbrachte, steht damit tendenziell in Frage. Für Reckwitz bedeutet die heutige Krise des Allgemeinen, das einst als Kern der klassischen Moderne galt, eine Erschütterung von Grundstrukturen und Gewissheiten, die er der Phase der Spätmoderne zuschreibt. Spät scheint dabei sowohl Reife als auch Dekadenz bedeuten zu können. In jedem Fall aber gerate ein konstitutives Element der klassischen Moderne ins Wanken, »nämlich das normative Ideal eines gesellschaftlichen Fortschritts«⁴⁰, also einer gerichteten allgemeinen Bewegung. Die große Erzählung des politischen Fortschritts werde von den »kleinen Erzählungen« des privaten Erfolgs und des guten Lebens abgelöst, die Zeitstruktur sei an der Gegenwart orientiert, das »radikale Regime des Neuen«, das Reckwitz schon in der »Erfindung der Kreativität« beschrieben hatte⁴¹, sei nicht an langfristiger Innovation ausgerichtet, sondern an der »Affektivität des Jetzt«⁴². Für alle diese Diagnosen ließen sich Beispiele aus unserem täglichen Leben finden, auch im Übrigen aus dem Kulturbetrieb. Daraus ergeben sich nach Reckwitz nun *drei Krisen*: eine Krise der Anerkennung, eine Krise der Selbstverwirklichung sowie eine Krise des Politischen. *Anerkennung* heischen jene, die »unmittelbar an der Gestaltung von komplexen Einzigartigkeitsgütern beteiligt sind oder aber deren Arbeit als eine kostbare singuläre Leistung erscheint«⁴³. Vorbei ist damit die Illusion des sozialen Aufstiegs für alle. Zu Recht verweist Reckwitz auf die neue Unterklasse und

37 Vgl. Hassan 1988, S. 49ff.

38 Reckwitz 2017, S. 33.

39 Vgl. Han 2021, S. 31.

40 Reckwitz 2017, S. 431.

41 Vgl. Reckwitz 2012, S. 38ff.

42 Reckwitz 2017, S. 431.

43 Reckwitz 2017, S. 431.

die Entwertung ihres Lebensstils. Im selben Zusammenhang der inzwischen obsoleten Verknüpfung von Demokratie und Wachstum bzw. Fortschritt spricht Oliver Nachtwey sogar von einer »regressiven Moderne«, die zu neuen Abstiegserscheinungen führe.⁴⁴

Die Krise der *Selbstverwirklichung* wird gespeist vom Druck des »Steigerungsimperativ(s) der Selbsttransformation«⁴⁵, der anhaltenden Erwartung an Perfektibilität und Performanz. Wenn Selbstverwirklichung eine permanente Erwartung ist, wird der Grad der Individualisierung beständig gesteigert. Dieser Druck auf die Verwirklichung des Selbst trifft aber auch die Kreativen im engeren Sinne in ganz neuer Qualität: »Um Erfolg zu haben bzw. nicht unterzugehen, muss der Kreative sich einen Namen machen ..., das heißt, er muss seine monetären Gewinnansprüche rechtfertigen, indem er den Wert seines eigenen Namens zur Geltung bringt, der wie eine Marke eingesetzt wird und auch als solche rechtlich eingetragen werden kann.«⁴⁶ Die absolute Selbstvermarktung ist die Konsequenz der Singularitäten. Schließlich besteht die Krise des *Politischen* darin, dass die gesamtgesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten verloren gegangen seien; Primat beanspruchten an deren Stelle »die Eigendynamiken der Ökonomie, der (Medien-)Technologie und der Kultur der Lebensstile«⁴⁷. Damit würden auch Kulturessenzialismen und religiöse Partikularismen erstarken. Wir leben in einer Gesellschaft also, die sich radikal am Besonderen orientiere und das Allgemeine aus der Politik tilge.

Das betrifft auch die Ausrichtung und Wirkungsmöglichkeiten von Kulturpolitik und führt – wie zu zeigen sein wird – zur Instrumentalisierung des Kulturellen. Das ist ein starker Befund, der bei aller Postmoderne-Erfahrung nachdenklich stimmt, aber auch erklärt, warum uns Verständigung zunehmend schwerfällt, das Einkreisen von Schnittmengen und Kompromissen zu endlosen Debatten führt. Oder warum Debatten schnell vergiftet werden können, wenn hinter einer Politik des Allgemeinen – etwa einer europäischen Leitkultur im Sinne Bassam Tibis – der exklusive Mechanismus einer deutschen Leitkultur vermutet oder konstruiert wird.⁴⁸ Können wir keine Richtungsimpulse mehr setzen, die eine Klammerfunktion beanspruchen?

Deutsche Kultur als Dissonanzerfahrung

Die Krise des Allgemeinen hat uns inzwischen voll erfasst und führt zu kulturellen Verwerfungen. So hat die Debatte darüber, wer oder was die deutsche Gesellschaft

44 Vgl. Nachtwey 2016, S. 71ff.

45 Reckwitz 2017, S. 434.

46 Boltanski, Esquerre 2018, S. 602.

47 Reckwitz 2017, S. 434.

48 Vgl. Tibi 2016, S. 133ff.

sei, erheblich an Fahrt gewonnen. Von *radikaler Vielfalt* ist die Rede, von einer postmigrantischen Perspektive, die ein neues Miteinander einfordert, sich von national-ethnischen Bildern der Zusammengehörigkeit abhebt und mit der Fokussierung auf Pluralität die *Differenzen* trotz der Gleichheit aller Menschen stärken soll.⁴⁹ Bisherige Begriffe und Zuschreibungen werden folglich dekonstruiert, etikettiert oder skandalisiert, ja die Art und Weise, wie wir über die Dinge sprechen, welche Haltung wir zu erkennen geben, gerät zum Maßstab des Diskurses, seiner Berechtigung oder gar Unmöglichkeit – bis hin zu Ansätzen einer *Cancel Culture*⁵⁰. Da die Sprache mehr denn je zuvor als Produzentin von Wirklichkeit verstanden wird, erhöht sich die Komplexität aus Gesagtem, Gemeintem, Gewohnheit und generationeller Prägung, auch in Hinblick auf jene, die sich – etwa als Migrantinnen und Migranten oder Vertreter einer Minderheit – sprachlich neu erfinden müssen und Sprache selbstbewusst mit ihren Ansprüchen konfrontieren: »Freies Sprechen bedeutet die Emanzipation von einer Sprache, die uns nicht vorsieht – indem wir sie verändern, anstatt uns zu erklären, indem wir sie anders nutzen, um in ihr zu *sein*.«⁵¹ Hinzu kommt die Tendenz, die postulierte Vielfalt aus einer Privilegierungs-, Diskriminierungs- und Vulnerabilitätsperspektive zu argumentieren, die das Narrativ vom gesellschaftlichen *Ganzen* auf die Füße seiner vermeintlich konstitutiven Vielgliedrigkeit und Uneindeutigkeit stellt. Damit erscheint die (bürgerliche) »Mitte« der Gesellschaft als Dominanzkultur, Wolfgang Thiersers Rede von *Normalität* als normative »Cancel Culture des alten weißen Mannes«⁵², werden Vergewisserungs- und Erinnerungsrituale schnell zum Arsenal der Vergiftung einer multiplen Gegenwart, ob völkisch, rassistisch, klassistisch oder gleich nazistisch. Denn jene *Mitte* wird als homogen, weiß und ausgrenzend imaginiert und verworfen, sie ist das Gegenteil konstitutiver Verschiedenheit, von der aus Gesellschaft nun gedacht, die *Machtfrage* neu gestellt werden soll. Autorität ist die Autorität der Andersdenkenden, ein Gravitationsfeld von Gesellschaft wird zunehmend in Frage gestellt.

Die Vielfalt der Kulturen im Sinne dieses Leitbildes begegnet uns als die Vielfalt der Vielen – die Vielen aber sind die *Verschiedenen*, miteinander einzig lose verknüpft als *Verbündete* kraft der Erfahrung zunehmender Selbstperspektivierung, starker Identität. Jenseits jeglichen Assimilations- und Integrationsdrucks scheint sich auch hierzulande eine Politik der Anerkennung herauszubilden, die nicht mehr die Gleichheit der Menschen zuerst betont, sondern eher ihre *gruppenspezifischen*

49 Vgl. Foroutan 2019, S. 216.

50 Vgl. Nida-Rümelin 2023.

51 Vgl. Cümüşay 2021, S. 159.

52 Gennies 2021.

Besonderheiten herausarbeitet.⁵³ Ob Herkunft, Geschlecht oder Behinderung – ausgehend vom sensiblen Umgang mit Differenz entsteht offenbar eine wehrhafte oder distinkte *Diversity*, obwohl dieses Konzept eigentlich auf Gemeinsamkeit, Chancengleichheit und Abbau von Hierarchien zielt. Doch das neue gesellschaftliche Ganze, so eine berechnete Befürchtung, darf nicht mehr sein als die Summe seiner Teile – als bewusste Verweigerung einer Großerzählung oder zumindest auf der Hut vor deren vereinnahmender Ganzheitsbehauptung, etwa einer Nation oder gar einer wertbezogenen (Leit-)Kultur. Nur so kommen offenbar »unterrepräsentierte Minderheiten« zu Gewicht und Geltung, wird erlebte oder als tradiert empfundene Unterdrückung sprachfähig. Kann man so aber Gesellschaft »neu erfinden«? Ist diese Radikalität der »Befreiung« als Geste und Praxis politisch gestaltbar, auch und gerade in demokratischer Hinsicht, oder ist sie Teil einer Überindividualisierung, eben einer »Krise des Allgemeinen«? Wird dabei Kulturpolitik zur Arena der Ideologien, sowohl rechter als auch linker Identitätspolitik? Kulturpolitik (wieder) ein Instrument der Kulturrevolution, zur Klärung der »kulturellen Macht«, der Bilder, Erzählungen, Tabus?

Der Populismus und die Wiederaufladung der Kultur

Es ist weitgehend Konsens, dass wir uns von ererbten, noch immer zirkulierenden Ganzheitsphantasien verabschieden müssen, deren Rückseite Mechanismen der Ausschließung oder Kolonisierung sind. Gegenwärtig aber scheint sich der Diskurs auf eine binäre, ideologisch geprägte Opposition zuzuspitzen, auf deren einer Seite die Neue Rechte bzw. ein Rechtspopulismus mit dem parteipolitischen Filtrat der AfD steht, auf deren anderer eine Linke, deren Gravitationszentrum immer stärker um Fragen der Identität kreist und damit auch die nazistische Totalperspektivierung verstärkt. Es werden dadurch Eindeutigkeiten und Zuschreibungen produziert, die die Debatte nicht eben positiv befördern, sondern vielmehr Frontstellungen verursachen, die eine Neujustierung der Gesellschaft erschweren. Dies läuft der eigentlich geforderten radikalen Vielfalt entgegen und beschädigt auch das errungene Maß an Diversität. Eine oft schon aggressive Viktimisierung von Minderheiten trägt dazu bei, jegliche Positionierung einer bekenntnishaften Klarheit zu verpflichten, die sich möglichst noch von allem distanziert, was durch Prägungen der Mehrheitsgesellschaft entstanden ist. Bis in die (An-)Sprache hinein. Diese verschärfte Ideologisierung spaltet sogar die Partei DIE LINKE, wie man an der Debatte über Sahara Wagenknechts Buch »Die Selbstgerechten« und

53 Vgl. Fukuyama 2018, S. 105ff. In den USA und Kanada, inzwischen auch in Frankreich hat das Thema bereits ein anderes Gewicht. Für Frankreich vgl. aktuell die Streitschrift von Fourest 2020.

ihre Parteigründung »Bündnis Sahra Wagenknecht« (BSW) trefflich nachvollziehen kann.

Nicht nur die Diskussionskultur, die von neuen Geboten und Verboten geprägt ist, belastet also den Diskurs, auch die rigiden Zuschreibungen von links und rechts machen es schwer, zwischen Gesinnung und Imago zu unterscheiden. So gibt es »echte« Rechte (Nazis) und eine Vielzahl von Akteuren, die aus unterschiedlichsten Erfahrungen oder Zuweisungen so bezeichnet werden. Es gibt Linke und ein links-liberales Milieu bzw. »Lifestyle-Linke«⁵⁴. Durch Identitätspolitik, also die Betonung gruppenspezifischer Eigenschaften und den Umgang mit ihnen, werden pauschale Zuschreibungen von links und rechts verfestigt; Containerdenken der Gesinnungen, als gebe es auch sonst nur Fortschritt oder Rückschritt. Die Krise des Allgemeinen wird zur Bühne der Populismen, auf der sich alte Schemata und Konjunkturen des Identitären begegnen.

Dabei war einmal die Rede von einem linken Ansatz, der das populistische Moment geschickt für einen gesellschaftlichen Aufbruch nutzt und produktive Spannung erhält: Chantal Mouffe forderte im Sinne ihres agonistischen Denkens einen solchen Populismus ein, um dem Aufstieg rechter Parteien Einhalt zu gebieten und eine Gegenbewegung zu initiieren, die darauf abzielt, »die demokratischen Forderungen in einem kollektiven Willen zu bündeln, um ein ›Wir‹ zu konstruieren, ein ›Volk‹, das seinem gemeinsamen Gegner die Stirn bietet: der Oligarchie.«⁵⁵ Diese neue Hegemonie unterscheidet sich von der *national(istisch)en* Souveränität der Rechtspopulisten und bindet all jene ein, die diese ausschließt. Zur radikalen Vielfalt kommt also noch die *radikale Demokratie*, die ein Volk konstruiert und das populistische Moment nutzt, einen neuen Common Sense zu erzeugen. Die neoliberale Oligarchie als Gegenbild wird jedoch allein nicht ausreichen, die Menschen alternativ zu verbinden, zumal der Kapitalismus im Verbund mit der Digitalisierung eine verstärkte korrumpierende Wirkung auf den Einzelnen entfaltet. Und vielleicht ist es gerade jene immer häufiger postulierte *Radikalität*, die es zu verderben droht. Folgt man Wagenknecht, bedeuten die Lifestyle-Linken ohnehin das Ende echter linker Politik, da sie ein bestimmtes Milieu der Akademiker und Besserverdiener repräsentierten, eher Haltungsnoten verteilten als echte Sozialpolitik zu betreiben und stärker an Selbstverwirklichung interessiert seien als an realer Veränderung. Daher unterstellt ihnen Wagenknecht auch eine Allianz mit dem Wirtschaftsliberalismus,⁵⁶ sodass der angestrebte Common Sense schon im neuen linksliberalen Milieu unklar sein dürfte. Wagenknecht führt aus, wie dort eine Politik greift, die Identität nicht mehr über die soziale Stellung der Menschen definiert, wie es die traditionelle Linke tat, sondern über individuelle Eigenschaften wie

54 Wagenknecht 2021, S. 25.

55 Mouffe 2018, S. 35.

56 Wagenknecht 2021, S. 44.

Ethnie, Hautfarbe oder sexuelle Orientierung.⁵⁷ Dabei gäbe es in sozialer Hinsicht viel aufzubegehren in der »Abstiegsgesellschaft« der regressiven Modernisierung, in der wir »hinter das in der sozialen Moderne erreichte Niveau an Integration zurückfallen«, Demokratie und Wachstum nicht mehr untrennbar zusammengehören.⁵⁸ Dies im Blick, findet Wagenknecht starke Beschreibungen wie »elitäres Stammesdenken« oder »mimosenhaftes Beleidigtsein«, um die Spaltungskraft eines identitätspolitischen Linksliberalismus zu brandmarken. Dies alles zerstöre »das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gesellschaft insgesamt und damit die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Solidarität und Sozialstaatlichkeit.«⁵⁹ Das sei auch der Punkt, an dem die linksliberale Erzählung der neoliberalen ähnele.

Wagenknecht berührt mit dem Begriff der *Solidarität* den entscheidenden Nexus, denn die reine Dekonstruktion von Gesellschaft führt zu Ent-Gesellschaftung, also zum Schwinden einer Verbindung zwischen Individuen und Gruppe. Heinz Bude beschreibt Solidarität als »die Basis für den Überbau der Interessengegensätze, der Geschmacksvielfalt und der Glaubenskämpfe. Trotz scheinbar unvereinbarer politischer, kultureller oder sozialer Gegensätze verhindert sie die Auflösung des sozialen Bandes, das alle miteinander verbindet und einander bindet.«⁶⁰ Er führt den Sozialstaat als institutionalisierte Form der Solidarität ins Feld⁶¹, zeigt aber auch die internationale Dimension vor dem Hintergrund sich verschärfender Ungleichheiten auf, die unsere bisherigen Formen von Solidarität herausfordert: »Im globalen Norden müssen wir uns jetzt fragen, ob wir uns im Sinne eines Rassismus der Differenzen zu einem Kampf um Anerkennung zwischen unserem Wir und dem Wir der Anderen verleiten lassen ... oder wir uns mit unserem Begehren nach Anerkennung und Solidarität einer Auseinandersetzung um die Definition eines größeren Wir jenseits eines Wir des Nordens und eines Wir des Südens stellen wollen.«⁶² Diese Suchbewegung verweist nicht nur auf das (globale) Konzept einer *Transkulturalität* im Sinne des Aufgebens kultureller Abschließung und der Betonung von Mischung im Miteinander, auf das ich zurückkommen werde, sondern eben auch auf die Suche nach Verbindendem innerhalb eines von Migration und Pluralität der Lebensstile geprägten Landes wie Deutschland. Folgerichtig widmet sich Sahra Wagenknecht den großen Erzählungen, die Bilder von Gemeinschaft prägen und rechtfertigen, die Orientierung geben. Hier setzt auch ihre Programmatik an, die an dieser Stelle nicht vertieft werden soll und von der Analyse ins Parteipolitische führt.⁶³

57 Wagenknecht 2021, S. 106.

58 Vgl. Nachtwey 2016, S. 75.

59 Nachtwey 2016, S. 123.

60 Bude 2019, S. 35.

61 Bude 2019, S. 45.

62 Bude 2019, S. 159f.

63 Vgl. Wagenknecht 2021, S. 205ff.

Der linke Populismus müsste also zuerst das *Allgemeine* stärken, Verbindungen aktivieren. Wie kann er das praktisch erreichen? Immerhin hebt Mouffe auf die affektiven Energien ab und weist »künstlerischen und kulturellen Praktiken«⁶⁴ eine wichtige Rolle zu. Worin deren Konvergenzversprechen in Hinblick auf das neue Volk besteht, erläutert sie indes nicht. Wir kennen aus der sozialistischen Kulturpolitik jedoch die Hoffnungen, die sich nicht erfüllen: der marxistische Kulturpolitiker Anatoli Lunatscharski (1875–1933) forderte schon seinerzeit, die Theater, Konzerte und Ausstellungen zu nutzen, um neuen Geist zu schaffen, und er bejahte eine proletarische, klassenmäßige Ästhetik.⁶⁵ Sie erst forme die Identität, das Selbstbewusstsein einer Avantgarde, die sich alte Kulturschätze aneignet und zugleich neue Helden generiert. Heute, *antiklassistisch* gestimmt, bleibt gar kein revolutionäres Subjekt mehr übrig, das Avantgarde sein und eine Richtung vorgeben könnte.

Die Neue Rechte lernte zwischenzeitlich von der linken Kulturauffassung Gramscis und fokussiert ebenfalls das Vorpolitische: Wer die *kulturelle* Macht hat, kann die Gesellschaft lenken und einen Wandel herbeiführen.⁶⁶ Ein neu aufgelegter Text von Alain de Benoist aus den 1980er Jahren begegnet dem rechten Theorievakuum und versucht, Lehren aus der marxistischen Dialektik zu ziehen, die die gesellschaftliche Wirklichkeit zu mechanisch von der ökonomischen Basis abgeleitet hätte. Die einfache Basis-Überbau-Lehre sieht de Benoist bei Gramsci so weitergedacht, dass sie der Komplexität der bürgerlichen Gesellschaft entspricht und die Kraft der Mentalitäten richtig gewichtet. Es ist auch die Weltanschauung, die konstitutiv wirkt; mit Pierre Bourdieu würde man heute vom *Habitus* sprechen, dem viel mehr eingeschrieben ist als das ökonomische Kapital. Der entscheidende Punkt der Machtfrage ist kein unmittelbarer, sondern eher einer der mentalen Emergenz, die es in Gang zu setzen gilt, denn »in den Gesellschaften, in denen eine spezifische kulturelle Atmosphäre herrscht, ist keine Übernahme der politischen Macht möglich ohne eine vorhergehende Übernahme der kulturellen Macht.«⁶⁷ Die Neue Rechte versucht demgemäß, kulturelle Leitbilder zu aktivieren, die im Sinne der »Verwurzelung« der Menschen⁶⁸ *Heimat* konservativ und exklusiv neu denken, kulturelle Bande an der Stelle verdichten, an der die »Vielfalt der Vielen« die Mehrheitsgesellschaft brüskiert – so vielleicht etwas zugespitzt die Stoßrichtung. Der *Multitude*, also dem neuen internationalen Netzwerk der Vielen⁶⁹, begegnet sie mit der vordergründig

64 Mouffe 2018, S. 91.

65 Vgl. Lunatscharski 1981, S. 73ff.

66 Vgl. Gramsci 1987, S. 7ff., 31ff.

67 Benoist 2017, S. 73.

68 Benoist 2017, 105ff.

69 Vgl. Hardt, Negri 2004. Man könnte – frei nach Ulrich Beck – dieses Netzwerk jenseits der Arbeiterklasse und diesseits der gesellschaftlichen Arbeit als eines jenseits von Klasse und Schicht bezeichnen, das sich selbst als etwas Kollektives schafft: »Da die Menge sich weder durch Identität (wie das Volk) noch durch Uniformität (wie die Masse) auszeichnet, muss die

harmlosen Rede vom *Ethnopluralismus*, der der Konvergenz der Lebensstile im Zuge der Globalisierung scheinbar gegenläufig ist. Das klingt sogar nach mehr Pluralität. Tatsächlich aber errichtet der Terminus tödliche Mauern, denn am Ende geht es schlicht darum, unter sich zu bleiben. Diese Bilder der Abschließung funktionieren in veränderungsresistenten Milieus, weil sie mit Tradition und Brauchtum kurzzuschließen sind und vor allem Verunsicherungen aufgreifen. Die AfD hat dies mehr oder minder geschickt kanalisiert und betreibt eine Kulturpolitik der Verwurzelung – die Wähler und ein Teil der Mandatsträger werden damit leicht und pauschal zu Nazis, doch eigentlich sind sie nur die mehrheitlich unbewusste Schwungmasse einer versuchten *Kulturrevolution* von rechts.

Postpolitik und Postdemokratie

Ein demokratisches Grundproblem scheint, dass die rechte Energie, die Eroberung der Lebenswelt mit Hilfe einer regressiv-nostalgischen Kulturvorstellung, die das Lokale auf das ethnisch Reine, letztlich das Völkische reduziert, auch durch das Erodiere der Parteiendemokratie genährt wird. Das zeigt sich unter anderem am Mitgliederschwund der Parteien (der in Ostdeutschland gar nicht einsetzen musste, da es noch nie eine breite parteipolitische Beteiligung gegeben hat). So haben seit 1990 die mitgliederstärksten Parteien CDU und SPD etwa die Hälfte ihrer Mitglieder verloren, die FDP über 60 Prozent. Noch deutlicher trifft es die LINKE, geht man von deren Mitgliederzahlen in der Wendezeit aus, aber auch unabhängig davon ist sie nach der Vereinigung mit der WASG geschrumpft. Nur die GRÜNEN verzeichnen deutliche Mitgliederzuwächse um 134 Prozent im genannten Zeitraum (allerdings nicht im Osten, da spielen sie quantitativ nur eine marginale Rolle); die AfD existiert erst seit 2013, ihr kann jedoch ein Wachstumskurs bescheinigt werden.⁷⁰ Demokratie lebt davon, dass der Einzelne eine Stimme hat, sich einbringen kann und Resonanz findet. Die Parteien und ihre Organisationen bilden das wesentlich ab und entwickeln ihre Programmatik gemeinsam mit den Bürgern, denn diese sind nicht nur Wähler (früher sprach man ähnlich wie beim Kirchenvolk auch vom Parteivolk⁷¹), sondern erleben Parteipolitik eigentlich auch als soziales Ereignis, als aktives Miteinander. Das setzt Mitglieder, deren Aktivitäten und gesellschaftliche Resonanz voraus, also auch die Sicht- und Erlebbarkeit parteipolitischen Engagements.

Multitude, angetrieben durch die Differenz, das Gemeinsame entdecken, das es erlaubt, miteinander in Beziehung zu treten und gemeinsam zu handeln. Das Gemeinsame, das Kommune, wird dabei allerdings weniger entdeckt als vielmehr produziert« (ebd., S. 11, Hervorhebung im Original).

70 Niedermayer 2020. Aktuell kommt es durch das BSW zusätzlich zur Spaltung und damit wohl zum Niedergang der LINKEN.

71 Heute ist der Begriff selbst Google so unbekannt, dass gefragt wird, ob nicht Partyvolk gemeint sei.

Aber nun bleiben diese Mitglieder weg, die breite Verflechtung der Parteien mit den örtlichen Gemeinschaften fehlt – und der Tanker der »Volksparteien« fährt mit leerem Deck weiter, die Strukturen und Mandatsträger übernehmen die Macht. Dies meint die Rede von Postpolitik – während Postdemokratie nach Colin Crouch die damit verbundene demokratische Simulation⁷² beschreibt und einen Mangel an echter Beteiligung beklagt. Beteiligung ist für die Allermeisten einzig der beziehungslose Urnengang, immer häufiger als Briefwahl. In beiden Fällen läuft etwas alternativlos weiter, der »Resonanzdraht« zwischen Politik und Bürger ist gerissen, wie Hartmut Rosa dies nennt.⁷³ Dies führt in eine »große Regression« – von Intellektuellen vielerorts beschrieben –, die die Demokratie gefährdet und die politische Kultur erodieren lässt: Die große Stunde der Vereinfacher und Demagogen ist damit gekommen und gerät zu einem internationalen Fanal.⁷⁴ Reckwitz spricht von einer »populistischen Revolte«, die das wichtigste Symptom der gegenwärtigen Krise des westlichen Liberalismus sei und sich gegen die liberal geprägten Funktionsebenen und deren ökonomische sowie kulturelle Hegemonie im Namen eines imaginierten – man könnte auch sagen: simulierten – Volkes wende.⁷⁵

Die AfD steht dabei nicht für eine neue Resonanzzerfahrung im Sinne Rosas, sie ist das *Dissonanzinstrument* vornehmlich der Frustrierten, deren Stimme zu verstärken nun jemand bereit ist.⁷⁶ Es ist auch ein Hilferuf, dem mehrheitlich mit Stigmatisierung und Ausgrenzung begegnet wird. Diese Erfahrung macht der Bürgermeister einer kleinen Stadt (inzwischen Landrat) in Sachsen in einer Streitschrift deutlich, die er – wie treffend – der Rettung der Demokratie widmet. Dieses Erfahrungswissen sollte uns etwas bedeuten und unterstreicht einmal mehr, wie stark die Parteien mit sich selbst und dem Fingerzeig auf den Gegner (wer ist das eigentlich genau?) beschäftigt sind. Und wie stark die Exekutive, die durch die Schwäche und den Niveauverlust der Legislative an Bedeutung gewinnt, mit der Routine ihrer selbst befasst ist; die berühmte Schwerfälligkeit der Apparate, die Lösungen nach den ihnen vertrauten Mechanismen anbieten und das Postpolitische sowie die Entfremdung von der Bürgerschaft verstärken. Besonders spürbar wird dies an den

72 Vgl. auch Blühdorn (2013), der in Anlehnung an Baudrillards »Zeitalter der Simulation« am Beispiel der Demokratie zeigt, wie »eine Vielzahl flüchtiger Bilder, referenzloser Zeichen, austauschbarer Images und medialer Inszenierungen« authentische Volkssouveränität aufgelöst hat (S. 177).

73 Rosa 2016, S. 375.

74 Vgl. Geiselberger 2017.

75 Reckwitz 2019, S. 239.

76 Genauso wie die Politik der Nationalsozialisten einst keine Antwortbeziehung zur Welt stiftete, sondern nur eine Echokammer für eine imaginierte Volksgemeinschaft inszenierte (Rosa 2016, S. 371).

Grenzen kommunalen Handelns, ja der kommunalen Ohnmacht, wo hier doch das große Wort der Selbstverwaltung herrscht – was blieb davon übrig?⁷⁷

Gemeinsam ist de Benoist und Mouffe, dass sie den Marxismus dekonstruieren und daraus rechts- wie linkskonnotierte gesellschaftspolitische Erkenntnisse ableiten – und mit dem Gramsci'schen Begriff der Hegemonie arbeiten, die es zu erlangen gelte. Kultur also wird offenbar zum Medium einer wie auch immer gelagerten »Revolution«, die unterschwellig die Machtfrage neu beantwortet. Die Kultur soll die Bewegung induzieren, die die Parteiendemokratie nicht erreicht: »Postpolitik« als Kulturpolitik. Allerdings darf man Mouffe nicht darauf reduzieren, da sie viel differenzierter analysiert und etwa an einer multipolaren Weltordnung festhält sowie mit reinem Kosmopolitismus als Zielbild kritisch umgeht.⁷⁸ Den Rechtspopulisten reicht es aus, den Gegner zu diffamieren, sie sind an agonistischer Spannung nicht interessiert.

Während rechts und links um die Kultur im Vorgriff auf politische Macht miteinander ringen, ertönt jedoch der Alarmschrei, dass die alten Bilder von der Ordnung der Welt, ja die gesamte Terminologie und unsere Haltungen in Anbetracht der Klimakatastrophe neu kartografiert werden müssten.⁷⁹ Der »alte Vektor RECHTE/LINKE« habe Mobilisierungen und Verhandlungen behindert,⁸⁰ das gesamte System Erde benötige eine völlig neue Erzählung. Auch Reckwitz stellt fest, dass das seit der Französischen Revolution gängige Schema von »links« und »rechts« obsolet geworden sei und ein genereller Paradigmenwechsel anstehe, der Liberalismus in eine neue Phase eintrete.⁸¹ Die Krise des Allgemeinen ist also ein kultureller Wandel viel größeren Ausmaßes, als es auf den ersten Blick erscheint.

Parallel dazu aber wird durch einen vehementen »Kampf um Anerkennung«, der im Zentrum von Identitätspolitik steht und u.a. die Krise des Allgemeinen charakterisiert, das Lagerdenken absurderweise stetig verstärkt. Für die Neue Rechte spielt Identität eine zentrale Rolle, vor allem beim Beharren auf ethnokultureller Reinheit oder traditionellen Geschlechterbildern. Anerkennung also für jene »Dominanzkultur«, die vermeintlich für das Wesen dieses Landes steht und Kultur mit Nation kurzschließt. Linke Identitätspolitik steht für überzogene Anerkennungsforderungen bei Minderheiten, wie von Sahra Wagenknecht dargestellt, sowie eine überstarke Fokussierung etwa auf Rasse/Rassismus, Ethnie oder Geschlecht. Eine »Volks-Demokratie als Transformation des postulierten Mehrheitswillens der Un-

77 Vgl. Neubauer 2021, S. 131ff.

78 Vgl. Mouffe 2016.

79 Latour 2018, S. 43.

80 Latour 2018, S. 67.

81 Reckwitz 2019, S. 240ff. Diese Koordinaten beschäftigten schon Beck 1993, S. 85ff. und forderten zu neuen Kontrapunkten des Politischen in der reflexiven Modernisierung heraus.

terdrückten gegen die alten Eliten.«⁸² So werden keine differenzierten Bilder von (guter) Globalisierung und (terrestrischer) Lokalisierung möglich, um in der Terminologie von Bruno Latour zu bleiben, sie werden ideologisiert, auf den absoluten Standpunkt gezwungen.

Wagenknecht konstatiert, dass trotz sozialökonomisch ausgesprochen linker Verortung der meisten Menschen die linksliberalen Haltungen mehrheitlich nicht geteilt würden, was jedoch einen Grundkonsens in wichtigen Fragen der Zeit nicht ausschließe. Es geht offenbar um die *Tragweite* der Schlussfolgerungen, darum, wie konsequent die Menschen ihnen folgen: im Umgang mit der Gender-Theorie, Flüchtlingen, Heimatvorstellungen oder der Kategorie des Nationalen. Die vorherrschende »solide liberale Haltung« würde ins Bild eines rechten Zeitgeistes gesetzt, gegen den nun angegangen und ein Kulturkampf geführt werden könne. »Wenn jeder, der sich die linksliberalen Werte nicht zu eigen macht, ein *Rechter* ist, dann sind *rechte Gesinnungen* tatsächlich weit verbreitet.«⁸³ Diese Zuspitzung führe zu Polarisierung und Spaltung – ähnlich wie die Hetzreden der Rechten. Beides könnte auf die Simulation einer überlebten, unterkomplexen Dichotomie hindeuten, die uns Klarheit vermitteln möchte, obwohl das Framing (Paradigma) nicht mehr stimmt – wir spüren jedenfalls, dass das Vokabular nicht greift, viele falsche Zuordnungen nach sich zieht.

Man kann diese schematische Lagerbildung auch auf den Umgang mit der AfD übertragen, wie es Dirk Neubauer getan hat – der im kommunalen Wahlkampf um das Bürgermeisteramt gegen den AfD-Kandidaten haushoch gewonnen hat, gegenläufig zu Wahlergebnissen dieser Partei auf anderen Ebenen. Er schreibt: »Die Stigmatisierung als rechtsextreme Kraft soll diese Partei daran hindern, weiterzuwachsen. Tatsächlich sorgt dies dafür, dass sich die Basis der AfD weiter festigt. Denn wer eine Partei pauschal bewertet, tut dies auch mit den Menschen, die ihre Stimme dafür abgeben.«⁸⁴ Er sieht die AfD vor allem als Symptom unserer krankenden Demokratie, als Sammelbecken von Unzufriedenheit und Wut, nicht zuletzt unter besonderer Berücksichtigung der Lage in Ostdeutschland.

Was Identitätspolitik offensichtlich verstärkt, ist das Bilden von Lagern, die Zuschreibung eindeutiger Eigenschaften und der Zwang zu eindeutigen Verortungen, aus denen politische Kraft und Legitimation abgeleitet werden sollen. Das emanzipative Potenzial, das Ausbrechen aus alten Rollenbildern und Subalternitäten als gesellschaftsverändernde, produktive Kraft: Diese eigentlich positiven Ansprüche werden damit behindert und teils konterkariert. Identitätspolitik bleibt jedoch ein mehrdeutiger Begriff, wie es eine mehrdeutige Praxis gibt. Die Polarisierung

82 Nida-Rümelin 2020, S. 8.

83 Wagenknecht 2021, S. 198.

84 Neubauer 2021, S. 29.

scheint das Gift. Sie ermüdet die Menschen oder macht sie wütend, indem sie sich provokant unterwerfen: »Dann sind wir eben rechts.«

Gegenwartsbewältigung – Kampf um die Kultur

Die kulturpolitisch relevante Folie im Umgang mit liberalen und exklusiven Gesellschaftsbildern in der Krise des Allgemeinen hat jüngst Andreas Reckwitz bestimmt, indem er den »Kampf um die Kultur« – ein Terminus, der die Sprengkraft einer bipolaren Konfrontation betont, die auch ich sehe – auf zwei Begriffe bringt: den der Hyperkultur und jenen des Kulturessenzialismus⁸⁵. Während der eine die globale Kultur als Reservoir von Ressourcen zur Selbstverwirklichung begreift und Kultur unendlich ausweitet,⁸⁶ grenzt der andere Gruppen und ihre Werte strikt ein⁸⁷. Hyperkultur begegnet uns im Verbund mit Vielfalt und Kosmopolitismus, korrespondierend mit dem Einzelnen, sie de-territorialisiert. Kulturessenzialismus begegnet uns hingegen im Verbund mit dem Eigenen, kollektiver Identität und Gemeinschaft, er territorialisiert. Während Hyperkultur Sache der Aushandlung und der Anverwandlung ist, bleibt Kultur als Essenz unhintergebar, an ihre Herkunft gekoppelt.

Diese Begriffe, die Reckwitz vorschlägt, sind natürlich Grenzwertbestimmungen, Idealtypen, analytische Kategorien. Reckwitz selbst zeigt ihre Turbulenzen im konzeptionellen Extremfall auf. Trotzdem markieren sie die Fliehkräfte unserer Zeit und lassen sich mit politischen Konzepten in Verbindung bringen, die bewusst ein »Kulturalisierungsregime«⁸⁸ verfolgen, also den Kampf um die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft austragen. Das ist eine neue Qualität. Unschwer kann man das linksliberale Milieu mit der Hyperkultur und ihrer Weltläufigkeit in Verbindung bringen, essenzialistische Kulturvorstellungen indes mit rechtspopulistischen Akteuren der Heimatverbundenheit und Abschottung gegen fremde Einflüsse. Damit werden die geschilderten rechten und linken »Hegemoniekonzepte« als Kulturalisierungsregime erkennbar.

Max Czollek, der sich exponiert, in einer Reihe flüssig geschriebener Essays die »Gegenwart zu bewältigen«⁸⁹ gehört jener Generation an, die sich für eine *radikale* Neubestimmung einer vielfältigen Gesellschaft ausspricht und sich zunehmend in die mehr oder minder kulturpolitisch zu nennende Debatte einbringt. Er versucht sich an einer Kritik der beiden Kulturalisierungsrichtungen, die Reckwitz beschreibt, und tut dies in einer Weise, die mir für das weitere Verständnis gesell-

85 Reckwitz 2019.

86 Reckwitz 2019, S. 36ff.

87 Vgl. Reckwitz 2019, 42ff.

88 Reckwitz 2019, S. 50.

89 Czollek 2020.

schaftlicher Transformation paradigmatisch scheint. Es ist ein neuer, nicht nur generationeller Grundton in die Debatte gekommen, der freilich auch die Erfahrung und Sprachfähigkeit von Nachkommen Zugewanderter beinhaltet, aber nicht zuletzt ein Selbstbewusstsein widerspiegelt, das die starke Individualisierung westlicher Gesellschaften hervorgebracht hat. Herrschende Denkweisen werden fundamental hinterfragt, neue Maßstäbe für unser Kulturverständnis sehr beherzt eingefordert und reale wie empfundene Formen von Diskriminierung, Ausschließung und Verletzung aufgedeckt.

Was Reckwitz anbelangt, fragt nun Czollek, ob die Gegenüberstellung von »Leit- und Hyperkultur« die Problemlage angemessen erfasse, die ihn beschäftigt: die Frage danach, wer und was – vor dem Hintergrund einer postmigrantischen Gesellschaft – eigentlich zur Kultur dieses Landes gezählt werde.⁹⁰ Weder spricht allerdings Reckwitz von Leitkultur, noch geht es ihm um eine Ideologiekritik, die Czollek in Hinblick auf kulturelle Teilhabe betreibt. Dieser hält es ungeachtet dessen für möglich, dass »diese vielfach gepriesene und ausgezeichnete Anordnung der Gegenwart«⁹¹ durch Reckwitz im Extremfall eine Diskussion über die Ausschlüsse bestimmter Gruppen verhindern könnte. Theorie und kultursoziologische Analyse werden kritisiert in Hinblick auf ihre Passfähigkeit für das eigene Gesellschaftsprogramm, ja sie werden aufgrund ihrer Stärke als hinderlich empfunden.

Noch bedenklicher scheint mir aber der generelle Umgang mit dem Begriff der Leitkultur, der sich als *Idée fixe* durch den Text zieht; Czollek ist geradezu besessen davon, eine deutsche oder besser bürgerliche Kulturvorstellung dekonstruieren zu müssen, die noch immer stark mit Realitätsflucht und Überlegenheitsphantasien verbunden ist. Die Freiheit der Kunst betrachtet er mit einem Argwohn, als gebe es keine politische Kunst in Deutschland, als gelte noch jener affirmative, idealistische Kulturbegriff, den die Kulturpolitik im Gefolge Marcuses immer wieder geradezu rituell entzaubert hat. Die gesamte Neue Kulturpolitik⁹² gilt als ihr Gegenentwurf. Die Farce um Gomringers Gedicht an der Hauswand der Alice-Salomon-Hochschule wird Czollek indes zum Diskriminierungsfanal⁹³, die Stimme der Studierenden zum allein gültigen Ausdruck von Demokratie, als wäre die Hochschule keine öffentliche Einrichtung. Der Respekt vor dem geehrten Künstler und seiner dedizierenden Geste spielt schließlich gar keine Rolle – wo Respekt heute gerade von jener

90 Czollek 2020, S. 40.

91 Czollek 2020, S. 41.

92 Der Begriff löste in den 1970er Jahren die Rede von der »Kulturpflege« ab. Neue Kulturpolitik steht dezidiert gegen das Elitäre und für einen erweiterten Kulturbegriff, also keine Einengung auf »folgenlose« Kunst und Literatur, und eine Öffnung in die Lebenswelt sowie das Politische. Dazu gehörte auch eine Trägerpluralisierung, die Entwicklung der Zivilgesellschaft im Kulturbereich. Die subversive Facette dieser Neuen Kulturpolitik war die Soziokultur. Vgl. Knoblich 2018b.

93 Vgl. Czollek 2020, S. 74ff.

jungen Generation immer im Munde geführt wird. So bleibt bei Czollek die Diskriminierungskritik von denen, die sie mit Verweis auf die Kunstfreiheit als überzogen zurückweisen, unverstanden, er nimmt sie als Ausdruck der Machtsicherung einer *Dominanzkultur*. Die Kritik der »unpolitischen Kultur«, die Politik noch immer kontrastiere und für deren Abgründe unzuständig sei, verfolgt er bis in die Poetologie Günter Eichs, der in der Tat kein Widerstandskämpfer gegen das Naziregime gewesen ist. Aber zwischen der Biographie Eichs und heutiger Kunst etwa im öffentlichen Raum liegen Welten, denken wir allein an die Aktionen des *Zentrums für Politische Schönheit*.

Der Begriff Leitkultur dient Czollek, als sei er ein gesetzter und von der Kulturpolitik verteidigter Programmbegriff. Der sonst mit Quellen durchaus untersetzte Band des promovierten Politikwissenschaftlers lässt den eigentlich entscheidenden Hinweis auf Bassam Tibi vermissen, der die Rede von einer *europäischen* Leitkultur eingebracht und auch die Reduktion des Begriffs im Diskurs nachgezeichnet hat.⁹⁴ Seine Idee einer europäischen Leitkultur ist kulturübergreifend und als Wertekonsens-Alternative zum »Multi-Kulti-Kulturrelativismus«⁹⁵ gedacht, wie er es etwas polemisch ausdrückt. Der Reduktionismus auf eine *deutsche* Leitkultur wurde viel diskutiert, ist in der Kulturpolitik aber nie konsensfähig geworden und ein provokanter Randslogan geblieben.⁹⁶ Dass neben einigen Konservativen die Neue Rechte ihn aufgreift, belegt seine Randständigkeit. Czollek unterstellt jedoch der »Dominanzkultur«, die gleichsam als Dispositiv von Kulturpolitik ihre regressive Wirkung zu entfalten scheint, einen ungebrochen deutsch-nationalen Grundton, eine Unempfindlichkeit gegenüber Wandel. Dominanz- und Leitkultur scheinen eins zu werden. Das ist evident falsch und auch nicht mehr provokant zu nennen; es passt von der Diktion her zur »populistischen Revolte«, hier aus linksliberaler Intention.

Ein Weiterlesen von Reckwitz übrigens hätte Czollek auch eine Entspannungsoption eröffnet, denn dieser plädiert am Ende des maßgeblichen Kapitels für eine »Kultur des Allgemeinen«, die eine Enkulturation *aller* einfordert, ein »doing universality«, das der Logik der umfassenden Partizipation aller vorausgehen müsse⁹⁷ – etwas, das auch Czollek einfordert. Arbeit also am gemeinsamen Projekt ist Arbeit aller, Stärkung der Gemeinsamkeit, nicht Überspitzung der Differenz. Das »Zerstreuende« der Hyperkultur, das Byung-Chul Han herausgestellt hatte, die »nicht zentrierte Vielheit«⁹⁸ bedarf nämlich der konstruktiven Hinwendung, wenn sie *gesellschaftlich* werden soll, eine Gemeinschaft prägend. Dazu benötigen wir Bilder von

94 Tibi 2016, S. 125ff.

95 Tibi 2016, S. 102f.

96 Vgl. Lammert 2006; de Maizière 2017.

97 Reckwitz 2019, S. 58f.

98 Han 2005, S. 32ff.

Gemeinschaft, die Zukunft oder besser *Zukünfte*, vielleicht sogar *Heimaten* kommunizierbar machen. Doch Czollek verneint die Notwendigkeit einer großen Erzählung, es mangle aus seiner Sicht lediglich an Kritik an gefährlichen Denktraditionen und an Antifaschismus.⁹⁹ Sein Programm lautet Desintegration, radikale Vielfalt und komplexe Intersektionalität (also die Aufdeckung der Gleichzeitigkeit verschiedener Diskriminierungen), um postmigrantischen Antifaschismus denken zu können. Es fehle kein Gemeinschaftsgefühl, sondern Mangel an Gefühl, wer zur herrschenden Gemeinschaft dazugehört.¹⁰⁰

Ob dies ein Narrativ sein kann, Menschen für Veränderung aufzuschließen, wäre zu bezweifeln. Minderheiten und Benachteiligte zu stärken und der »Mehrheitsgesellschaft« ihre Prägungen als Unmöglichkeit oder vielmehr strukturelle Schuld vorzuhalten – bis in die das »Völkische« vermeintlich stärkende deutsche Einheit hinein –, ist bei allem Respekt vor Polemik nicht mehr nur forsch. Gerade die deutsche Einheit hat gezeigt, dass das Glücksversprechen einer pluralen Gesellschaft nur schmerzhaft und verlustreich einzulösen ist, als langwieriger Lernprozess. Die eingetretenen Fehlleistungen und Verwerfungen sollten keinesfalls auf das Leitbild einer nationalistischen Identität eingengt werden, da Ostdeutsche durchaus migrationsähnliche Erfahrungen gesammelt haben und ebenfalls unter Anerkennungs- und Repräsentationslücken leiden, was aufgrund des spezifischen innerdeutschen Assimilationsdrucks oft verkannt wird. Sie fordern folglich nicht kollektiv ein, *mehr* zu Deutschland zu gehören als Migranten, sondern für sie bleibt Einheit vielmehr eine Differenzenerfahrung, die stark verunsichert. »Integriert doch erst mal uns!«, so der Buchtitel einer Spurensuche der sächsischen Integrationsministerin Petra Köpping¹⁰¹, ist insofern die Replik auf die Diskrepanz zwischen *Einheitsrhetorik* und realer *Beitrittserfahrung*; man sollte sie nicht pauschal als »Eastern Germany first!« fehlinterpretieren – bei allen nachweisbaren Formen von Fremdenfeindlichkeit, die es im Osten freilich gibt. Die nationale Identität in Deutschland scheint ohnehin nachhaltig porös; »Deutschland bleibt im Horizont eines nationalstaatlich gegliederten Europas eine Frage«, schrieb einst Helmuth Plessner.¹⁰² An der mentalitären Substanz dieser Frage scheint auch die deutsche Einheit nichts zu ändern, betrachtet man die anhaltenden Ausflüchte ins Verfassungspatriotische. Daran könnte *radikale Vielfalt* gut anknüpfen und neue Geschichten erzählen helfen, die freilich Vergangenheit und kulturelles Gedächtnis nicht ausklammern und Zonen des Gemeinsamen ausweisen. Die Konstruktion von Identitäten muss nicht zwingend der desintegrierenden Dekonstruktion weichen, um zeitgemäße Emanzipation zu ermöglichen.

99 Czollek 2020, S. 30.

100 Czollek 2020, S. 178ff.

101 Vgl. Köpping 2018.

102 Plessner 1974, S. 37.

Die Rede von der »postmigrantischen Gesellschaft« hat ihre heuristische Stärke im Betonen eines Transformationsprozesses von realen und imaginierten Eindeutigkeiten in Ambivalenzen und Ambiguitäten, der eine neue, gewiss fragilere Form von Gemeinschaft nach sich zieht.¹⁰³ Diesen Prozess sollte man nicht als Auflösung der deutschen (Dominanz-)Kultur, sondern eben als ihre Transformation im Wort-sinn, als behutsame *Umformung*, verstehen. Er scheint so besehen weniger dekonstruktiv als konstruktiv. Er benötigt durchaus mehr als die von Czollek genannten Ingredienzien, vor allem eben eine Erzählung von Zukunft, die die Menschen aufschließt und sagbar werden lässt, worin das Versprechen dieser Zukunft besteht.¹⁰⁴ Pfadbindungen geben wir nicht auf, weil radikale Vielfalt angeordnet wird, sondern weil wir uns einer gemeinsamen Vision zuwenden und unser ideelles wie praktisches Gemeinwesen darauf ausrichten, es umformen und unsere kollektiven Erinnerungen, Wegmarken und historischen Daten einbringen, sie in Teilen aber anders interpretieren, nicht wegwerfen. Das wäre das Gegenteil von Kulturkampf. In zeitgenössischer Metaphorik könnte man es auch behutsames *Framing* nennen, das entsprechende Narrative erfordert. Universelle Pluralität zieht freilich plurale Erzählungen nach sich, aber eine breite Überlappung in einer *Zone des Allgemeinen* wäre wohl dennoch erforderlich, sonst bliebe Gesellschaft die Summe ihrer Teile. Es wäre da nichts, das sie überwölbt, was verbindet, Resonanz stiftet und Zugehörigkeit begründet, die Summe mehr als die Addition der Vielen erscheinen lässt. Pluralität bedeutet eben nicht, Vereinzeling zu fördern, sondern Vielfalt gesellschaftlich aufzufangen, sie auf diese Gesellschaft zu beziehen, die damit erst entsteht.

Im heutigen Kulturkapitalismus wird Vielfalt jedoch immer stärker in »kulturelle Singularitätsmärkte« gedrängt. »Auf diesen Märkten konkurrieren Objekte, Subjekte, Orte und Ereignisse, teilweise auch Kollektive darum, als Güter mit kulturellem Einzigartigkeitswert erkannt und anerkannt zu werden. Die Singularitäten gliedern sich so in eine Struktur *kompetitiver Singularitäten* ein.«¹⁰⁵ Der Kulturkapitalismus trägt letztlich zu einem Klima erhitzter Identitätspolitik auf seine Weise bei, er verstärkt den mentalitären Grund der Sonderung (Hyperindividualisierung), wie einst die protestantische Ethik den Kapitalismus beförderte. Die damit perpetuierte Selbstverwirklichung treibt uns in eine »Gesellschaft im Singular«, in die »Idiokratie«¹⁰⁶. Damit ist eine Dysfunktion beschrieben, die Terzić mit Platon grundiert: Das Gemeinwohl hält den Staat zusammen, während das Sonderinteresse ihn zerreißt. Auch unsere *radikale Demokratie* ist nur als Staatsform Garant für etwas, das wir teilen und umformen können, das nicht alle Einzelinteressen zu vermitteln vermag, sich vielmehr über Grenzen definiert. Wie weit lassen sich Grenzen verflüssigen?

103 Vgl. Foroutan 2019, S. 111ff.

104 Vgl. etwa Blom 2020.

105 Reckwitz 2017, S. 106f. (Hervorhebung im Original); vgl. auch Boltanski, Esquerre 2018.

106 Terzić 2020, S. 26.

Beim Kulturverständnis sehe ich großes Potenzial, beim Sozialstaat eher nicht, da er sonst schlicht aufhört.

Transkulturalität statt Kulturkampf

Statt Reckwitz zu ideologisieren, wäre es für Czollek im Übrigen produktiver gewesen, nach regressiven Deutungen innerhalb des kosmopolitischen Milieus zu fahnden oder das noch immer zirkulierende Verständnis von Multikulturalismus zu beleuchten, was auch Tibi schon seit Jahren und vor Sahra Wagenknecht getan hat.¹⁰⁷ Denn wir müssen offenbar die Wiederkehr romantischer Vorstellungen über Kultur und Identität feststellen, die das Verhältnis von Gleichheit und Differenz prägen¹⁰⁸ und eine Abkehr von einem universalistischen Kulturverständnis bedeuten. Gemeint ist die Ganzheitsphantasie des Multikulturalismus, die im Kern von homogenen Kulturen und ihrer Begegnung ausgeht. Hat es in den letzten Jahren Aufbrüche gegeben, mit interkultureller Theorie und Politik das Miteinander und Dazwischen zu betonen, kehrt offenbar die abgrenzende Tendenz der Multikulturalität wieder. Hier begegnen wir mit identitätspolitischer Aufladung Herders Kugelmodell, der jede (National-)Kultur als abgegrenzt und gleichsam in sich selbst vollendet dachte. In dem Maße, in dem diese Kulturen aber geschlossen sind, grenzen sie sich nach außen strikt ab. Nach Herder ist der natürliche Staat ein Volk mit einem Nationalcharakter (man könnte auch von nationaler *Identität* sprechen). Problematisch wäre folglich »die wilde Vermischung der Menschengattungen und Nationen«; in ihr wären alle »zusammengeleimt ... in eine brechliche Maschine, die man Staatsmaschine nennet, ohne inneres Leben und Sympathie der Teile gegeneinander.«¹⁰⁹ Kugeln kann man eben nicht miteinander in Beziehung setzen, sie prallen ab oder gehen zu Bruch. Im Angesicht von Migration und realer Durchmischung scheint ein Rekurs auf eine »natürliche« (gottgegebene) Ordnung oder ihren identitären Wiedergänger nicht nur unzeitgemäß, er führt auch zur Verstärkung kultureller Sonderung, wo es eigentlich um die Herausbildung der Zonen des Miteinanders geht. Dies berührt auch die Debatte über »Kulturelle Aneignung«¹¹⁰, die tatsächlich die Frage aufwirft, welche Symbole und Praktiken von Vertretern anderer Kulturen »angeeignet«, adaptiert oder persifliert werden dürfen, ohne die Herkunftskultur zu verletzen oder auszubeuten. Vorausgesetzt werden muss dabei nämlich eine »reine« Herkunftskultur, auf deren Wissens- und Symbolbestände rekurriert werden kann; Dynamik und kulturelle Fluidität führen diesen Ansatz ad absurdum. Malik spitzt

107 Tibi 2016, S. 154ff.

108 Malik 2017, S. 46.

109 Herder o.J., [Neuntes Buch] S. 137.

110 Vgl. Kap. 2.1.

zu: »Die Politik des Multikulturalismus entwickelte sich nicht als Antwort auf Bedürfnisse von Minderheiten, sondern trug vor allem dazu bei, diese Minderheitengruppen überhaupt erst zu schaffen, indem sie Menschen Identitäten zuwies und die internen Konflikte ignorierte, die innerhalb von Klassen, Geschlechtern und Religionsgruppen bestehen.«¹¹¹ Wir konstruieren also Reinheit, um Pluralität zu behaupten – eine Pluralität der Widersprüche. Diese Art der Identitätspolitik ist in hohem Maße essentialistisch und damit nicht mehr begründungspflichtig. Sie entzieht sich dem universalistischen Denken und der rationalen Argumentation. Statt abschließender sind vielmehr öffnende Gesten vonnöten, um aufeinander hören, Verletzungen einordnen und Verständigung anstelle von Kulturkampf praktizieren zu können.

Seit Jahrzehnten befasst sich nicht zuletzt die Kulturpolitik damit, wie das Leben in einer multiethnischen Gesellschaft, wie »Integration« oder interkulturelles Zusammenleben in einer Multikulturalität zu gestalten seien. Multikulturalismus betont stärker die Eigenständigkeit und Integrität verschiedener Kulturen und setzt Anerkennung von Differenz gegen Assimilationsdruck. Er kann mit dazu beitragen, Rasse und Ethnie wieder über Gebühr in den Vordergrund zu rücken und andere Aspekte von Ungleichheit zu verdrängen. Heute wird dies, wie aufgezeigt, durch Identitätspolitiken unterschiedlicher Ausrichtungen betont und im Umgang mit »unterrepräsentierten Minderheiten« gelegentlich spürbar; schon immer aber besteht eine Suchbewegung nach dem angemessenen Umgang mit Formen der Koexistenz und Vermischung von Kulturen, konzeptionell wie begrifflich. Thomas Rübke und Bernd Wagner haben in ihrer geradezu enzyklopädischen Einleitung in das noch immer höchst relevante Jahrbuch für Kulturpolitik mit dem Schwerpunkt »Interkultur« darauf hingewiesen, dass zum einen Multikulturalität dennoch kein einheitlicher politischer Begriff ist und viele Bewertungen und Konzepte zulässt, zum anderen das »Dazwischen«, also die Zone des Miteinanders verschiedener Kulturen in der multiethnischen bzw. Einwanderungsgesellschaft mehr Aufmerksamkeit reklamiert. »Notwendig ist zuallererst, die traditionellen Kulturen der Einwanderungsgruppen und die neuentstandenen ›hybriden‹ Kulturen der zweiten und dritten Migrantengeneration als gleichwertige Kultur- und Kunstformen der bundesrepublikanischen Kulturlandschaft wahrzunehmen und als solche auch in den Bereich der Förderpolitik einzubeziehen.«¹¹² Interkultur war also bereits der Begriff einer wirksamen Aufmerksamkeitsverschiebung, die die Kulturpolitik resonanzfähiger werden ließ.

Konnte man nach Erwachen Deutschlands als Einwanderungsland also zunehmend die Betonung des »Dazwischen« der Kulturen beobachten, das auch mit Wolfgang Welschs Konzept der Transkulturalität zu einer Verflüssigung von Multikul-

111 Malik 2017, S. 85.

112 Rübke, Wagner 2003, S. 53.

turalität dränge und mit der Globalisierung korrespondiert, erleben wir nun Tendenzen einer identitätspolitischen Wende, die Differenzen betont und gegeneinander stellt. Was Thomas Meyer schon 2002 hellsichtig unter die Überschrift »Geburt einer Ideologie« gestellt hatte, lässt sich auf heutige binnenkulturelle Ausprägungen übertragen: die zunehmende *Politisierung* kultureller Differenz.¹¹³ Die Skalierung wird immer filigraner, aber am Ende bleibt die Tendenz, unveränderliche Eigenschaften zu fixieren, die Veränderung im Ganzen erschweren.¹¹⁴ Malik bringt es in seinem luziden Text sehr treffend auf den Punkt: »Soziale Solidarität wird immer weniger in politischen Kategorien gedacht und immer mehr in Kategorien wie Ethnizität, Kultur oder Religion. Die Menschen stellen sich immer weniger die Frage, ›In welcher Gesellschaft will ich leben?‹, sondern immer mehr ›Wer sind wir?‹«¹¹⁵

Neue Ordnungsmodelle sind gefragt, Wege aus dem »apertistischen« (öffnenden) Liberalismus (dessen Vielfalt zur Abgrenzung gerät) hin zu einem »einbettenden«, regulativen Liberalismus, wie dies Reckwitz beschreibt. Dieser könne das »linksliberale Modell des Multikulturalismus nicht ohne weiteres fortführen«, sondern müsse zu einem gemeinsamen Grundrahmen finden.¹¹⁶ Hilfreich ist dabei sicher die Feststellung von Wolfgang Welsch – der in der Kulturpolitik leider zu wenig rezipiert wurde –, dass Kulturen nie rein waren und Transkulturalität schon immer herrschte; allerdings sei ihr Ausmaß in den letzten Jahren stark angestiegen.¹¹⁷ Insbesondere durch globale Kommunikationstechnologien und Mobilität würden die Individuen *in sich* transkulturell, auch seien politische und kulturelle Geografien nicht mehr deckungsfähig.¹¹⁸ Welsch spricht sich für »durchlässige Verankerungen« aus, in jedem Fall für die Aufgabe von Homogenitätsvorstellungen in der Kultur. Solch ein Kulturverständnis könnte wesentlich dazu beitragen, einen »Grundrahmen« für ein Miteinander abzustecken und die Basis für eine gesellschaftliche Erzählung zu stellen, deren politische Kultur nicht in Kosmopoliten (Linksliberale) und Heimattreue (Rechte) zerfällt. Sie wäre auf der Basis einer überzeugenden Kulturpolitik sicher auch abweisend gegenüber identitätspolitischen Konzepten, deren Voraussetzung Ganzheitsphantasien von »Herkunftskulturen« oder Anerkennungsrituale sind, die überstark auf Minderheitenschutz abzielen und Unveränderlichkeit einfordern.

113 Umgekehrt kommt es zur »Kulturalisierung der Politik« (Manow 2018, S. 102); beides sind Anzeichen von Populismus.

114 Meyer 2002, S. 39.

115 Malik 2017, S. 25.

116 Reckwitz 2017, S. 298ff.

117 Welsch 2017, S. 25.

118 Welsch 2017, S. 21.

Kulturpolitik in der Krise des Allgemeinen

Aleida Assmann hat jüngst in einem bemerkenswert klaren Text das Konzept der Nation rehabilitiert.¹¹⁹ Darin hat sie nicht nur darauf verwiesen, dass es einen Unterschied zwischen einer demokratischen Nation und totalitärem Nationalismus gibt, sondern auch darauf, dass kein Verfassungstext die Erzählungen und Erfahrungen der Menschen ersetzen und für sich allein stehen kann. Allen, die in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit von Identität leugnen, weil diese für Unveränderlichkeit und Stillstand stehe – etwa Jullien¹²⁰, auf den auch Assmann ausführlich eingeht – hält sie entgegen: »Identität ermöglicht Selbstreflexion und Orientierung; deshalb ist sie als Selbstbezug und Arbeit des Bewusstseins und der Imagination als Entwurf, Angebot, Projekt oder Rahmen für Individuen wie für Gruppen unverzichtbar.«¹²¹ Man solle den Begriff daher nicht den Identitären überlassen, sondern die Veränderlichkeit, die der Nation (genau wie der Kultur) innewohnt, dafür nutzen, auf der Grundlage unserer Erfahrungen eine »zivile Nation« zu schaffen.

Den konstruktiven Charakter von Nation hatte einst Benedict Anderson herausgearbeitet, genauso wie er auf die Entstehung von Nationalismen einging – die eben nicht die logische Folge des Nationalen sind und ihm nicht immer folgen müssen.¹²² Nation muss eben keine ethnisch bestimmte, am Ende militant-defensive oder gar invasive Einheit sein, sondern kann ein *zuwachsöffener*, immer wieder auch auszuhandelnder *Wertekosmos* sein – wenn Demokratie herrscht.

Demokratie ist abermals das Stichwort, sie kam bereits als geschwächte, von Zerfallserscheinungen geprägte Regierungsform zur Sprache. Hier zeigt sich, wie wichtig sie auch für den gesellschaftlichen Identitätsrahmen ist. Demokratie ist nicht universalisierbar und als kosmopolitische Ordnung einfach weltweit umsetzbar, sie bleibt notwendig begrenzt und bedarf des (National-)Staates. »Diese Verbindung mit ihrer nun mehr als zweihundertjährigen Geschichte lässt sich nicht verlustfrei aufkündigen.«¹²³ Weiter stellt Manow fest, dass wir keine moderne Demokratie kennen, die nicht eine staatliche wäre.¹²⁴ Was sich allerdings entgrenzt und die Staatlichkeit herausfordert, sind die Märkte. Dies gerade vor dem Hintergrund der Informations- und Netztechnologien, die global mit den Finanzmärkten korrespondieren und eine neue Ära des digitalen Kapitalismus eingeleitet haben.¹²⁵ Universell sind also die Märkte, die Demokratie jedoch bedarf der Einhegung und

119 Assmann 2020.

120 Jullien 2017, S. 45ff.

121 Assmann 2020, S. 98.

122 Vgl. Anderson 1996, S. 72ff.

123 Manow 2020, S. 159.

124 Manow 2020, S. 162.

125 Vgl. Vogl 2021, S. 82.

der Identität.¹²⁶ Das Staatsvolk, das nicht ethnisch homogen sein muss, aber auch nicht »desintegriert« funktionieren dürfte, benötigt ein Wir. Zwischen radikaler Vielfalt und biodeutschem Wir dürfte es mehr geben als die Lücke der Missverständnisse, Klischeeerwartungen und Integrationszuminungen. Hier gilt es, Gesellschaft als fortlaufende Wertedebatte zu begreifen und die Gravitationskräfte rechter wie linker Kulturalisierungsregime zu überwinden. Kulturpolitik in ihrer heutigen gesellschaftspolitisch aktiven Form ist nicht die Handlangerin ideologischer Systeme oder Agens der Umsetzung von Hegemonieansprüchen; wenn etwas die Hegemonie erringt, ist es der Informations- bzw. Finanzkapitalismus. Kulturpolitik steht für eine antihegemoniale Geste, sie lässt Trägerpluralität, Diversität und Selbstorganisation nicht nur zu, sondern fördert diese. Kulturpolitik findet jenseits staatlicher Wirkungsdoctrin statt, sie ist vielstimmig. Ihr Ziel bleibt einzig die Sicherung eines Möglichkeitsraumes der Emanzipation, Bildung und Utopie, als Instrument einer Kulturrevolution kommt sie allenfalls in diesem Spektrum in Betracht. Eher bliebe ihr die Evolution im Sinne eines kulturellen Ökosystems (bezogen auf die kulturelle Infrastruktur), alles Instrumentelle und Totalitäre sollte von ihr ferngehalten werden.

Im *Allgemeinen* verbirgt sich auch das durchschnittliche Subjekt, das sich an allgemeinen Erfordernissen ausrichtet oder das von Kanonisierungen geprägt ist. Liest man etwa die Geschichte des europäischen Bildungskanons, geht es zunächst um die Perspektive einer bestimmten, nämlich der bürgerlichen Oberschicht. Diese hat aber wiederum die sozialdemokratische Teilhabepolitik und damit ein bestimmtes Menschenbild geprägt. Wir haben uns von der bürgerlichen Kultur emanzipiert, aber zehren von ihrem Erbe in unseren Bildungsvorstellungen, Institutionen oder ästhetischen Aneignungsweisen. Und wir schaffen auch nachbürgerliche Formationen kultureller Überzeugungen, deren Einordnung und Tradierung nicht nur mit unserem Ordnungssinn zu erklären sind. Wenn wir uns heute gegen Kanons (des Wissens, der künstlerischen Werke) stellen, muss uns bewusst sein, dass die berechtigte Kritik und Dekonstruktion von Privilegien und Machtformationen nicht darin aufgehen kann, alles zu nivellieren und die gesellschaftliche Produktion von Bedeutung stillstellen zu können.

Ich muss gestehen, dass mich Manfred Fuhrmanns Forderungen – so unzeitgemäß sie auf den ersten Blick erscheinen mögen – überzeugen, nämlich dass wir eines elementaren Bildungskanons bedürfen.¹²⁷ Ohne Schnittmengen, ohne die Anstrengung, sich auf gemeinsame Ziele zu verständigen, kann eine Gesellschaft nicht bestehen. Es ist kein Zufall, dass es eine umfassende Suchbewegung zu *Commons* im Sinne von Gemeingütern gibt. Hier geht es nicht nur um natürliche Ressourcen und den gerechten Umgang mit ihnen, sondern ebenso um immaterielle Gü-

126 Damit ist nicht gesagt, dass die Einhegung der Finanzmärkte nicht auch sinnvoll wäre.

127 Vgl. Fuhrmann 2004, S. 229ff.

ter und ihren Einsatz in der Wissensgesellschaft. Und es geht aus meiner Sicht um eine Denkfigur der Gegenläufigkeit. Felix Stalder kontrastiert in Hinblick auf den digitalen Wandel Postdemokratie und Commons.¹²⁸ Erweiterte Beteiligungs- und Entscheidungschancen müsse man nutzen, Beteiligung auch wirklich mit Entscheidung zu koppeln. Hier kämen also die Vielen und das Allgemeine neu zum Zuge, wenn wir zur Digitalität eine entsprechende politische Haltung entwickeln. Es liegt eben nicht im Wesen von Technologien, Gesellschaft nach ihrem Bilde zu formen, sondern Technologien entstehen als kulturelle Veränderung. Dass sie Einfluss auf Dynamiken gesellschaftlicher Entwicklung nehmen, ist unbestritten, aber sie sind kein Schicksal, dem man sich ergibt. Und so lese ich auch Reckwitz, dessen Analyse man als Appell begreifen kann, über Grenzen der Individualisierung nachzudenken und Angebote zu schaffen, die Menschen von ihrer Selbstüberhöhung entlasten, ihnen neue Formen kollektiven Erlebens ermöglichen, und zwar auch über die eigene Lebenszeit hinaus: Commons tragen nicht zuletzt eine intergenerationelle Balance in sich, sie fragen sowohl nach den Leistungen jener, die Güter erzeugen, als auch nach dem treuhänderischen Umgang mit ihnen, nehmen uns also nicht als »finale singuläre Verwerter«, sondern als eine Etappe im gesellschaftlichen Prozess wahr. Auch kulturelle Infrastrukturen können wir als Commons verstehen, die wir mit einem entsprechenden Habitus in die Gesellschaft der Singularitäten einbringen und gegen die Abwertung des Verbindenden stark machen sollten. Eine Kulturpolitik jenseits des Allgemeinen kann es nicht geben; Kulturpolitik ist auf Verbindungen angewiesen, wenngleich wir Verschiebungen erkennen und insbesondere die veränderten Rezeptions- und Geltungsbedürfnisse der Menschen aufnehmen müssen. Interessant ist ja, dass Reckwitz Krisen identifiziert, die die Gesellschaft der Singularitäten verursacht, Krisen, die wir bewältigen müssen. Sie betreffen die Individuen wie das Kollektiv gleichermaßen, das heißt, von Problemlösungen profitieren beide Seiten.

Ein wichtiger Beitrag der Kulturpolitik könnte zunächst darin bestehen, das Krisenbewusstsein zu stärken, denn oft gewinnt man den Eindruck, dass die Hyperindividualität – bestärkt durch den Markt und den »ästhetischen Kapitalismus« – als Heilsversprechen betrachtet wird. Genau das ist sie nicht. Die Emanzipation des Einzelnen endet dort, wo er mit sich alleingelassen wird und die Gesellschaft unterminiert. Hier ist auch die Schattenseite der Digitalisierung angesprochen, die auf einer »zunehmende(n) Atomisierung und Narzifizierung der Gesellschaft« aufsetzt und algorithmisiert die Filterblasen der Netzidentitäten verstärkt und den demokratischen Diskurs gefährdet¹²⁹. Denn Demokratie lebt von Gemeinschaftserfahrungen, nicht von Fragmentierung und Rückzug aus einer *geteilten Lebenswelt*.

128 Vgl. Stalder 2016, S. 245ff.

129 Han 2021, S. 45.

»Kulturpolitik für mich« wäre dann der programmatische Ausdruck einer talkapitalistischen Zuspitzung auf den einsamen Konsumenten oder Smartphone-Identitären. Oder – die andere Seite des Extrems – die Ausgestaltung der Safe Spaces jener, die die »rassifizierten Kultureinrichtungen« verlassen und von institutionellem Rassismus unbelastete Orte fordern, wie das Kollektiv Schwarzes Haus in Düsseldorf, ausgehend von den Verwerfungen am dortigen Schauspielhaus Anfang 2021. Natürlich ist es nicht damit getan, die Kultureinrichtungen lediglich für jene zu *öffnen*, die unterrepräsentiert und/oder migrantisiert sind, sie müssen sich auch *verändern*. Und natürlich müssen wir an strukturellen Problemen von Kulturbetrieben arbeiten. Unsere Kulturpolitik ist gleichwohl geprägt von einer kollektiven Wohlfahrt, von einem Gewinn an Allgemeinem und der Robustheit in der Verhandlung von Disparatem, vor deren möglichen Verletzungen man nicht warnen kann, ohne den zivilen Habitus einzubüßen. Ulrike Guérot meint in diesem Zusammenhang der Verschiebung von Freiheit zu Sicherheit: »Die aufgeklärten, erwachsenen mündigen Bürger*innen wissen, worauf sie sich einlassen, sie haben prinzipiell kein Anrecht auf Schutz und müssen auch nicht geschützt werden, weil sie selbstverantwortlich sind: Sie sind wehrhaft.«¹³⁰ Davon zeugt auch der Anspruch, Kulturpolitik sei Gesellschaftspolitik, oder die Rede von einer kulturellen Demokratie. Daran festzuhalten, bedeutet gemeinsame Arbeit an etwas Gemeinsamem, nicht Rückzug in Schutzräume oder die digitale Filterblase der Selbststabilisierung durch algorithmische Bestätigung. Unser Denken und Handeln ist gerichtet auf gesellschaftliche Kohäsion, nicht auf den singulären Verwerter oder das bloße Rückzugsgefecht. Hier muss auch eine aktualisierte Narration für Kulturpolitik in der zurückgewonnenen liberalen Demokratie ansetzen und den Diskurs neu entfachen, wo der Gemeinsinn verlorengegangen scheint¹³¹ und wir eben auch in einer narrativen Krise stecken¹³².

Wer entscheidet am Ende über das Maß an Zusammenhalt in einer Gesellschaft, den Bedarf an Bindekräften, Traditionen, Trägermedien kultureller Identität oder Toleranzkorridoren für das je Andere, Minoritäre, wer entscheidet über die Wirksamkeit neuer Konzepte von Identität und kosmopolitische Strategien der Öffnung? Die Menschen in ihrer Praxis, indem sie sich unterscheiden, binden, einander tolerieren, Wege des Miteinanders finden, aber sich auch abgrenzen. Kultur bleibt dabei ein Differenzbegriff (der auch Mehrheiten und Dominanten enthält), der Zonen von Verbindungen untrüglich markiert, aber auch separiert (ob uns das gefällt oder nicht). Kultur ist nie nur das, was wir wollen, sie ist primär das, was Menschen können und einfach tun. Das müssen wir beachten, wenn wir über die Kraft der Imagi-

130 Guérot 2021, S. 72.

131 Han 2021, S. 50.

132 Han 2021, S. 78.

nation nachdenken. Kulturpolitik ist nicht technokratisch, sondern nur kommunikativ und reflexiv umsetzbar; gleichwohl:

Entwirft auch die Kulturpolitik wieder Bilder von Zukunft?

1.3 Transformatorische Kulturpolitik und adaptives Kulturmanagement

Die Corona-Pandemie und die weitreichenden Maßnahmen der Bundesregierung sowie der Landesregierungen, die die Kultur über Gebühr einschränkten, waren nicht nur Auslöser von Krisen, sondern ließen wie in einem Brennglas schon länger bestehende strukturelle Schief lagen des Kulturbereichs sichtbar werden. Wir leben in einer Zeit umfassender Transformationen, die wir auch in neue Konzepte von Kulturpolitik und Kulturmanagement übersetzen und fruchtbar machen müssen. Gerade der Kulturbereich ist schließlich in der Lage, Kommunikation zu organisieren, Wertedebatten zu führen und sich mit überkommenen Beständen, Repertoires, Kulturgütern, Techniken und Usancen ihrer Aneignung auseinanderzusetzen. Kultur bedeutet permanente Arbeit am Selbstbild einer Gesellschaft. Kultur ist aber auch das Band, das Regionen, Nationen und Sprachbarrieren überwinden und Beziehungen knüpfen kann; dafür stehen nicht zuletzt die großen Mittlerorganisationen wie das *Goethe-Institut* oder das *Institut für Auslandsbeziehungen (Ifa)*. Gerade das *Goethe-Institut* hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder seine kulturpolitische Strategie verändert, um in einer multipolaren Welt optimal wirken zu können; mit der Koalitionsvereinbarung von 2005 wurde Kulturpolitik wieder als dritte Säule der Außenpolitik proklamiert. Neben der Stärkung bestehender Schwerpunkte und Strukturen sowie dem Ausbau der multilateralen Zusammenarbeit sowie der Förderung von Deutsch als Fremdsprache ging es auch um die Unterstützung von Projekten der Kultur- und Kreativwirtschaft und eine engere Verzahnung von Kulturarbeit und Entwicklungszusammenarbeit.¹³³ Das Verhältnis von Innen und Außen ändert sich in einer globalisierten Welt dabei zunehmend, die Politiken beider Wirkungsbereiche müssen stärker aufeinander bezogen und möglicherweise sogar wechselseitig integriert werden.¹³⁴

Vielleicht sollte die Kulturpolitik Wandel besonders aktiv gestalten, um Medium gesamtgesellschaftlicher Lernfähigkeit und Verständigung sein zu können. Gerade Kultureinrichtungen sind am Ende doch stets Sedimente gesellschaftlicher Bewegungen, die auf längere Zeit Gemeinschaft stiften und erneuern, weil sie Podien darstellen, Aktionsräume, aus denen gezielt, kulturpolitisch gesteuert oder motiviert, Neues entstehen, durch gute Governance Bewusstseinswandel unterstützt werden

133 Vgl. Lentz 2021, S. 213.

134 Vgl. Grätz, Hilgert 2021.

kann, wie etwa Julius Heinicke am Beispiel des Theaters und seiner Beiträge für Vielfalt zeigt.¹³⁵ Solche Orte der ästhetischen Kultur (re-)produzieren zwar Normalität, zeigen aber immer auch Wege aus dieser heraus, antizipieren, bieten Räume und Instrumente für Alternativerkundungen. Ihr Personal, ihre kreativen Partnerinnen und Partner, ihre Techniken sind auf Exploration spezialisiert.

Die »Krise des Allgemeinen« ist der gesellschaftlich wohl spürbarste Ausdruck von Wandel und prägt Mentalitäten; sie steht aber in Beziehung mit anderen Transformationen und macht es schwer, Kräfte auf die Gesamtgesellschaft zu fokussieren, um etwa die transnationale, globale Klimakrise zu bewältigen. Carsten Brosda hat begonnen, »Notwendige Debatten nach Corona«, so der Untertitel seines Buchs »Ausnahme/Zustand«, anzustoßen. Für die Kulturpolitik ist er noch vorsichtig und fokussiert auf die Leistungen der Kultur für die Gesellschaft, aber auch ihre Zweckfreiheit. Wichtig sei zudem auch künftig die Sicherstellung der notwendigen Rahmen- und Förderbedingungen.¹³⁶ Im Besinnen und Konsolidieren verbirgt sich aber der Nukleus, letztlich die Kompetenz für Veränderung.

Wandel erkennen und gestalten

Brosdas Hinwendung zum tragenden Gefüge von Kultur traf den Ton in einer gerade für Künstlerinnen und Kulturakteure schwierigen postpandemischen Zeit. Ich möchte diesen Impuls aufnehmen und bestärken. Kulturpolitik sollte spätestens jetzt anfangen, die bekannten Großtrends des Wandels zur Setzung neuer Rahmenbedingungen für ihr Wirkungsgefüge aktiv zu nutzen. Wir werden nicht komplett in den Zustand vor der Pandemie zurückkehren können, nicht nur im Kulturbereich. Allein die Publikumsentwicklung hat das gezeigt. Vielmehr beschleunigt die Pandemie die längerfristige Veränderung der kulturellen Infrastrukturen, und wir sind gut beraten, nach einer resilienten Kulturlandschaft zu fragen bzw. Konzepte für deren Herstellung zu entwickeln. Folgende Fragen stellen sich aus meiner Sicht gegenwärtig: Was vermissten die Menschen im Kultur-Shutdown tatsächlich elementar, wofür setzten sie sich ein? Welche Kultureinrichtungen oder Künstlerinnen schafften es, den Draht zu ihren Nutzern zu halten? Welche Bedingungen dafür gab es, welche Methoden waren erfolgreich? Was hat das mit Resonanz und Innovation zu tun? Welche Modelle oder Rollenbilder wirkten oder versagten? Wie waren die wirtschaftlichen Bedingungen und rechtlichen Rahmensetzungen beschaffen, um reagieren zu können? Überhaupt: Ist Reagieren nicht das entscheidende Element in dynamischen Zeiten? Wie ist das Verhältnis zwischen Tradieren und Erneuern?

Hinter diesen Beobachtungen, die in gewisser Weise auch einem Feldversuch entspringen, verbergen sich bekannte Forschungsfragen nach Besucherorientie-

135 Vgl. Heinicke 2019, S. 160ff.

136 Vgl. Brosda 2020b, S. 120.

rung, Vermittlungsformen, Dialog und Beteiligung, institutionellem Eigensinn und Pfadbindungen oder aber Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit. Auch nach Hemmnissen im Zuwendungs- oder Gemeinnützigkeitsrecht. Diesen Fragen sollten wir uns jetzt verstärkt zuwenden, ohne freilich Corona zum Maß der Wirkungsdinge zu erheben. Aber die Krise hat mehr als einen heuristischen Wert, sie zwingt uns, beherzter Zukunft zu antizipieren.

Transformationen – die »Große Transformation«

Gehen wir also einen Schritt weiter. Es gilt, auf ein ganzes Bündel an Transformationen zu reagieren: eine fortschreitende Globalisierung, einen sozial-ökologischen Wandel, den die EU als »Green Deal« ausgerufen hat und mit dem wohl endgültig das Ende der auf Wachstum programmierten Industriegesellschaft eintreten wird, schließlich die Digitalität als Modus der Weltwahrnehmung und -gestaltung, nicht nur als technologische Innovation von Digitalisierung, wie sie etwa in der Künstlichen Intelligenz (KI) als neuer »Allzwecktechnologie«¹³⁷ zum Tragen kommt, die den Status von Innovationen, wie es einst die Dampfmaschine oder der elektrische Strom waren, beansprucht, sowie weltweite Migrationsbewegungen. Schließlich transformiert sich auch die Kreativität: Sie gerät zur allgegenwärtigen, treibenden Kraft und ist nicht mehr nur Sache der Künste, der Künstlerinnen und Künstler oder eines erweiterten Kulturbegriffs. Kreativität wird ubiquitär, Treiber von Entwicklung und Wertschöpfung.

Die Coronakrise wirkt insofern katalytisch, als sie uns zwingt, neue Relevanzen für unser Wirkungsfeld zu erkennen und uns auf Veränderungen einzustellen. Dabei gilt es, ein fatales Wahrnehmungsmuster zu überwinden. Die Corona-Pandemie wurde oft nur als Unterbrechung des »Laufs der Dinge« aufgefasst: Nach deren Ende – auch der Begriff der »Übergangshilfen« stützt dieses Bild – kehren wir zur Normalität zurück. Die gesellschaftliche Wirklichkeit aber ist eine andere: Wir erleben radikale Wandlungsprozesse; Andreas Reckwitz spricht vom »Ende der Illusionen«¹³⁸, d.h., unser bisheriges westliches Fortschrittsmodell gelangt an sein Ende.¹³⁹ Wir können und sollten auch nicht mehr an alle Routinen der Vor-Corona-Zeit anknüpfen, sondern den Riss im Alltagshandeln als kognitive Weitung begreifen.

137 KI verändert also auch den Kulturbereich und fordert sowohl die Definition von Kreativität heraus als auch den Schutz der Kreativen, und sie stellt besondere Herausforderungen an die Bildung, die Schulung des Umgangs mit ihr. Wenn KI so funktioniert, dass sie das/ein System aufgrund von Erfahrungen verbessert (Prinzip der Rückkopplung) und insofern lernt, müssen wir lernen, sie einzusetzen und zu steuern, ihre Wirkungsweise sinnvoll auf uns zu beziehen. Vgl. grundlegend Rosengrün 2021, S. 59ff., 159ff.

138 Vgl. Reckwitz 2019.

139 Ingolfur Blühdorn hat diesen Befund aktuell untersucht und unter dem Topos »Unhaltbarkeit« gefasst. Vgl. Blühdorn 2024, S. 38.

Normalität, zu der wir zurückstreben, ist nichts Gegebenes, sondern etwas Gemachtes, wie Stephan Lessenich herausarbeitet. Der »Prozess der Produktion und Produktivität von Normalität lässt sich als Normalisierung bezeichnen«¹⁴⁰, er enthält normative, empirische und evaluative Dimensionen, die Lessenich für die Erfahrung und Akzeptanz von Normalität ausmacht. Und normal ist offenbar auch die restaurative Tendenz, gerade weil die Dimensionen des Wandels und der notwendigen Veränderungen, die wir selbst daraus ableiten und gestalten müssen, noch nicht vollständig erkannt, akzeptiert und politisch operationalisiert worden sind. »Die modernen Vorstellungswelten ökonomischen Wachstums, technologischer Naturbeherrschung, nationaler Souveränität, sozialer Integration und kultureller Dominanz sind nach wie vor lebendig.«¹⁴¹ Über das Maß ihrer Veränderung muss gesellschaftlich und politisch verhandelt werden. In Hinblick auf kulturelle Identität zum Beispiel reicht die Spannweite der Proklamationen von völliger Infragestellung bis zur Affirmation der Kulturnation als Rechtsgut.¹⁴² Veränderungen reiben sich an unserer gefühlten Normalität, die sich im bislang Gewohnten einzupegeln strebt, wir beobachten eine neue Qualität von Wandel:

	<i>Veränderungsbeispiel</i>		<i>Modus</i>
Reform	Sozialliberale Reform (Willy Brandt)		Korrektur der Ordnung/alten Pfade
Integration/ Assimilation	(temporärer) Zuzug Gastarbeiter Beitritt der DDR	}	Wiederherstellung der Ordnung
Transformation/ Revolution	Digitalität, Nachhaltigkeit		Genetischer Wandel/neue Pfade

Bestimmte Trends führen dazu, die Zentrifugalkräfte zu stärken, von denen moderne Vorstellungen von integriertem Wachstum schon länger erfasst sind: Individualisierung, Verlust oder auch Negation des Bildungskanons¹⁴³, Pluralisierung der Lebensstile und Weltdeutungen, Medialisierung, Ökonomisierung und Entstehung neuer Märkte, Globalisierung, Migration und Regression¹⁴⁴ (Populismus bzw. Krise der Demokratie und Erstarken des Autoritarismus) sowie Klimawandel und Knappheit von Ressourcen. Es ist diese Mischung aus Persönlichkeitsmerkmalen, westli-

140 Lessenich 2022, S. 26.

141 Lessenich 2022, S. 120.

142 Vgl. Jullien 2017 bzw. Wagener 2021, S. 85ff.

143 Vgl. Fuhrmann 2004.

144 Im Sinne von Geiselberger 2017.

chem Kulturmodell und internationalen Interdependenzen, die es kompliziert und schwer steuerbar macht.

Möglichkeiten des Kulturbereichs – Reaktionen der Politik

Dem Kulturbereich ist von seiner Konstitution her große Reaktionsfähigkeit und Agilität eingeschrieben: Die kommunale Selbstverwaltung (Art. 28 GG, Länderverfassungen) erlaubt ihm vielfältige, weitgehend autonome Entscheidungen und Entwicklungsmöglichkeiten, die sich lokal einfügen und subsidiär durch Förderpolitiken verstärkt werden können. Die örtliche Gemeinschaft kann partizipativ entscheiden und erlebbare Wirksamkeit entfalten. Es herrschen kaum gesetzliche Normierungen vor, Kultur als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe folgt keinen staatlichen Pflichten oder wird nicht – wie andere Aufgaben – für den Staat vollzogen (übertragener Wirkungskreis). Natürlich gelten auch übergeordnete Gesetze (z.B. Urheberrecht), aber wenn man etwa den Kanon des Baurechts (Bundesrecht) mit dem des (kommunalen) Kulturrechts¹⁴⁵ vergleicht, wird der qualitative Unterschied und Gestaltungsgrad der örtlichen Gemeinschaft evident. Der Kulturbereich, die örtliche Kulturpolitik, ist Ausdruck lokaler bzw. regionaler Besonderheiten, Prägungen, Traditionen, Innovationen; jegliche Gestaltung kann die Menschen unmittelbar dort abholen, wo sie wurzeln, ihre »Normalitätsbedürftigkeit« leben. Es gibt eine Vielfalt an Umsetzungsmöglichkeiten (dauerhaft institutionell, projektbezogen, kooperativ, fördernd/begleitend) und schließlich auch die Option, spezielle Förderinstrumente zu entwickeln (Ortsrecht).

Gleichwohl reproduziert Politik im Kulturbereich noch zumeist dieselben Normalitätsbedürfnisse, die die Menschen generell regelmäßig prägen, obwohl sie Veränderungsbedarf erkennen und darauf reagieren können sollte. So kommt es häufig zur Verteidigung der Bestände und geförderten Akteure (»gewachsene Kulturlandschaft«), wird Neues allenfalls hinzugenommen (additive Kulturpolitik), gibt es auch indirekt kaum Einfluss auf die Programme der Kultureinrichtungen und geförderten Akteure (weites Autonomieverständnis). Das Verteilen öffentlicher Mittel für kulturelle Zwecke wird oft im Sinne von Beschenken und Interessenausgleich vollzogen, da man sich um Kriterien und den eingestandenermaßen oft undankbaren Versuch drückt, Konzepte und echte Antragsplanungen einzufordern bzw. zu entwickeln, und Kultur für inkommensurabel, kurzerhand für subjektiv erklärt. Kultur verklärt sich so als das Immer-Gute, das tendenziell bedroht ist – daher wird der förderstrategische Zugriff als Zumutung, Angriff, unbotmäßige Einmischung abgewehrt. Es sei denn, man hat Beiräte oder Expertengruppen berufen, die eine Erwartungshaltung an kriteriengeleitetes Entscheiden im politischen Raum entfalten, was in größeren Städten überall der Fall ist. Es bleiben aber genügend Entschei-

145 Vgl. etwa Scheytt 2005; Lenski 2013.

dungsvorlagen oder Anträge aus dem politischen Raum, die befriedend, klientelorientiert oder explizit wahlkampforientiert ausfallen. Dennoch ist Kulturpolitik traditionell und noch immer ein schwaches Politikfeld, das kaum eine Profilierung von Politikerpersönlichkeiten erlaubt; Stadt- und Gemeinderäte oder Landtagsabgeordnete mit dem Prädikat »Kulturpolitischer Sprecher« gelten oft als minder bedeutsam mandatiert, ihre Auswahl gilt »innerhalb der Fraktionen eher [als] Strafversetzung [denn] als Vertrauensbeweis«,¹⁴⁶ wie man es pointieren könnte.

Haltungen entwickeln, Zielbilder diskutieren

Am Bild der reaktiven, auf Ausgleich und Absicherung orientierten Kulturpolitik wäre zu rütteln, der gelingenden Zukunft halber. Herausforderungen müssen wir annehmen, eine Lust auf Gestaltung entwickeln, Pfadbindungen in Frage stellen, Dinge neu denken: Kultur ist keine »Ablagerung«, sondern Konstruktion von Wirklichkeit. Die alten Avantgarden verfolgten die Utopie, Kunst und Leben zu verbinden, Entkoppelungen zu überwinden. Die Wirksamkeit eines erweiterten, als Lebensweise aufgefassten Kulturbegriffs trägt dazu bei, diese Entkoppelung abzutragen, allerdings kippt die gewonnene Kraft des Ästhetischen für die Gesellschaft in ein überbordendes Verwertungsinteresse der Kreativität, den »ästhetischen Kapitalismus«. ¹⁴⁷ Dabei verschwistern sich die einst das Bildungsbürgertum konstituierende Geschmacksästhetik und die ästhetische Ökonomie. ¹⁴⁸ Mit anderen Worten: Ein elaborierter Markt der Distinktion und der Selbsterfahrung ist entstanden, dessen inhärentem Individualisierungsfetisch neue kollektive Zielbilder nur schwer zu entleihen sind.

Dabei kommt es auf neue Zielbilder, neue Geschichten an. Ohne Narration, die uns verbindet, mitnimmt, aufbrechen lässt, ist eine transformatorische Kulturpolitik so wenig umzusetzen wie jegliche andere Änderung des Verhaltens in einer Welt, die unter der Last des westlichen Kulturmodells und seiner Verwertungsansprüche leidet. Philipp Blom unterstreicht die Lesbarkeit der Welt durch Geschichten; »erst wenn sie dramatisiert werden, wenn sie Teil eines leidenschaftlichen Kampfes werden, wenn sie einprägsame Bilder schaffen, können Ideen zu Geschichten werden, die Haltungen und Handlungen schaffen«. ¹⁴⁹

Eine andere Schwierigkeit, neue Geschichten zu erzählen, besteht darin, dass die Transformationen nicht zielgerichtet verlaufen, wir erst geben ihnen Profil, entleihen ihnen Modelle des guten, nachhaltigen, am Ende wohl glücklicheren

146 Burstein 2022, S. 40.

147 Vgl. Böhme 2016.

148 Vgl. Böhme 2016, S. 80 und S. 101.

149 Blom 2020, S. 77.

Lebens. Momentan herrscht vor dem Hintergrund der zurückweichenden Verfügbarkeit und Verteuerung von Welt ein Bild der Verknappung, des Verzichts oder des entmutigenden Umbaus (etwa des Energienetzes) und der beängstigenden, zunächst auch teuren Technologien (etwa Geothermie).

Wenn wir beim Diktum bleiben, dass Kulturpolitik Gesellschaftspolitik sei, müssen wir die Identifikationskraft der Menschen stimulieren mit Zielbildern, die aus Wandel Kraft beziehen und Transformation als Chance begreifen, sich neu einzurichten und die Welt unter einigen veränderten Prämissen zu betrachten. Transformatorische Kulturpolitik ist zunächst dieser Wille, Sprache und Bilder für die Zukunft zu finden und Entwicklungspfade bewusst in Frage zu stellen, Agilität als Haltung und Methode der Ansatz, Entwicklung anders aufzunehmen als bisher. Zu beidem gehört die Ehrlichkeit, dass Transformation wirklich Veränderung heißt, und sie beginnt mit der bewussten Infragestellung aller Routinen, die wir bis jetzt zur Anwendung gebracht haben. Dies nicht als Verlust, Gefahr, Scheitern, Entwurzelung zu erleben, müssen die neuen Bilder erst evozieren.

Transformatorische Kulturpolitik ist noch kein Konzept, eher ein Richtungsimpuls, eine Aufforderung, gemeinsam zu gestalten und Ziele zu definieren, Leitbilder, Thesen zur Kultur in der Stadt, im ländlichen Raum, in der Region, und in der Definitionsarbeit auch sprachfähig zu werden. Wir müssen dabei deutlich die Perspektiven weiten (inter-, trans- und multidisziplinär, öffentlich, an Vielfalt und Diversität orientiert) und Kulturpolitik in integrierte, ein Gemeinwesen ganzheitlich in den Blick nehmende Planungen einbringen. Konzeptbasierte Kulturpolitik bleibt der Schlüssel zum Beziehen von allgemeinen Trends und Prozessen auf die Anforderungen und Zielbilder im Kulturbereich.

Veränderungsbereite Kulturlandschaft – Kulturmanagement

Eine resiliente, also widerstandsfähige, lernfähige, veränderungsbereite Kulturlandschaft erlebt eine Krise als Chance des Umbaus, der Anpassung an neue Verhältnisse und Interessen. Sie lebt also nicht mehr von Wachstum und anderen Verteilungsgesten, sondern wohl künftig stärker von der Konzentration auf Wesentliches und Agilität. Sie setzt nicht einfach Routinen fort, sondern prüft deren Bedeutung und Akzeptanz heute. Sie ist kritisch und selbstkritisch. Förderpolitiken werden nicht extensiviert, sondern intensiviert, auf Wirkungen und Resonanz ausgerichtet. Kulturförderung bedeutet Verpflichtung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung; so gibt es auch keine »Antragslyrik« mehr, die als Platzhalter echter Konzepte dient und lediglich den Antragsteller formal legitimiert. Einer resilienten Kulturlandschaft liegt ein politisches Bekenntnis zugrunde, das ihre Gestalt sichert und nicht nur zulässt, was ohnehin geschieht. Kulturpolitik wird nur dann in dynamischen Zeiten größere Bedeutung erlangen, wenn sie selbst dynamisch ist, tatsächlich entscheidet, gewichtet und nicht in der Geste des

Gutgemeinten erstarrt, weil man schlechterdings alles braucht, was sich regt und etabliert hat, wie es sich etabliert hat. Die derzeit vorherrschenden Realien einer Kultur(förder)politik blockieren die Gestaltung des notwendigen Wandels. Auch braucht es ein adaptives Kulturmanagement, das Methoden entwickelt, die neue Narrative in der praktischen Kulturorganisation wirksam werden lassen.

Armin Klein hat vor fast zwanzig Jahren bereits Exzellenzkriterien für den Kulturbetrieb aufgestellt, wiewohl sein Denken damals noch stark vom etwas instrumentellen Kulturmanagement geprägt war, das betriebswirtschaftlich-manageriale Zielvorstellungen und Methoden adaptierte. Dennoch traf sein Buch wie kein anderes den Kern einer sich abzeichnenden Wende von einer Wachstums- und Versorgungspolitik hin zu mehr Relevanz, Wirksamkeit und Veränderungsbereitschaft, die sich auch mit staatlichen Images kritisch auseinandersetzt. Seine im Detail explizierten Kriterien sollen hier kurz in Erinnerung gerufen und als essenziell für eine transformatorische Kulturpolitik hervorgehoben sein – freilich bedürfen sie der Untersetzung durch Maßnahmen, die auf die eingangs beschriebenen Trends Bezug nehmen.

Klein hob mit einem Bild an, das für die Zeit nach dem Lockdown bemüht und förderpolitisch genutzt worden ist: Neustart. »Neustart Kultur« war ein von der *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* finanziertes Förderinstrument mit etwa 60 Teilprogrammen, die bis Mitte 2023 liefen. Es sollte als spartenübergreifendes Rettungs- und Zukunftsprogramm die Zukunftsfähigkeit der deutschen Kulturbranche sicherstellen und auch Mittel für pandemiebedingte Investitionen und die Digitalisierung ausschütten. Bei Klein ging es hingegen um die Frage, wer künftig die Bilder von Zukunft entwerfen würde, der kommerzielle oder der öffentliche Sektor. Für ihn waren es noch nicht die Megatrends, geschweige denn die Sorge um die Auswirkungen einer Pandemie, sondern die Befürchtung, eine falsch verstandene Auffassung des staatlich und kommunal getragenen und geförderten Kulturbereichs könne die Innovationsfähigkeit und Finanzierbarkeit wirksamer öffentlicher Kulturangebote behindern. Er stellte fest: »Der öffentliche Kulturbetrieb der Zukunft braucht tatsächliches ›Entrepreneurship.«¹⁵⁰ Und er forderte zur Umsetzung dessen einen Neustart. »Die Strukturen zu überprüfen, die Werte zu hinterfragen und die Strategien zu reflektieren – das werden die zentralen Aufgaben von Kulturmanagement und Kulturpolitik in Zukunft sein«¹⁵¹, so Klein weiter, und er sollte damit recht behalten.

Als Aufgaben definierte er eine Verknappung kulturpolitischer Ziele (also Auswahl, Förderwürdigkeit, Konzentration), die Überwindung der Angebotsorientierung (hin zur konsequenten Besucherorientierung – und nicht Nachfrage, was eine

150 Klein 2007, S. 57.

151 Klein 2007, S. 59.

entscheidende Differenz darstellt), die Überwindung der bürokratischen Organisation von Kultureinrichtungen in lernende Organisationen, effizienten Mitteleinsatz, also eine wirtschaftliche Steuerung bzw. die Überwindung der Kameralistik, die Überwindung der Orientierung am öffentlichen Kulturbetrieb (Selbstfixierung) und schließlich die konsequente Evaluation und Wirkungsmessung. All das setzte er an die Stelle des üblichen »Weiter so!«. ¹⁵²

Die damit aufgezeigten Entwicklungsdynamiken sind nach wie vor aktuell, vielerorts uneingelöst oder lediglich teilweise umgesetzt und hilfreich auch für die Bewältigung von Transformationsaufgaben. Gerade die lernende Organisation, die sich gegen die Persistenz von Routinen stellt, wäre von entscheidender Bedeutung.

Die hier formulierte kulturpolitische Idealvorstellung bleibt noch in weiten Teilen Utopie; doch was steht ihr entgegen? Zunächst einmal die Statik des Systems, die Gewissheiten, Organisationsformen und Routinen. Dann die häufig artikuliert Erwartung auf zusätzliche Einlösung all dessen, was sich aus der fortschreitenden Individualisierung ergibt: dass Pluralität und Diversität zu neuen Ausdrucksformen und Institutionen führen werden, die weiterer Mittel bedürfen und nichts verdrängen dürften. Dieses Bild additiver Kulturpolitik sollte durch eine evolutive Auffassung abgelöst werden. Kultur ist gleichsam ein Ökosystem, das sich innerhalb seiner Grenzen fortentwickelt, ausbalanciert.

Rote Liste bedrohter Kultureinrichtungen

Daher auch ist es kontraproduktiv, wenn nicht zynisch, eine »Rote Liste bedrohter Kultureinrichtungen« zu führen, obschon sie »nur« auf den Wert einzelner Kultureinrichtungen und Initiativen hinweisen möchte. Allein das oberflächliche Prüfverfahren und die Suggestion, alles sei unverzichtbar, stehen in starkem Kontrast zu Veränderungsdynamiken heute, sie können lokale Kulturpolitik konterkarieren, da sie diese von vornherein nicht respektieren. Umbau wird als Skandalon an sich gebrandmarkt, wenn die begleitende Rhetorik in Absolutheit davon ausgeht, dass »um jede einzelne Kultureinrichtung gekämpft« werden müsse. ¹⁵³

Der *Deutsche Kulturrat* führte von 2012 bis 2018 Rote Listen, 2020 wurde das Instrument im Zuge der Corona-Pandemie reaktiviert und präsentiert heute Einrichtungen, die aufgrund der Pandemie bedroht seien. Darunter befinden sich etwa von Schließung bedrohte *Goethe-Institute* – die bekanntermaßen mit Reformen, nicht nur mit den Folgen von Corona konfrontiert sind, wie immer man dazu stehen mag. Ursachentransparenz besteht hier nicht wirklich. Die Listen wurden anfangs ein

152 Vgl. Klein 2007, S. 61ff.

153 Deutschlandfunk 03.07.2012: Interview mit Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, <https://www.deutschlandfunk.de/zimmermann-mit-roter-liste-um-jede-einzelne-100.html>.

Jahr lang administriert, das heißt, der jeweilige Gefährdungsstatus wurde in dieser Zeit überprüft und aktualisiert. Unterschieden wurden fünf Kategorien von 0 = geschlossen bis 4 = Gefährdung aufgehoben. Inzwischen finden sich keine Angaben mehr über den Novellierungsmodus auf der Webseite. Die Absicht des Unterfangens erklärt der *Deutsche Kulturrat* selbst so: »Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten Roten Listen bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt. Ziel der Roten Liste ist es, auf den Wert einzelner Kultureinrichtungen und Initiativen hinzuweisen.«¹⁵⁴ So weit, so verständlich das Anliegen, hinter dem sich allerdings die Überzeugung zu verbergen scheint, dass jedes Kulturangebot für alle Zeiten ein Gewinn und etwas Unverzichtbares sei. Veränderung wird pauschal als Verlust aufgefasst und angeprangert, die Wiederherstellung des Ursprungszustands soll erreicht werden – in der Regel die auskömmliche Finanzierung oder Weiterbetreuung. Menschliches Fehlverhalten bedroht also nicht nur Flora und Fauna oder gefährdet Biotope, deren Eigenwert unzweifelhaft auch jenseits einer Bedeutung für den Menschen besteht, sondern offenbar auch unsere kulturelle Infrastruktur. Dieser Gestus scheint nicht nur ausgesprochen alarmistisch, er blendet zudem den gesamten Kontext der gelisteten Kulturangebote aus. Diese haben keinen Selbstzweck, sondern sie werden von Menschen für Menschen gemacht. Natürlich gibt es auch Einrichtungen, die unverzichtbar und besonders geschützt sind, oder den überzeitlichen Auftrag des Sammelns in Museen, aber diese Statusbestimmungen kann man nicht auf jedes Angebot erweitern oder als Verbot institutioneller Entscheidungen benutzen. Kulturpolitik kann nur transformativ funktionieren, indem sie nicht nur Bestehendes um jeden Preis schützt, sondern auch umbaut, neu Entstehendes fördert, alternative Zugänge schafft und die Angebotskulisse vor Ort im Ganzen in den Blick nimmt. Und hier kann es auch sinnvoll sein, Angebote einzustellen, obwohl das Schließen einer Kultureinrichtung noch immer oft als Sakrileg verstanden wird und politisch schwer durchhaltbar ist. Zumindest aber verlangt die »Gefährdungsklage« den Blick auf das Umfeld des gelisteten Falles, doch der bleibt komplett aus. Erst eine Abwägung von Entscheidungen und das Aufzeigen unterschiedlicher Perspektiven lassen erkennen, ob kulturpolitisch angemessen agiert wurde. Lediglich Gefährdung auf dürftiger Datenbasis anzuzeigen, bleibt eine bisweilen anmaßende Geste.

Was zudem nicht hinreichend bekannt ist und in der Maschinerie des Lobbyismus für Kultur verschwiegen wird: Die Rote Liste wird durch die Gremien des *Deutschen Kulturrats* weder behandelt noch bestätigt. Sie entsteht gleichsam urwüchsig durch Meldungen all jener, die einen Verlust zu beklagen haben oder diesen fürchten. Der Zufall generiert eine Momentaufnahme und die Verstärkung entsprechender Ansichten. Das kann im Falle eines Kulturvereins, der um seine öffentliche För-

154 Deutscher Kulturrat o.J.: Die Rote Liste, <https://www.kulturrat.de/thema/die-rote-liste/>.

derung bangt, hilfreich sein, da er große Aufmerksamkeit erlangt und so stärker für seine Arbeit mobilisieren kann. Der Zuwendungsgeber, der nicht gehört wurde, sieht das sicher anders, vor allem wenn sich hinter seiner Entscheidung objektive Gründe verbergen, die mitdiskutiert werden müssten. Oder der Rechtsträger eines Museums, der seine kulturpolitische Entscheidung ungefragt auf der Roten Liste wiederfindet und sich mit fehlerhaften oder tendenziösen Argumenten konfrontiert sieht.¹⁵⁵ Jeder kann eine Kultureinrichtung, ein Kulturangebot melden, das gefährdet ist (was immer das im Einzelfall auch heißen mag); die Prüfung erfolgt ohne feste Kriterien und ohne zwingende Anhörung des Rechtsträgers durch die Redaktion der Zeitschrift »Politik & Kultur«. Dennoch entsteht der Eindruck – und so verläuft die gesamte Kampagne –, es handle sich um ein offizielles und valides Dokument des *Deutschen Kulturrats*, das etwas über die Entwicklung der kulturellen Substanz in Deutschland aussagt. Die Presse vor Ort unterscheidet keinesfalls zwischen Kulturrat und Redaktion einer Zeitschrift, sie zitiert die vermeintliche Autorität aus Berlin.

Anders die Rote Liste für Pflanzen und Tiere, wo Expertengruppen streng wissenschaftlich alle zugänglichen Daten auswerten, um letztlich eine Aussage über den Status der Biodiversität zu erlangen, also eine systemische Aussage, die es kulturpolitisch nicht minder braucht. Nicht nur bezogen auf Tier- und Pflanzenfamilien mutet die Analogie der Roten Liste anmaßend an, sondern auch verglichen mit den tatsächlich notwendigen und ernsthaften Roten Listen des Kulturgutschutzes (ICOM), wie sie etwa für Syrien oder den Irak vorliegen. Diese enthalten im Übrigen keine Auflistung einzelner Einrichtungen oder Kunstgüter, sondern versuchen, über Kategorien und Beispiele auf den Handel mit Raubkunst aufmerksam zu machen und zum Erkennen von wertvollem, für den Handel nicht bestimmtem Kulturgut beizutragen. Hier geht es – anders als bei der möglichen Schließung etwa eines Museums in Deutschland – tatsächlich um eine Bedrohung des kulturellen Gedächtnisses und der Identität ganzer Regionen, die Gefährdung von Kultur durch massives Fehlverhalten von Menschen, die hasserfüllte Feldzüge gegen kulturelle Systeme unternehmen. In Anbetracht dieser Gefährdungslage, für die paradigmatisch der Fall des UNESCO-Welterbes Palmyra stehen kann, das durch die Terrororganisation IS zerstört worden ist, erscheint die Listung des Kulturrats geradezu

155 Ich selbst habe das im Prozess der Nutzungsänderung der Erfurter Peterskirche erlebt, die baulich ertüchtigt und von einem musealen zu einem flexibler und breiter genutzten Ort werden sollte. Dabei verzichtete die Stadt auf die Fortführung ihres Forums Konkrete Kunst; die einst als Leihgabe überlassenen Kunstwerke stellte sie nach Rücksprache mit den Künstlerinnen und Künstlern der Stadt Jena zur Verfügung, die Möglichkeiten ihrer Einbeziehung in spezielle Kunstausstellungen erblickt und Interesse signalisiert hatte. Freilich lief dieser Prozess nicht konfliktfrei ab. Eine Meldung für die Rote Liste durch den Förderverein führte zur pauschalen Listung, falschen Rechtsträgerangaben und einer einseitigen Bestärkung der Bewahrer, die kulturpolitische Strategie hingegen wurde skandalisiert bzw. nicht dargestellt.

zynisch. Der Fall des ermordeten Archäologen Khaled al-Asaad, der die Altertümer von Palmyra verwaltet und jahrelang erforscht hatte, rief weltweit Erschütterung hervor; er hatte sich noch unter der Folter geweigert, die von ihm in Sicherheit gebrachten Kunstwerke herauszugeben, die die Terroristen zu verkaufen trachteten. Paul Veyne hat ihm ein nachdenkliches Buch gewidmet, das Entstehung und Wert dieses Kulturerbes verdeutlicht.¹⁵⁶

Auch gibt es eine Liste des UNESCO-Welterbes in Gefahr (ebenfalls eine sogenannte Rote Liste), die tatsächlich einer kulturpolitischen Unterstützung bedarf, wengleich es sich hier um ein Thema der Auswärtigen Kulturpolitik handelt. Denn im Gegensatz zur Fortschreibung der Welterbeliste kommt deren Gestaltung »nur schleppend« voran. »Eine Eintragung in die Liste des Welterbes in Gefahr ist von vielen Vertragsstaaten unerwünscht und wird als Sanktionsmittel interpretiert. [...] Die Schutzmechanismen der Konvention kommen nicht zum Greifen.«¹⁵⁷ Die Liste wird folglich kaum genutzt. Aber im Gegensatz zur Roten Liste des *Deutschen Kulturrats* gibt es Kriterien für eine Listung¹⁵⁸ und damit nachgewiesene echte Gefährdungen für unikale Kulturzeugnisse.

Deutschland verfügt über eine reiche Kulturlandschaft, bei deren Veränderung sich ein Vergleich mit weltweiten Gefährdungslagen, die auch in Roten Listen zum Ausdruck kommen, geradezu verbietet. Der Bund hat mit seinem Kulturgutschutzgesetz einen wichtigen Beitrag geleistet, den Handel mit Raubkunst besser verhindern oder verfolgen zu können. Für das Welterbe und seine Erhaltung setzt sich Deutschland in den UNESCO-Gremien ein. Hinter all dem verbirgt sich eine verbreiterte Expertise. Analogien haben ihre Grenzen, eine Lobbyisierung der Indikation echter Kulturgutgefährdung sollte vermieden werden.

Warum aber arbeitet der *Deutsche Kulturrat* – oder genauer: der Herausgeber der Zeitschrift »Politik & Kultur« – mit dieser Roten Liste? Warum blieb sie bisher kaum kritisiert? Der Aufschrei bei jeder Form tatsächlichen oder vermeintlichen Kulturabbaus ist das stärkste Instrument des Lobbyismus. Es wird von allen verstanden – auch von jenen, die als »kulturfern« gelten, aber aufgrund von Parallelen aus ihrem Alltag die Malaise nachempfinden können – und es wird von den Medien in seiner Undifferenziertheit unmittelbar aufgegriffen und verstärkt. Dadurch steigert sich vor allem der Wert der Sendeinstanz: Da ist jemand, der für die Kultur kämpft und den Finger in die Wunde legt. Zugleich wird ohne nähere Begründung der Wert der bedrohten Kultureinrichtung oder des Angebots gesteigert, denn es entsteht der intendierte Eindruck, man verliere durch Nachlässigkeit etwas Einmaliges – was si-

156 Vgl. Veyne 2016.

157 Metzger 2022, S. 177f.

158 Deutsche UNESCO-Kommission (o.J.): Kriterien für die Einschreibung auf die Liste des gefährdeten Erbes der Welt, <https://www.unesco.de/kultur-und-natur/welterbe/welterbe-sein/welterbe-gefahr#kriterien-in-gefahr>.

cher auch zutreffen, aber isoliert, plakativ und pauschal betrachtet wiederum kulturpolitisch falsch und kontraproduktiv sein kann.

Im *Deutschen Kulturrat* als Spitzenverband der zahlreichen Bundeskulturverbände versammeln sich jene, die für das Setting an Einrichtungen und Organisationen kämpfen. Ihr Kernauftrag besteht in der Existenzsicherung, letztlich der Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Die Grauzone, die sich durch die rein redaktionelle Speisung der Liste ergibt, schützt Sprecherrat oder Mitgliederversammlung des Kulturrats vor unangenehmen Fragen und Debatten; ja, eine Verhandlung über eine Rote Liste anhand von Fakten, Belegen oder Einsprüchen wäre in den Gremien gar nicht durchführbar. Es kann die Rote Liste nur geben, weil sie an den Gremien vorbei als lobbyistischer Impuls gewissermaßen wild wachsen kann und den Kulturrat als Wissensinstanz und Gewissen der Kultur in Deutschland stabilisieren hilft. Aber die Öffentlichkeit wird damit getäuscht, die starke Analogie ist unangemessen. Es darf und soll gern ein Format geben, das vor Kulturabbau warnt, aber es muss anders benannt sein und sollte nicht den Eindruck einer offiziellen Kulturratsliste erwecken. Und es muss eine zeitgemäße kulturpolitische Haltung einnehmen, gerade weil wir in Zeiten des Umbaus unserer Gesellschaft leben und das pure Festhalten am Bestehenden kaum helfen wird. Die Geste also ist falsch, sie kann ernsthaftes Gestalten vor Ort behindern, weil sie Debatten verkleistert. Für den Fortbestand bestimmter Einrichtungen soll man durchaus kämpfen, aber differenziert, faktenbasiert.

Kritisiert wurde bislang das Format kaum, weil es die Wärme einer Gemeinschaft verströmt, die das Gute will (rot ist auch das Feuer, das wir symbolisch für die Kultur schüren). Und das Gute hat Kontinuität und soll immer größer werden und nichts an Glanz und Bedeutung einbüßen. Idealität und Realität erfolgreich zu vermitteln, bleibt wohl die größte kulturpolitische Aufgabe.

Transformation als Arbeit gegen Widerstände

Schließlich – und das ist die schlimmste und reaktionärste Dimension – wird eine konservative populistische Politik von rechts¹⁵⁹ den Umbau des Kulturstaats als dessen Niedergang brandmarken und den unbedingten Erhalt bestimmter Bestände einfordern: Statik des Überkommenen versus Dynamik lebendiger Kulturentwicklung. Sie wird Begriffe wie Heimat, lokale Identität, Verwurzelung und deutsche Leitkultur als Normierungen setzen, die gegen Umbau, kulturelle Vielfalt und Diversität als kosmopolitische Störungen in Stellung gebracht werden. Damit korrespondiert ein weiterer Großtrend: die Erosion von Demokratie, Liberalität und Rationalität. Alles dynamische Begriffe der Aushandlung, der Toleranz und Erkenntnisgewinnung.

159 Vgl. Kapitel 3.4.

Die transformatorische Kulturpolitik, die hier im Sinne dieser Dynamik angesprochen wird, soll der lustvolle und auch tatsächlich notwendige Versuch sein, Wandel zu gestalten, ihn produktiv zu machen und ihm eine Kulturlandschaft zu entringen, die nachhaltig trägt und wirkt – in einer real schon veränderten Gesellschaft. Sie zielt auf ein lokales oder regionales Gesamtsetting von Kultur, das verantwortungsvoller Kulturpolitik und adaptivem Kulturmanagement entspringt.

Die Akteure im Kulturbereich erlebten die Corona-Pandemie in zwei scheinbar miteinander in Konflikt stehenden Dimensionen: einerseits als existenzielle Krise im Kontext eines zum Stillstand gezwungenen Kulturlebens, andererseits als ein reflexives Moment des selbstvergewissernden Lernens. Die Krise offenbarte dabei schonungslos die schon vor Corona existierenden strukturellen Defizite. Es scheint also die Zeit gekommen, um ernsthaft über Transformationsfragen im Kulturbereich zu sprechen.

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* als Diskursmotor für eine reflektierte Kulturpolitik in Deutschland startete deshalb einen Dialog über die Zukunftsfähigkeit kultureller Infrastrukturen, auf den an dieser Stelle hingewiesen sein soll¹⁶⁰ – freilich ohne die negativen Effekte der Krise für Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Kulturnutzer zu bagatellisieren. Natürlich setzte auch sie sich für staatliche Hilfen ein oder kritisierte das Maß des Lockdowns, der die Kultur in der analogen Welt komplett zum Erliegen brachte und uns den Eindruck vermittelte, dass Kultur tatsächlich nur etwas für den Normalmodus unserer Gesellschaft sei. Kultur erschien nicht als Grundrecht, zugespitzt formuliert: Wir schalten sie wieder zu, wenn der Markt für Unterhaltung erneut anlaufen kann. Diese Fehlleistung wird uns noch länger beschäftigen müssen.

Doch der heuristische Akzent ist ein anderer: Die *Kulturpolitische Gesellschaft* fragt nach den Impulsen, die uns die Pandemie für die Gestaltung des Wandels gegeben hat, der durch die Krise vielleicht sichtbarer, in Teilen noch beschleunigt zu werden scheint. Die Reihe *#neueRelevanz* dient als Plattform, sich zu positionieren und miteinander ins Gespräch zu kommen, sich gemeinsam für eine nachhaltige, resiliente Kulturpolitik einzusetzen, da Kultur nicht nur durch Übergangshilfen gesichert werden kann, die sich am Status quo orientieren. Kultur und damit auch kulturelle Infrastrukturen müssen dynamisch aufgefasst werden, sie sollten Bestandteile des gesellschaftlichen Wandels sein, nicht starre Gegebenheiten, um die herum sich Wandel ereignet.

Mein Auftakttext »Kultur ist mehr als Freizeitgestaltung, Vergnügen und Unterhaltung«¹⁶¹, den ich dafür geschrieben hatte, geht dabei vom Unbehagen einer Nivellierung all dessen aus, was in der Krise still gestellt worden war. Im Kern hieß

160 Kulturpolitische Gesellschaft o.J.: Essays zu *#neueRelevanz*, <https://kupoge.de/essays-zu-neue-relevanz/>.

161 Abgedruckt in Knoblich, Sievers, Mohr 2021, S. 184–193.

meine Botschaft: sowohl die Krise als auch den Wandel *mit* Kultur gestalten, also differenzieren, abwägen und zulassen, was essenziell ist. Kultur bleibt nur dann eine gesellschaftlich privilegierte Zone, wenn sie mit den Problemen der Gesellschaft Kontakt hält, eine Krise mit durchläuft und Verluste mit erleidet, ohne Immunität einzufordern oder sedierte zu sein.

Längerfristig blicken wir auf gesellschaftliche Veränderungen, denen durch Weitblick und gute Konzepte begegnet werden kann, die gestaltet, nicht katastrophisch erlitten werden müssen. Von Anfang an steht die *Kulturpolitische Gesellschaft* für reformorientierte Kulturpolitik; heute nennen wir sie transformatorisch. Ob Re- oder Transformation, eine adaptierte, zeitgemäße »Formation« der Kulturlandschaft verbirgt sich in beiden Begriffen. Immer geht es um Relevanz, aktive Mitgestaltung, lediglich die Tragweite fällt unterschiedlich aus.

Die von vielen postulierte Systemrelevanz (oder Systemimmanenz) der Kultur bezieht sich daher nicht auf den Bestand kultureller Infrastrukturen, sondern auf ihre generelle konstitutive Bedeutung für unsere Gesellschaft. Maß und Ausrichtung der Infrastrukturen indes bleiben Aufgaben von Kulturpolitik, die am Puls der Zeit wirkt und Megatrends auf ihr Feld bezieht. Wir müssen Veränderung deshalb neu denken, weil sich die gesellschaftliche Realität massiv verändert. Außerdem überlagern sich Effekte wechselseitig und entfachen eine beschleunigte Dynamik. Spätestens jetzt sollten wir das ernst nehmen. Um nur zwei kulturpolitische Auswirkungen zu nennen, denen wir uns stellen müssen: Durch die Globalisierung und weltweite Migrationsströme werden nationale Politiken herausgefordert. *Kulturelle Vielfalt* wurde zur völkerrechtlich verbrieften Norm, die wir auszugestalten haben und die von Menschen auch eingefordert wird, die zu uns kommen. Kulturerbe konstituiert sich unter dem Emanzipationsdruck *postkolonialer Aufarbeitung* möglicherweise künftig ganz neu und supranational als Polyphonie aller Stimmen, also jenseits errungener Kanons und Bewertungsinstanzen.¹⁶² Unser eurozentristischer Blick wird vollends obsolet. Diversität beginnt bei der Adressierung von Geltungsansprüchen und Mitsprache: Neue Ordnungslogiken, Umsortierung bisheriger Ordnungen des Wissens und Erinnerns, Emanzipation als »Welt-Druck«, dem wir uns stellen müssen. Dies fordert gerade die großen Institutionen und ihre Arbeitsweisen heraus, aber auch unsere Förderpolitik.

Kulturförderung im Wandel

Eine Entscheidung steht an: Erdulden wir den Wandel (auch an Aufmerksamkeit und veränderten Rezeptionsmustern) als Schicksal, stemmen uns ihm entgegen mit oft begrenzten Mitteln oder entlehnen wir ihm kulturpolitische Geschichten von

162 Vgl. Savoy 2018, S. 52ff.

Aktion, Aufbruch und kritischer Bewertung des Gegebenen, wählen aus und gestalten tatsächlich neu? Heißt nicht auch Pflege des Erbes, dieses mit jedem Zuwachs, jedem generationellen Blick und gemessen an unseren begrenzten Handlungsmöglichkeiten neu zu bewerten, auch einzugrenzen? Heißt Freiheit hier nicht auch, Spielräume zu erzeugen, statt Lasten in Kauf zu nehmen? Es gibt viele Grundsatzfragen, die wir uns stellen sollten – gerade in der Krise, die uns in den nächsten Jahren mit ihren Folgen konfrontieren und zu klugem Handeln herausfordern wird. Das Ziel besteht in einer möglichst breit akzeptierten, resonanten Kulturlandschaft, die sich vermitteln und erleben lässt. Zu dieser gelangt man nur durch die Formulierung neuer Zielbilder, Partnerschaften, Selektion und – im Falle der Museen – auch durch die Enttabuisierung von Deakzession und Profilierung. Es ist die große Stunde der Konzeptarbeit, um Entfaltung und Finanzierbarkeit gleichermaßen zu gewährleisten.

Auch im Feld der Kulturförderung schlagen sich die Ambivalenzen einer bislang stark additiven Kulturpolitik nieder, produzieren aber ungleich krassere Unauskömmlichkeiten. Wo die öffentliche Hand fördert, sollte dies strategisch und substanziell, aber auch selbstkritisch erfolgen. Dabei müssen altbekannte (und in der Pandemie teilweise großzügig außer Kraft gesetzte) zuwendungs- und haushaltsrechtliche Grenzen überwunden werden, aber auch spezielle Fördererkenntnisse fruchtbar gemacht werden.¹⁶³ Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Systematik einige Aspekte, die es zu vertiefen lohnte. Es käme aus meiner Sicht – unter den Auspizien einer konzeptbasierten Kulturpolitik – an auf:

- Evaluation bisheriger Förderpolitik, Förderpraxis und Trägerschaften
- Konzeptförderungen, die Veränderung vorbereiten und umsetzbar werden lassen
- eine Unterscheidung von Innovations- und Konsolidierungsförderung, um Experiment wie Nachhaltigkeit gleichermaßen gezielt zu unterstützen
- die Möglichkeit überjähriger Förderungen
- die Profilierung von konzeptbasierten Förderbedingungen/-kriterien (vs. Antragslyrik, Förderung als rein soziale Geste)
- bessere Abstimmung zwischen Zuwendungsgebern und Zuwendungsebenen
- Aufgabe von Projektförderung als verdeckte institutionelle Förderung
- institutionelle Förderung mit Evaluation und Laufzeitbegrenzung/Option der Verlängerung
- ein Maß in Hinblick auf ehrenamtliche Arbeit und Professionalisierung/Institutionalisierung

163 Vgl. dazu die online verfügbaren Evaluationen und die aus ihnen resultierenden Empfehlungen der Neustart-Programme etwa des Fonds Darstellende Künste e.V. oder des Fonds Soziokultur e.V.

- angemessene investive Förderungen
- Schaffung der haushalts-, zuwendungs-, steuer- und ggf. beihilferechtlichen Voraussetzungen für neue Förderpolitiken sowie für mehr Eigenwirtschaftlichkeit freier Kulturträger
- landesgesetzliche Sicherung von freiwilligen Leistungen auf kommunaler Ebene (ohne sie zu Pflichtaufgaben zu erheben)/Kulturfördergesetze in allen Ländern
- Stärkung der Fachlichkeit bei der Mittelvergabe durch Beiräte/Partizipation bzw. durch unabhängige Förderinstanzen
- Schaffung von Transparenz durch Förderberichte (der Kommunen und der Länder)
- thematische/konjunkturelle Förderungen, die Kooperation anstiften, bei gleichzeitigem Ausbruch aus den überbordenden Erinnerungswellen (etwa Reformationsdekade)
- eine Debatte über das Verhältnis zwischen Autonomie¹⁶⁴ und gesellschaftlicher Wirksamkeit von Kulturarbeit: Was fördern wir warum genau?
- Sicherung und Ausbau von Beratung und Weiterbildung (auch für Kulturpolitiker/innen)
- Gewährleistung von kultureller Vielfalt (UNESCO-Konvention) und Diversität bzw. Multiperspektivität in der Förderpolitik

Vieles davon gibt es schon in unterschiedlicher Qualität – allerdings bei Weitem nicht überall. Die Pandemie könnte auch auf diesem Gebiet helfen, aus Pfadbindungen auszubrechen und eine ehrliche Debatte darüber zu beginnen, was dem Gemeinwesen weiterhin wichtig ist, was es zu stärken oder aufzugeben gilt – im Sinne einer pluralen, leistungsfähigen Trägerlandschaft.

Ein weiteres Beispiel: Die sich herausbildende *Kultur der Digitalität* verändert die Entstehungsbedingungen und Resonanzräume kultureller Produktion, Distribution und Rezeption, sie bedeutet nicht nur eine Medien-, sondern eine Kulturrevolution. Sie ändert unser Denken und Handeln ebenso wie die Funktionsweise der Institutionen. Schließlich pluralisiert sich mit ihr unsere Gesellschaft immer weiter, erodieren bisherige Milieus und Bildungsbestände, vor allem im Kontext traditioneller Kunst- und Gedächtnisformen (Oper, Museum), und es entstehen neue Formen von Co-Creation.¹⁶⁵ Die Reaktionen darauf fallen bisher unterschiedlich, keinesfalls hinreichend aus.¹⁶⁶

Oder: *Kreativität* wird zum Imperativ immer kürzerer Innovationszyklen in allen Bereichen, die »geschützte« Zone des Kulturbereichs wird zusehends entgrenzt; ästhetische Imperative bestimmen unsere Lebenswelt – was heißt das künftig für

164 Hier ist nicht die verfassungsmäßige Kunstfreiheit gemeint.

165 Vgl. Jagla, Knoblich 2020, S. 1–22.

166 Vgl. Heid, Pfaff, Sievers 2024 (im Erscheinen).

das Schöne der Kunst, die Zuständigkeits- und Regulierungsbereiche der Kulturpolitik? Ändert sich nicht auch das Kunstverständnis, die Typologie der Künstler und ihrer Ausdrucksformen, indem verstärkt durch künstlerische Interventionen auf gesellschaftliche Transformation direkt Bezug genommen wird oder der Computer künstliche Kreativität hervorbringt?¹⁶⁷ Schließlich der Rahmen: Wohin steuert die *Demokratie*, mit der viele Aktionsformen der Zivilgesellschaft und breitenkulturelle Akteure besonders eng verbunden sind? Kommunikation und Diskurs bilden die Basis demokratischer Aushandlungsprozesse; nicht nur beim Journalismus beklagen wir jedoch eine massive Krise des Diskurses, eine Ermüdung jener Austauschformen, die uns Liberalität, Meinungsbildung und Mitgestaltung sichern.

Wir benötigen Kulturakteure und Kultureinrichtungen, die Wandel als Normalität begreifen, sich auf ihn einstellen. Auch Krisen gehören zweifelsohne zum Setting dessen, was vor uns liegt. Wenn wir sie als systemimmanent begreifen, werden wir robuster. Eine Kulturpolitik, die dies reflektiert, auch schmerzliche Veränderung aktiv gestaltet, nenne ich resilient. Sie bewahrt folglich nicht nur, sie baut um, verwirft, erfindet neu und erklärt ihren Bestand nicht für per se unverzichtbar. Wir sollten sie jetzt in Gang setzen, statt lediglich zurückzublicken auf eine verklärte Zeit des Wachstums, die übrigens schon tief von Widersprüchen gezeichnet war, blicken wir allein auf die Klimafrage und den sozial-ökologischen Wandel, den wir auch ins Kulturpolitische wenden müssen.

1.4 Das Soziale in der Kulturpolitik. Zur Transformation des Sozialstaats

Eine »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« rückt das Soziale in den Fokus von Transformation. Die soziale Frage in der Kulturpolitik ist eng geknüpft an das Kunstverständnis. Je weiter der Kulturbegriff, desto größer auch der soziale Radius und die Notwendigkeit sozialstaatlicher Regulation. Mit der Neuen Kulturpolitik hielten geltungs- und teilhabebezogene Leitformeln Einzug in die Debatte, sie sorgten für die Etablierung neuer Ausdrucksformen, Institutionen und Förderpolitiken: »Bürgerrecht Kultur«, Soziokultur oder »Kultur für alle«. Nicht nur die traditionellen Trägerschichten von Kultur wurden aufgebrochen, auch der mäzenatische Gestus von Kulturförderung stellte sich damit infrage. Das die Nachkriegszeit lange überlebende Narrativ der *Kulturpflege*, das einen idealistischen Hortus conclusus der schönen Dinge imaginierte, wandelte der Realismus einsetzender gesellschaftlicher Brüche ziemlich abrupt in ein Narrativ aktiver, pluraler *Kulturgestaltung*. Kultur als Lebensweise, Kultur als das Alltägliche kragte nun deutlicher und immer weiter in die soziale Welt. Während Kultur im engeren Sinne einst Abstand genommen hat-

167 Vgl. Rauterberg 2021.

te zu dieser Sphäre und Handlungsinstanz¹⁶⁸, erwies sich der erweiterte Kulturbegriff geradezu als ihr Agent und Vermittler – und veränderte auch die ästhetischen Praktiken. Für die Wandlungen des Kunstverständnisses genügt allein der Verweis auf Joseph Beuys.

Zugang zur Kultur – soziale Lage der Kreativen

Kulturpolitik – die überhaupt erst Politik werden musste – war damit plötzlich für den Umgang mit gesellschaftlichen Verwerfungen zuständig und benötigte adäquate Instrumente. Sie fragte nicht nur neu nach Zielgruppen kultureller Angebote, Teilhabechancen, Zugangsbarrieren oder den Möglichkeiten eigenen kreativen Ausdrucks aller Menschen (jeder Mensch ist ein Künstler im Sinne der »Sozialen Plastik«), sondern zunehmend auch nach der sozialen Lage sowie den Entfaltungsmöglichkeiten der kreativ Tätigen selbst. Die großen empirischen Untersuchungen von Karla Fohrbeck und Andreas Johannes Wiesand in den frühen 1970er Jahren setzten sich nicht nur mit Vorstellungen darüber auseinander, was ein Künstler sei und wie er zwischen Selbst- und Fremdbild, Autonomie und Profession einzuordnen wäre, sie bildeten auch das Reservoir ganz konkreter sozialstaatlicher Forderungen, die heute zwar nicht vollständig, aber doch in wesentlichen Bestandteilen umgesetzt sind. Die wichtigste ist wohl zweifelsohne die nach mehrjährigen legislativen Etablierungsversuchen 1983 erfolgte Einführung einer Künstlersozialversicherung, deren Grundrisse auf die Künstler-Enquete bzw. den Künstler-Report 1973/74 zurückgehen.¹⁶⁹ Dass dies für die Kreativen nicht nur mehr Sicherheit, sondern auch Einpassungsvermögen bedeutete, belegt etwa die folgende, inzwischen kaum mehr nachzuvollziehende Reflexion zum »Berufsfeld« der Schriftsteller: »Autoren ist es zwar oft peinlich, mit anderen Berufsgruppen dieser Gesellschaft verglichen zu werden, mit ›bürgerlichen Berufen‹ zumal – sie ziehen da eher Vergleiche mit Kellnern und Prostituierten vor, falls sie nicht überhaupt die Bezeichnung Beruf für ihre Tätigkeit ablehnen. Dennoch ist es in diesem Kontext nicht ganz zu vermeiden, auch den ›Autorenberuf‹ an vorhandenen Professions-Kategorien zu messen.«¹⁷⁰

Diese Rebellion gegen bürgerliche Traditionen und der eher linke Gestus jener Zeit bilden wie so oft die gängige zeitgeschichtliche Perspektivierung, die uns aber primär zeigt, wie groß die Verwerfungen in der jungen Bundesrepublik waren.

168 Zumindes in Hinblick auf die dominante höfische und bürgerliche Tradition; natürlich gibt es die Traditionen lebensweltnaher Kulturarbeit der unterbürgerlichen Schichten (vgl. Groschopp 1985) oder auch der Kirchen (vgl. Walz 1964). Und es gab natürlich auch vorher schon Kunst, die sozialkritisch ausgerichtet war. Gemeint ist hier vor allem der politische und institutionelle Habitus der jungen Bundesrepublik.

169 Vgl. Fohrbeck, Wiesand 1975, S. 377ff.

170 Fohrbeck, Wiesand 1972, S. 370.

Doch es lohnt durchaus auch der Blick auf die benachbarte DDR, in der die Künstler bereits deutlich mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung erhielten, gerade als Berufsstand. Durch Mitgliedschaft in Kunstverbänden waren Status und Professionalität bestimmt, öffentliche Aufträge und Vermittlungstätigkeiten sicherten das finanzielle Auskommen. Allerdings führte das Höchstmaß an Einbindung in das kommunistische Gesellschaftsprojekt auch zu Abhängigkeit, Bevormundung und Parteilichkeit. Gleichwohl trug das System nicht nur Staatskünstler oder Konformisten, es erlaubte innerhalb seines Toleranzrahmens und seiner organisatorischen Strukturen etwa der Betriebskulturarbeit weitaus mehr an künstlerischer Betätigung und Entfaltung, sowohl im professionellen als auch im Laienschaffen. Dass wir heute, nahezu 40 Jahre nach Einführung des Künstlersozialversicherungsrechts, über die Markierung von Honoraruntergrenzen, Ausstattungsvergütungen oder die Kompensation von Versorgungslücken in ohnehin brüchigen Erwerbsbiografien reden und noch immer nur ein Bruchteil der Künstlerinnen und Künstler von ihrer Tätigkeit *als Beruf* tatsächlich gut leben kann¹⁷¹, steht in krassem Kontrast zur wohlfahrtsstaatlichen Erweiterung der Kulturpolitik – und zur meist noch pauschalen Einordnung der DDR-Kulturpolitik als Ideologie ohne differenzierte Praxis, aus der sich keine Impulse gewinnen ließen.¹⁷²

Vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft

Vieles also ist unerledigt geblieben, während sich die kulturelle Praxis weiter ausdifferenziert hat und auch neue soziale Problemlagen generierte. Allein das prosperierende Feld der Klein- und Kleinstunternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft täuscht trotz der Absicht einer Gewinnerzielung nicht darüber hinweg, dass prekäre Berufsfelder neu entstanden sind.¹⁷³ Während Kreativität zum ubiquitären Innovationsmerkmal des Kapitalismus aufgewachsen ist, bleiben viele der kulturellen Teilmärkte angewiesen auf Selbstaussbeutung oder Subventionspolitik.

Zudem hat sich abermals das Verständnis von Kulturpolitik geweitet: Waren es zunächst primär gemeinwesenorientierte Akteure und die Künstler, deren

171 Zuletzt umfassend betrachtet im Rahmen der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« 2007.

172 Dass inzwischen differenzierte Annäherungen an die Kulturpolitik der DDR erfolgen, ist erfreulich. Vgl. Mandel, Wolf 2020, S. 203ff.

173 Rund 2,5 Mio. Menschen waren 2019 in einem kulturelevanten Wirtschaftszweig tätig, davon allerdings nur 1,3 Mio. in einem tatsächlichen Kulturberuf. Das Einkommen Letzterer fällt mehrheitlich geringer aus als jenes anderer Berufe. Der Anteil an Selbstständigen und Frauen ist zudem wesentlich höher. Vgl. Weißmann, Liersch 2021 (https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2021/05/kultur-kreativwirtschaft-052021.pdf?__blob=publicationFile).

sozialer Impact an Bedeutung gewann und die folglich auch sozial- und förderpolitisch mehr Aufmerksamkeit reklamieren konnten, ist Kultur als Wirtschaft entideologisiert und neu verhandelbar geworden. Wir betrachten das Feld also sektorenübergreifend, aber auch im Hinblick auf seine Überschneidungen: die Rolle der Kreativen zwischen Staat, Markt und grenzenloser Selbstverantwortung. Zwar werden ihnen immer wieder und verstärkt wichtige ökonomische Beiträge zuerkannt, spätestens seit wir von einer »kreativen Klasse« (Florida) reden, doch bleibt es bei strukturellen Schiefen und Ambivalenzen, zumal in Zeiten fundamentaler Wandlungsprozesse. Auch die Erhöhung der Teilhabechancen an Kultur scheint trotz differenzierter Förder- und Tarifpolitiken sowie eines durchaus entwickelten Systems von Vermittlung und kultureller Bildung im Horizont von Migration, Diversität und Vielfalt eine fortdauernde, schwierige Aufgabe. Kultur bleibt für die Nutzer wie die Akteure über weite Strecken – vor allem bezogen auf Macht- und Führungsstrukturen sowie ihre institutionelle Reproduktion – milieuverhaftet oder gar elitär, in jedem Fall ist ihr Gefüge noch immer zu inflexibel. Dies vor dem Hintergrund der proklamatorischen Öffnung, Diskursfreude und »Weltverbesserungsgesten« des Kulturbereichs eine in der Praxis nicht immer gleich wahrnehmbare Diskrepanz.

Die Fluchtlinien der »Zwischenzeiten«, in denen wir leben, formte vor einigen Jahren bereits Adrienne Goehler zu vagen Zielbildern einer neuen Kulturgesellschaft. In die Vielzahl der Handlungsstränge mischt sich *auch* die soziale Frage, deren Beantwortung davon abhängt, wie wir Transformation in Zeiten schwindender Gewissheiten gestalten: »Offene Denk- und Handlungsräume brauchen Umgangsformen, die das Plurale sozialer und ethnischer Zugehörigkeiten, die Heterogenität von Generationen und das Erschließen verschiedener gesellschaftlich und ökonomisch wirksamer Arbeitsfelder ermöglichen, die nicht nach dem Muster üblicher politischer Großlösungen erstellt werden können.«¹⁷⁴ Dabei setzt Goehler bewusst die Kulturgesellschaft an die Stelle des Sozialstaats, da es nicht nur um Instrumente für Zielgruppen oder etablierte Erwerbsformate geht, sondern um neue Formen der Kollaboration, des Lebens, Arbeitens und Zonierens von Gemeinsamkeit. Dieser Gedanke scheint mir heute von noch größerem Gewicht.

Die rein sozialstaatlichen Handlungsoptionen in der Kulturpolitik sind nicht zuletzt auch deshalb erschöpft, weil die stetige Ausweitung der Angebotskulisse und der öffentlichen Förderungen zu einer kaum beherrschbaren Fülle an Entwicklungsaufgaben geführt hat. Das heißt, die Breite der Förderung anstelle zielgenauer, heute sagen wir »konzeptbasierter« Steuerung hat eine strukturelle Unauskömmlichkeit bei den meisten Akteuren, selbst bei großen Kultureinrichtungen¹⁷⁵ begünstigt,

174 Goehler 2006, S. 233.

175 Beim größten kulturpolitischen Projekt der Bundesrepublik, dem Humboldt-Forum in Berlin, kann man das gut verfolgen – vor allem hinsichtlich der Interdependenzen mit anderen

da in der Regel Haushaltsansätze bestenfalls fortgeschrieben, nicht aber an reale Bedarfe angepasst werden können und Schwerpunktsetzungen oft scheitern. Immer mehr Geförderte teilen sich also die begrenzten Finanzmittel. Zudem ist es außerordentlich schwierig, nachträglich Kriterien einer zielgerichteten Kulturförderung einzuführen und Bestehendes zu evaluieren.

Die soziale Aufgabe der Kulturpolitik kann dennoch nicht darin bestehen, all jene Felder und Schaffensbedingungen abzusichern, die sich auf diese Weise herausgebildet haben. Die Kulturgesellschaft im Sinne Goehlers muss man wohl heute als jenes zivilisatorische Projekt begreifen, das die kulturelle Wende hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, ein »Great Turning«, gestaltet. Es verfolgt vor allem einen zivilgesellschaftlichen Ansatz, der von Einsicht, Umdenken und Gestaltung geprägt sein muss, nicht vom Perpetuieren des Bestehenden, sondern gerade von seiner Hinterfragung.¹⁷⁶ Es verlangt nach neuen Ideen, Bündnissen und Aktionsformen. Greift es, wird Kulturpolitik vermutlich abermals »von unten«, als soziale Bewegung, verändert. Charmanter allerdings wäre es, kollaborativ in wirkliche Reformen einzusteigen, statt das Bestehende lediglich zu »überplanen«, wie es die öffentliche Hand in der Regel tut.¹⁷⁷ Das größte Missverständnis dabei ist wohl, das Soziale als permanent ausdehnbar aufzufassen, während eigentlich das ganze System – freilich unter sozialen Auspizien – verändert werden muss.

Die Möglichkeiten sozialer Gestaltung mit den Mitteln der Kulturpolitik hängen also sehr stark davon ab, wie wir mit Kulturbetrieben, Förderpolitiken und wohl zuvörderst mit unserer Programmatik umgehen: Worin besteht der gesellschaftliche Auftrag von Kulturpolitik? Von welchen Voraussetzungen und Zielbildern geht er aus? Wer sind die Akteure, wie gelangen sie zu Emanzipation und Entfaltung? Wie können wir die Institutionen anpassen und durchlässiger gestalten? Welche förderpolitischen Instrumente erlauben uns Steuerung in einem veränderlichen, komplexen System? Das Soziale in der Kulturpolitik beschränkt sich schon längst nicht mehr auf die Lage der Künstlerinnen und Künstler, die Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Akteure oder Tarifpolitik. Grundfragen heute ranken sich um Bilder einer gerechten Gesellschaft, Macht-, Geltungs- und Identitätspolitik sowie damit verbundene Ansprüche auf Repräsentation, Vielfalt und Diversität. Und um ein *ad-aptives* Wachstum im Horizont einer Postwachstumsgesellschaft; Umbau statt Erweiterung lautet also die Devise.

Alte Fragen sind neu zu stellen, aber wohlfahrtsstaatliche Puffer wirken künftig deutlich beschränkter. Wir müssen an einem kulturellen Ökosystem der Wirksamkeit, Verträglichkeit und Nachhaltigkeit arbeiten. Das heißt: neue Konzepte, Verän-

Finanzierungsgegenständen, obwohl der Bundeskulturretat immerhin abermals gewachsen ist. Doch das dürfte nicht die Perspektive der nächsten Jahre sein.

176 Vgl. Schneidewind 2018, S. 301ff.

177 Vgl. Terkessidis 2015, S. 27ff.

derung und Verlassen bekannter Entwicklungspfade. Eine zeitgemäße Antwort auf die soziale Frage hängt wesentlich am Vollzug des gesellschaftlichen Wandels.

1.5 Weltkultur: Kulturgüter, Monumente, Bräuche

Postkolonialer Diskurs

Eine »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« wird auch durch den globalen Umgang mit Kulturgut, völkerrechtliche Beziehungen und die aktuellen Debatten über das Erbe der Menschheit bestimmt. Vieles ist in Bewegung geraten, vor allem infolge des postkolonialen Diskurses und der Frage danach, wie wir die unglaubliche Ausbeutung, Beraubung und Beschädigung jener wiedergutmachen können, die durch die einstigen Kolonialmächte gezeichnet sind, deren identitätsstiftende Güter in Europa gelagert, ausgestellt und als Grundstock ethnologischer Museen verwertet wurden – und damit auch als Bestandteil einer westlichen Erzählung. Es ist dies ein maßgebliches Resultat unserer zunehmend pluralen, durch Migration von Menschen bestimmten offenen Gesellschaft, das darauf verweist, dass sich etwas Systemisches verändert, Gewohnheiten und selbstverständliche Aneignungsprozesse hinterfragt und mit neuen normativen Ansprüchen unterlegt werden.

Stuart Hall hat sich mit dem Konstrukt des »Westens« auseinandergesetzt und seine strukturierende Kraft herausgearbeitet.¹⁷⁸ Der Westen ist demnach nicht nur eine Idee oder ein Setting, er wirkt auch reflexiv als Repräsentationssystem. Er expandierte, unterwarf andere, die ihm minderwertig schienen, und prägte freilich auch die Mentalität und Handlungsweisen derer, die in ihm und aus seinem Selbstverständnis wirkten und wirken. Die »diskursiven Strategien« in Hinblick auf »die Anderen« charakterisiert Hall als »1. Idealisierung; 2. die Projektion der Wunsch- und Erniedrigungsphantasien; 3. die Unfähigkeit, Differenz zu erkennen und zu respektieren; 4. die Tendenz, europäische Kategorien und Normen aufzuzwingen, die Verschiedenheit durch die Wahrnehmungs- und Repräsentationsweisen des Westens hindurch zu sehen.«¹⁷⁹ Im Zuge der Wirksamkeit dieser und weiterer vergleichbarer kognitiver Prägungen und zudem auch geopolitischer Strategien entstand ein Kulturtransfer (»Translokationen« von Artefakten und Human Remains im größten Stil) aus kolonialen Kontexten, der von diesen Haltungen geprägt war und unterschiedliche Bedürfnisse befriedigte: das Bedürfnis nach Selbstvergewisserung, Exotismus, Unterhaltung, kultureller Überlegenheit, aber auch (naiver) Schönheit, denn das unbekannte, unerkannte Kulturgut, dessen Funktion oder (ritueller) Ge-

178 Vgl. Hall 2012, S. 137ff.

179 Hall 2012, S. 166.

brauch nicht oder missinterpretiert überliefert ist, traf auf die Autonomieästhetik, die vor allem die bürgerliche Rezeption von Kunst geprägt hatte.

Die Kehrseite der »westliche(n) Wissens- und Kulturtradition ... (ist) geprägt durch reale und symbolische Gewalt«¹⁸⁰, die wir heute versuchen zu entflechten, neu zu bewerten und in ein Bild der globalen Gerechtigkeit einzuordnen. Dabei spielt der Umgang mit den erfolgten Translokationen eine maßgebliche, teils erhitzt diskutierte und juristisch ausinterpretierte Rolle. Dennoch bleibt dies ein Thema von großer emotionaler Tragweite und oft subjektiver Involviertheit¹⁸¹, in dem sich auch tradierte Diskriminierungserfahrungen spiegeln. Ob Theoretiker mit Migrationshintergrund wie Stuart Hall oder Nachgeborene einstiger Betroffener: Die Debatte reicht weit über eigentums- oder völkerrechtliche sowie kulturpolitische Strategien hinaus und bedarf eines methodisch anspruchsvollen Umgangs im Kontext erlebten und auch (in einem metajuristischen Sinne) nicht vergangenen Unrechts. Während aber die einen auf Restitution pochen, allein weil der Begriff in der Vergangenheit empört zurückgewiesen und durch andere harmlosere Begriffe ersetzt worden ist¹⁸², halten die anderen dies mit konzisen rechtsstaatlichen Argumenten für »reparative Nostalgie«¹⁸³ oder verwirktes Recht.

Die lange Praxis der Ausblendung einer Handlungsnotwendigkeit hält etwa Bénédicte Savoy für so empörend, dass sie – bestärkt durch Emmanuel Macrons öffnende Rede Ende 2017 von der beabsichtigten Rückgabe geraubter afrikanischer Kunst Frankreichs – die Restitution strikt einfordert: »Museen mit außereuropäischer Kunst im Herzen Europas sind begehbbare Schaufenster kolonialzeitlicher Aneignungspraktiken – an diesem Faktum führt kein Weg vorbei. Sie fordern uns als Gesellschaft regelrecht dazu auf zu entscheiden, ob, in welcher Form und wie lange noch wir im 21. Jahrhundert mit diesen Institutionen weiterleben wollen angesichts der in Afrika seit 50 Jahren geäußerten Wünsche nach teilweisen Rückgaben. Die Herren, die die Museen in den 70er und 80er Jahren erfolgreich verteidigten, taten dies vielfach aufgrund eines offen vorgetragenen, mit rassistischen Vorurteilen gepaarten Kultur- oder Wissenschaftsnationalismus. Wir sollten uns rasch und demokratisch darüber verständigen, ob wir an solch fragwürdigen Konzepten festhalten wollen. Wollen wir anstelle von Restititionen erneut Dauerleihgaben und Museumskooperationen in Aussicht stellen, wohl wissend, dass

180 Savoy 2018, S. 28.

181 Die familiären Verflechtungen liegen freilich auch auf der Seite der Täter, deren Aufarbeitung allerdings immer auch kritisch zu lesen bleibt, weil sie oft vom unbedingten Willen zu Aufklärung und Beweis getrieben ist. Vgl. als vielfach diskutiertes Beispiel Aly 2021.

182 Vgl. Savoy 2021, S. 196.

183 Schönberger 2021, S. 34ff.

diese schon in den 70er Jahren als ›Täuschungsmöve‹ (›subterfuge‹) und als Versuch galten, sich vom Restitutionsdruck zu ›befreien‹?¹⁸⁴

Natürlich bleibt dies auch ein Gestus, Vergangenheit heilen zu wollen, zu dem Entschädigungszahlungen genauso gehören wie die dingliche Restitution. Schaut man nüchtern auf die Rahmenbedingungen unseres legitimen Handelns, muss man erkennen, dass Recht sich anders verhält als Moral, es schreibt sich unbeeindruckt fort: »Vergangenes Recht bestimmt deshalb die Gegenwart so lange, bis es ausdrücklich geändert wird. Anders als bei moralischen Wertungen erfasst allerdings auch eine solche Änderung des Rechts normalerweise nur Gegenwart und Zukunft. Die Vergangenheit wird hingegen weiter nach dem vergangenen Recht beurteilt, sofern das neue Recht nicht ausnahmsweise ausdrücklich auch die Vergangenheit erfassen soll.«¹⁸⁵ Bei Letzterem kommt es auf den Umbruch, den Systemwechsel an, der die juristischen Grenzen verschiebt – doch der ist hier längst geschehen und wurde, anders als etwa die deutsche Einheit, nicht mit speziellen Rechtsnormen belegt. Schließlich sind auch die nationalen Regelungen des Kulturgutschutzgesetzes nicht auf koloniale Güter anwendbar; die Herausgabe kann allenfalls freiwillig erfolgen, wobei dies mit Blick auf haushaltsrechtliche Regelungen der öffentlichen Hand auch kein problemloses Unterfangen ist. Das Völkerrecht folgt ebenfalls dem intertemporalen Prinzip, nach dem Sachverhalte nach dem geltenden Recht zum Zeitpunkt der Geschehnisse bewertet werden. Und seien diese noch so perfide: »Die koloniale Aneignung indigenen Landes begann oft mit der pauschalen Behauptung, Jäger und Sammler lebten im Naturzustand und deshalb gehörten sie zum Land, hätten aber keinen juristischen Anspruch auf dessen Besitz.« Sie arbeiteten auch nicht wirklich, »sondern nutzten lediglich das Land, um ihre Grundbedürfnisse mit minimaler Anstrengung zu befriedigen.«¹⁸⁶

Den Museen bliebe nach der rechtlichen Lehre die Aufgabe, den moralischen Wandel und das neue Geschichtsverständnis aufzubereiten und adäquat zu erzählen¹⁸⁷ – mit den Artefakten und Zeugnissen, über die sie verfügen. Und es bliebe kulturpolitisch der Weg, ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung (und damit auch nicht restituierend) die Rückgabe von Gütern mit den Herkunftsgesellschaften zu vereinbaren und so zu gestalten, dass Beziehungsarbeit möglich wird. Der Vorteil besteht vielleicht gerade darin, keiner »Rechtsverpflichtung« einfach nachkommen, sondern Wege im Einvernehmen und im echten Interesse einer »Wiedergutmachung« (was immer das bedeuten kann) finden zu müssen, die das Thema von einer juristischen auf eine soziale Ebene hieven. Schließlich war die

184 Savoy 2021, S. 197.

185 Schönberger 2021, S. 47.

186 Graeber, Wengrow 2022, S. 171.

187 Vgl. Graeber, Wengrow 2022, S. 98ff.

Beraubung bei aller Legitimation, die man seinerzeit dafür fand, primär ein sozialer Akt der Überheblichkeit, der Anmaßung, der nicht vorhandenen Augenhöhe. Dieser Ansatz ist auch sinnvoll vor dem Hintergrund, dass die heutige Situation der betreffenden Kulturen und nunmehrigen Staaten unterschiedlich ausfällt und entsprechend angepasst reagiert werden kann; dennoch ein diplomatischer Drahtseilakt.

Der Umgang mit dieser Bewegung bleibt in Deutschland weiter einzuüben. Zunächst waren geeignete Maßstäbe zu finden, für deren Entwicklung die neue Kulturministerkonferenz am 13.03.2019 eine Diskussionsgrundlage einbrachte: »Erste Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten der Staatsministerin des Bundes für Kultur und Medien, der Staatsministerin im Auswärtigen Amt für internationale Kulturpolitik, der Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder und der kommunalen Spitzenverbände«. ¹⁸⁸ Die vereinbarte Etablierung einer »Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten«, getragen von der *Kulturstiftung der Länder*, ist erfolgt, sie vernetzt, sammelt Informationen, berät und unterstützt die weitere Umsetzung und Qualifizierung der Ersten Eckpunkte. Und sie setzt sich für den Dialog mit den Herkunftsgesellschaften ein, was die wichtigste und alle weiteren Entwicklungen maßgeblich fördernde Aufgabe sein dürfte. Für die betreffenden Museen und ihre Rechtsträger heißt das, sich als kommunikative und politische Akteure zu profilieren, die normative Identität der bisherigen Arbeitsweise zu verlassen – ein spannender Akt, der gerade nicht darin kulminiert, Umbenennungen der Häuser vorzunehmen und damit unter anderem die historische Unterscheidung zwischen Volks- und Völkerkunde, die schon eine Bedeutungsdrift transportiert, unsichtbar zu machen. Völkerkunde in der Weltkultur aufgehen zu lassen, kann ein neuer Ansatz ethnologischen Erzählens sein, retrospektiv und sammlungsbezogen ist damit zunächst nichts gewonnen, auch wenn es kosmopolitisch und nach einem kulturellen Universalismus klingt. Vielmehr geht es jetzt darum, an der kulturellen Identität unseres Landes zu arbeiten und die Museen als ein (durchaus wichtiges) Gefäß dieser Aufgabe zu begreifen. Die volkskundlichen Wurzeln bleiben bestehen, doch die Fragestellungen werden komplexer: Welche kulturellen Einflüsse prägen unsere Einwanderungsgesellschaft? Wie entstehen heute kulturelle Identitäten? Wie stark sind die Wurzeln von Migranten oder wie können neue kulturelle Gemeinschaften entstehen? Hierfür können kulturwissenschaftliche Museen wichtige Podien sein und Debatten bereichern. Ihr Wandel korrespondiert in reflexiver Weise mit dem der Gesellschaft.

Dieter Rossmeißl hat in seinem jüngsten Buch sehr pointiert festgehalten: »Kultur ist die Wirkung von Kunst in der Gesellschaft. Wenn sie nur Vertrautes variiert, stabilisiert sie Wahrnehmungsgewohnheiten und damit die gesellschaftliche

188 Kulturministerkonferenz (2019), https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2019/2019-03-25_Erste-Eckpunkte-Sammlungsgut-koloniale-Kontexte_final.pdf.

Stellung derer, die diese Gewohnheiten für sich erworben haben. Sie wirkt dann affirmativ.«¹⁸⁹ Was für die Kunst bzw. hiesiges künstlerisches Schaffen, das er zweifelsfrei meint, gilt, muss das nicht für die Präsentation und Aneignung kolonialer Kulturgüter ebenso gelten, wenn sie durch heutige Kuratoren arrangiert und zur Rezeption angeboten werden? Ob teilweise entfernt (den Blicken entzogen wie Human Remains) oder neu kontextualisiert: »Rezeption« bedeutet Auf- oder Übernahme fremden Gedanken- oder Kulturguts; wir müssen erkennen, wie viel *Eigenes* in diesem Fremden, als fremd Stilisierten liegt, wie es uns selbst repräsentiert, und es dann als das Fremde neu lesen lernen, verbunden mit der Scham über das Ausmaß der Plünderung anderer, vermeintlich primitiver Gesellschaften. Und dies unabhängig davon, wie genau wir wissen, zu welchen Konditionen und in welchen Konstellationen die Güter einst zu uns gelangten. Jenseits der Affirmation gewinnen wir den Mut, Pfade des Tradierens radikaler in Frage zu stellen, koloniales Erbe als Möglichkeit von Ausgleich, Anerkennung und Demut zu begreifen. Dazu gehört auch das rechte Maß zwischen Aufarbeitung in situ und Rückgabe, Kooperation, Austausch. Koloniales Unrecht kann heute nur gemeinsam als Beziehungsarbeit gelingen – und selbst das niemals vollständig; das Beharren auf einem gewissermaßen pararechtlichen Restitutionsbegriff scheint mir problematisch.

Eingeübt werden muss auch das Verhältnis zwischen nationalen und globalen Formen der Geschichtsarbeit, denn zweifelsohne geht es bei der postkolonialen Aufarbeitung um Kulturgüter, die weitreichende Beziehungen verkörpern und unser Verständnis europäischer Kultur dekonstruieren, wenn man das Paket ihrer Geschichte mit dem Vorsatz einer Neuerzählung aufschnürt. Relativierend in Hinblick auf den Ort der Präsentation jener Beutekunst wirkt indes schnell die Rede von Relikten der »Menschheitskultur« oder eines »Erbes der gesamten Menschheit«; Götz Aly vermutet dahinter häufig den Versuch, die historischen Translokationen anstelle einer Rückführung der Kulturgüter zu konservieren, denn Menschheitskultur könne man schließlich überall zeigen.¹⁹⁰ Bénédicte Savoy sieht die »Zukunft des Weltkulturerbes« gerade darin, Objekte mit den Geschichten ihrer Herkunft wieder zu verbinden, sie stärkt also genau jene räumlich-geografischen Bezüge und politischen Topographien, von denen andere das Erbe aller abheben, es gewissermaßen vorschnell universalisieren.¹⁹¹

Der Umgang mit historischem Unrecht kann mit weiteren Verschiebungen unserer gesellschaftlichen Wertebasis auch andere Aspekte (etwa Straßenumbenennungen, Formen des Gedenkens) und Themen (etwa die Rehabilitierung von Frauen, die in der frühen Neuzeit als Hexen verfolgt wurden) beinhalten. Damit touchiert

189 Rossmeißl 2021, S. 97.

190 Vgl. Aly 2021, S. 16f.

191 Vgl. Savoy 2018, S. 54. Mit Weltkulturerbe meint sie in diesem Kontext freilich nicht jenes Welterbe der UNESCO-Konvention von 1972.

die Debatte unter anderem die Frage nach einer zeitgemäßen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Da dies an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden soll, sei lediglich auf die umfassende aktuelle Befassung damit im Rahmen des Kulturausschusses des *Deutschen Städtetags* verwiesen, an deren Ende ein Positionspapier mit zahlreichen Empfehlungen für die Praxis stand. Darin wird die »Integration von Debatten beispielsweise um die deutsche Kolonialvergangenheit oder von Diskursen um die Geschichte des Rassismus, die Ungleichbehandlung von Frauen, die Unterdrückung von Menschen mit nichtheterosexuellen Identitäten ebenso wie den Antiziganismus« in die kommunale Erinnerungskultur empfohlen.¹⁹²

Welterbe und immaterielles Erbe

Unstrittiges Erbe der Menschheit ist auf Basis der 1972 verabschiedeten Welterbekonvention der UNESCO nach strengen Kriterien gelistet – angeführt allerdings vom überrepräsentierten Europa, das auf diese Weise seine historische kulturelle Dominanz prolongiert. Über 470 der insgesamt rund 1.200 Welterbestätten, also ein reichliches Drittel, befinden sich in Europa, in Deutschland sind es 52. Zuletzt (2023) erlangte das Jüdisch-Mittelalterliche Erbe Erfurts diesen Status. Maßgeblich für die Anerkennung als Welterbe ist der außergewöhnliche universelle Wert (Outstanding Universal Value, kurz: OUV) der baulichen Zeugnisse, es geht also um Monumente, materielle Kultur.

Diese Fokussierung auf die materielle Kultur privilegiert jene Gesellschaften, die über entsprechend reiche Zeugnisse der Vorzeit verfügen (zum Beispiel die megalithischen Strukturen von Göbekli Tepe/Türkei oder die Felsritzungen des Valcamonica/Italien) oder hoch entwickelte Bauwerke der Herrschafts- und Religionswelt vorweisen können (zum Beispiel das Prunkschloss Château de Chambord/Frankreich oder den Kölner Dom).¹⁹³ Nicht berücksichtigt werden Kulturformen, die ausschließlich im lebendigen Agieren der Menschen liegen, also Rituale, Bräuche, intergenerationell vererbte Verhaltensformen, die ebenfalls Gemeinschaft konstituieren, aber nicht der baulichen oder dinglichen Sicherung¹⁹⁴ bedürfen. Hier könnte – ähnlich dem kolonialen Verständnis des legitimen Besitzes von Land, nur als unbewusste Hypothek – auch ein wenig der Geist mitschwingen, dass

192 Vgl. Deutscher Städtetag 2023, <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapier/2023/positionspapier-erinnern-ist-zukunft-2023.pdf>.

193 Es handelt sich freilich um ein Abkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes. Hier wird aufgrund der kulturpolitischen Fokussierung das Naturerbe vernachlässigt.

194 Dingliche Sicherung ist im deutschen Recht auch ein Pfandrecht, das als Kreditsicherheit zum Einsatz kommt. Als dingliche Sicherheiten werden Sachbürgschaften und deren Verwertungsrechte benannt. Wenn der Kreditnehmer seiner Zahlungsverpflichtung nicht nachkommt oder zahlungsunfähig ist, kann die Bank ihre Forderung decken, indem sie über das verwertbare Eigentum verfügt.

das Menschheitserbe den »Naturzustand« der oralen Weitergabe von Wissen und Können überwunden und sich materialisiert haben muss wie die »richtige« Arbeit, die eine Produktivität entwickelt hat und nicht lediglich der Subsistenz dient.

Ohne den unbestritten wichtigen Fokus auf die materielle Kultur aufzugeben, gelangte die Weltgemeinschaft vor etwa zwanzig Jahren zu der Auffassung, dass es auch eine Würdigung der immateriellen Kulturen geben müsste. So wurde im Jahr 2003 ein *Übereinkommen zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes* geschlossen, was aus luziden Gründen zunächst einmal zu begrüßen ist. Angestrebt wurde primär, dass Erhalt und Förderung des Bewusstseins für diese Art von Erbe unterstützt und in Form regionaler bzw. nationaler Verzeichnisse katalogisiert werden soll. Weltkultur heute kann eben nicht mehr nur jenes sein, was materiell geronnen und vielleicht über Jahrhunderte unter spezifischen Bedingungen normativ verteidigt worden ist, sondern gerade auch jenes, dessen Fasslichkeit anders, vulnerabler ausfällt, aber von Gemeinschaften praktiziert und damit authentisch sowie nachhaltig zu kultureller Bedeutung gebracht wird.

In Deutschland fiel die Reaktion gleichwohl verhalten aus, »entstand aus der Breite der Gesellschaft heraus im Grunde wenig Handlungsdruck. Viele Akteure waren der Meinung, es genüge, der UNESCO-Welterbe-Konvention (1972) bzw. auch der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt (2005) beigetreten zu sein.«¹⁹⁵ Außerdem tat man sich zunächst schwer mit einem Verständnis des Gegenstandes. Nachdem Deutschland im Jahr 2013 dem *UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes* schließlich beigetreten war, wuchs jedoch schnell ein bundesweites Verzeichnis solchen Erbes heran. Vielerorts beschäftigt man sich seither mit Bräuchen, performativen Ausdrucksformen, handwerklichen Traditionen oder Festen. Aus der Diskursgemeinschaft der Länder speist sich eine inzwischen 150 Kulturformen umfassende Liste (Stand 2024) bemerkenswerter Praxisformen in Deutschland. Diese müssen, um Anerkennung und diesen neuen Status reklamieren zu können, intergenerationell weitergegeben werden, gewissermaßen Brücken zwischen dem Gestern und einem noch fernen Morgen schlagen und möglichst viele Akteure sinnstiftend einbinden. Im Gegensatz zur Welterbe-Konvention geht es, wie bereits umrissen, nicht um Monumente, also bauliches Erbe, sondern Formen des Wissens und Könnens, die für die Kreativität und Identität der Menschen von herausragender Bedeutung sind. Sie reichen in Deutschland von der ostfriesischen Teekultur bis zum Blaudruck, von den sächsischen Knabenchören bis zur Berliner Technokultur. Eine zeitgemäße, ja überfällige Idee, Kulturen nicht nach ihren Palästen, Gotteshäusern oder Siedlungen zu beurteilen und damit weiterhin – wie beim Weltkulturerbe – Schief lagen zugunsten Europas zu produzieren, sondern nun auch nach *lebendigen* Traditionen, spezifischen Usancen, dem kollektiven Gedächtnis eingeschriebenen Umgangsformen und ästhetischen Präferenzen zu

195 Hanke 2024, S. 225f.

fragen, die oftmals keiner Schriftsprache oder anderer Abstraktionen bedürfen und gleichsam durch das Tun der Menschen fortleben, wie etwa ein Initiationsritual in Gambia.

Das bundesweite Verzeichnis ist nicht schon gleichbedeutend mit dem immateriellen Kulturerbe, es verkörpert die nationale Vorstufe; aus ihm speisen sich die Vorschläge, die die Bundesrepublik regelmäßig international einbringt. Der erste und auch erfolgreiche Vorschlag Deutschlands war die Genossenschaftsidee. Sie überzeugte die Weltgemeinschaft und wurde denn auch Ende November 2016 in die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes aufgenommen. Staatsministerin Maria Böhmer betonte seinerzeit, dass es Genossenschaften auf der ganzen Welt gebe und dass die deutsche Nominierung auch für Völkerverständigung stehe. Vor allem konzidierte sie einen Lernprozess in Deutschland, der etwas mit der Entfaltung der Zivilgesellschaft, der Anerkennung und Förderung von Selbsthilfe, Selbstverantwortung und schließlich Selbstorganisation zu tun habe. Genossenschaften stehen für bürgernahe Projekte, Gemeineigentum. Die meisten Neugründungen widmen sich dem Thema Energiegewinnung. In diesem Licht der mündigen Bürgerinnen und Bürger muss man wohl auch die Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006 sehen, die jetzt auch Sozial- und Kulturgenossenschaften ermöglicht und deren Sinnhaftigkeit bereits durch viele Praxisbeispiele belegt werden kann. Sie ist Resultante eines weitgreifenden Mentalitätswandels, der Traditionen kritisch wendet und nach Erneuerung, Partizipation und Selbstverwirklichung jenseits alter Institutionen fragt, obwohl die Genossenschaftsidee an sich nicht neu ist, sich aber breiter reformulieren lässt.

Hätte es diese UNESCO-Konvention allerdings Anfang der 1970er Jahre schon gegeben, wäre der Bund niemals so weit gegangen, mit einer letztlich linksliberalen sozialen Idee an die Weltgemeinschaft heranzutreten, obwohl Willy Brandt schon 1969 feststellte, dass die junge parlamentarische Demokratie bewiesen habe, zum Wandel fähig zu sein, aber man (noch) mehr Demokratie wagen wolle. Damals hätte sich kulturpolitisch – die großen Debatten und Programmschriften standen im Wesentlichen noch bevor – nur das Theater- und Orchestersystem angeboten, das noch heute eine Tradition reklamiert, die Wandel eher als Bedrohung, wohlfahrtsstaatliche Slogans als Verwässerung künstlerischer Sendung begreift – oder diese einfach adaptiert und sich einverleibt. Von der Theaterpädagogik bis zum Montagscafé für Geflüchtete öffnen sich Theater heute der gesellschaftlichen Wirklichkeit – wollen aber »die Landschaft«, die sie ausmachen, als immaterielles Kulturerbe der Menschheit verstanden wissen. Schon das ist ein Widerspruch. Und dennoch wurde dies der zweite – erfolglose – Vorschlag Deutschlands.

Was aber ist überhaupt immateriell und völkerverbindend an der Theater- und Orchester*landschaft*, die aus Häusern, Tarifen und Finanzierungsstrukturen besteht, die höchst reformbedürftig sind? Diese Landschaft ist vielerorts Gegenstand von Strukturpolitik, weil die öffentlichen Kulturhaushalte unter der Dichte dieser

Landschaft auch leiden und sie an heutige Produktions- und Nutzungserwartungen anpassen müssen. Und sie wird inzwischen – das ist zu begrüßen, zeigt es doch im Rückblick auf die Nominierung, dass sie alles andere als glücklich war – in einen notwendigen »ethisch konnotierten Transformationsprozess« gestellt.¹⁹⁶ Am Ende ging und geht es also um *Kulturbetriebe*, die das Erbe einer historischen Landschaft verwalten und sich doch wohl neuen Gegebenheiten – von der Mobilität des Kulturpublikums bis zur Digitalität – einerseits anpassen müssen, andererseits auch Bestandteil einer Gesamtkulturlandschaft sind und nicht neben dieser stehen. Angekündigt wurde indes tatsächlich, dass Staatsministerin Monika Grütters im Einvernehmen mit der Kultusministerkonferenz im Jahr 2019 den zweiten Vorstoß in internationale Gefilde mit den Theatern und Orchestern als Landschaft unternehmen wolle. Die UNESCO als Rettungsanker für beharrliche Kulturbetriebe? Es ist interessanterweise nicht das Repertoiresystem oder das Mehrspartenprinzip, die als Ideen durchaus verhandelbar gewesen wären, es ist die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft, die unter Schutz gestellt werden und für die die Weltgemeinschaft bürgen sollte. Jedem halbwegs kulturpolitisch Beschlagenen wird damit klar, dass dies keine öffnende, brückenbauende Nominierung sein konnte, sondern eine der historischen Sonderung, der infrastrukturellen und institutionellen Beharrung, die nach internationaler Bestätigung strebte. Ein kritisches System, das die öffentlichen Haushalte – neutral formuliert – mindestens vor große Herausforderungen stellt und dessen Lern- und Kooperationsfähigkeit ausbaufähig sind, sollte mit dem Nimbus globaler Schutzwürdigkeit und dem Stempel der Unveränderbarkeit versehen werden.

Das schien mir damals vor dem Hintergrund aktueller kulturpolitischer und kulturmanagerialer Debatten ein Skandal. Leider wurde er kaum verhandelt, da der Nimbus der Theater und Orchester nicht erst seit ihrer Nominierung eine eingeschworene Gemeinschaft der Großen produziert, die im Kulturbereich noch immer den Reflex der Unterordnung auslöst. Jeder Minister, der einmal den Aufstand gegen Intendanten oder kommunale Rechtsträger probte, hält sich hier zurück, weil es bei den Theatern und *Kulturorchestern* (bis 2019 gebräuchlicher Begriff) tatsächlich um die Tanker deutscher Kulturpolitik mit starker Lobby und nicht zuletzt vielen Arbeitsplätzen geht. Also um alles andere als Immaterielles. Allein im Begriff Kulturatorchester verschwisterten sich über achtzig Jahre inhaltliche, finanzielle und gewerkschaftliche Interessen. Und schließlich die ästhetische Idee, dass das Theater die Welt und das menschliche Leben verhandelt, Michael Schindhelm lässt sie, Foucaults Begriff der Heterotopie als Gegen-Ort sezierend, sausen, denn »je länger man in diesem Beruf tätig ist, umso deutlicher wird einem, dass das Theater nur in den allerseltensten Fällen diesen Auftrag erfüllt. Für gewöhnlich spiegelt es nichts als

196 Vgl. Schmidt 2024, S. 491ff.

sich selbst«. ¹⁹⁷ Es ging und geht hier also kulturpolitisch um Institutionelles, nicht Immaterielles.

Während Wissenschaftler wie Thomas Schmidt das Theater mit Begriffen wie Krise und Reform schon länger ausführlich und überzeugend sezieren ¹⁹⁸, brachten Autoren im Kontext des *Deutschen Musikrats* ihre Forderung nach Bundesförderung der Theater und Orchester mit der UNESCO-Nominierung in direkte Verbindung. ¹⁹⁹ Diese werden als die großen Hüter der kulturellen Identität und Wertevermittlung gefeiert – entspricht das aber der Wirklichkeit, ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Resonanz? Haben nicht andere, oftmals viel kleinere Akteure wesentlich mehr zur interkulturellen Öffnung beigetragen und die Menschen dort abgeholt, wo sie waren? Wer hat den Diskurs der kulturellen Öffnung überhaupt ins Werk gesetzt, die Theater? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es primär darum ging, *pro domo* zu handeln und den Status quo zu konservieren. So liest sich auch bei aller ursprünglichen Rhetorik über den Einbezug des Freien Theaters und der Laienkultur der Einstieg in die Listung: »Aus etwa 300 deutschen Kleinstaaten entwickelte sich die heutige Theater- und Orchestervielfalt.« ²⁰⁰ Weiterhin ist von der deutschen Theater- und Orchesterszene die Rede, von Freien Theatern explizit nicht, sodass der dominante Eindruck der historisch determinierten (gebauten) Landschaft bleibt. Ein Thema, das in Thüringen nunmehr in Gestalt der als protoföderal aufgefassten Residenzkultur, also einer als Strukturvorbild geadelten Kleinstaaterei, zum materiellen Weltkulturerbe geführt werden soll, als *Residenzlandschaft* – und im ersten Anlauf auf die Tentativliste scheiterte. ²⁰¹ Was ist nun Landschaft, Ideelles oder Materielles? Welche Welt spiegeln die Theater tatsächlich wider?

Die Welterbe-Konvention von 1972 ist das wichtigste und wirksamste Instrument der UNESCO, bei aller Dominanz der materiellen Kultur. Man muss ihren Wert und ihre große Bedeutung vom Schutz der Kulturgüter her denken, wie er im *Übereinkommen zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten* (Haager Konvention) bereits 1954 Gestalt gewann. Initialer Impuls für das Welterbe-Instrument allerdings war der Aufruf der UNESCO vom 8. März 1960, die Denkmale in Nubien für die Nachwelt zu retten, da sie durch den Bau des Assuan-Staudamms vom Nil bedroht waren. Die ab dem 2. Jahrtausend v. Chr. von den Pharaonen erbauten Tempel von Abu Simbel und Philae wurden daraufhin abgetragen und 180 Meter landeinwärts an einer höher gelegenen Stelle wieder aufgebaut. Die Monumente zu sichern,

197 Schindhelm 2017, S. 77

198 Vgl. Schmidt 2017.

199 Vgl. Masopust 2016, S. 35.

200 Deutsche UNESCO-Kommission 2023, Bundesweites Verzeichnis Immaterielles Kulturerbe, S. 38, https://www.unesco.de/sites/default/files/2023-06/IKE_Verzeichnis_2023_web.pdf.

201 Vgl. Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten o.J.; <https://www.thueringerschloesser.de/auf-dem-weg-zum-welterbe/>.

zu schützen und unter die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft, gleichsam einen völkerrechtlich verbrieften Schutzschirm, zu stellen, ist der große Wurf dieser Konvention, deren Umsetzung inzwischen aufwändig und kriteriengestützt betrieben wird.²⁰² Vom Nominierungsdossier bis zum Managementplan sind umfassende Forschungen, Vorbereitungsmaßnahmen und Beschlüsse im Bereich des Ortsrechts erforderlich, vor allem der Aufbau eines Netzwerkes, das fachliche, administrative, exekutive und lokalpolitische Aufmerksamkeit beansprucht. Natürlich werden auch weiterhin, trotz der Überrepräsentanz, Nominierungen aus Deutschland erfolgen, aber alle Interessenten sind gut beraten, der Strategie »Filling the Gaps« zu folgen, also die strategischen Lücken im Portfolio der Welterbestätten zu suchen und vor allem auch international zu kooperieren, etwa in Form von seriellen oder Arrondierungsanträgen.

Das immaterielle Kulturerbe hat eine veränderte Wahrnehmung des Welterbes bewirkt. Eine entsprechende Befürchtung, dass dies so kommen könnte, hegte das *Auswärtige Amt* von Beginn an.²⁰³ In der gegenwärtigen Kulturpolitik der Kommunen und Länder hat der Ansturm auf die bundesweite Liste des immateriellen Kulturerbes, die verfahrensgestützt über die Bundesländer bestückt wird, eine Flut von Nominierungen und Listungen erzeugt. Positiv ausgedrückt: die Anerkennung von Bräuchen, Festen und gelebten Traditionen hat dieses Feld erreicht, seine Vielfalt und Lebendigkeit unter Beweis gestellt. Weltweit sind in der kurzen Zeitspanne der Wirksamkeit des Abkommens bereits über 700 Einträge vorgenommen worden, was mehr als der Hälfte des Weltkultur- und -naturerbes entspricht, das über Jahrzehnte heranreife. Deutschland ist mit bisher drei Einträgen (0,6 Prozent) nicht eben dominant vertreten²⁰⁴, ebenso etwa Frankreich und Spanien. Überhaupt hat sich eine andere globale Verteilung ergeben als beim Welterbe.²⁰⁵ Das ist natürlich zu begrüßen, war es doch ein wichtiges Anliegen, die europäische Dominanz zu nivellieren und die Wahrnehmung des Kulturerbes der Menschheit zu verbreitern. National indes wurden in Deutschland, wie oben genannt, bereits 150 Kulturformen anerkannt – was die Aufmerksamkeit erhöht und Missverständnisse provoziert. Es ist für Menschen, die über keine differenzierte Kenntnis verfügen – also die breite Öffentlichkeit –, der Eindruck entstanden, als seien (materielles) Welterbe und immaterielles Kulturerbe rangähnlich, vergleichbar oder gar identisch, zumal in der Berichterstattung oft gar nicht zwischen Welterbe und Kulturerbe unterschieden

202 Vgl. Albert, Ringbeck 2015.

203 Vgl. Hanke 2024, S. 318.

204 Neben »Idee und Praxis der Organisation gemeinsamer Interessen in Genossenschaften« (2016) sind dies »Orgelbau und Musik« (2017) sowie »Die Praxis des modernen Tanzes in Deutschland« (2022).

205 Vgl. UNESCO o.J.: Intangible Cultural Heritage: Lists of Intangible Cultural Heritage and the Register of good safeguarding practices, [https://ich.unesco.org/en/lists?multinational=1&type\[\]=00002&display1=countryIDs&display=stats#tabs](https://ich.unesco.org/en/lists?multinational=1&type[]=00002&display1=countryIDs&display=stats#tabs).

wird; auch nationale und globale Listungen werden häufig nicht auseinandergehalten. So korrespondiert eine Vielzahl nationaler, teils skurril anmutender Kulturformen mit vergleichsweise ausgewählten Monumenten, die tatsächlich Welterbe verkörpern.

Es ist durchaus kritisch anzumerken, dass das Welterbe infolge dieses Prozesses, dessen Dynamik ungebrochen anhält, nicht eben aufgewertet, sondern tendenziell eher diskursiv verwässert wird. Der Erbebegriff wird inflationär, die gefühlte Aufwertung der mit ihm versehenen Praktiken beansprucht einen Nimbus, der falsche Erwartungshaltungen in Hinblick etwa auf staatliche und kommunale Unterstützungsleistungen erwecken könnte, zugleich könnte er das Bemühen um unikale Kulturgüter, schmälern. Dazu ein Beispiel: Als im Jahr 2016 die Genossenschaftsidee auf die weltweite Liste des immateriellen Kulturerbes fand, fuhr durch Erfurt eine von einer Wohnungsbaugenossenschaft vollständig beklebte Straßenbahn: »Wir sind Welterbe!« Immerhin gelang es der Kulturverwaltung, eine Zusatzbeschriftung mit dem Claim »Welterbe werden!« für das Jüdisch-Mittelalterliche Erbe zu platzieren, das sich schließlich auf der Tentativliste befand. Für die Bürgerinnen und Bürger war die Verwirrung perfekt. Man kann diesen Prozess auch als einen der Folklorisierung des Welterbes bezeichnen, da er kommunikativ schwer beherrschbar scheint. Es wäre zu überlegen, wie die bundesweite Liste des immateriellen Kulturerbes zu drosseln, die Schwelle einer tatsächlichen Listung anzuheben wäre. Bei der gegenwärtigen Geschwindigkeit könnte es in einigen Jahren möglicherweise keinen größeren Brauch, keine Tradition von einiger Reichweite geben, die nicht als Kulturerbe aufgefasst würden. Hierin drückt sich nicht zuletzt das zu überwindende additive, wachstumsorientierte Kulturpolitikverständnis aus, das im unbedingten Mehren eine Qualität erblickt. Positiv bleibt freilich die breite Partizipation und die Erarbeitung eines Bundesweiten Verzeichnisses als Bottom-up-Prozess, d. h. Bürgernähe, Selbstwirksamkeit und Identifikation werden gefördert, das immaterielle Erbe betrifft viele Menschen unmittelbar, es ist gewissermaßen barrierearm.²⁰⁶

1.6 Kulturpublizistik und Resonanz

Streitschriften als zugespitzte, provokante Texte haben in der Kulturpublizistik an Bedeutung gewonnen, seit der aufklärerische Grundton in der Kulturpolitik etwas verbraucht ist und das Kulturmanagement zur allzu starken Versachlichung der Debatten beigetragen hat. Zu dieser Form der Kulturpublizistik zähle ich auch Schrif-

206 Vgl. Hanke 2024, S. 399ff.

ten wie die von Max Czollek²⁰⁷ oder Moshe Zuckermann²⁰⁸, obwohl sie nicht explizit kulturpolitisch ausgerichtet sind.

Eine »Kulturpolitik der Weltbeziehungen« benötigt klare, kritische Impulse, echte Resonanz, die aus Betroffenheit, auch Empörung und Courage gespeist wird. Sie muss den Harmonie und Konsens präjudizierenden Weiheduktus von Grußworten und Wahlprogrammen verlassen und ihre Domäne beherzt vermessen, bevor sie Leitformeln gewinnen, programmatische Verbindungen herstellen und Wirksamkeit entfalten kann.

Als vor zehn Jahren die Streitschrift »Der Kulturinfarkt« erschien, war die Empörung groß. Dabei enthält sie ernsthafte, natürlich zugespitzte und überzeichnete Beobachtungen sowie weitreichende Schlussfolgerungen, wohin unser System von Kulturpolitik entwickelt werden könnte. Mit großer Verve war erstmals ein unerschrocken reduktiver Ansatz von Kulturentwicklung auf die politische Bühne getreten und hatte sich gegen die unter den Auspizien der Demokratisierung forcierte permanente Ausweitung des Kulturbetriebs sowie der Förderpolitik positioniert – um Kunst und Kulturpolitik zu stärken. Er warf der bestehenden Form von Praxis Plan- und weitgehende Wirkungslosigkeit vor, aber auch Misstrauen gegenüber der Kraft des Marktes, da Kulturpolitik als »Social Engineering« aufgefasst und die tatsächlichen Interessen der Menschen damit abqualifiziert würden: Zuviel Regulation, zu wenig Mündigkeit.

»Von allem zu viel und überall das Gleiche«

»Die Legitimation wird darin bestehen«, umrissen die Autoren ihre Perspektive, »parallele Kulturen zur Blüte zu führen, eine Fülle kultureller Identifikationsangebote sich entfalten zu lassen, grundlegender vielleicht: die Systemkräfte anzutreiben und Hülle und Fülle jenseits sozialer Klassenbildung hervorzubringen.«²⁰⁹ Angesprochen wurde damit die kulturpolitische Tendenz einer »hebenden«, »sozialisierenden« Angebotskulisse, die einen Kulturbürger im Blick hat, der über bestimmte Qualitäten zu formen sei. Mit ihr in Verbindung steht ein Arsenal an Institutionen, Sammlungs-, Bewahrungs- und Erinnerungspraxen, Repertoire- und Rezeptionsgewissheiten, Trägerschafts- und Finanzierungsmodellen sowie ein bestimmtes Maß an kultureller Identität. Die Schrift wagte also den Generalangriff auf die Gewissheiten, vor allem das Sendungsbedürfnis des (Kultur-)Staates, und plädierte für mehr Aufmerksamkeit gegenüber dem Publikum. Sie nahm manches vorweg, was wir heute unter Vorzeichen wie Vielfalt, Diversität oder Transformation verhandeln.

207 Vgl. Czollek 2018, 2020, 2023.

208 Vgl. Zuckermann 2022.

209 Haselbach u.a. 2012, S. 191.

Die kritisch-vorwurfsvolle Diktion allerdings war ungewohnt, schonungslos und ein starker Affront. Allein Kapitelüberschriften wie »Die ›Adorno-Falle‹« oder »Der Mensch als Kulturkonsument« haben mir damals den wohlwollenden Zugriff auf die Kritik verdorben, wenngleich meine Anstreichungen und zahlreichen Randnotizen im Buch von einer gründlichen Auseinandersetzung zeugen. Ich gewann dennoch den Eindruck, hier greife eine ungeheuerliche Nivellierung und Vermarktlichung von Kultur, ein Abgesang auf ernsthafte gesellschaftliche Gestaltungsansprüche. Viele Kulturleute waren jedoch gar nicht so tief eingestiegen, sondern gerieten allein auf Basis eines in der Langzeitwirkung schädlichen »Spiegel«-Artikels ins Geifern. Dieser hatte die Zuspitzung der Polemik auf einige griffige Formeln gebracht und zeigte die Autoren – auch bildlich – als herausfordernde Opponenten. Es folgte eine erwartbare Brandung der Fundamentalablehnung, mit der jegliche differenzierte Auseinandersetzung mit dem Text unmöglich wurde. Der auf dem Buchcover stilisierte rote Theatervorhang wurde zum roten Tuch des Kulturbetriebs, wenngleich hinter vorgehaltener Hand nicht wenige Expertinnen und Experten eingestanden, dass vieles durchaus zutreffe, Herleitung und Argumentation jedoch nicht den Standards kulturwissenschaftlicher Forschung entsprächen. Dafür war es aber auch ganz klar eine Polemik – die jedoch so sehr polterte, dass sie als »Nestbeschmutzung« stigmatisiert wurde.

Was im Gedächtnis blieb, war die Forderung nach Halbierung der kulturellen Infrastruktur. Kaum thematisiert wurde hingegen, was die Autoren zum Einsatz der auf diese Weise eingesparten Mittel vorgeschlagen hatten: die angemessene finanzielle Ausstattung der verbleibenden Infrastruktur, die Stärkung der Laienkultur, die Stärkung der Kulturwirtschaft, den Ausbau der Kunsthochschulen zu Produktionszentren sowie die Etablierung einer gegenwartsbezogenen kulturellen Bildung.²¹⁰ Und sie argumentierten immer wieder für die Künste und deren Entfaltung.²¹¹

»Deutschland, beruhige dich – sie wird nicht kommen, die Revolution.«

»Es wird alles beim alten bleiben. Diese Seiten werden vergilben wie Manifeste und Pamphlete vor diesem.«²¹² Mit diesen Sätzen hatte Alexander Mitscherlich 1965 seine Streitschrift »Die Unwirtlichkeit der Städte« eingeleitet. Er sollte irren, wenngleich seine am weitesten reichenden Forderungen nach Neuordnung der Besitzverhältnisse an Grund und Boden nicht umgesetzt wurden und auch sein Pamphlet nicht die Ursache der folgenden gesellschaftlichen Umwälzungen war. Es könnte

210 Vgl. Haselbach u. a. 2012, S. 209ff.

211 Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Text gab es auch seitens der Kulturpolitischen Gesellschaft. Vgl. Kulturpolitische Gesellschaft e.V. 2012.

212 Mitscherlich 1965, S. 7.

aber sein, dass bestimmte pointierte Schriften gleichsam als Vorboten anstehender Veränderungen aufgefasst werden müssen, dass sie eine Stimmung oder Tendenz verkörpern und daher aus sich heraus von heuristischem Wert sind. Zweifels- ohne trifft dies aktuell auf das inzwischen vielfach adaptierte »Empört Euch!« von Stéphane Hessel²¹³, das zivilen Widerstand gegen den Finanzkapitalismus und die negative Spielart der Globalisierung stimuliert, genauso zu wie auf Bruno Latours »Das terrestrische Manifest«²¹⁴, das uns aus alten Links-Rechts-Schemata herausführt und eine neue Kartographie des Geo-Sozialen anregt.

Je nach Zielrichtung und gesellschaftlicher Stimmung kann eine Streitschrift unterschiedlich wirken. Sie kann eine Welle der Euphorie auslösen, aber genauso gut massive Abstoßungsreaktionen hervorrufen. Umverteilungsimpulse aus staatskritischer und kulturmanagerialer Perspektive dürften nicht zu jener Kategorie Streitschriften gehören, die eine Welle gesellschaftlicher Sympathie evozieren. Ihre Kritik trifft hart auf die Überzeugungsarbeit vieler Akteure, gefestigte berufliche Identitäten und einen starken Konsens über die Qualität eines Praxisbereichs, der sich einer strengen Erfolgskontrolle entzieht bzw. seine Legitimation aus einem umfassenden Autonomieanspruch ableitet.

Gleichwohl hat der »Kulturinfarkt« dazu beigetragen, das Diskursklima zu verändern und jene Themen zu verstärken, die bereits virulent waren, aber bei Weitem nicht die Aufmerksamkeit erhielten, die ihnen gebührte. Dies waren vor allem die Fragen nach den Publikumsinteressen (einschließlich Nicht-Besucherforschung), den zu erneuernden programmatischen und konzeptionellen Grundlagen von Kulturgestaltung, den Grenzen des Wohlfahrtsstaats oder der Evaluation kultureller Angebote. Nicht zuletzt war die Streitschrift – ohne Themen wie den medialen Wandel, Migration, zunehmende Individualisierung oder gar den Klimawandel überhaupt zu verhandeln – ein Vorbote dramatischer Transformationsprozesse. Allein aus dem herrschenden System von Kulturpolitik leitete sie eine selbstverschuldete »Immobilitätskrise« ab, die sicher mit einem stärkeren analytischen Blick auf schon seinerzeit signifikante gesellschaftliche Veränderungen besser hätte fundiert werden können. Die Mythisierung des Kulturstaats und das starke Vertrauen in die Kraft des Marktes erwiesen sich – gerade auch aus heutiger Sicht mit den Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise und der Corona-Pandemie – als deutlich zu einseitige und unterkomplexe Pole der Argumentation.

Ein Unbehagen bleibt allerdings auch auf der Seite der Rezeption: Es gab die schnell zu Außenseitern stilisierten Kritiker auf der einen, die moralisch überlegenen Pächter unabänderlicher Wahrheit auf der anderen Seite. Diskurs in Fragen der Kultur besteht noch immer häufig darin, die uneingeschränkte Unterstützung

213 Hessel 2010.

214 Latour 2018.

und Vermehrung des gut Gemeinten zu umkreisen und ihm ganz selbstverständlich gesellschaftlich heilsame Kräfte zuzusprechen. Die Drift des Sozialstaats zur Usurpation der öffentlichen Haushalte ist auch eine Drift des Kulturstaats – freilich ohne die Kraft der Sozialgesetzgebung und die vielgliedrige Dringlichkeit der Ausweitung von Versorgungsstandards. Kulturpolitik versorgt nicht, sie gestaltet. Den Blick dafür haben wir, durchaus auch dank der Reibung am »Kulturinfarkt«, geschärft.

»Alles für jeden«

Nicht intendiert war es, exakt nach zehn Jahren »Kulturinfarkt« eine weitere Streitschrift zur Kulturpolitik vorzulegen, wie mir deren Autor Fabian Burstein bestätigte. »Eroberung des Elfenbeinturms« heißt sein Text, der durchaus anschließt, aber auch aktuelle Impulse setzt, stärker fokussiert allerdings auf Österreich. Abermals werden dem Kulturbetrieb erhebliche Defizite bescheinigt; die Diktion erinnert punktuell an den »Kulturinfarkt«, wenn es etwa heißt: »Können wir es uns weiterhin erlauben, die immer gleichen Inhalte neu verpackt zu reproduzieren oder müssen wir etwas Neues wagen?«²¹⁵ Auch geht es um die Bilder von Zukunft, die zu prägen aus dem Bestand nicht gelinge: Die politischen Protagonisten »haben keine Ideale, keine Träume, keinen Mut. [...] Sie vertreten das unmögliche Versprechen ›Alles für jeden‹, weil sie den politischen Apparat nicht mehr als Rahmen für Weltverbesserung gemäß einer bestimmten politischen Gesinnung verstehen. Im besten Fall wurde der Wille zur Ideologie durch den Willen zur Verwaltung ersetzt.«²¹⁶ Hier allerdings deutet sich eine Akzentverschiebung an: Es geht nicht nur um die Interessen der Menschen oder die Kräfte des Marktes, sondern »die Kultur« solle wieder um etwas »kämpfen«.²¹⁷ Während die Autoren des »Kulturinfarkts« ein Zuviel an Erwartung und Sendung identifizierten, beklagt der »Elfenbeinturm« ein Zuwenig, beschreibt er etwa eine dramatische »Entideologisierung der Jugend«, die sich für die Belange des Gemeinwohls nicht interessiere, sowie eine Ideologiekrise der Politik, die sich auf die Kulturszene übertrage.²¹⁸ Es geht dabei um die großen gesellschaftlichen Fragen der sozialen Verwerfungen, um Solidarität, integrative Erlebnisse oder auch die existenzielle Neuaufladung der Kunst – wemgleich

215 Burstein 2022, S. 24.

216 Burstein 2022, S. 37.

217 Burstein 2022, S. 127.

218 Vgl. Burstein 2022, S. 35ff. Folgt man der aktuellen Shell-Studie (2019) und praktischen Beobachtungen, hat sich die Lage bei den Jugendlichen bezogen auf politisches Interesse gebessert, insbesondere in Hinblick auf Klimafragen. Ob es dabei wirklich um kollektive oder eher singularistische Erwartungen geht, stelle ich einmal dahin. Das persönliche Engagement jedenfalls sinkt den Erhebungen zufolge weiter.

eine weitere aktuelle Streitschrift die Autonomie der Kunst durch außerkünstlerische Befrachtungen bedroht sieht und diese Freiheit vehement verteidigt.²¹⁹ Burstein stellt die Kunstautonomie nicht in Frage, aber dass Kunst gar nichts müsse, hält er für eines der hartnäckigsten Dogmen der Kulturpolitik. Einen sogar gesteigerten Rechtfertigungsdruck haben wir jüngst auf der *documenta fifteen* gespürt; die Frage wird sein, wie sich die Kunst künftig zwischen Freiheit und gesellschaftlicher Positionierung behaupten wird²²⁰ und wie – nach Burstein – dabei kulturstrategische Entscheidungen und ästhetische Zugänge differenziert werden.²²¹ Die Krise der Kulturpolitik, die Burstein für manifest hält, ist ebenso eine der Immobilität, aber nicht so vordergründig in infrastruktureller denn in geistiger Hinsicht. Der Ruf nach einem kulturpolitischen Überbau, nach einer »Renaissance der Neugier«, scheint mir wohltuend.

Die Ausrichtung der Schrift unterscheidet sich durch einen dezidiert neuen generationellen Blick, der die Machtstrukturen und Selbstreferenzialität des Kulturbetriebs thematisiert, die starke Reflexion von disruptiven Transformationen oder etwa die sehr kritische Auseinandersetzung mit politischen Prozessen, Personalfragen oder Stellenbesetzungsverfahren. Weitere Parallelen wären indes die starke Thematisierung von Fragen der Bildung oder die Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Bei den abschließend formulierten 23 Denkanstößen rückt der Fokus auf Österreich erneut in den Blick, doch scheinen die meisten von ihnen auch für einen Impuls in Deutschland relevant, da sie sich auf Resonanz, Diversität, Transdisziplinarität, Haltung und Transformationsbereitschaft beziehen sowie das Thema Bildung zu Recht besonders gewichten. Dass die *Bundeszentrale für politische Bildung* und die *Kulturpolitische Gesellschaft* als wichtige Thinktanks hervorgehoben werden, verweist darauf, dass der Autor kulturpolitischen Wandel nicht ohne deren kommunikative, forschende und konzeptbasierte Begleitung denkt. In Österreich wird die Rezeption der Schrift mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer eher brüskierten Attitüde geprägt sein, da der Autor an vielen Stellen angriffslustig sehr konkrete Missstände im Land anprangert. Für die Situation in Deutschland wäre ein entspannter und neugieriger Zugriff zu empfehlen – aus den Erfahrungen mit dem »Kulturinfarkt«.

219 Vgl. Zuckermann 2022.

220 Vgl. Kap. 2.1

221 Vgl. Burstein 2022, S. 143ff.

2. Zur Programmatik und Geschichte von Kulturpolitik

2.1 Kunst der Freiheit

Die Rede von Kultur und Freiheit begegnet uns bei aller Aktualität als ein altes philosophisch aufgeladenes Motiv, das immer wieder verhandelt wird. »Freiheit ist ein Moment im sozialen Kontext des menschlichen Daseins«, schreibt Volker Gerhardt¹ und stellt damit fest, dass es stets darum geht, wie stark das Individuum sich selbst verwirklichen kann. Freiheit ist relativ. Gesellschaft flankiert und limitiert Freiheit, weil es Notwendigkeiten im kollektiven Leben gibt, die uns einschränken – oder Herrschaftsverhältnisse, die personale Entfaltung schlicht vereiteln. Gesellschaft fordert also dem Individuum um ihrer selbst willen und je nach politischem System etwas ab. Aber sie kann wiederum auch spezielle Räume oder Sphären schaffen, in denen Freiheit zur besonderen Norm erhoben wird, um der Gesellschaft Einsichten, bestimmten Akteuren spezifische Entfaltungsgrade zu erlauben, Möglichkeitsräume zu eröffnen. Hierzu gehören in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung Kunst und Kultur (gemäß Art. 5 GG), oft synonym gebraucht. Ihre Freiheit und die Qualität gesellschaftlicher Selbstreflexion hängen eng miteinander zusammen. Was Freiheit in einer Gesellschaft bedeutet, ist also eine komplexe Frage.

Ästhetische Freiheit und Demokratie

Die Kunst ist im philosophischen Sinne zunächst deshalb frei, weil sie einen eigenen Wahrheitsanspruch reklamiert, sich ihre Gesetze selbst gibt. Der heutige gesellschaftspolitische Konsens hat seine Vorgeschichte in der Entstehung der Autonomieästhetik im 18. Jahrhundert: Kunst musste als unabhängige Wertosphäre sich erst etablieren, eine politische Öffentlichkeit musste entstehen und letztlich auch ein Markt. Im Grunde ist es die Verbürgerlichung der Künste, die maßgeblich die Vorbedingung unserer heutigen sehr stark durch die öffentliche Hand getragenen oder geförderten Kulturlandschaft darstellt. Die Individualisierung der Menschen

¹ Gerhardt 2006, S. 71.

und die Ästhetisierung des Lebens verliefen dabei parallel mit der Individualisierung des Künstlers und der Pluralisierung der Kunst.² Auch ging die Kulturnationalität der Staatsnation voraus; Kultur blieb in Deutschland lange ein Sehnsuchtsbegriff der Einheit und Emanzipation, sie fungierte folglich als Politikersatz. Das hat die symbolische Funktion der Kultur und ihre Bedeutung als Identitätsstifter oder Agens freiheitlichen Denkens maßgeblich geprägt. Diese Entfaltungsgeschichte beeinflusst unsere heutige Kulturpolitik und ihre Institutionen, und sie findet Verstärkung in der Freiheit, die uns die Demokratie als Regierungsform einräumt: In ihr können wir uns selbst und die Gesellschaft verändern, verbessern, fortentwickeln. Demokratie erfordert geradezu eine »Kunst der Freiheit«³, um ausgestaltet zu werden. Kunst und Kultur bieten hierfür ideale Entfaltungs- und Erprobungsräume, und zwar als »Freiheit vom Sozialen im Sozialen«⁴. Die ästhetische Freiheit ist ein erweiterter Freiheitsraum innerhalb einer Kultur der Freiheit, »sie ist als Freiheit des Spiels Freiheit vom Gesetz, von der Normativität«⁵. Das ist ein hohes zivilisatorisches Gut im Vergleich zu Zeiten, da der Künstler Handlanger einer Repräsentationsästhetik oder Erfüllungsgehilfe einer Kunst doktrin war, zumal in unserer Gesellschaft Kultur ohne normative Vorgaben von Staat und Kommunen umfassend gefördert und nicht lediglich toleriert wird.

Wie diese Freiheit nun auszugestalten sei, hängt auch vom Entwicklungsgrad der Kulturpolitik ab. Zunächst: »Autonomie der Kunst ist eine Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft«⁶, und als solche wurde sie immer wieder der Ambivalenz bezichtigt, wegen dieser Art bürgerlicher Freiheit auch abgehoben zu sein, losgelöst von der Lebenspraxis der Gesellschaft. Denn Kunst war lange elitär – also nur für bestimmte Trägerschichten mit spezifischen Bildungspräferenzen gedacht – und gesellschaftspolitisch folgenlos. Diese schon von der historischen Avantgarde kritisierte Tendenz, die Herbert Marcuse später als »affirmativ«, also die bestehenden Verhältnisse bejahend, bezeichnete,⁷ hat ganz maßgeblich jene beschäftigt, die im Gefolge der »Kulturrevolution« um 1968 für ein breiteres, gesellschaftspolitisch aufgeladenes Kulturverständnis eintraten. Dabei ging es nicht darum, die gewonnene Freiheit der Kunst einzuschränken, sondern ihre idealistische, gleichsam eskapistische Grundierung zu beseitigen, ihr Wirkung in die Gesellschaft hinein nicht nur zuzubilligen, sondern diese geradezu abzufordern. Und es ging darum, Kultur tatsächlich zu demokratisieren, also für alle Menschen zu erschließen. Es ist kein Zufall, dass in jener Zeit überhaupt erst aktiv von »Kulturpolitik« gesprochen wurde,

2 Vgl. Nipperdey 1988.

3 Vgl. Rebenitsch 2019.

4 Menke 2013, S. 14.

5 Menke 2013, S. 155.

6 Bürger 1974, S. 63.

7 Marcuse 1965, S. 56ff.

ein Begriff, der den Deutschen eingedenk der ideologischen Vereinnahmungen in der Zeit des Nationalsozialismus lange sehr schwer über die Lippen kam. Freiheit in der Kultur nicht nur zu gewähren, sondern diese Freiheit auch produktiv und gesellschaftsverändernd zu nutzen, ist in Deutschland also keine Selbstverständlichkeit, das Thema hat eine voraussetzungsreiche Geschichte.

Soziokulturalisierung der Kulturpolitik

Eine wichtige Rolle im Wandel der Erwartungshaltungen im Kulturbereich spielt die in den 1970er Jahren aufkommende Rede von Soziokultur. Wenn Beuys proklamiert hat, jeder Mensch sei ein Künstler, wird mit Soziokultur nun die Öffnung des Kulturbetriebs für einen weiten Kulturbegriff betrieben. Dabei geht es um Menschen, Themen und Methoden: Möglichst alle sollen teilhaben und teilnehmen (»Kultur für alle und von allen«), Kultur solle nicht auf Kunst reduziert, sondern auf alle gesellschaftlich relevanten Felder erweitert, pluralisiert, als Instrument von Kritik und Kommunikation verstanden werden, und es sollen Formen der Partizipation und Selbstbetätigung gefunden werden, auch jenseits etablierter Modi der Aneignung von Kunst. Das bedeutete ganz klar eine Re-Politisierung der Kultur, freilich unter demokratischen Auspizien. In der frühesten und wohl wichtigsten Programmschrift der Soziokultur heißt es dazu: »Die Selbstbestimmung des Individuums durch Mitbestimmung in und an der Gemeinschaft ist in den Spielräumen der Kultur einzuüben. Die Konditionierung im Spielraum bereitet für den Ernstfall vor. Kulturpolitik vermittelt in diesem Sinne Partizipationstraining.«⁸ Gemeint ist, einen mündigen, an aktiver Gestaltung seiner Lebenswelt interessierten und dazu befähigten »Kulturbürger« heraufzubilden, der das emanzipatorische Potenzial der Kreativität nutzt – und für den sich Kultur nicht mit einer »Weihestunde des Geistes« im Theater erschöpft. Freiheit der Kunst wird hier zu erlebter Freiheit persönlicher Emanzipation, Kultur mithin zum »Lebensmittel«. Voraussetzung dafür war ein in die Lebenswelt hinein entgrenzter Kulturbegriff, dessen internationale Durchsetzung maßgeblich die UNESCO betrieben hatte. Aber es mussten auch Orte erschlossen werden, die nah an der Lebenswelt der Menschen wirkten und durchlässig ins Gemeinwesen waren, jenseits der etablierten Kultureinrichtungen. Selbstorganisation war daher ein wichtiges Stichwort der Gründungszeit, deutschlandweit entstanden zahlreiche Soziokulturelle Zentren und Initiativen in Selbstverwaltung, getragen von der Zivilgesellschaft. Eine vielfältige freie Kulturszene prägt heute unser Land und eröffnet Freiheitsräume, trägt Eigenverantwortung und demokratische Kultur mit ganz unterschiedlicher Programmatik – und ist gesellschaftspolitisch wach, arbeitet dicht an den Gestaltungsbedürfnissen der Menschen aller Altersgruppen, von der Geschichtswerkstatt

8 Glaser, Stahl 1974, S. 141.

bis zum freien Theater, von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Spielmobile bis zu den Landesarbeitsgemeinschaften Soziokultur.⁹

Angriffe auf die Freiheit

Freiheit hat in Deutschland also auch kulturpolitisch große Konjunktur und prägte die Debatten und Institutionalisierungen der letzten Jahrzehnte erheblich, insbesondere in der bürgernahen Kulturarbeit, die neue Räume zur Erfahrung von Selbstwirksamkeit durchsetzte. Das hat unsere Gesellschaft, unsere demokratische Verfasstheit robuster gemacht, Kultur vielfältiger und damit für mehr Menschen interessant – wenngleich das Kulturpublikum, seine Gewinnung und Profilierung, weiterhin ein großes Desiderat bleiben.¹⁰ Allerdings werden jene, die sich mit ihren Projekten, Theateraufführungen oder Konzerten explizit zu politischen oder tagesaktuellen Themen positionieren, verstärkt von rechts angegriffen, mit einem völlig ahistorischen Neutralitätsgebot belegt oder mit Versatzstücken einer nationalistischen Kulturpolitik konfrontiert, die sich gegen die offene, tolerante, von Migration geprägte Gesellschaft richtet und kosmopolitische Haltungen als Verderben Deutschlands geißelt. Hier spreche ich explizit die »Alternative für Deutschland« an¹¹, die in ihrem Grundsatzprogramm einerseits erklärt, bürgerschaftliche Kulturinitiativen stärken zu wollen, andererseits aber eine deutsche Leitkultur proklamiert, die sich gegen kulturelle Pluralität richtet, als seien Interkulturalität und Diversität nicht die Basis sehr vieler bürgernaher Praxisformen, gerade jener, die den kulturellen Wandel und die Öffnung Deutschlands ernst nehmen. Aber es sind auch die etablierten Theater, die angegriffen und auf die Schaffung »deutscher Identität« zurückgeworfen werden sollen, ihre historische Rolle bei der Herstellung einer deutschen Nation völlig verkennend und pervertierend.¹² Dass künstlerische Freiheit in der Tat auch wehtun kann, an Grenzen arbeitet, zeigt aktuell wohl keine Initiative besser als das *Zentrum für Politische Schönheit*. Mit seiner Aktionskunst provoziert es durch Interventionen im öffentlichen Raum und ein Kunstverständnis, das explizit politisch ist.¹³ Und es hat Björn Höcke besonders herausgefordert, indem es ihm nach seiner »erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad« ein kleines Holocaust-Mahnmal vor die Tür setzte. Unser Kunstverständnis lässt zu, was einige zurückdrängen wollen: die humanitären Grundlagen unserer Gesellschaft zu verhandeln, Kunst unmittelbar politisch werden zu lassen, Praxis zu zitieren,

9 Vgl. weiterführend Knoblich 2018b.

10 Vgl. Glogner-Pilz, Föhl 2016, S. 555ff.

11 Vgl. Kap. 3.5.

12 Vgl. ausführlich Brosda 2020a, S. 59ff.; Koppetsch 2019, S. 95ff.

13 Vgl. Rummel, Stange, Waldvogel 2019.

zu verfremden, zu verstören und an Grenzen zu arbeiten. Die ästhetischen Mittel dazu sind genauso plural wie unsere Gesellschaft.

Hanno Rauterberg hat sehr überzeugend und beispielreich dargestellt, dass es aber nicht nur der rechtspopulistische Angriff ist, der Freiheit im Kulturbereich bedroht, sondern auch Empfindlichkeiten grassieren, die die westlichen Gesellschaften in ihren Toleranzräumen herausfordern.¹⁴ Zur Verstärkung und Verbreiterung spielen die neuen Kommunikationsformen und Communities eine wichtige Rolle: »In den Öffentlichkeiten der Digitalmoderne folgen die Debatten nicht länger den Routinen, die sich in den Kulturinstitutionen über Jahrzehnte etabliert hatten. Sie werden unvorhersehbar, alles scheint jederzeit in Zweifel geraten zu können.«¹⁵ Prominentes Beispiel ist das Gedicht von Eugen Gomringer an einer Berliner Hochschulwand: Es misshagte nicht ein expliziter Inhalt, sondern der Gestus, mit dem das Gedicht platziert worden war, und die damit verbundene Verstärkung eines implizit Frauen herabsetzenden Gestus – oder die mögliche Lesart in diese Richtung. »In vielen der neuen Kulturkämpfe wird das eigene Empfinden verabsolutiert, der persönliche Eindruck zählt mehr als der Ausdruck der Kunst.«¹⁶

Es gibt allerdings auch Fälle, bei denen durch Steuerungsversagen von vornherein die Weichen für eine Eskalation gestellt sind, wie es bei der *documenta fifteen* der Fall gewesen ist. Das indonesische Künstlerkollektiv *Ruangrupa* hatte antisemitische Kunst präsentiert und war, so das Fazit eines Expertengremiums, seiner kuratorischen Verantwortung nicht gerecht geworden. Die gesamte Findungskommission musste zurücktreten, die *documenta* befindet sich noch immer in schwierigem Fahrwasser, obwohl es nicht der erste Kunstskandal war, der ihr widerfahren ist. Freiheit der Kunst bedeutet nicht – gerade wenn sie aus öffentlichen Mitteln gefördert und/oder sogar mitgetragen wird –, dass gar keine Steuerung erfolgt und sich der Umgang mit kritischen Ereignissen im Nachgang dann stockend und langwierig, gar von Uneinsichtigkeit geprägt, hinziehen muss. Gerade der Schutzraum der künstlerischen Freiheit erfordert Wissen, Sensibilität, Verantwortungsbewusstsein und gutes Krisenmanagement.¹⁷ Immer gibt es kritische Konstellationen, in die ein künstlerisches Ereignis gestellt sein kann, auf deren Wirkungen es reagieren können muss. Kunst wirkt in Aneignungskonstellationen, mit Menschen, sie reklamiert ihre Freiheit nicht trotz, sondern in der Gesellschaft. Hier müssen im Vorfeld konzeptionelle Vereinbarungen und Festlegungen erfolgen, die sicher von Institution zu Institution, von Vorhaben zu Vorhaben unterschiedlich ausfallen können. Bei

14 Vgl. Rauterberg 2018.

15 Rauterberg 2018, S. 17.

16 Rauterberg 2018, S. 96.

17 Vgl. Deutscher Bundestag 2023, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw-06-pa-kultur-medien-929282>.

der *documenta* sind inzwischen unter anderem Entscheidungen in Hinblick auf Governance und Organisationsstruktur getroffen worden. Es geht letztlich immer um Umgangsformen und situatives Reaktionsvermögen, aber auch die anhaltende Debatte etwa über Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft als Resonanzraum von Kunst. In jedem Falle lässt sich festhalten: »Die in der *documenta fifteen* aufgetretenen Probleme lassen sich im Wesentlichen nicht mit Mitteln des Rechts lösen.«¹⁸ Heute viel diskutiert wird daher die ethische Selbstverpflichtung von Akteuren, um bestimmte schwer regulierbare Ereignisse (etwa Fehler beim Kuratieren einer Ausstellung) im Vorfeld auszuschließen, indem eine umfassende Auseinandersetzung mit den betrieblichen und kontextuellen Bedingungen der künstlerischen Arbeit erfolgt. Im Ergebnis entsteht ein »Code of Conduct«, der zwar eine andere normative Kraft entfaltet als es Gesetze tun, aber als selbstdefinierte Verhaltensordnung durchaus wirksam werden kann; er benötigt allerdings Zeit und kann nicht verordnet werden.

Antisemitismusklauseln, Empörungskultur und Kulturelle Aneignung

Die der notwendigen und kritischen Aufarbeitung antisemitischer Vorfälle entlehnten kulturpolitischen Schlussfolgerungen fallen mitunter problematisch aus, wie etwa das Beispiel der beherzten, aber voreiligen Implementierung einer Antisemitismusklausel bei der Beantragung von Kulturfördermitteln durch den Berliner Kultursenator Joe Chialo zeigt. Auch hier gilt: Die Probleme lassen sich im Wesentlichen nicht mit den Mitteln des Rechts lösen. Orientiert unter anderem an der Definition der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) und ihrer Erweiterung durch die Bundesregierung, sollte ein formalisiertes Bekenntnis bei allen Antragstellungen Aktivitäten oder Fehlleistungen in Richtung eines israel-bezogenen Antisemitismus bereits im Vorfeld verhindern helfen. Unabhängig davon, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung rechtlich hinreichend bestimmt ist und für die Verfolgung von Straftaten Rechtsgrundlagen gegeben sind, ist der juristische Umgang mit solchen zusätzlichen Bestimmungen ausgesprochen schwierig. Entscheidender scheint mir aber, dass eine moralisch-rechtliche Kopplung erfolgt, bei der über die Suggestion einer rechtlichen Norm eine Gesinnungstendenz vorgegeben wird – die Reaktionen fielen entsprechend kritisch aus und haben der Kunstfreiheit nicht genützt. Kulturförderung rechtfertigt sich nicht über Bekenntnisse, sie basiert auf den moralisch-sittlichen Grundfesten und den Verfassungsgrundsätzen unseres Staates, die durch nochmalige anlassbezogene Beglaubigung nicht unbedingt gestärkt werden. Präzisere Bekenntnisse – etwa die Akzeptanz einer bestimmten Begriffsdefinition – gehen meines Erachtens am Ziel der Förderung von Haltung, Aufmerksamkeit und Verantwortungsgefühl

18 Deitelhoff et al. 2023, S. 107.

vorbei, da sie immer auch pädagogisierend wirken. Was vor Beantragung einer Förderung nicht eingeübt ist, wird die Unterschrift auf einem Antrag oder eine Zuwendungsklausel nicht richten. Ein Element des Scheiterns war denn auch die mangelnde Kommunikation im Vorfeld der Entscheidung. Ferner darf auch nicht der Eindruck erweckt werden, dass Kulturprojekte den unbedingten Auftrag der Antidiskriminierungsförderung verfolgen; ihre besondere öffentliche Wirkung macht sie freilich anfällig für Missbrauch, Fehldeutung und Instrumentalisierung. Das aber sind Probleme der Steuerung, nicht zu beeinflussen über mögliche Fördervorbehalte, die kaum praktisch zu ahnden sind. In seinem Rechtsgutachten zu diesem Themenkomplex schreibt Christoph Möllers: »Dass sich künstlerische Praktiken in Widerspruch auch zu konsentierten politischen und moralischen Normen setzen können, ist als Form des künstlerischen Skandals nichts Neues, sondern Teil einer eingeübten Praxis der Kunstfreiheit. Dass solche Skandale dadurch verschärft werden können, dass die in Frage stehenden künstlerischen Praktiken durch staatliche Förderung ermöglicht wurden, ändert aus verfassungsrechtlicher Sicht nur beschränkt etwas an diesem Sachverhalt, denn auch staatlich geförderte Kunst kann sich auf die Kunstfreiheit berufen. Vor diesem Hintergrund passen Ideen einer großen Lösung, die ein für alle Mal mit diskriminierender Kunst fertig werden will, nicht in den Rahmen des Grundgesetzes.«¹⁹

Will man Künstlerinnen und Künstler oder Projektträger dennoch auf ein individuelles Bekenntnis verpflichten und die öffentliche Förderung daran knüpfen, bedarf es einer eigenen gesetzlichen Grundlage.²⁰ Dann aber sollte die Frage beantwortet sein, wie man die Nichteinhaltung einer solchen Verpflichtung sanktionieren will. Die Berliner Klausel sollte dem Vernehmen nach eher deklaratorischen Charakter tragen und zuwendungsrechtlich keine starke Wirkung entfalten. Wenn man jedoch nicht bereit ist, »eine Regel durchzusetzen, sollte man sich Rechenschaft darüber ablegen können, warum man sie verrechtlichen will«, schreibt Möllers und stellt weiterhin fest, dass es rechtspolitisch einen allgemeinen Trend gebe, staatliche Fördermaßnahmen an weitere politische Ziele zu binden.²¹ Hierin kann und sollte man eine Gefahr für die künstlerische Freiheit erblicken.

Jüngst hat der eskalierende Nahostkonflikt die öffentliche Rolle der Kulturschaffenden und der Kulturpolitik erneut beeinflusst, diesmal war die *Berlinale* der Austragungsort, indem Jurymitglieder und Preisträgerinnen einen Waffenstillstand im Gaza-Krieg gefordert und auch Israel kritisiert hatten, insbesondere das Vorgehen der israelischen Armee. Die Einseitigkeit der Ereignisse und Thematisierungen führte zu Unbehagen, Protesten und Turbulenzen im politischen Raum in Hinblick auf erfolgte Reaktionen und Reaktionszeit. Natürlich ist die Existenz

19 Möllers 2022, S. 45.

20 Vgl. Möllers 2024, S. 22.

21 Möllers 2024, S. 30f.

Israels nicht in Frage zu stellen und gibt es gesellschaftliche Eckpunkte zum Umgang mit diesem historisch determinierten jüdischen Staat, zu dem Deutschland in einem besonderen Verhältnis steht, für den es eine spezifische Verantwortung trägt. Dennoch muss Kritik an israelischer Politik möglich sein, auch aus dem Bereich der Kultur. Das, was der Regisseur Ben Russell über einen vermeintlichen »Genozid« sagte und der Co-Regisseur Basel Adra forderte, indem er den Stopp von Waffenlieferungen an Israel ansprach, kommentiert Jürgen Trittin treffend: »Das ist ohne Zweifel einseitig. Aber es ist nicht strafbar. Es ist falsch. [...] Doch wen konnte das überraschen? Überraschend ist eher, dass die jetzt Empörten so überrascht waren. Hat man in der Weltstadt Berlin nicht mitbekommen, dass in London wie in Washington mehrfach Hunderttausende gegen den Krieg in Gaza und für einen Waffenstillstand auf die Straße gegangen sind? [...] Wer nicht in der Lage ist, andere, einseitige Meinungen auszuhalten, sollte keine internationalen Filmfestspiele veranstalten. Wer die Welt einlädt, darf sich nicht wundern, wenn die Welt kommt.«²² Der Umgang mit der Freiheit der Kunst setzt neben politischem Geschick auch Resonanz voraus, eine in diesem Fall auch informierte und souveräne »Kulturpolitik der Weltbeziehungen«, die sich gegen Antisemitismus und jede Form der Diskriminierung wendet, ohne ihr Bezugssystem reflexartig einzuengen. Diese Reflexe, die unsere politische Kultur derzeit bestimmen, sind auch als Triggerpunkte beschrieben worden: »Triggerpunkte sind Sollbruchstellen der Debatte, an denen sich Empörung und Widerspruch, aber auch emphatische Zustimmung artikuliert und die durch eine besondere Emotionalität gekennzeichnet sind.«²³ Die damit verbundenen Polarisierungen tragen indes nicht zu einer gelingenden Gesellschaftspolitik bei, ihnen wäre entgegenzuwirken.

Der Kampf gegen Diskriminierung und für die Geltungsansprüche marginalisierter Gruppen hat jüngst auch den Begriff der »Kulturellen Aneignung« in die kulturpolitische Debatte eingebracht. Nach der bislang umfassendsten Analyse, die Lars Distelhorst vorgelegt hat, »besteht kulturelle Aneignung in der eigenmächtigen Übernahme von Elementen einer unterdrückten Kultur durch die Angehörigen einer Dominanzkultur. Diese Definition kann in ihrer Weite nahezu alles umfassen, was zwischen Kulturen vor sich geht, die sich nicht in einem Gleichgewicht der Kräfte befinden, angefangen von der Patentierung Indigenen Wissens über die Verwertung künstlerischer Traditionen bis hin zu Mode und Sprachgewohnheiten.«²⁴ Wenn Distelhorst in seiner Untersuchung weitreichende Bezüge zu Kapitalismuskritik und Rassismus herstellt und am Ende die Auffassung vertritt, seine Definition basiere nicht auf der Unterscheidung der Kulturen, sondern nehme Bezug auf um

22 Trittin 2024, S. 51f.

23 Mau, Lux, Westheuser 2023, S. 387.

24 Distelhorst 2021, S. 73.

Hegemonie kämpfende politische Gruppen und Gemeinschaften²⁵, rückt die Frage nach der Gesellschaft ins Zentrum, in die dies münden soll. Eine soziologische Analyse bleibt er allerdings schuldig, sodass der Eindruck sich verfestigt, der etliche Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker an Begriff und Diskurs stört: Die Rede über Kulturelle Aneignung wird zur pauschalen Systemkritik und stellt jegliche Adaption, Tradition oder Karnevalisierung kultureller Entlehnungen oder Klischees unter den Verdacht eines unverhohlenen Rassismus. Freilich beansprucht Rassismuskritik heute durchaus, dass »die gesamte Kultur auf den Prüfstand geraten (kann), da aufgrund des strukturellen Rassismus überall dort rassistische Diskriminierung gefunden werden wird, wo man sucht, und das über eine längere Zeit.«²⁶ Aber ein Maß für den Umgang mit kulturellen Ausdrucksformen, die schon immer auf Austausch, Adaption, Folklorisierung oder Bricolage ausgerichtet sind, sollte gefunden werden.

Jens Balzer schlägt vor, »als richtige Appropriationen solche zu begreifen, die nicht auf die Zementierung von Reinheits-, Natur- und Authentizitätsvorstellungen zielen, sondern vielmehr auf die Entgrenzung, das Hybride, auf die Überwindung von allen Arten kultureller Verdinglichung – und die dabei zeigen, dass jegliche Identität sich in Wahrheit in endloser Transformation befindet.«²⁷ Das ist ein hehrer Anspruch, der im Eifer der Praxis sicher nicht eben leicht einzulösen sein wird. Balzers ethischer Zugriff scheint mir aber weniger ideologisch, für die Kulturpolitik durchaus operationalisierbarer: »das Spiel der kulturellen Möglichkeiten erweitern(d)«, ein Wurzelgeflecht der Identitäten fördernd und verwebend, Marginalisierungen nicht festschreibend durch die Art der ästhetischen Verarbeitung etc.²⁸ Die Kunst bestünde darin, den Begriff der Kulturellen Aneignung oder Appropriation als Kampfbegriff zu entschärfen, um ihn jenseits des Willens, die »hegemoniale Mehrheitsgesellschaft« zu entmachten und dieser in ihrem Gewordensein keinesfalls so etwas wie die gewachsene Identität einer deutschen Gesellschaft zuzugestehen, annehmbar werden zu lassen. Das hieße auch, ihr zumindest Spielräume zuzubilligen und einen Kompass jenseits der plumpen Skandalisierbarkeit zu entwickeln.²⁹ Auch hier ist es die unbedingte Polarisierung, die die Suche nach einer transkulturellen, offenen Gesellschaft blockiert und jenen Auftrieb gibt, die an nationalistischen Vorstellungen orientiert sind oder gar radikal geschlossene, autoritäre Gesellschaftsbilder fördern. Ob dieser Begriff allerdings in Deutschland die Wirkungsmacht entfalten kann wie im Zusammenhang mit Race- und Critical-Whiteness-Studies in den USA, ist zu bezweifeln.

25 Distelhorst 2021, S. 196f.

26 El-Mafaalani 2021, S. 133f.

27 Balzer 2022, S. 58.

28 Vgl. Balzer 2022, S. 53f.

29 Vgl. das beredete Beispiel des Mannheimer AWO-Balletts in Burstein 2024, S. 7–52, das eine mögliche Facette illustriert.

Freiheit der Kunst – Freiheit der Kultur

Kunst kann provozieren, sie kann mich persönlich abstoßen oder als historische Geste deplatziert wirken. Aber sie ist doch immer Ausdruck einer liberalen Gesellschaft, die dies aushalten und als diskursives Angebot begreifen kann. Wir müssen uns der Mündigkeit immer wieder klar werden, die damit angesprochen wird, des aufklärerischen Erbes, sich des Verstandes zu bedienen und nicht eine Lebenswelt zu reproduzieren, die in ihren kreativen Hervorbringungen exakt die geltenden Normen (und damit die Grenzen des Sag- und Zeigbaren!) widerspiegelt. Was keinen verstört, spricht keinen mehr an. Ohne die Arbeit an Grenzen ist auch eine Weiterentwicklung einer Gesellschaft als offene Gesellschaft kaum möglich. Wir sollten großen Respekt vor der Freiheit der Kultur haben, da sie unsere Kultur der Freiheit fortentwickeln hilft.

2.2 Narrative und neue Erzählungen

Kulturpolitik wird vielerorts pragmatisch betrieben. Trotz aller spürbaren Umbrüche und Wandlungsnotwendigkeiten besteht eine Diskrepanz zwischen notwendiger Reflexion, antizipativer Programmatik und tatsächlichem, eher inkrementellem Handeln. Gestalten heißt daher allzu oft Fortschreiten auf bestehenden Pfaden und Perpetuieren von Routinen. Ein Ausbruch aus Pfadbindungen nämlich setzt Verlustängste und Skandalisierungen frei, die gemieden werden sollen. Der Alltag mit seiner Suggestion von Normalität und Kontinuität neigt zu Reibungsarmut und fördert Gewöhnung als Gefühl guter und auch zweckmäßiger Dauer. Dies umso mehr, wenn wohlfahrtsstaatliche Förderung allumfassend wirkt und wirken kann, als Kontinuum gesellschaftlicher Abpufferungserwartung oder Quasi-Natur erlebt wird.

Warum es neue Narrative und starke Erzählungen braucht, soll im Folgenden in Form einer assoziativen Annäherung erörtert werden. Sie beginnt mit einem Plädoyer gegen einen *Pragmatismus*, der glaubt, ohne Erzählung auskommen zu können, ohne verantwortungsvolle Antizipation gelingender Zukunft, zumal die »große Transformation« nicht gerichtet oder planvoll verläuft. Umso wichtiger erscheint mir eine planvolle Reaktion in allen Politikfeldern, auch der Kulturpolitik.

Horizont: Ich glaube, wir stehen bereits im Einfluss so grundlegender Umbrüche und Transformationen, dass es unerlässlich ist, dies in aller Konsequenz ehrlich sichtbar zu machen und an Zukunftsbildern für die Kulturpolitik zu arbeiten. *Pragmatismus aber denkt Zukunft als Fortsetzung der Gegenwart. Oder er verharrt in dieser.* Er braucht keine Leitbilder, weil er die alten Geschichten weitererzählt, vielleicht angereichert um einige neue Akzente. Wir aber benötigen einen *neuen Horizont*,

müssen – um neue, produktive Perspektiven zu gewinnen – tatsächlich neue Geschichten gelingender Gemeinschaft erzählen. Dies sind nicht mehr die Geschichten von Zugewinn (wie bisher), von Fortschritt industriegesellschaftlichen Maßes und damit einhergehender materieller Ich-Erweiterungen, sondern vor allem Geschichten des Konzentrierens, auch des Einschränkens, der (globalen) Gerechtigkeit und kollektiven Besinnung, des Umorganisierens (bei gleichzeitig gesteigertem Innovationsdruck), ja schließlich der Überprüfung unseres Modells westlicher wohlfahrtsstaatlicher Demokratie, die so im Übrigen auch nur nationalstaatlich und in Abgrenzung von anderen gedeihen konnte. Sie wird zudem von innen wie von außen bedroht, zumindest bescheinigen ihr nicht wenige Analytiker einen Krisenmodus.

Philip Manow erinnert an zentrale Wesenszüge unseres Modells der Demokratie. Sie sei zum einen *konstitutiv prekär*, »da Wahlen eine immer nur prozedurale und temporale Lösung eines kontinuierlichen Konflikts um die Macht sind, da die demokratische Wahl immer nur eine ganz pauschale, generelle Repräsentationsbefugnis ausstellt und da die Wahl damit den politischen Streit nie beendet, befriedet«, zum anderen *nur innerhalb einer eigenständigen und begrenzten Einheit realisierbar*, sie ist also nicht universalistisch ausgelegt. Das maßgebende Prinzip der Volkssouveränität setzt Grenzen – einen institutionellen Rahmen – voraus, dies ist der Staat bzw. die Nation.³⁰ Wir können kosmopolitisch denken und in Teilen sicher auch handeln; uns aber ein solches Gemeinwesen zu organisieren, dürfte folgenreich und höchst riskant sein, betrachtet man zudem die Genese unserer Nationalstaaten genauer. Demokratie weltweit zu entgrenzen, hieße sie zerstören. Was heißt das für die Konsistenz unserer großen verbalen Gesten, mit denen wir unsere bestehenden Leitformeln bislang eher nur *additiv* anreichern? Welche Geschichte erzählen wir? Auf der einen Seite ist Demokratie ein (staatlicher) Differenzbegriff, auf der anderen Seite wollen wir maximale Durchlässigkeit, Demokratie für alle. »Deutschland schafft sich ab« vs. kosmopolitische Großgeste – zwischen diesen reaktiven Extrempolen ist noch keine neue gesellschaftspolitische Erzählung gefunden.

Das gilt im Übrigen auch für das Großthema der Migration, insbesondere in Hinblick auf Flucht und illegale Zuwanderung. Solidarität ist auch mein erster Impuls, denn es ist ein Skandal, wie zum Beispiel mit Flüchtlingen im Mittelmeerraum umgegangen wird, und ich habe großen Respekt vor Menschen, die hier konsequent handeln und nicht zuletzt für die Identität der vielen Toten eintreten.³¹ Bezieht man das Thema aber auf unsere staatliche Verfasstheit, sind die Analysen des zuletzt stark kritisierten und tatsächlich in rechte Denkbilder verfallenen Rolf Peter Sieferle durchaus interessant, zumal er bestimmte Narrative der Legitimation

30 Vgl. Manow 2020, S. 124, 158ff.

31 Vgl. Cattaneo 2020.

massenhafter Einwanderung näher betrachtet.³² Er weist zunächst die Gleichsetzung einer »Wendung gegen illegale Immigranten mit einer Wendung gegen Ausländer«³³ zurück. Bezogen auf Kultur, befasst er sich mit dem von ihm so genannten »Multi-Kulti-Narrativ«, das er in Hinblick auf die Erwartungen an massenhafte Einwanderung in zwei Dimensionen zergliedert: die Rede von einer ohne Immigration nicht innovativen, weil kulturell homogenen Bevölkerung sowie die Rede von einer Bereicherung in Folge kultureller Vielfalt und Komplexität jenseits ererbter kultureller Systeme. Beide Engführungen lehnt er mit betont nationalkonservativer Geste ab; er sieht kulturelles Kapital besonders dort wirksam, wo es tradierte Einstellungen und Haltungen verkörpert und damit Kooperation und Vertrauen stärkt, und er kritisiert einen »Synkretismus von Kulturfragmenten«, der an die Stelle überkommener (nationalstaatlicher) kultureller Konfigurationen trete und keine innere Konsistenz mehr aufweise.³⁴ Er sieht – hierin an Samuel Huntington erinnernd³⁵ – eine »Kultur des tribalen Kriegs«³⁶ aufziehen, die sich aus der Aufspaltung der multikulturellen Gesellschaft in ihre Fragmente und deren Abgrenzungsimperativen ergebe. Seine Überlegungen sind dennoch von den ernsthaften Fragen danach geprägt, ob diese Narrative tatsächlich tragen und wie die Folgen von Masseneinwanderung systemisch bewältigt werden können, wenn Nation und Wohlfahrt von Grenzen bestimmt, kulturelle Leitbilder allerdings entgrenzt werden. Hier lässt sich an Manow und andere bzw. Überlegungen zum Wohlfahrtsstaat und seiner nationalstaatlichen Verfasstheit anschließen. Gehen wir solchen unbequemen Positionen nach oder repetieren wir nur, was sich richtig, gerecht und zeitgemäß anhört? Horizonte wollen Widersprüchen entrungen sein, plakative Haltungen allein sind nicht ausreichend.

Gefangen in der alten Erfolgsgeschichte: Nicht nur das Wirtschaftswunder (und das mit ihm verbundene Narrativ der dauerleistungsfähigen, auf Wachstum orientierten Industrienation), in dessen Dunstkreis wir lange Kulturpolitik betrieben, kommt als Denkmuster an sein Ende, sondern ein ganzer gesellschaftlicher Entwurf gerät ins Wanken. Es kann nicht mehr darum gehen, unser Modell (des exorbitanten Ressourcenverbrauchs und des Wohlstands für alle) exportieren zu wollen, sondern wir müssen uns vielmehr auf einen veränderten »Weltdruck« einstellen, der unsere Komfortzone herausfordert – von internen gesellschaftlichen Turbulenzen ganz zu schweigen. Dieser Weltdruck hat mehrere Dimensionen:

32 Vgl. Sieferle 2017.

33 Sieferle 2017, S. 31

34 Sieferle 2017, S. 60

35 »Die Frage ›Auf welcher Seite stehst du?‹ ist ersetzt worden durch die viel elementarere Frage ›Wer bist du?« (Huntington 2002, S. 193)

36 Sieferle 2017, S. 64

politische, wirtschaftliche, technologische, bevölkerungsgeographische, klimatische, weltbildbezogene/mentalitäre, allianzenbezogene u.Ä. Vielerorts auf der Welt träumen Menschen gleichwohl von einem Leben im Deutschland der unveränderten Verfassung, hegen die Idee eines »Deutschland für alle« – das macht es nicht leichter. Der Systemkonflikt hatte uns verleitet, die Welt auf die binäre Option von Ost und West zu reduzieren, dieser alte »Wettkampf« um die Zukunft aber ist ausgetragen (was den Verschleiß von Utopie und Alternativdenken zur Folge hatte); inzwischen sind die Konfliktlinien komplexer, funktionieren auch erprobte Argumentationsmuster nicht mehr ohne Weiteres. Dass das kein »Ende der Geschichte« (Fukuyama), nur eine veränderte Historizität bedeutet, sei hier nur angemerkt. Allein eine Erzählung über unseren Status quo fällt offenbar schwer. Wir wollen Dinge anders machen, aber auch nichts aufgeben, scheint es. Wie gewinnen wir Rollensicherheit? Worin besteht die Vision eines neuen ethischen Imperativs, den wir annehmen, ausgestalten können?

Die alte Bundesrepublik hat Veränderung zu lange als Veränderung *um sich herum*, als Veränderung der anderen gedacht. Seien es die Gastarbeiter oder die Ostdeutschen: Es ging vor allem um Integration, Anpassung, Genesung an einem perfekten System, das »die Neuen« ja gewollt hatten und in das sie sich einbetten, assimilieren sollten. Gerade die Transformationserfahrungen im Osten zeigen aber im Rückblick und aus der Perspektive jener, die sie erinnern und aufarbeiten, dass es notwendig ist (und auch gut gewesen wäre), den eigenen Standpunkt stärker zu hinterfragen.³⁷ Es braucht keine ethnische Differenz, um anhaltende Diversität zu produzieren – und zu behaupten. Das heißt: Zukunftsbilder sind nicht *fertig* und gleichsam schablonenhaft aus einem bestimmten Status prolongierbar, sie setzen die Bereitschaft voraus, aus seinem eigenen Schatten aktiv herauszutreten – soweit das überhaupt bewusst gelingen kann. Aber das Wollen bedeutet schon Mut und neue Ideenkraft. Dieses Wollen aber ist unbequem, beunruhigend, Pfadbindungen aufgebend, vielleicht entwurzelnd. Ein Weg hinaus aufs freie Feld (oder in eine Landschaft, die nicht durch Wege – eingekerbte Erfahrungen anderer – konfiguriert ist), ein Weg, der auch endet. Ich denke immer wieder an das Bild der Holzwege Heidegegers.

Anthropozän: Dieses neue Wollen ginge zunächst einher mit einer Ortsbestimmung und dem Eingeständnis, dass das »Anthropozän« ein Menschsein beschreibt, das Menschsein in der Tendenz künftig unmöglich macht, da es ein »Zuviel« an menschlichen Einflüssen bedeutet – ein kulturelles, letztlich auch kulturpolitisches Problem, denn wir behaupten ja immer, Kultur sei ein Reflexionsmittel unserer Gesellschaft. Dann gehörte dazu, den Planeten mitzudenken, ihn vielleicht sogar –

37 Vgl. etwa die Digitalen Erzählalons: Rohnstock Biografien o.J., <https://www.deine-geschichte-unsere-zukunft.de>.

wie seinerzeit etwa James Lovelock³⁸ – als Gesamtorganismus zu begreifen. *Ein Distanzierungsprogramm also vom bisherigen Lebens- und Ausbreitungsmodus des Homo sapiens, der offenbar keine Grenzen akzeptiert.*³⁹ Eine neue kulturelle Ausrichtung also als notwendige Anpassungsstrategie? In all unseren kulturpolitischen Entscheidungen steckt letztlich eine Haltung zur Welt, wenn wir den Autonomiebegriff nicht überdehnen und sagen, Kultur ist so frei, dass sie mit keinem Rahmen kollidieren darf. (Aber auch dieses Bild wankt seit geraumer Zeit, sei es durch neue Rollenverständnisse der Künstlerinnen und Künstler oder durch Angriffe auf das Politische der Kunst.) *Ist Begrenzung und Maßfindung nicht die übergeordnete, einfache Konsequenz?*⁴⁰ Fragten Kulturmanager wie Armin Klein in den letzten Jahren danach, ob der private oder der öffentliche Kulturbetrieb die Zukunftsbilder liefern würde⁴¹, stellt sich die Frage heute anders: Kann es eine die Sektoren überwölbende kulturpolitische Erzählung geben, die uns ethisch bindet, Verantwortung formuliert und nachhaltig handeln lässt? Wenn ja, wie gehen wir dann mit all dem um, das wir verwalten, *vertretbar weiterentwickeln* und *wirksam* halten oder machen wollen? Bisher bewegt sich die Lawine nahezu ungebremst weiter, weil Bremsen und Fokussieren kein Leitbild ist – die *Verfügbarkeit der Welt*, die Erweiterung der Reichweite, das ist die Leitschnur, aber wohl auch die große Illusion der Moderne. Hartmut Rosa beschreibt das treffend auch für den politischen Wettbewerb, der »nahezu ausschließlich mittels Steigerungs- und das heißt Verfügbarkeitsversprechen geführt wird.«⁴² Nach wie vor. Zuletzt beobachteten wir das in den Haushaltspolitiken des Bundes und der Länder in Anbetracht der Coronakrise. Von einschränkenden Folgen spricht keiner gern, alles wird wieder gut. Es gehört zur Dialektik dieses Musters, dass dennoch immer wieder *Unverfügbarkeit* eintritt – häufig empfunden als Skandalon. Die westliche Welt könnte an dieser Haltung zerbrechen, wenn sie nicht lernt, umsteuert, Grenzen akzeptiert. Auch in der Kulturfinanzierung, obwohl sie freilich nicht der

38 Lovelock 1993.

39 Das ist der große Unterschied zum Neandertaler, der Zehntausende von Jahren mit der Natur lebte und stets in extrem kleinen Populationen, gerade so an der Grenze zum Überleben. In dem klugen Buch zum aktuellen Forschungsstand bringen es die Autoren auf eine fiktive Botschaft, die Homo neanderthalensis dem H. sapiens hinterlässt: »Ich überlebte eine so lange Zeit, ohne zu wachsen. Ich verschwand, weil ich nie habe wachsen können. Du hast überlebt, weil du immer wusstest, wie man wächst. Wirst du verschwinden, weil du nicht weißt, wie man aufhört?« (Condemi, Savatier 2020, S. 209).

40 Hegel ist da definitorisch unübertroffen: Maß sei die Einheit von Qualität und Quantität. Additive Politik, Wachstum um jeden Preis, bedeutet Maßlosigkeit, hier fehlt die Balance. Das entwickeltere, reflektiertere Maß sei die Notwendigkeit. Können wir überhaupt noch relational denken oder sind wir epistemologisch geblendet vom Überfluss, der die Kategorie der Notwendigkeit ins Reich der Mangelwirtschaft verweist? (Vgl. Hegel 2017, Bd. 1).

41 Klein 2007, S. 45ff.

42 Rosa 2018, S. 103.

größte Faktor ist: Aber die Etats sind in den letzten Jahren gewachsen⁴³, und trotzdem gewinnt man den Eindruck, alles ist knapp, prekär. Welche Art Wachstum also ist das, wenn zunehmende Verfügbarkeit zu immer neuen Zehrpunkten führt?⁴⁴ Kann das das Ergebnis zielgerichteter, gar nachhaltiger Politik sein? Einfach *mehr* bedeutet kein Wachstum, da folge ich Hegel, es braucht auch eine neue Qualität, wenn es ein Maß finden soll. Zwischenfazit: Formeln, die Verfügbarkeit bedienen (»für alle«) und einer Fortschrittsideologie der Ausdehnung folgen, sind unterkomplex und in der Tendenz nicht zeitgemäß.

Maß: *Wir brauchen eine neue utopische Kraft*, müssen also Bilder gelingender Zukunft projizieren, die uns bei einem schwierigen Aufbruch des Umdenkens begleiten und uns mental anders konditionieren. *Dabei sollten wir ein neues Maß dessen prägen, was gut ist, was Erfolg bedeutet und was Tradieren heißt (denn auch Erbe wächst, zunächst einmal quantitativ, auch aus Ansammlungen von Kulturgut werden nicht automatisch Sammlungen, das setzt eine ordnende Hand, ein Narrativ voraus). Neue Programmatik schließt neue Maßeinheiten ein, eine neue Weltsicht. Das impliziert auch notwendige Brüche.* Daher genügt es nicht, Programmatik additiv fortzusetzen wie die Praxis: Etwas mehr Pluralität, Diversität, Freiheit und Kosmopolitismus⁴⁵, dann wird es schon werden. Alle anderen Gewissheiten bleiben ja bestehen. Das wird mitnichten der Fall sein, Veränderung wird die Konstante unter den Variablen sein; große Konsense geraten nicht zuletzt deshalb ins Wanken, weil es auch immer instabilere politische Mehrheitsverhältnisse gibt, immer kleinteiligere Selbstermächtigungsdiskurse stattfinden. Gleichwohl gilt es, Veränderung positiv aufzuladen, nicht, sie zu verdrängen, bis eine »Krise« überwunden ist und wir zum Alltag zurückkehren. Das ist auch die Gefahr in Coronazeiten gewesen und die Suggestion derer, die glauben, alles über Kredite regeln zu können, Normalität »verfügbar zu machen«. Rein finanzökonomisch wird es keine schnelle Rückkehr zu so etwas wie Normalität geben können. Die fatale Erzählung von der guten alten Zeit (und dem exklusiven, »ethnopluralistisch« grundierten Recht auf die erworbene Wohlstandsspirale) haben die Rechtspopulisten bereits besetzt und gestalten sie konsequent mit identitärer Politik aus – sie wollen zurück in ein Paradies der Selbstgerechtigkeit. Das spricht die besonders immobilen Menschen an. *Veränderung* muss in ein produktives Bild finden, auch ein Bild der Angst-

43 Kommunal ist das freilich differenzierter zu bewerten.

44 Das könnte man übrigens auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fragen, dessen Intendanten mit unverschämter Erwartungshaltung davon ausgehen, dass die Zustimmung der Länder zur Gebührenerhöhung nur eine Formsache sei. Wo entstehen die Kosten, warum wird das System immer teurer und warum werden zuerst die Leistungen in Frage gestellt, die den Kultur- und Bildungsauftrag im engeren Sinne betreffen?

45 Sind wir uns überhaupt der Tragweite, wechselseitigen Verträglichkeit und Kombinierbarkeit dieser Großbegriffe bewusst? Davon abgesehen, dass sie zu unterschiedlichen Zeiten/in unterschiedlichen Kontexten auch verschieden aufgeladen sein können.

reduktion, bei allem *Umbruch*. Eine schwierige, aber notwendige Aufgabe, war ja schon Innovation als Veränderung nie leicht durchsetzbar: »Historisch wird die Innovation oft zunächst einmal als Abwertung der Werte verstanden, ehe sie sich als ein neuer kultureller Wert durchsetzt.«⁴⁶ Wie viel schwerer wiegen sich überlagernde Transformationsfolgen globalen Ausmaßes?

Ideelle Totems: Philipp Blom verhandelt in einem Essay die gesellschaftliche Kraft von Bildern und narrativen Horizonten, die sie verkörpern. Erst kommen die Bilder, dann folgt ihnen die gesellschaftliche Realität: »Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Solidarität sind keine Beschreibungen natürlicher Sachverhalte, sondern *ideelle Totems, notwendige Fiktionen*, die Gesellschaften zivilisierter machen. Ohne solche geteilten Fiktionen kann es wohl keine wirkliche Gesellschaft geben [...].«⁴⁷ Blom, der den Text im Auftrag der *Salzburger Festspiele* schrieb, bemüht nicht von ungefähr ein Theaterbild: »Die Bühne der gesellschaftlichen Debatte braucht neue Figuren und Geschichten, um eine neue Wirklichkeit zu beschreiben und Haltungen zu stärken, die dieser Wirklichkeit angemessen sind.«⁴⁸ Diese neuen Haltungen entsprechen in etwa dem, was ich mit Maßeinheiten angedeutet habe: Was ist richtig, *angemessen*, erfolgreich, beispielhaft? Welche Werte müssen sich ändern, um die Zone des Allgemeinen neu gestalten zu können, statt reflexhaft in der sich fortsetzenden Individualisierung zu verharren (die ein Weltbild reproduziert)?⁴⁹

Omega-Phase? Wenn Kulturpolitik mehr sein soll als die fortlaufende Organisation kultureller Infrastrukturen (im umfassenden Sinne des Enquete-Berichts) oder gar die Verteidigung ihres konkreten Bestands (schlimmstenfalls in Form Roter Listen gefährdeter Kultureinrichtungen), muss sie sich an der Projektion gesellschaftlicher Zielvorstellungen beteiligen. Dann aber ist ihre *evozierende Qualität* gefragt, die im Übrigen schon einer der Etablierungsmythen der Neuen Kulturpolitik war: Es ging um Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik, und es ging um Zukunftsforschung.⁵⁰ Das sollten für uns verlässliche Orientierungsmarken bleiben. Robert Jungk etwa setzte große Hoffnungen auf die antizipative Kraft der Künstler. Ihm schwebte vor, dass das künstlerische Denken in die Arbeitswelt und auch andere Sphären der Gesellschaft eindringt und Impulse für qualitative Veränderung setzt. Stalin galten Schriftsteller als die »Ingenieure der Seele«, die Kulturpolitik der sozialistischen Länder war von der Utopie des Neuen Menschen durchdrungen und nahm die Kunst überstark für die Projektion einer Kultur von morgen in Anspruch

46 Groys 1992, S. 63.

47 Blom 2020, S. 90 (Hervorhebung im Zitat TJK).

48 Blom 2020, S. 118.

49 Vgl. dazu Reckwitz 2017.

50 Vgl. Schwencke u.a. 1974.

– so instrumentell das klingen mag, kulturelle Bilder für eine neue Zukunft waren vielerorts angesagt und teilweise auch wirksam. Und sie werden es bleiben, allerdings nie frei von Ideologie. Heute brauchen wir neuen Mut und Distanz zu den bisherigen Geschichten, die (und sei es in Form ihrer Ablehnung in Utopiemüdigkeit) auch zum Setting der aktuellen »Phase« gehören, die eine sogenannte Omega-Phase sein könnte. Noch einmal Philipp Blom, der ein System in der »Omega-Phase«⁵¹ dadurch charakterisiert, »dass es *keine Konzeption einer qualitativ anderen Zukunft* gibt. Es gibt nur mehr oder weniger vom Bekannten, aber nicht etwas außerhalb der gegenwärtigen Struktur. Die Protagonisten handeln und planen in der Annahme, dass die Gegenwart so ist, wie sie nun einmal ist, dass keine wirkliche Alternative besteht und dass deswegen nichts anderes übrigbleibt, als eben weiterzumachen wie bisher, nur mit noch mehr Energie und Entschlossenheit, immer weiter hinein, immer schneller, immer mehr. Der eigentliche Ruin besteht darin, dass sich eine andere Lösung in der gegenwärtigen Sprache, mit den gegenwärtigen Bildern im Kopf gar nicht denken lässt. So ist es einfacher, weiterzumachen und jedes andere Szenario als Fantasterei oder naiven Unsinn abzutun.«⁵²

Man erkennt in dieser Omega-Phase unschwer die Alternativlosigkeit, die uns jeden Tag begegnet, die einhergeht mit der schwindenden Akzeptanz von Fakten, Erkenntnissen, Tatsachen, die uns vom postfaktischen Zeitalter reden lässt. Bilder der Stagnation – oder mit Arnold Gehlen gesprochen: der kulturellen Kristallisation.⁵³ Damit einher geht auch das Erodieren von Autorität, die es auch und gerade in einer repräsentativen Demokratie gibt und geben muss. Diese weicht einer affirmativen Pauschalrede von Beteiligung, die Entscheidungen immer weiter aushöhlt, indem sie strukturell und temporal bis ins Zentrum von Entscheidungsnotwendigkeiten vordringt und selbst dort gefordert wird, wo man sich auf andere Verfahren (etwa gesetzliche) geeinigt hatte, Beteiligung eigentlich nicht mehr geboten ist. Oder wo sie systemisch delegiert ist (etwa Verwaltungshandeln im übertragenen Wirkungskreis). Entscheidungsträger werden damit diskreditiert, *alles wird immer und jederzeit verhandelbar oder skandalisierbar gehalten*. Unter dem Deckmantel von Beteiligung werden zudem immer stärker Mikrointeressen vergesellschaftet, wird die Zone des Allgemeinen angegriffen. Was ist Gesellschaft, wenn jeder vollständig nur seine Interessen in ihr repräsentiert wissen möchte? Wenn Beteiligung heißt, ein Resultat ist nur dann akzeptabel, wenn meine Partialinteressen darin maximal

51 Blom bezieht sich auf den Klimawissenschaftler Hans Joachim Schellnhuber, der den Begriff der Sphäre der Wirtschaft entlehnt hat.

52 Blom 2020, S. 41f. (Hervorhebung im Zitat TJK).

53 Hier hat die Coronakrise einen ungeheuerlichen Erfahrungswert: Was vorher um keinen Preis ging, nämlich etwas Etabliertes einfach einmal auszusetzen, auf etwas zu verzichten oder auszuprobieren, ob sich die Welt ohne dieses Angebot weiterdreht, trat einfach ein. Bei allen Folgen aufgrund des Ausmaßes: Es war eine unschätzbare Erfahrung von Andersheit, Ausbruch aus dem Strom des Unausweichlichen, schwer zu Ändernden.

berücksichtigt sind? Ist Gesellschaft nicht mehr als die Summe der Einzelbegehrlichkeiten? Könnte eine Gesellschaft der Einzelbegehrlichkeiten das Anthropozän bewältigen?

Die Neue Kulturpolitik: Die unter dem Topos Neue Kulturpolitik etablierte Reformbewegung war stark vom Linkliberalismus der 68er Ideen geprägt. Interessanterweise stehen wir hier *von den Anfangsimpulsen her* in der Tradition genau der heute wieder notwendigen Wachstums- und Verwertungskritik: Kapitalismuskritik an erster Stelle, die Verkaufstempel, die Warenförmigkeit der Parolen (Hermann Glaser: »frischwärts«), die Neuen Sozialen Bewegungen (vor allem die Ökologie- und Umweltbewegung), Kritik an der Stadtentwicklung (Suburbanisierung, Kapitalisierung des Wohnens, Segregation), affirmative Kultur (die Wiederkehr der Bürgerlichkeit, ihrer Weltflucht und ästhetischen Ideale), Kritik an der umfassenden Verfügbarmachung der Welt. Problematisch allerdings war der Schritt von dieser Fundamental Kritik zum Einrichten im wohlfahrtsstaatlichen System, das diese Kritik eingefangen, stillgestellt hat. Am Ende wurden nur neue Spielarten in ein Bestehendes integriert, ein tatsächlicher Bruch wurde – bei allen Veränderungen in der Gesellschaft – vermieden. So sprechen wir heute folgerichtig auch von der additiven Kulturpolitik.

Es gibt inzwischen allerdings solch einen Strudel an Veränderungen, dass wir nichts einfach fortsetzen *können*. Wie die erste Assoziation zeigt, geht es um mehr als ein kulturkritisches Innehalten, es geht um eine evolutive Kraft, die wir rein deskriptiv und ansonsten so fortfahrend wie bisher nicht richtig erfassen können. Der ehemalige Hausphilosoph des *Theaters Leipzig*, Guillaume Paoli, brachte dies hell-sichtig in das Bild einer anthropologischen »Mutation«. Seit dieser gelte die Debatte über das Wesen der Gesellschaft ein für alle Mal als abgeschlossen: »Die Idee des Gemeinschaftlichen ist suspekt geworden [...]. Dementsprechend hat sich das Streben nach Umgestaltung der Gesellschaft auf die Parole reduziert: Freiräume erkämpfen.«⁵⁴ Es geht also auch in seiner Beobachtung um die Verabsolutierung der Nabelschau, bis hin zu einer »Aporie des Relativismus«: Wenn es keine allgemeingültigen Prinzipien mehr gibt, muss ich akzeptieren, dass jeder seine eigene Wahrheit beansprucht. »Alle Meinungen sind gleichwertig. Mit dieser augenscheinlichen Toleranz wird ... die Möglichkeit eines Dialogs unterbunden.«⁵⁵ (Er rechnet auch umfassend mit der postmodernen Philosophie und Politik ab.) *Dieser Relativismus vereitelt die Korrektur des eigenen Standpunkts*. Um diese geht es aber. Für den Bereich der Kulturpolitik müssen wir am Puls unserer Zeit argumentieren. Woran knüpfen wir dabei an?

54 Paoli 2018, S. 50.

55 Paoli 2018, S. 64.

Bisherige Narrationen: Die Narrationen von Kulturpolitik, also ihre programmatischen Erzählungen, folgen bisher eng den Großerzählungen der Bundesrepublik. Von der Unmöglichkeit, mit Kultur Politik zu machen und den Terminus Kulturpolitik gänzlich zu meiden (Theodor Heuß), über die Adaption von »Mehr Demokratie wagen« (Willy Brandt), über »Bürgerrecht Bildung« (Ralf Dahrendorf) oder »Wohlstand für alle« (Ludwig Erhard) hin zur Erstarkung und Selbsterfindung des Feldes als Neue Kulturpolitik (eigentlich: überhaupt erst einmal richtige Kulturpolitik, und zwar als progressiver Motor für die Gesellschaft und nicht als ideologische/künstlerische Doktrin; daher »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik«). »Kulturelle Demokratie« steht in Verwandtschaft mit Basisdemokratie (siehe auch Beuys), wenn der Slogan auch kein direktes Derivat ist und Basisdemokratie ein Leitwort für die Grünen und lange auch für die ebenso bewegungsförmige Soziokultur. Überhaupt zeichnet sich in den kulturpolitischen Diskursen der letzten Jahrzehnte massiv die erstarkende Rolle der Zivilgesellschaft und die Weitung des Kulturverständnisses ab. Und das exponentielle Wachstum der Ansprüche (auch das eine Parallele zur Gesamtentwicklung). Leitmotivisch schließlich der Begriff Reform; der Prozess der umfassenden Demokratisierung und der »Wiedergewinnung des Politischen« (von Hentig) hat etwas mit der Entwicklung und Reifung der Bundesrepublik zu tun.

Der Begriff Narrativ: Er wird etwa seit den 1990er Jahren verwendet, um eine sinnstiftende Erzählung zu beschreiben, die Einfluss auf die Art und Weise nimmt, wie wir die Umwelt wahrnehmen. Narrative transportieren Werte und Emotionen und unterliegen einem zeitlichen Wandel. Sie helfen auch, die komplexe Welt zu ordnen, zu perspektivieren und handlungsleitende Impulse zu setzen. Archetypisch setzt Narration am Mythos an: eine Geschichte zu erzählen, in deren Bann man sich ergibt, die eine Gemeinschaft konstituiert und ihr eine Motivation verleiht.

Narration heute: Welches sind heute die Großerzählungen und Entwicklungsprozesse, die Kulturpolitik beeinflussen und für die Narrationen adaptiert werden können? Und welche davon greifen weit genug über die »Omega-Phase« hinaus? Wir hatten zuletzt – ausgehend vom schlanken oder besser: aktivierenden Staat – den »aktivierenden Kulturstaat«, der bis in den Enquete-Bericht 2008 fand. Die 1998 gewählte rot-grüne Bundesregierung hatte den »Aktivierenden Staat« zum Leitbild für die Modernisierung von Staat und Verwaltung erklärt. In diesen Dunstkreis gehören Ideen wie: »vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat«, New Public Management oder »Fördern und Fordern« etc. In der Folge ging es auch um Um- und Abbau von Leistungen, ein Thema, das im Kulturbereich spätestens mit dem »Kulturinfarkt«⁵⁶ Einzug hielt; vorher bereits entwickelte Armin Klein sehr kluge Gedanken

56 Vgl. Haselbach u.a. 2012.

zum »Exzellenten Kulturbetrieb«⁵⁷, in dem es auch um Grenzen des Kulturstaats (als Leistungsstaat) und Reformbedarfe im Kulturbereich ging. Immer aber auch um die Mobilisierung von Engagement (»Kulturbürger«) und Kooperation (Cultural Governance). Einzuordnen ist dies in den Kontext einer transformatorischen Kulturpolitik. *Die wichtigste Großerzählung scheint mir heute jene von der Postwachstumsgesellschaft, der Nachhaltigkeit bzw. Resilienz sowie der Politik der Lebensstile, der Diversität, Pluralität und Einwanderungsgesellschaft* (die wir nun auch offiziell sind). In dieser Großerzählung blitzen aber auch bekannte Debattenbegriffe wieder auf: Solidarität, Identität, Bildung, Demokratie, Kommunikation etc. Sie lassen sich aber nicht mehr hinreichend in den bisherigen Slogans verdichten, da diese auch für eine bestimmte Zeit galten und eben bestimmte Werte und Emotionen binden (Zeitzugenschaft!). Außerdem ist die Gefechtslage wesentlich komplexer. Das heißt, die Großbegriffe sind nicht frei von Ambivalenz und internem Konfliktpotenzial.

Verschwinden der Imaginationskraft: In letzter Zeit ist die Tendenz entstanden, eher technokratisch zu argumentieren (die Leitbegriffe hatten wenig emotionale Kraft). Das hängt sicher mit der zunehmenden Professionalisierung der Kulturpolitik zusammen, die zu einem Schub der Rationalisierung führte (einschließlich der Entwicklung des Kulturmanagements als Disziplin). Zugleich erhielten alte Begriffe (Kultur für alle, Kulturelle Demokratie, Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik) etwas *Bekennnishaftes*: Sie wurden *auch* Ausdruck einer Community. Und sie geben – bei aller Verbreiterung, die sie erlebten – ihre Herkunft aus dem Milieu der Sozialdemokratie zu erkennen. Parallel dazu wurde die Welt noch komplexer, Wirkungsabsichten ließen sich nicht mehr so leicht auf einen Nenner bringen; wir erklärten u.a. »Kulturpolitik ist interkulturell« und vieles mehr, trieben eine additive Programmatik voran (vgl. etwa Erklärungen im Rahmen Kulturpolitischer Bundeskongresse). Sozial- oder Jugendpolitik lassen sich im Übrigen auch nicht auf einen markanten Nenner bringen. Wahrscheinlich müssen wir uns stärker auf unseren speziellen Kontext beziehen und danach fragen: Was ist Kulturpolitik im Kern für uns, für den übergreifenden Verband und Thinktank (früher war die *Kulturpolitische Gesellschaft e.V.* identisch mit der Neuen Kulturpolitik, sie war ein wesentliches Agens ihrer Entwicklung⁵⁸, während uns heute ein wesentlich ausdifferenzierteres empirisches Feld entgegentritt, das wir nicht mehr leitformelhaft überwölben können), für die kommunale Familie, eine Region, ein Bundesland oder den föderalen Bundesstaat? Auch die Altvorderen wurden allmählich programmatisch stiller; die späteren Bücher von Hilmar Hoffmann hießen etwa »Kultur für morgen« oder »Kultur als Lebensform« – wenig Programmatik im Sinne eines

57 Vgl. Klein 2007.

58 Vgl. Sievers 1991.

Slogans, der einen Aufbruch, eine übergreifende Haltung oder Wirkungsabsicht pointiert zu fassen vermag.

Schlüsseltermini: Aus den genannten Großerzählungen ragen für mich Schlüsseltermini heraus, die zum Teil auch *Reizwörter* sein können: Wandel/Transformation, Nachhaltigkeit, Identität, Diversität. Aber auch Innovation und Kreativität haben enorm an Bedeutung gewonnen und entgrenzen den Kulturbereich geradezu ins Gesellschaftliche – anders aber als eine *Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik* es meinte. Und das Bezugssystem macht Sorge: der demokratische Rechtsstaat in einer globalen Kulisse oder auch Krise, wenn man weltweit das Erstarken des Populismus und Postfaktischen sieht. Kulturpolitik wird heute viel stärker europäisch und international determiniert.

Schwarmnarrativ: Vielleicht brauchen wir statt *eines* Narrativs mehrere, ein Leitformelbündel, das Überzeugungen, aber auch Handlungsfelder unserer realen Arbeit umfasst. Und auch untergeordnete Leitbilder dürfen weiterlaufen, wo sie kontextuell passen. Doch es braucht übergeordnete *Claims*, die wir stark machen können, und zwar nach meiner Beobachtung im Sinne einer Kulturpolitik für:

- Wandel und Lernfähigkeit (einschließlich Digitalität)
- Grenzen des Wachstums (reduktiv/selektiv statt additive/konservierende Rhetorik)
- resiliente und agile Kulturlandschaften (Dynamik/Emergenz)
- die Konstruktion/Dekonstruktion von Identität (Politik der Geltung)
- diverse und plurale Lebenswelten in Zeiten von Migrationen sowie
- Innovation und Kreativität im digitalen und ästhetischen Kapitalismus

Nun gilt es zu gewichten, wie wir uns zu diesen Feldern verhalten, sie tatsächlich zu *Claims* machen. Im nächsten Schritt könnte man versuchen, sie leitformelhaft zu verdichten, zuzuspitzen und in Programmatik zu verwandeln.

Zunächst eine ausgewählte, beispielhafte Gegenüberstellung dessen, was wir positiv füllen müssen, mit negativen Zuschreibungen bzw. Assoziationen:

Wandel – Heimat (im Sinne von ethnischer Gemeinschaft/»Ethnopluralismus«), Angst vor Veränderung, Niedergang, Verlust

Grenzen des Wachstums – Rezession, Inflation, Verlust, Stagnation, Abwärtsspirale, Absenkung von Versorgungsstandards (v.a. in der Sozialpolitik)

Resilienz – Funktionalismus, Öko-Ästhetik, mangelnde Innovation

Identität – Ethnopluralismus, deutsche Leitkultur, Anti-Kosmopolitismus, Identitätspolitiken

Diversität/Pluralität – Verlust der Identität, Relativismus, Machtverlust, Überfremdung

Innovation/Kreativität – Beschleunigung, Ökonomisierung, Bereicherung(sökonomie), Verdrängung von Berufen/Tätigkeitsfeldern

Wie kann man nun diese Themen mit einer Arbeitsrichtung versehen, zu »ideellen Totems« verdichten? Und sie so verwenden, dass sie bei der Projektion von Horizonten helfen? Offenbar muss man den »Quellcode« der Dinge neu programmieren, wie es ein Beispiel aus der Stadtentwicklung illustrieren kann. Friedrich von Borries projiziert die Stadt der Zukunft als »Globalopolis« und arbeitet sich dabei an bisherigen Leitvorstellungen ab, die Stadt in der Regel als expansiven Raum dachten (also wiederum Wachstum):

»Wenn wir ... heute über die Zukunft der Stadt nachdenken und dabei ihre Identität ins Zentrum stellen, gilt es, den Quellcode von Stadt zu überwinden. Es soll nicht länger um Konkurrenz gehen, sondern um Kooperation, es geht nicht um Expansion, sondern um Vernetzung, nicht um Ausbeutung der umgebenden Umwelt [...], sondern um Ausgleich. Es soll nicht länger um Eroberung und Kolonialisierung gehen, sondern um friedliche, produktive und offene Koexistenz von Unterschiedlichem. Kooperation, Vernetzung und Koexistenz setzen allerdings eines voraus: Offenheit. Offenheit für das, was uns nicht vertraut ist, was sich unserem Denken entzieht, was jenseits unserer Vorstellungskraft liegt.«⁵⁹

Als generelle Voraussetzung nennt er eine »Kultur der Offenheit«. Globalopolis ist für ihn – und das wird ausführlich herausgearbeitet – eine weltumspannende, vernetzte, hochverdichtete, vielfältige (pluriversale) Siedlungsstruktur neuen Typs, also eine globale Stadt.

Von der Utopie zur Programmatik in der Kulturpolitik: Wie deklinieren wir diese Kultur der Offenheit (die ja auch eine Art kulturelle Demokratie ist) so, dass sie uns auf dem Weg (Transformation) zu etwas Neuem begleitet, dessen gesellschaftliche, politische und ästhetische Gestalt wir noch nicht kennen? Wahrscheinlich sind wir gut beraten, *uns zunächst voll dem Übergang zu widmen*, seine produktive Seite zu stärken und die Arbeitsrichtung mitzubestimmen, beseelt von einer Perspektive.

Thesen zur weiteren programmatischen Bestimmung:

1. Wandel ist die Chance, unser kulturelles Selbstverständnis zu revidieren. Wir begeben uns daher zuversichtlich und mit einem Arbeitsprogramm in diesen Prozess, den wir auf das Feld der Kulturpolitik beziehen.

2. Unser Hauptaktionsfeld sind zunächst die Transformationsprozesse, die wir auf Kulturpolitik beziehen und für eine Neubestimmung nutzen: eine Kulturpolitik der Aktion (nicht der Reaktion auf Probleme), eine Kultur der Offenheit.
3. Wir wollen Zukunft nachhaltig gestalten und sind dazu auch in der Pflicht: ethisch (für kommende Generationen), aber vor allem biologisch (für die Erde als Lebensort). Kulturpolitik ohne Umwelt- und Klimasensibilität kann es nicht geben.
4. Wir stellen uns auf neue Maße ein, die eine Postwachstumsgesellschaft erfordert. Wir entwickeln die Kulturlandschaft so weiter, dass nicht Erweiterung von Infrastrukturen und Finanzmitteln das Ziel ist, sondern der Umbau des Bestehenden, die Veränderung und Neujustierung der Arbeit zu zeitgemäßer Wirksamkeit. Wir hinterfragen auch Bestände, Sammlungen, Repertoires sowie das Maß unseres stetig wachsenden Erbes. Erforderlich ist eine Neubestimmung von Erfolg, Rhetorik und Selbstverständnis.
5. Wandel – so verstanden und praktiziert – strebt eine resiliente Kultur an, für die Wandel in Permanenz kein Problem, sondern eine erwartbare Größe darstellt. Dazu gehören auch Konsequenzen aus unserer Geschichte (z.B. postkolonialer Diskurs).
6. Transformation benötigt neben der Offenheit auch Kreativität, Innovationskraft, Agilität, Beteiligung/Teilhabe und Diversität. Denn sie folgt nicht bestehenden Pfaden, sondern führt zu neuen Formen des Lebens, Arbeitens, Vernetzens und globalen Interdependenzen. Kulturpolitik wird damit (noch) internationaler, Innen und Außen sind keine getrennten Sphären. Wir müssen Kulturpolitik aus vielfältigen gesellschaftlichen Perspektiven beleuchten und neu kreieren.
7. Transformation heißt auch Arbeit an einem neuen Menschenbild. Wir öffnen uns stärker für Differenzen (lebensweltlichen Binnendifferenzen, aber auch speziell geschlechtlichen, konfessionellen, migrantischen etc.), suchen aber auch Grundsätze des Zusammenlebens und der Organisation kultureller Vielfalt. Das Ziel heißt aber nicht, Hybridität um jeden Preis; Kultur ist ein Differenzbegriff, und Differenz gehört zu Vielfalt.
8. Wir beanspruchen mehr Raum für Neues, aus der Transformation Geborenes, Zukunftserkundungen. Das gelingt nur, wenn wir Traditionen auf den Prüfstand stellen.
9. Wir beobachten den Wandel kritisch in Hinblick auf seine Ökonomisierung und Neoliberalisierung. Unsere Kulturpolitik richtet sich gegen die Reduktion von

Kultur auf Ware und Nivellierungsprozesse durch überzogenen Freihandel⁶⁰ oder Kartelle oder nicht hinreichend reguliertes kommerzielles Handeln.

10. Wir richten uns auf neue Utopien aus und entwickeln alternative Gesellschaftsbilder mit den Mitteln der Künste und der Kulturpolitik. Hierzu streben wir (künstlerische) Forschung und beteiligungsorientierte Formate an.

2.3 Kulturpolitik und Kulturökologie. Für ein neues Narrativ der kulturellen Einbettung

Die erfolgreiche Etablierung einer neuen Erzählung kulturpolitischer Programmatik setzt voraus, dass sich wesentliche gesellschaftliche Bedingungen verändern, ein Handlungsdruck entsteht, der begrifflich gefasst und instrumentell untersetzt werden muss, und eine kollektive Verständigung stimuliert beziehungsweise dringlich gestellt werden soll. Dabei spielen Megatrends, der Forschungsstand und starke Politikfelder eine maßgebliche Rolle. Sie lassen sich wirkungsvoll auf Kulturpolitik beziehen, aber auch von der Kulturpolitik generalisieren, soweit diese dem Anspruch weiter folgt, Gesellschaftspolitik zu sein.

Ein neues Narrativ, das wesentliche Prozesse und Zielvorstellungen von Entwicklung in Gesellschaft und Kultur fassen und mit politischen Intentionen aufladen soll, ersetzt nicht bisherige Programmatik, sondern grundiert sie zunächst neu.

Das herrschende Narrativ der Wirtschaftsnation

Die bisherige narrative Grundierung ist die des prosperierenden Wohlfahrtsstaats und der westlichen Wachstumsorientierung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (trotz aller vergangenen Krisen); ich nenne diese Grundierung in Anlehnung an Hartmut Rosa *Narrativ der Verfügbarkeit*⁶¹. Die Kulturpolitik folgt bislang grundsätzlich der Wachstumsorientierung innerhalb der kulturellen Autonomie und bezogen auf die Entwicklungsdynamik meritorischer Güter, die sich nach Maßgabe der wirtschaftlichen Prosperität ebenfalls und notwendigerweise ausdehnen. Ischreyt schrieb bereits 1964 über das Wesen demokratischer Kulturpolitik: »Planung im

60 Aus einer starken und grundsätzlichen Abwehr der überzogenen Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, die nationale Kultur- und Medienpolitiken in Bedrängnis brachte, ist schließlich das 2005 verabschiedete UNESCO-Übereinkommen zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen hervorgegangen. Dieses entfaltet eine starke Wirkung auch nach innen, ja es fordert geradezu die Zivilgesellschaft als »cultural watch dog« heraus: Alle vier Jahre müssen die Vertragsstaaten einen Bericht über die Umsetzung abgeben. Vgl. zur Genese: Schorlemer 2005, auch online: https://dgvn.de/publications/PDFs/Zeitschrift_VN/VN_2005/Heft_6_2005/Beitrag_Schorlemer_VN_6_05.pdf.

61 Vgl. Rosa 2018, S 21ff.

pluralistischen System ist nötig, sofern der hochorganisierte Industriestaat und die Interessen seiner Bürger das erfordern; prinzipiell entspricht diesem System aber die Vorstellung von einer *wachsenden Kultur* und einer autonomen Schöpferkraft. Der Plan ist nur Beitrag zur Entwicklung.«⁶² Der hochorganisierte Industriestaat hat in der Tat eine hochorganisierte Kultur hervorgebracht, einschließlich einer vielstimmigen Verbändelandschaft; im *Deutschen Kulturrat* sind fast 300 Bundesverbände und vergleichbare Organisationen zusammengeschlossen. Das systemisch aufgefasste Wachstum und die Schöpferkraft jener, die Kultur erzeugen, müssen spiegelbildlich zum Wirtschaftssystem aufgefasst werden (und nicht lediglich als biologische Analogie der Entfaltung), das im Sinne der *herrschenden Prosperitätsauffassung* auf stetige Ausdehnung ausgelegt ist. Notwendige »Rahmenplanung« dieses Wirtschaftssystems ist der Sozialstaat, der die Abfederung von Risiken organisiert und die Kräfte des Marktes einhegt; Äquivalenz, Solidarität und Subsidiarität sind seine Prinzipien. Er passt seine Standards an die Folgen des Wirtschaftswachstums an. Wie stark die soziale Marktwirtschaft sich ausgedehnt hat, davon zeugt allein das Echo der Sozialpolitik im engeren Sinne. Auf allen Ebenen des föderalen Systems weist sie in aller Regel die mit Abstand größten Haushalte auf. Je besser es uns geht, desto höher werden auch die Standards der Versorgung, obwohl auch die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderklafft.⁶³ Zunehmende Wohlfahrt mindert also nicht Versorgungsleistungen, sondern verbreitert Ansprüche an das System.

Auch in der Kultur haben sich vor diesem Hintergrund Planungsprozesse ausdifferenziert und dazu beigetragen, diesen rechtlich schwach normierten Bereich (freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe) zunehmend verbindlicher zu gestalten, zu systematisieren und damit seine Ausdehnung zu begünstigen.⁶⁴ Die öffentliche Hand hat ihrerseits das Feld qualifiziert und insbesondere nach 1990 neu justiert, vor allem auf Bundesebene. Wenn Wachstum das Prinzip ist, wird es durch Begehrlichkeiten und leistungsfähige Verwaltungen natürlich befeuert und prägt nicht zuletzt kulturstaatliches Handeln: Additive Kulturpolitik ist die Folge⁶⁵ – aber auch kulturpolitische Gestaltungsmöglichkeit.

Am stärksten wirkte sicher die Entstehung und Selbstorganisation einer inzwischen stark ausdifferenzierten Zivilgesellschaft sowie die Repolitisierung der Kultur um 1968. Institutionen, Aufgaben, Förderpolitiken und Haushalte im Kulturbereich

62 Ischreyt 1964, S. 44 (Hervorhebung im Original).

63 Vgl. Nachtwey 2016.

64 »Das immer weitere Anwachsen von Regularien, Vorschriften und Gesetzen ist der manifeste Ausdruck des Versuches, das soziale Leben planbar und verfügbar im Sinne des Justizialben zu machen [...]« (Rosa 2018, S. 23f.).

65 Vgl. aktuell Opitz 2022, S. 401ff.

sind in der Folge immens aufgewachsen. Damit schlägt sich aber neben errungenen Angeboten, Betätigungsfeldern und Agenturen der Demokratieentwicklung auch die *Wachstumspolitik* des Staates nieder, der nicht nur wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreift, um das System zu stabilisieren und zu erweitern, sondern alle Kontexte auf die Prosperität bezieht, so auch Bildung oder Lebensqualität, die vielfältige Schnittmengen mit einer zeitgemäßen Kulturpolitik aufweisen. Am Ende geht es um eine Wohlstandsspirale, deren Konstituenten einer Fortschrittslogik folgen, dem Ziel der Perfektionierung des Lebens (v.a. in Form starker Individualisierung), der Einheit von Demokratie, ökonomischem Wachstum und Wohlfahrt.⁶⁶ Damit aber entstehen Erwartungshaltungen, die nicht nur auf Dauer den Staat überfordern, sondern grundsätzlich auch auf immensen Ressourcenverbrauch programmiert sind. »Die Demokratie dehnt ihren Gleichheitswert auf ökonomische Lagen aus, die Gesellschaft wird ungleichheitsempfindlich. [...] Überall dort, wo Parteiendemokratien entstehen, wird eine korrespondierende Bedarfsdeckung und Sensibilisierung für ungleiche Lagen einschließlich des Versprechens, politische Entscheidungen könnten sie ändern, institutionalisiert. Der Staat macht die Bürger in ihrer Lebensführung von sich abhängig [...].«⁶⁷ Er suggeriert ihnen letztlich unbegrenzte Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit – wie wir in der Corona- und Energiekrise in neuer Qualität beobachten durften.

Auf dem Narrativ der Verfügbarkeit basieren alle kulturpolitischen Leitbilder bzw. Slogans und Leitformeln, die wir seit Beginn der alten Bundesrepublik kennen beziehungsweise primären Vorstellungen des Wachstums und der Wohlfahrtsstaatlichkeit entlehnt haben: Kulturpflege⁶⁸, Kultur für alle (von allen), Kulturelle Demokratie, Neue Kulturpolitik/Soziokultur, Bürgerrecht Kultur, Kulturelle Bildung oder Aktivierender Kulturstaat, selbst wenn es dabei auch starke kapitalismuskritische und gegenkulturelle Positionierungen gegeben hat. Sie alle setzen mit unterschiedlichen Akzenten Staat, Kommunen und Bürgergesellschaft in die Pflicht, Kultur zu bewahren, zu mehren und mit der sich ausdifferenzierenden Wohlstandsgesellschaft in Einklang zu bringen. Kritik am Bestehenden wurde in der Regel mit der Addition neuer Angebote beantwortet beziehungsweise durch dynamisches Toleranzverhalten ins System integriert.⁶⁹ Die Entstehung und Anwendung der Leitbilder und Slogans folgen Konjunkturen, politischen Trends (etwa der Wirtschafts-, Sozial- oder Bildungspolitik) und herrschenden Überzeugungen, die auf das Feld

66 »Wohlstand für alle«, »Mehr Demokratie wagen«, »Bildung für alle« (und die kulturpolitischen Entsprechungen), weiter Kulturbegriff/erweiterter Kunstbegriff, sektorenübergreifendes Kulturverständnis/Kulturwirtschaft, Co-Creation und Kultur der Digitalität/KI, Ästhetischer Kapitalismus/Kreativitätsdispositiv.

67 Kaube 2003, S. 47.

68 Wachstum hier im Sinne der Aufgabenübernahme der öffentlichen Hand im Bereich Kultur nach Gründung der Bundesrepublik. Vgl. dazu bereits Heinrichs 1997, S. 22ff.

69 Vgl. Beyme 1998, S. 9ff.

der Kultur bezogen werden, dieses aber in der Logik des hier beschriebenen Narrativs halten: Mehrung und Weiterung von Standards.

Die Anwendung von kulturpolitischen Slogans und Leitformeln auf der Basis des Verfügbarkeitsnarrativs wird im praktischen Gebrauch häufig in eine absolute Chronologie gezwungen oder schlicht als Abfolge von zeitgeschichtlich bestimmbarer Überzeugungen vereinfacht. Im Ergebnis entsteht der Eindruck einer linearen Entwicklung, ein mechanistisches Verständnis kulturpolitischer Steuerung. Gerhard Schulze, der kulturpolitische Leitmotive von 1945 bis in die Gegenwart seiner Forschungen untersucht und untersetzt hat, weist indes auf die kumulative Entwicklung von Überzeugungen und ihre Überlagerungen hin: »In der Nachkriegsgeschichte treten verschiedene Hauptfiguren kulturpolitischen Denkens hervor [...]. Allerdings lösen sich diese Figuren nicht etwa gegenseitig ab, sondern bleiben auf der Bühne stehen und bevölkern sie immer mehr. Die Geschichte kulturpolitischen Denkens in der Bundesrepublik ist eine Geschichte zunehmender Zielppluralität.«⁷⁰ Außerdem gebe es zahlreiche Varianten und Mischungen der Grundideen, weshalb Schulze bewusst von »Motiven« spricht. Diese Motive aber werden interpretiert auf der Basis der Verfügbarkeit von Welt, der grenzenlosen Aneignung von Ressourcen und der angestrebten Reichweitenvergrößerung (Hartmut Rosa), hier durch Kulturpolitik. Es gibt also eine narrative Basis und ein Geflecht an kulturpolitischen Motiven, die man unterscheiden und aufeinander beziehen muss. Daher ist auch die oft gestellte Frage müßig, ob etwa »Kultur für alle« noch zeitgemäß oder als Anspruch *erfüllt* sei. Oder die vermeintliche Feststellung, dass »Kulturpflege« *obsolet* sei. Die Motive müssen in Anbetracht der inhärenten Entwicklungsdynamik des Systems eher als Standpunktfragen und Handlungsrationitäten aufgefasst werden, sie befinden sich inmitten eines komplexer werdenden Koordinatenfelds. Kulturpolitische Programmatik wird folglich immer schwerer auf einen Nenner zu zwingen sein. Der Weitung der Kulisse entspricht auch eine Pluralität der Deutungen, innerhalb derer wir lediglich Trends beobachten.

Das heißt auch: Schon immer entwickelt sich Programmatik kreisend, neue Ablagerungen bildend, weiter, da Gesellschaft nicht die episodenhafte Neuerfindung ihrer selbst bedeutet, sondern die dialektische Überformung von Entwicklungsstufen. Politische Forderungen und Ziele werden dabei zum Teil erfüllt, zum Teil verfehlt, erneuert, fortgeschrieben oder proklamatorisch neu kontextualisiert. Motive und Slogans begleiten einerseits den gesellschaftlichen Prozess, werden ihm andererseits aber gleichsam einverleibt und kennzeichnen Angestrebtes wie Errungenes.

70 Schulze 2000, S. 499. Die Motive sind bekannt: »Hochkulturmotiv«, »Demokratiemotiv«, »Sozialkulturmotiv« und »Ökonomiemotiv«. Sie korrespondieren mit der »Restauration der Industriegesellschaft« (Ende der 1940er und Mitte der 1960er Jahre), dem »Kulturkonflikt« (zwischen Mitte der 1960er und Ende der 1970er Jahre) und der »Erlebnisorientierten Gesellschaft« (ab Anfang der 1980er Jahre).

Ihr Status in der kulturpolitischen Rede verändert sich, konstituiert gewissermaßen Diskurs und Wirklichkeit des Feldes gleichermaßen.

Die Hauptmerkmale von Entwicklung sind bisher die Erweiterung des Kunst- und Kulturverständnisses, des Mitteleinsatzes, der Geltungszonen von Kultur beziehungsweise kulturpolitischer Rede und der Teilhabe. Die Verfügbarmachung traditionell begrenzter Angebote (Hof, Kirche, Bürgertum als ehemalige Hauptträger von Kultur) durch stärkeres staatliches, kommunales und zivilgesellschaftliches Handeln prägt das maßgebliche Narrativ, das wesentlich gespeist wird durch die kapitalistische Prosperität der letzten Jahrzehnte und ihre breite sozialstaatliche Einhegung. Standards sozial- und kulturstaatlicher Versorgung weiteten sich im Zuge wirtschaftlicher Prosperität aus, sie sind Teil einer Weltsicht, die zunehmend kritisch wird.

Eine neue Erzählung, ein neues Narrativ, bedeutet folglich, den Strom der Entwicklung und konzeptionell-programmatischen Überzeugungen unter das Regime einer neuen Rahmung oder Grundausrichtung zu stellen. Slogans und Leitformeln können grundsätzlich weiter angewandt werden, sie treten nicht einfach außer Kraft, *bedeuten* aber nicht mehr dasselbe, da sie den Regeln einer veränderten Erzählung folgen: »Zu sagen, dass eine diskursive Formation an die Stelle einer anderen tritt, heißt nicht, dass eine ganze Welt von Gegenständen, Äußerungen, Begriffen, von theoretisch absolut neuen Wahlentscheidungen vollgewappnet und durchorganisiert in einem Text auftaucht, der sie ein für alle Mal einordnet; es heißt, dass sich eine allgemeine Transformation der Beziehungen vollzogen hat, die aber nicht unbedingt alle Elemente verändert; es heißt, dass die Aussagen neuen Formationsregeln gehorchen [...].«⁷¹

Es mehren sich die Zeichen, dass eine neue diskursive Formation entsteht und die kulturpolitische Rahmenerzählung fundamental verändert. Damit verbunden sind entsprechende Desiderata für Forschung, Praxis und Politik.

Transformation – Paradigmenwechsel

Diese Zeichen beziehen sich auf die eingangs genannten Megatrends und ihre Einordnung in das Bild einer Zeitenwende, einer weitreichenden, von Wechselwirkungen und Überlagerungen gekennzeichneten Wandlungskonstellation, die inzwischen als »Great Transformation« beschrieben wird.⁷² Globalisierung, Migration, Klimawandel, Digitalität und Krise der Demokratie/Krise des Allgemeinen

71 Foucault 1992, S. 246.

72 Vgl. Schneidewind 2018. Als Bezugspunkt und Vertiefung der ökonomischen Vorherrschaft auch im Sinne des Narrativs der Verfügbarkeit vgl. auch Polanyi 2021 (EA 1944). Für politische Implikationen der letzten Jahrzehnte vgl. Ther 2019.

beziehungsweise des westlichen Kulturmodells sind wohl die wichtigsten Schlagworte, anhand derer sich Veränderungsprozesse in der Gesellschaft, im politischen Handeln und in der Aneignung von Welt beschreiben lassen. Transformation bedeutet folglich mehr als Wandel innerhalb abgrenzbarer Themenfelder, sie verkörpert eine von interdependenten Einzelercheinungen geprägte, disruptive Fundamentalveränderung.⁷³

In einer erweiterten Perspektive korrespondiert damit die momentane Rede von der Herausbildung einer neuen erdgeschichtlichen Epoche, des Anthropozäns. Das vom Menschen Gemachte, das von ihm global Veränderte fällt inzwischen so gravierend aus, dass es zur ökologisch treibenden Kraft gerät. Die Unterscheidung zwischen Natur und Kultur gerät ins Wanken, der Mensch gibt sich als Naturgewalt.⁷⁴ Zugleich könnte sich die kulturelle Evolution künftig stärker in die Sphäre der Technologie verlagern, betrachtet man die Entwicklungsdynamik der Künstlichen Intelligenz, deren Funktion auch darin bestehen kann, eine entgrenzte Menschheit wieder mit dem Erdsystem in Gleichklang zu bringen, wo politische Mechanismen versagen und uns »richtige Entscheidungen«, die wir nicht zustande bringen können, durch technische Prozesse abgenommen werden. »Protektive Technologie« setzt dann also dort an, wo Demokratisierung an Grenzen stößt.⁷⁵ Erst eine sekundäre kulturelle Logik, die sich frei macht von unseren Individualisierungs- und Verbrauchsinteressen, regelt unser Verhältnis zur Welt neu ein und schützt damit unser Überleben als Spezies, so könnte eine Vermutung lauten. Unsere kulturelle Evolution ist inzwischen wohl eine epistemische, indem sich die »Wissensökonomie von einer zufälligen in eine notwendige Bedingung für die Bewahrung, das Teilen und die Weiterentwicklung der Errungenschaften der kulturellen Evolution im globalen Maßstab verwandelt hat.«⁷⁶ Welche Rolle die digitale Transformation im Verbund mit technologischen Folgeentwicklungen und Künstlicher Intelligenz dabei wirklich spielen werden, bleibt abzuwarten, aber die regulatorische Notwendigkeit im Anthropozän ist klar: Der Mensch muss sich begrenzen, sein Verhältnis zur Welt verändern.

Was Foucault mit Transformation beschreibt, kann man auch mit dem Paradigmenwechsel Thomas Kuhns in Beziehung setzen. Dieser hatte qualitative Umschlagpunkte in den Wissenschaften beleuchtet, bei denen ebenfalls nicht additiv Neues (hier Theorien oder Erklärungsmodelle) gleichsam einfach hinzugefügt wird, sondern Vorhandenes umgearbeitet werden muss, neu eingeordnet wird. Diese »außerordentlichen Episoden, in denen jener Wechsel der fachlichen Po-

73 Vgl. Kapitel 1.3.

74 Vgl. Horn, Bergthaller 2019, S. 59ff.

75 Vgl. Staab 2022, S. 178ff.

76 Renn 2022, S. 629.

sitionen vor sich geht« bezeichnet er als »wissenschaftliche Revolutionen«⁷⁷. Ein Paradigma verkörpert in diesem Zusammenhang »allgemein anerkannte wissenschaftliche Leistungen, die für eine gewisse Zeit einer Gemeinschaft von Fachleuten maßgebende Probleme und Lösungen liefern.«⁷⁸

In der allgemeinen gesellschaftswissenschaftlichen Forschung deutet sich in Anbetracht der Transformationsprozesse auch eine Transformation der gesellschaftlichen Erzählung an, man kann es Paradigmenwechsel nennen, wenn es auch ein transdisziplinäres Feld sein mag. Es ist dies die als kulturelle Revolution aufgefasste Wende zur nachhaltigen Entwicklung. Sie überwölbt gleichsam alle Veränderungsprozesse und beschreibt den Kern nicht nur der neuen Formation des Diskurses, sondern auch der Dynamik künftiger Politiken. An die Stelle von Wachstum tritt zunehmend Anpassung. Und wo es Wachstum gibt, geht es einher mit der Anpassung an Kontexte, versteht es sich als adaptives Wachstum, ferner als resilientes Wachstum, da auch Krisen auf Dauer gestellt sein werden und Widerstandsfähigkeit, Lern- und Veränderungsbereitschaft sowie Agilität zum Arsenal der Eigenschaften von Akteuren gehören müssen. Der Wachstumsbegriff erfährt damit eine semantische Drift. Weiterentwicklung bedeutet nicht mehr unbedingte Ausdehnung (der alte Fortschrittsbegriff), Reichweitenvergrößerung und selbstreferenzielles Mehr, sondern reflexive Einbettung, Arbeit an den Grenzen von Verfügbarkeit und Herstellung neuer Sinnbezüge. Corine Pelluchon beschreibt dies als neue Einbettung des Menschen in eine Welttotalität, die seine Milieuhängigkeit anerkennt: »Existieren heißt nicht nur, aus sich heraus- und auf die Welt zuzugehen, ob es sich nun um eine Welt von Werkzeugen handelt, um die soziale Welt oder um die als Sprungbrett für seine Freiheit verstandene Umwelt.«⁷⁹ Wir sind *mit* der Welt und *durch* die Welt.

Auf dem Weg zu solch einem inklusiven Weltverständnis spielt ein völkerrechtlicher Beschluss eine maßgebliche Rolle: Die »Agenda 2030« (2015) der Vereinten Nationen mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen oder »SDGs« (Sustainable Development Goals) für nachhaltigen Frieden und Wohlstand zum Schutz des Planeten. Sie geht ebenfalls von diesem umfassenden »Milieu« aus, in dem wir uns stets und in unterschiedlicher lokaler Ausprägung bewegen.

Bezugnehmend auf die bisherige Narration gesellschaftlicher Entwicklung, scheinen die SDGs 8 und 9 besonders wichtig und basal, da sie die materiellen Bedingungen für ein gutes Leben maßgeblich determinieren. SDG 8 lautet: »Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges *Wirtschaftswachstum*, produktive Vollbeschäftigung und *menschenwürdige Arbeit* für alle fördern«, SDG 9: »Eine *widerstandsfähige Infrastruktur* aufbauen, inklusive und *nachhaltige Industrialisierung* fördern und

77 Kuhn 1996, S. 20.

78 Kuhn 1996, S. 10.

79 Pelluchon 2020, S. 90.

Innovationen unterstützen.« Betrachtet man den aktuellen Umsetzungsbericht, fallen die Hemmnisse ins Auge, die allein in der Corona-Pandemie und im Ukrainekonflikt begründet liegen. Andere gibt es freilich auch zuhauf. Eine robuste Wirtschaftsentwicklung wird derzeit vereitelt, Schwankungen in der Arbeitsproduktivität benachteiligen vor allem kleine Unternehmen und arme Länder, Kinder und Jugendliche leiden besonders stark darunter, etwa im Rahmen von defizitärer beruflicher Bildung oder in Form von Kinderarbeit. Das verarbeitende Gewerbe in den höher entwickelten Ländern erholt sich schneller, Branchen mit höherem Technisierungsgrad erweisen sich als robuster, staatliche Hilfen oder Kredite fallen nicht überall auskömmlich aus.⁸⁰ Gleichwohl tragen die völkerrechtliche Vereinbarung und ihr stetiges Monitoring dazu bei, die Verbindung weltweit zu stärken und Diskontinuitäten sichtbar zu halten – oder auch die nach wie vor unbefriedigende Datenlage zu thematisieren, die uns Urteile über Entwicklungen erst erlaubt. Der veränderte Diskurs allein also führt zu praktischen Veränderungen, Wahrnehmungsschärfung, Berichten und damit evidentem Handlungsdruck. In Deutschland haben die kommunalen Spitzenverbände, die Bertelsmann Stiftung und andere Akteure SDG-Indikatoren für Kommunen erarbeitet, denn die Wirksamkeit strategischer Ziele in Form ihrer breiten Umsetzung kann gerade vor Ort im lokalen Gemeinwesen am besten sein und Akzeptanz fördern. Beschäftigt man sich mit den Indikatoren und den hiesigen Datengrundlagen, gelingt konzeptbasiertes, objektiviertes Handeln in einem breiten Themenquerschnitt – wichtig für eine Entscheidungsebene, die oftmals dadurch gekennzeichnet ist, dass sie aufgrund der verfassungsmäßigen Selbstverwaltung alle Themen kasuistisch betrachtet und »konkrete Probleme« lösen, sich als praktisch nützlich erweisen will, nicht aber abstrakte Grundsätze des Handelns anwenden. Wir brauchen jedoch Prinzipien und Stringenz, da wir sonst keinen nachhaltigen Einfluss gewinnen können.

Eine wichtige Agenda befindet sich also in der mehr oder minder intensiven Anwendung und verkörpert gleichsam den Wechsel von der missionarischen Formel »Demokratie + Fortschritt = Wohlstand« hin zu einer ausgleichenden, begrenzenden und solidarischen Politik, die auch eine systematische Entwicklungspartnerschaft bedeuten kann. Ohne zivilgesellschaftlichen Druck und allein im Vertrauen auf die Vertragsstaaten wird es sicher nicht vorangehen, das haben wir bei allen wichtigen Umbrüchen in Deutschland gemerkt: von der 68er Kulturrevolution bis zur Friedlichen Revolution 1989. Das liegt auch auf der Hand: Das System ist schwerfällig und folgt Pfadbindungen; Institutionen und Institutionenlogiken müssen verändert, neu programmiert werden, Umbau und sicher auch Abbau von Leistungen oder Angeboten bedürfen entsprechender politischer Beschlüsse, Umsetzungsstrategien, begleitender Kommunikation. Nicht zuletzt: Demokratische Verfahren ver-

80 Vgl. Vereinte Nationen 2022, S. 42ff., <https://www.un.org/Depts/german/millennium/SDG-2022-DEU.pdf>.

lieren an Akzeptanz und Wirkungsmacht, Beteiligungsprozesse, Expertentum und Gremiensouveränität streben auseinander. Es mangelt an einer Konvergenz, die zudem auf das Gemeinwohl, nicht die Einzelinteressen gerichtet ist. Die Aktivisten indes fordern die Wende sofort, befinden sich an der Spitze transformatorischer Bewegung und haben auch eine wichtige indikative Funktion. Aus der Reibung dieser unterschiedlichen Tempi und Steuerungsverwerfungen kristallisiert sich im besten Falle das Bild einer künftigen Gesellschaft heraus.

Auch im Kulturbereich zeichnen sich Veränderungen ab, die vom System noch nicht oder nicht vollständig getragen werden oder dieses tatsächlich genetisch umgestalten: Wir fragen stärker nach unserer Verantwortung für Artefakte, die aus der rücksichtslosen Aneignung von Welt resultieren, aus der Ausbeutung von Landschaften, anderen Kulturen, Völkern oder Gruppierungen (NS-Raubkunst, Postkolonialität)⁸¹, wir fragen nach den Folgen kultureller Hegemonie⁸² oder rassistischen Erbschaften, die »strukturell in Kultur und Gesellschaft verankert sind«⁸³, wir sprechen über die Verantwortung vor allem tradierter Kultureinrichtungsformen, Nachhaltigkeit und schonenden Umgang mit Ressourcen ins Verhältnis zu den etablierten Routinen ihres Betriebs zu setzen, und probieren neue Formen des Umgangs mit Kulturgütern aus (zum Beispiel klimaneutrale Kunst- und Kulturprojekte, gefördert durch die *Kulturstiftung des Bundes*; laufendes Projekt des *Deutschen Museumsbundes* zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Museum bezogen auf Klimatisierung, Ausstellungspraxis, Leihverkehr etc. zur Ableitung von Handlungsempfehlungen) oder aber wir hinterfragen und dekonstruieren Macht- und Organisationsstrukturen, die erheblich zur Reproduktion von Routinen und Weltansichten beitragen (»Krise der Intendanz« am Theater etwa) und Veränderung bremsen, auf gesellschaftliche Realitäten nicht mehr angemessen reagieren können.

Diese Entwicklungen, die ein Kulturmuster durchbrechen, sind nicht voraussetzungslos. Bereits das »Tutzingener Manifest« von 2001 hatte Kultur und Nachhaltigkeit in eine enge Beziehung gerückt und die kulturell-ästhetische Dimension von Nachhaltigkeit herausgearbeitet: »Das Leitbild Nachhaltige Entwicklung beinhaltet

81 In der Folge – etwa in Form der Rückgabe von Kulturgut – geht es vor allem um eine neue Deutung der Vergangenheit und von Unrecht, schließlich um symbolische Handlungen, die »kulturelle und geschichtspolitische Inhalte« transportieren. Vgl. Schönberger 2021, hier S. 126.

82 Vgl. etwa Distelhorst 2021; Balzer 2022 (Wir gehen heute davon aus, dass jede Kultur schon immer heterogen ist, »während der Glaube an kulturelle Homogenität und Reinheit sich nur in solchen Kulturen entwickelt, die aufgrund ihrer politischen und ökonomischen Macht, ihrer kolonialistischen und imperialistischen Dominanz sich selbst für den Ursprung und das Maß aller Dinge halten. Dass es möglich oder wünschbar sei, nicht zu appropriieren: Das ist eine Signatur kolonialistischer Selbstverkenning.« [Balzer 2022, S. 40f.]).

83 El-Mafaalani 2021, S. 142.

eine kulturelle Herausforderung, da es grundlegende Revisionen überkommener Normen, Werte und Praktiken in allen Bereichen – von der Politik über die Wirtschaft bis zur Lebenswelt – erfordert. Nachhaltigkeit braucht und produziert Kultur: als formschaffenden Kommunikations- und Handlungsmodus, durch den Wertorientierungen entwickelt, reflektiert, verändert und ökonomische, ökologische und soziale Interessen austariert werden.«⁸⁴ Wie visionär klingt das, wenn man sich zurückversetzt in die Gesellschaft dieser Zeit mit ihren ungeheuren Beharrungskräften. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Agenda 2030, fällt auf, dass die von der UNESCO als Lebensweise aufgefasste Kultur mit ihren kulturpolitischen Handlungsoptionen gar kein eigenständiges Entwicklungsziel (SDG) beansprucht. Zwar kann man Kultur und Kulturpolitik als Querschnittsaufgabe zur Erfüllung der SDGs begreifen, doch bleibt bei kritischer Betrachtung die Rolle der Kultur unterrepräsentiert. In einem Expertenbericht im Vorfeld der Weltkulturkonferenz MONDIACULT 2022 wird das deutlich ausgesprochen und wäre auch weiterhin zu beklagen: »Culture in sustainable development is the fully recognised fourth dimension or pillar of the 2030 Agenda, culture for sustainable development contributes to achieving the social, economic and environmental dimensions of sustainability as well as mediating possible conflicts of interests between these dimensions, and culture as sustainable development recognises the essential role of cultural values, beliefs, social innovation and imagination in transformation towards a more sustainable way of life, leaving no one behind.«⁸⁵ Zwischen diesen Zeilen schimmert das »Tutzinger Manifest« hindurch. Kultur – das große Wort und die oft kleine Rolle, die ihr bei gesamtgesellschaftlichen Proklamationen dann doch zugewiesen wird. Wo sie explizit fehlt, wird sie in exegetischer Verlegenheit dann schnell als Querschnittsaufgabe aufgefasst. Besser wäre es hingegen, ihre Potenziale immer möglichst konkret auszuschöpfen und damit auch das Politikfeld Kultur tatsächlich zu stärken.

Doch inzwischen rückt der Blick auf die Struktur der Systemtransformationen, die wir gerade durchlaufen, auch die Kultur als strukturbildendes Element auf neue Weise in den Fokus. Uwe Schneidewind stellt die notwendige Wohlstands- und Konsumwende an die Spitze der Betrachtung aller Veränderungsprozesse und sieht sie auch als kulturellen Pfadwechsel. Ein Stück von ihr verberge sich in allen anderen Wenden. Wie bereits bei der Analyse des herrschenden Narrativs der Verfügbarkeit herausgearbeitet, sind Wohlstand und Wirtschaftsordnung eng miteinander verzahnt, ihre Valenz prägt auch den Habitus der Kulturpolitik. »Aus diesem Grund bedarf es eines engen Zusammenspiels der kulturellen, politischen, ökonomischen

84 Tutzinger Manifest (2001), <https://kupoge.de/ifk/tutzinger-manifest/pdf/tuma-d.pdf>.

85 European Commission, Directorate-General for Education, Youth, Sport and Culture 2022, <https://data.europa.eu/doi/10.2766/90729>.

und auch technologischen Flankierung der Wohlstandswende.«⁸⁶ Die vier kulturellen E, die als Suffizienz-, also Zulänglichkeitsstrategien für künftiges Handeln, eingeführt werden, fasst Schneidewind in folgenden Begriffen: *Entrümpelung* (etwa puristische Lebensmodelle, Sharing-Modelle), *Entschleunigung* (etwa slow food, langsame zuverlässige Logistik), *Entflechtung* (etwa regionale Produkte, regionalisierte Logistik) und *Entkommerzialisierung* (etwa Koch-, Programmier- und Handwerkerkurse, Open-Source-Entwickler-Communities).⁸⁷ Diese Modi lassen sich auch auf den Kulturbereich im engeren Sinne beziehen, da sie nicht zuletzt mit Kreativität zu tun haben und auf vielfältige Weise mit schon bestehenden dieser Suffizienzmerkmale in Verbindung gebracht werden können. Auf manche muss man sich nur wieder besinnen: Ausstellungen etwa, die bevorzugt mit lokalen und regionalen Exponaten und Themen arbeiten sowie regionale Akteure in engere Beziehung zueinander bringen, Verzicht auf überbordende, einmalige Bühnenbilder und großes Ausstattungstheater, Entschleunigung bei Zyklen und Anzahl von Veranstaltungen zugunsten ihrer gründlichen Vorbereitung und Qualität, gezielteres Sammeln von Kulturgut/auch Entsammeln (Deakzession) in Museen zur Reduktion spezieller Depots, die Evaluation und Konzeptbasierung von Förderpolitiken oder Aktivierung des Publikums und Kollaboration, nicht nur in subkulturellen Kontexten oder der soziokulturellen Praxis, sondern auch in der Kunst.⁸⁸

Annäherungen an ein neues Narrativ der Einbettung und der Welttotalität

Sehr deutlich geworden ist, dass das *Narrativ der Verfügbarkeit* eine einseitige, übermäßig ressourcenverbrauchende und auf dauerhaftes Wachstum orientierte Haltung zur Welt darstellt. Auf ihm bauen implizit oder teils offen anknüpfend auch die programmatischen Slogans der Kulturpolitik als Wachstumsgesten auf. Harald Welzer hat darauf hingewiesen, dass der letztlich von der Aufklärung grundierte Individualisierungsschub als beherrschendes Paradigma der Moderne so überdehnt worden ist, dass wir auch kein angemessenes Verhältnis zum Tod – und damit zu jeglichem Aufhören – entwickeln konnten, sondern darauf getrimmt scheinen, jeglichen Naturzwang zu brechen. »Hier liegt der Punkt, den die Aufklärung nicht überschreiten kann. Und an dem die individuelle Unsterblichkeitsphantasie mit einer kulturellen Phantasie der Überwindung von Endlichkeit zusammenfällt.«⁸⁹ Die kulturelle Phantasie – und leider auch Praxis –, unendlich wachsen und die Reichweite vergrößern zu können, muss also gebrochen und ersetzt werden durch »eine lebensweltliche Transformation, die gutes Leben nicht in Absehung von den

86 Schneidewind 2018, S. 189.

87 Vgl. Schneidewind 2018, S. 183.

88 Vgl. Terkessidis 2015, S. 174ff.

89 Welzer 2021, S. 47.

Naturverhältnissen, sondern mit einem anderen Naturverhältnis realisiert.«⁹⁰ Dies hieße nicht weniger, als unser westliches Kulturmodell insgesamt zu überwinden.⁹¹

Das notwendige neue Narrativ der Anpassung

Als in den frühen 1990er Jahren die Gaia-Theorie in Deutschland rezipiert wurde, waren wir noch weit davon entfernt, ein Anthropozän zu denken und unseren verheerenden Einfluss auf den Planeten Erde so umzudeuten, dass wir Teil von etwas sein sollten, nicht legitime Nutzer von etwas, das auf uns gerichtet ist, das wir uns untertan machen, ausbeuten und als »unseren« Lebensraum zurichten können.⁹² Der Autor der Gaia-Theorie oder vielmehr des Gaia-Prinzips, James Lovelock, ging immerhin als Naturwissenschaftler davon aus, dass das Leben etwas Soziales sei, das in Kollektiven stattfindet. Das Gleichgewicht allen Lebens – das heißt all dessen, was die Biosphäre umfasst und an Lebewesen trägt – verstand er folglich als »kolligative Homöostase«: »Leben und seine Umgebung sind so eng miteinander verflochten, daß eine Evolution immer Gaia betrifft, nicht die Organismen oder deren Umgebung für sich genommen.«⁹³ Man darf und muss das sicher auch auf die Systemgrenzen einer kulturellen Evolution ausdehnen.

Etwa zur selben Zeit veröffentlichten Humberto Maturana und Francisco Varela ihr viel beachtetes Buch (eine populäre Fassung ihrer wissenschaftlichen Erträge) »Der Baum der Erkenntnis«, in dem sie menschliches Erkennen als wirksames Handeln beschreiben, das zum biologischen Bereich gehöre, aber immer in einer kulturellen Tradition gelebt werde.⁹⁴ Ihr Ritt durch die Evolutionsgeschichte offenbarte unser *tätiges* Verhältnis zur Welt: Durch unser Handeln bringen wir uns selbst hervor. Unsere »kognitive Zirkularität«, nämlich dass wir ständig Bezug auf etwas nehmen, das schon hervorgebracht worden ist und nie einen Ursprung finden, verweist uns auf die Möglichkeit eines wirkungsvollen, kooperativen Prozesses, der weder vorausbestimmt ist noch schicksalhaft verläuft. Wir können ihn als solchen erkennen, also auch reagieren, das Höher, Weiter, Schneller der vermeintlich unidirektionalen sozialen Evolution durchbrechen. Das lesbare Gesicht der Geschichte ist immer irgendwie unser Spiegelbild, von dem wir uns schwer lösen können. Und doch liegt darin unsere Autonomie begründet. Pfadbindung ist dabei kulturelle Norm, nicht Biologie.

90 Welzer 2021, S. 258.

91 Vgl. auch Reckwitz 2017.

92 Dies trotz der Studie über die Weltwirtschaft, die der Club of Rome 1972 unter dem Titel »Die Grenzen des Wachstums« veröffentlicht hatte, und weiterer ähnlicher Signale in der Folge.

93 Lovelock 1993, S. 43.

94 Vgl. Maturana, Varela 1991, S. 261.

»Eine Ahnung oder
Ein Bewusstsein über die Richtung zu haben
Heißt, in einer Erzählung zu leben [...]

Wendepunkte sind Krisen der Richtung
Richtungskrisen [...]

Eine Richtung haben heißt
In einer Geschichte sein [...]

In jedem Leben
Jeder Lebenserzählung
Gibt es das Unverfügbare
An dem die Erzählung sich bricht
Und die Erfahrung zum Widerfahren wird«⁹⁵

Was John von Düffel hier in poetischer Reduktion andeutet, ist ein Bewusstsein davon, dass ein Narrativ nicht nur der Orientierung dient, also konstruktiven Charakter trägt, sondern sich auch aus der Erfahrung gleichsam herauschält. Es ist nicht nur Setzung, aber auch nicht nur Gesetz seiner Zeit. Es ist Vereinbarung und bereits Vereinbartes zugleich. Diskurs *und* Erfahrung eignet eine materielle Qualität.

Es ist kein Zufall, dass John von Düffel in diesem Zusammenhang mehrfach den Begriff des Unverfügbaren verwendet. Aus seiner Sicht hänge für den Menschen viel davon ab, wie sein Verhältnis zum Unverfügbaren, zum richtigen Maß, ausfalle. Dieses sei ebenso schwer zu finden wie die richtige Richtung, »sicher ist nur, es liegt zwischen Allmacht und Ohnmacht.«⁹⁶ Da es für ihn ebenso keine Stunde Null, keinen Ursprung gibt, gilt es wohl zwischen diesen Polen neu zu justieren. Interessant ist, dass seine Meditation von einem innerweltlichen Asketen ausgeht, der sich auf das Wesentliche konzentriert, dessen »privilegierte Entscheidung« darin besteht, »von seinen Privilegien so wenig wie möglich Gebrauch zu machen.«⁹⁷ Er ist die geeignete Denkfigur für ein *Narrativ der Anpassung*. Man könnte auch *Bescheidung* sagen. Auf den Begriff des Privilegs wird noch zurückzukommen sein, da er Bewusstes wie Unbewusstes fasst⁹⁸ und kulturpolitisch mit Topoi der durch dieses neue Narrativ grundierten emanzipatorischen Identitätspolitik in Verbindung gebracht werden muss. Der innerweltliche, natürlich auch nicht mehr anthropozentrische Blick scheint mir wichtig, um eine ökologische Perspektive einnehmen zu

95 Düffel 2022, S. 22ff.

96 Düffel 2022, S. 29.

97 Düffel 2022, S. 15.

98 Vgl. Rieger-Ladich 2022, S. 120ff.

können, die sich durch nichts anderes rechtfertigt als eben jene Homöostase, die einst James Lovelock ins Zentrum unseres Verhältnisses zur Welt rückte. In neuer Dimension aufgegriffen hat diesen Blick Dipesh Chakrabarty, der im Angesicht des menschengemachten Klimawandels »die humanistische Unterscheidung von Naturgeschichte und Menschengeschichte hinfällig« sieht.⁹⁹ Da die »Seinsgewissheit der Erde« in Frage gestellt sei, gelte es, die geologische Zeit neu zu denken und »in die Sprache der Welt- bzw. Menschheitsgeschichte zu übersetzen«, aber auch das Anthropozän »vom Bereich der geologischen Zeit in die Menschheits- oder Weltgeschichte«.¹⁰⁰ Dies erzeugt eine narrative Kraft, die die Exklusivität des Menschen sowie seine exklusive Entwicklungsgeschichte dekonstruiert, obwohl der Mensch als Handlungsmacht zentral bleibt.

Auch und gerade eine Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik sollte – ausgehend von der Kritik an der affirmativen Kultur, die Herbert Marcuse einst vorgebracht hatte und die den Aufbruch in eine gesellschaftskritische Kulturpolitik jenseits eines idealistisch-bürgerlichen, apolitischen Wertehimmels (vor allem in der Studentenrevolte) maßgeblich prägte – Wachstumspolitik nicht mehr affirmieren, sondern die Kraft eines neuen Narrativs erkennen und ihre Wertebasis entsprechend kartieren, und das heißt auch, an ihren besten Traditionen ausrichten. Neben der Kapitalismus- und Wachstumskritik ist dies etwa auch die Auseinandersetzung mit der Sphäre des Sozialen¹⁰¹ und den gesellschaftlichen Ungleichheiten, die mit unserer Wirtschaftsform maßgeblich zusammenhängen, national wie international.

Adaptive Kulturpolitik im Horizont der Kulturökologie

Bevor die hier vorgeschlagene Fassung eines Narrativs der Anpassung näher ausgeführt wird, soll das bisher nur unzureichend in die Debatte eingebrachte Konzept einer Kulturökologie stark gemacht werden. Es meint mehr, als die Leitbilder Nachhaltigkeit und Resilienz für sich genommen bedeuten, und könnte eine maßgebliche Rolle für ein Narrativ der Anpassung spielen.

In einem ersten Zugriff handelt es sich bei der Rede über Kulturökologie um eine ganzheitliche Perspektivierung von Kultur aus einer ökologischen Sicht. Wir bewerten also Kultur nach Kriterien eines zukunftsfähigen, also im Gleichgewicht¹⁰² befindlichen Ökosystems und verstehen kulturelle Systeme nicht als Überlegenheit gegenüber der restlichen Biosphäre. Wichtige Bewertungsgrößen

99 Chakrabarty 2022, S. 53.

100 Chakrabarty 2022, S. 270.

101 Vgl. etwa aktuell Sievers 2022, S. 46ff.

102 Das bedeutet ein ausgeglichenes Abhängigkeits- und Beziehungsgefüge zwischen Produzenten, Konsumenten und Destruenten sowie den abiotischen Faktoren über einen bestimmten Zeitraum.

von »guter« Kultur wären folglich »ihr kreatives Potenzial, ihr Grenzregime, ihre Fehlerfreundlichkeit, ihre Nachhaltigkeit und ihre Vielfalt. Diese Eigenschaften stehen in Wechselbeziehungen zueinander [...]«.¹⁰³ Wir erkennen allein in dieser ersten »Entlehnung« ökologischer Prinzipien wichtige Bezüge zu laufenden kulturpolitischen Debatten und Schlagworten, mit denen wir uns auseinandersetzen: Kunst/Kreativität, kulturelle Identität/Multi-, Trans- und Interkulturalität, Experimentalität/Innovativität, Transformation/Postwachstum, Habitus/Werte/Lebensstile, Diversität.

Beim Konzept der Kulturökologie, wie es hier verstanden werden soll, geht es jedoch nicht darum, den Begriff der Ökologie lediglich als Sinnbild oder Arbeitsschablone zu beleihen, sondern Kultur tatsächlich als ökologisches System zu begreifen. Wenn es so ist, dass das neue Erdzeitalter des Anthropozäns die Unterscheidung zwischen Natur und Kultur verschwimmen lässt, aber genau dieses Verhältnis für unser Überleben einer Neubestimmung bedarf, dann müssen wir von der Naturökologie auf ein neues Verständnis von Kultur schließen, die Komplexität von Beziehungsgeflechten neu denken und lernen, »nun auch die spezifischen Menschenwelten ökologisch zu verstehen«.¹⁰⁴ Folgt man der Genese dieses Denkmodells, so lässt es sich in seiner Entstehung unmittelbar mit der Ausdehnung der westlichen Zivilisation und ihres ökonomischen Habitus, der sowohl natürliche als auch kulturelle Vielfalt gefährdet, in Verbindung bringen.

Peter Finke nennt wichtige Erkenntnisse, die seitdem das kulturökologische Denken prägen. Dies ist etwa das Bewusstsein von der Abhängigkeit des Kulturellen vom Natürlichen, die Entdeckung »arttypischer« kultureller Ökosysteme¹⁰⁵, d.h. unserer Kulturen in der Perspektive eines erweiterten Ökosystembegriffs, oder aber die Rolle »liberaler Grenzregime« zwischen Kulturen, die Flexibilität, Vielfalt und Wandel ermöglichen, aber eben auch die notwendige Stabilität.

Der Ansatz beruht auf einem ökologisch beschriebenen und evolutionär erklärten Kulturverständnis, das Kulturen als immaterielle Systeme begreift und in eine umfassendere Entwicklung einbettet, in der die natürlichen Lebensgrundlagen immer einbegriffen und als »strukturelle Erbschaft« vorhanden sind. »Erst die Kulturökologie hat uns die Augen für die ... verdeckten Tiefenstrukturen der Kultur geöffnet, die jenes revolutionäre Strukturerbe ans Licht bringen, das ihre unveränderte Bindung an die Natur offenbart.« Finke fokussiert – ähnlich Maturana und Varela – die Besonderheit des *Handelns* beim Menschen, das über einfache kausal gesteuerte Verhaltensformen hinauslangt und mit der Ausbildung von Normensystemen

103 Finke 2003, S. 267.

104 Finke 2003, S. 250.

105 Ich folge hier der Einordnung Finkes, der das Verständnis des Menschen als »ökologischem Ubiquisten« (der alle Systeme mitnutzt und über kein artspezifisches Ökosystem verfügt) überwindet.

korrespondiert. Dies bezeichnet er als die ethische Dimension jeder Kultur.¹⁰⁶ Das Problem besteht darin, dass ein kulturelles Ökosystem »seine Energien nicht mehr in Biomasse, sondern in symbolisch codierte Information umsetzt«¹⁰⁷; da es nicht mehr naturgesetzlich organisiert ist, schießen die neuen Handlungsfreiheiten über und schädigen die Natur. Die Frage ist nun, wie man ein geistiges Ökosystem, das dem Bewusstsein und nicht dem natürlichen Reflex unterliegt, in ein Gleichgewicht bringen kann.

Bei der kulturellen Evolution werden Informationen nicht nur durch die Gene weitergegeben, sondern auch durch nicht-physische Replikatoren, die als Meme bezeichnet werden und »die Weitergabe von Informationen durch Verhalten ermöglichen: Empfindungen, Ideen, Gedanken, Begriffe, Bedeutungen. [...] In jedem Augenblick kann eine Idee unsere Welt verändern, eine Nachricht uns in Sekundenschnelle zwingen, unser bisheriges Weltbild zumindest teilweise neu zu ordnen.«¹⁰⁸ Was uns auf diese Weise von der Natur entfernt, beinhaltet aber noch immer eine »prähomine Vorgeschichte« und könnte durch kulturökologisches Denken an diese zurückgebunden werden. Dies hieße, evolutionär gewonnene Freiheit zur Sicherung kultureller Systeme einzuhegen, ihnen ein Gleichgewicht zu verschaffen, das den Normalfall allen anderen Lebens der Biosphäre als Ökosystem oder Biozönose darstellt. Das dem Handeln vorausgehende Wissen (auch die Erzählung dessen) dürfte auch hier die entscheidende Rolle spielen, wenn unsere kulturelle Evolution inzwischen eine epistemische geworden ist.¹⁰⁹ Vielleicht ist heute die Zeit gekommen, die (umfassendere) Ökologie zur neuen Leitdisziplin zu erheben und die (begrenzte) Ökonomie neu einzuordnen.

Für die Narration im Kulturbereich ist diese Feststellung signifikant und reicht bis in das disziplinäre Verständnis jener Wissenschaften, die sich mit Kultur im Sinne ihrer politischen und praktischen Gestaltung befassen. Seit den 1990er Jahren hat die Spiegelbildlichkeit der Ökonomie das Kulturmanagement hervorgebracht und geprägt. Auch wenn man es als interdisziplinäres Feld oder Bezugslehre auffasst, also immer das Zusammenspiel verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und Methoden als konstitutiv betrachtet¹¹⁰, besteht seine Kerneigenschaft in einem ökonomisch-managerialen Ansatz (v.a. Betriebswirtschaftslehre), der einer bestimmten Erzählung folgt. Ironischerweise intonierte den ersten radikal reduktiven und adaptiven Appell an die kulturpolitische Steuerung ein Autorenteam, das man vor allem im Kulturmanagement verorten kann, allerdings nicht

106 Finke 2003, S. 260.

107 Finke 2003, S. 260.

108 Finke 2003, S. 262f.

109 Vgl. Renn 2022.

110 Vgl. Föhl, Glogner-Pilz 2017, S. 60ff.

vor dem Hintergrund der Großen Transformation oder gar einer dezidiert (kultur-)ökologischen Warnung vor den Grenzen des Wachstums, sondern funktional und marktbezogen: als Kritik am »Social Engineering« des Kulturstaates und an dem Misstrauen in die Kraft der Selbstregulation durch ein mündiges Publikum.¹¹¹ Diese Position bleibt noch auf der Folie des Narrativs der Verfügbarkeit, es geht ihr um das Versagen staatlicher Politik, um Deregulierung, nicht die Überwindung einer bestimmten Haltung zur Welt.

Not tut heute – so argumentiert Corine Pelluchon, und das wäre auch der Paradigmenwechsel – »eine Philosophie ..., die die Dichotomie zwischen dem Biologischen und dem Kulturellen, dem Intimen und dem Kollektiven, der Privatsphäre und dem gesellschaftlichen Leben, dem persönlichen Geschmack und den vertrauten Gewohnheiten, überwinden will.«¹¹² Pelluchon beschreibt in einer Hinwendung zur Körperlichkeit die gegenwärtige Umwelt- bzw. Klimakrise nicht nur als eine Krise der Ressourcen, sondern auch unserer Subjektivität, unserer Haltung zur Welt, um – ähnlich hat es auch Harald Welzer beschrieben – aus der Sackgasse unseres *Entwicklungsmodells* herauszufinden.¹¹³ Nahrung und Umwelt werden bei ihr zu Schlüsselbegriffen einer neuen Existenzphilosophie und Ontologie, in der der Mensch als Teil *und* Ganzheit aufgefasst wird, immer bezogen auf sein In-der-Welt-Sein. Welt ist dabei, ganz im Sinne Lovelocks, die Welt der sozialen Beziehungen. »Der Mensch versteht sich, er entdeckt sich innerhalb des Milieus«¹¹⁴, die von ihm gestaltete Umgebung, aber auch die Qualität seines Verhältnisses zur sozialen Umwelt konstituiert ihn. Das ist eine integrative, keine ausbeutende Diktion.

Reflexives Krisenbewusstsein kommt schon länger und in besonderer Weise im Begriff der Resilienz zum Ausdruck¹¹⁵, der darum kreist, den produktiven Umgang mit Veränderung abzubilden. Er stellt ein wichtiges Vermögen in einer auf Transformation auszurichtenden Gesellschaft dar und beschreibt die Handlungsrationalität eines Narrativs der Anpassung: »Resilienz steht ... für Anpassungspraktiken, die in bestimmten Bereichen auf jener Kombination individueller und kollektiver Anstrengungen basieren, die wir als Kennzeichen einer denkbaren adaptiven Reaktion auf die Krise der Gegenwart ausgemacht haben.«¹¹⁶ Dabei geht es um die Aufgabe des Primats individueller Emanzipation, das in der »Gesellschaft der Singularitäten«¹¹⁷ gerade zu voller Blüte treibt, um die Aufgabe des konventionellen Fortschrittsverständnisses, das noch den aktuellen Koalitionsvertrag der Ampelkoali-

111 Vgl. Haselbach u.a. 2012.

112 Pelluchon 2020, S. 23.

113 Vgl. Pelluchon 2020, S. 31.

114 Pelluchon 2020, S. 91.

115 Vgl. Staab 2022, S. 81f.; Kegler 2014, S. 61ff.

116 Staab 2022, S. 85f.

117 Vgl. Reckwitz 2017.

tion prägt bzw. weitgehend unreflektiert durchzieht, und damit um die Ablösung des konsumtiven Verhältnisses zur Welt der Dinge und ästhetisierten, valorisierten Güter.¹¹⁸ Selbstentfaltung vielmehr als adaptives Verhältnis zu einer Welt, die nicht Ressource, sondern Lebensraum ist, in die das kulturelle Ökosystem eingebettet, nicht als Parasit eingepflanzt wird, als sei sie der Nährkuchen, dessen Verbrauch die Voraussetzung für seine Entfaltung ist.

Für die Kulturpolitik bedeutet die Grundierung durch ein Narrativ der Adaption nicht nur institutionelle Revision, Begrenzung, Umbau oder Reduktion, sondern überhaupt erst einmal eine präzise *Umgebungsbilanz* aller Maßnahmen, Förderpolitiken und Praktiken. Ich stelle mir die Ist-Analyse der kulturellen Infrastrukturen, Angebote und Maßnahmen bei Neu- oder Fortschreibung einer Kulturentwicklungsplanung daher anders als die bisherigen Bestandsaufnahmen vor: als Beziehungs- und Resonanzanalyse im Gemeinwesen, aber auch innerhalb der Kulturlandschaft im engeren Sinne, die voller Bezüge und Kooperationen sein sollte. Indikatoren dafür ließen sich aufstellen, Zielvorgaben definieren. Grundlage eines Soll-Bildes wäre eine kulturpolitische Rahmenerzählung, die sich in die Gesamtstrategie einer nachhaltigen Kommune einordnet und sich etwa an den SDGs orientiert, oder gleich ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept, in das alle Fachplanungen mit abgestimmten Methoden einfließen. Dies könnte dazu beitragen, mehr Stringenz in das ansonsten schwer objektivierbare Kulturfeld zu bringen (sonst gilt, was auch Opitz pointiert feststellt: »Vorsichtshalber lieber möglichst alles fördern [...]«¹¹⁹).

Neu wäre sicher auch ein limitierender Gestus, der über den Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, der nichts über die Nachhaltigkeitsbilanz eines Vorhabens aussagt, hinausreicht. Neu wäre ferner, Projekte in Gang zu setzen, die im Zuge der Regionalplanung und interkommunalen Zusammenarbeit neue Planungsräume für zentrale kulturelle Infrastrukturen entwickeln – vielleicht sogar als Pflichtaufgabe und auf legislativer Basis nachhaltiger Gebietskörperschaften. Welche Rolle können künftig Landesentwicklungspläne spielen? Welche Anreize Förderpolitiken der Länder und des Bundes oder der EU?

In jedem Falle würde es eine stringentere, nicht mehr additive Kulturplanung. Ihre Prinzipien wären Kritik, Resonanz, Partizipation, Subsidiarität (ohne Gießkannenförderung), Konzeptbasiertheit, Kooperation/Kollaboration, Resilienz und unbedingte Transformationsaffinität.

Systembegriff einer adaptiven Kulturpolitik: Diversität

Eine adaptive, ökologisch ausgerichtete Politik des kulturellen Feldes müsste sich zunächst historisch-kritisch hinterfragen. Da sie im Kern von der Frage bestimmt

118 Vgl. Boltanski, Esquerre 2018.

119 Vgl. Opitz 2022.

wird, wie die menschliche Kultur durch die Auseinandersetzung mit der Umwelt geprägt wird und auf diese zurückwirkt, liegt die Möglichkeit biologistischer Verkürzungen oder gar eines impliziten biologistischen Weltbildes auf der Hand. Auch die Nähe zu völkischen Denktraditionen wäre abzuklären. Zunächst einmal gibt es nicht die *eine* Wurzel der Kulturökologie, die in geographischen Phantasien von Volk und Raum wurzelt oder nunmehr für Ideen der Neuen Rechten anschlussfähig scheint (Re-Ethnisierung des Kulturbegriffs und Postulat eines Ethnopluralismus, der Umwelt und Ethnie kurzschließt).¹²⁰ Wenn auch Friedrich Ratzel (1844–1904) als Begründer der Anthropogeographie und Wegbereiter der Geopolitik für die Forschungstradition des Verhältnisses zwischen Natur und Kultur eine Ausgangsposition darstellt und seine evolutionistischen, sozialdarwinistischen Gedanken die »Lebensraum«-Ideologie der Nationalsozialisten beeinflussten, sind die späteren Theoriebildungen und Forschungsansätze (sehr stark auch die in den USA) vielfältig und die heutigen Bezugnahmen auf Ratzel marginal. Außerdem geht es mir zunächst um eine programmatische Denkfigur, die den Blick öffnet für eine ganzheitliche Denkweise, die Kultur nicht nur gesellschaftspolitisch auffasst und ihr entsprechende Reformimpulse abringt (Sichtweise der 1970er Jahre/Neue Kulturpolitik), sondern sie noch stärker an den Grenzen unserer Lebensgrundlagen orientiert, also auf Anpassung und systemische Einordnung hin befragt. Die Ökologie als Leitdisziplin erlaubt hier Ableitungen in Hinblick auf Entfaltung, Bedarf und konstitutive Vielfalt, die gleichsam eine Umwelt ergeben, die Rückkopplungen erzwingt. Anpassung ist in diesem Zusammenhang die Summe jener Prozesse, »durch die ein lebendes System angesichts von Veränderungen

120 Vgl. etwa Bargatzky 1986. Schon vor Längerem hatte ich daher auf neuere Ansätze verwiesen: »Im angelsächsischen Kulturmanagement wird in letzter Zeit verstärkt von einer kulturellen Ökologie gesprochen, um das Systemische zu betonen und zu zeigen, dass sektorale Zugriffe oder einfache Sender-Empfänger-Modelle die Komplexität von Kulturproduktion und -rezeption nicht hinreichend erklären. So schreibt der gegenwärtig auch im polnischen Kulturmanagement stärker rezipierte John Holden: »The phrase »the ecology of culture« implies that culture is a communal phenomenon, with disparate elements coming together to produce a whole; where »audiences« create culture just as much as do »artists«. Culture is a social process. [...] The concept of ecology helps us to see our position in relation to culture. As with the natural ecosystem, the cultural ecosystem is not separate from us, or related to us, but rather we are embedded in it – it makes us, at the same time as we make it. Culture is a process of constant formation, where our views and decisions are moulded by what we see, read, make, watch and listen to« (Holden 2015, S. 12). Es ist dies nicht nur eine Analogie, sondern ein anderer Zugang, der uns als Bestandteil eines Systems sieht. Durch die Dynamik, die sich dadurch zeigt, verlieren unter Umständen auch alte Hierarchien ihre Kraft. In jedem Falle müssen aber zunächst die internen Dynamiken sichtbar werden. Dazu gehört auch, die Wirkung neuer Kulturakteure oder -einrichtungen in Bezug auf den Bestand und dessen Beeinflussung zu erkunden; ein System verändert sich insgesamt, wenn etwas hinzugefügt oder entfernt wird« (Knoblich 2018a).

in der Umwelt seine Homöostase bewahrt. Dabei kann es sich um kurzfristige, reversible Prozesse angesichts kurzfristiger Fluktuationen handeln oder aber um nichtumkehrbare Transformationen der Systemstruktur im Falle dauerhafter Umweltveränderungen.«¹²¹ Rückkoppelndes Lernen ist übrigens auch eine Kerneigenschaft der Künstlichen Intelligenz, die für eine kulturökologische Homöostase möglicherweise künftig eine Rolle spielen kann.

Wenn es bei der Kulturökologie um die Beziehungen zwischen sozialen Systemen und ihren natürlichen Umwelten geht, scheint mir eine kulturpolitische Ausdeutung mit dem Ziel der Verbesserung dieser Beziehungen auf Basis begrenzender, stabilisierender Logiken aus der Ökologie sinnvoll. Hieraus leitet sich ein biokulturelles Diversitätsverständnis ab, die Förderung der Vielfalt des Lebens in all seinen Formen. Es führt Biodiversität und kulturelle Vielfalt bzw. Diversität zusammen und postuliert Augenmerk für deren strukturelle Kraft. Diversität ist inzwischen zu einem gesellschaftlichen Leitkonzept geworden, das eng an Fragen der Überwindung von Diskriminierung geknüpft ist. Wichtige Kategorien wären Geschlecht, Herkunft, Ethnie, Alter, Behinderung oder Sprache. Im Kulturbereich ist Vielfalt, wie bereits ausgeführt, eine völkerrechtliche Denkfigur, die das Recht auf mannigfaltigen kulturellen Ausdruck und seine öffentliche Förderung beinhaltet. Das *UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen* (2005) verbindet ausdrücklich die kulturelle Vielfalt mit nachhaltiger Entwicklung (Art. 2 Abs. 6), im letzten Weltbericht zur Kulturpolitik wird sogar die UN-Agenda 2030 damit in Verbindung gebracht: »The Convention establishes a commitment to integrating culture into sustainable development policies at the international, national and local levels. The 2030 Agenda echoes this conviction, highlighting local authorities as strategic partners.«¹²²

Wenn es so ist, dass Nachhaltigkeit und Vielfalt so eng verknüpft sind, wohnt auch der kulturellen Vielfalt ein stabilisierendes, Resilienz förderndes Element inne, das Gesellschaft resonanzfähig macht für Einbettungsstrategien, vom Sozialen bis zum Planetaren. Es beginnt schon mit der notwendigen Aufmerksamkeit, Differenz auszuhalten und danach zu fragen, wie sie in der Gesellschaft nicht nur akzeptiert, sondern auch gefördert oder aus Marginalisierungen befreit werden kann. In der Denkfigur der konstitutiven Vielfalt verbirgt sich von vornherein etwas Adaptives, die Skepsis vor etablierten Wachstums- und Effektivierungspfaden, die Vielfalt tendenziell verwertbaren Standards unterordnen, zur Auslese neigen. Vielfalt entschleunigt auch, sie ist das Gegenteil von Vermarktlichung, sie verkörpert vielmehr

121 Bargatzky 1986, S. 89.

122 UNESCO 2022, S. 223 (auch online: <https://www.unesco.de/sites/default/files/2022-02/Weltbericht%20zur%20Kulturpolitik%202022%20%28englischsprachige%20Langfassung%29.pdf>).

die Rückseite der Verwertbarkeit. Deshalb auch stand sie unter dem Druck der Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, der sich aus Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA ergab und in der Vielfaltskonvention abgefangen wurde.¹²³

Neben der internationalen Reaktion auf die Gefahren, die der Vielfalt drohen, gibt es auch Aktionen, konzeptionelle Stabilisierungen dieses Feldes. Die stärkere Fokussierung auf Vielfalt im Kulturbetrieb hat mit dem von 2018 bis 2025 laufenden und mit etwa 17 Mio. EUR unteretzten Förderprogramm »360° – Fonds für Kulturen der Neuen Stadtgesellschaft« der *Kulturstiftung des Bundes* in besonderer Weise Fahrt aufgenommen, eine bemerkenswerte Methode, auf die postmigrantische Gesellschaft zu reagieren und das Kulturpersonal an die Einwanderungsgesellschaft anzupassen. Wenn vielerorts Diversitätsmanagerinnen und -manager bereits an Kultureinrichtungen wirken, befassen sie sich nicht nur damit, Vielfalt im Haus abzubilden und dessen Arbeit in die Gesellschaft zu vermitteln, also Durchlässigkeit herzustellen. Es geht auch darum, Diskriminierung aufzudecken, abzubauen oder Weiterbildung zu dieser Thematik anzubieten. Eine umfassende Diversitätsadaption des Kulturbetriebs bleibt noch ein langer Weg. In Berlin wirkt – und soll hier deshalb exemplarisch hervorgehoben werden – eine spezielle Konzeptions- und Beratungsstelle: *Diversity Arts Culture*. Sie befindet sich im Kontakt mit der Szene und entwickelt Beratungsangebote im Austausch mit dieser, wendet sich unterrepräsentierten Akteuren zu und hat gemeinsam mit der Kulturverwaltung ein Förderprogramm entwickelt.¹²⁴ Dabei orientiert sich die Einrichtung an gesetzlichen Grundlagen, insbesondere dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), und setzt auf den dort angewandten handlungsorientierten Diversitätsbegriff sowie ein macht- und diskriminierungskritisches Verständnis von Diversität.

In einem Interview führt die Leiterin von *Diversity Arts Culture*, Sandrine Micossé-Aikins, zutreffend aus, dass im Kulturbereich spezifische Bedingungen herrschen, die auch für den Abbau von Benachteiligung von Bedeutung sind, etwa unsichere Arbeitsverhältnisse oder schlechte Honorare. Auch dass sich bestimmte Bilder des Schaffens, des Erfolgs oder der Rollenklischees tradiert haben und weiter tradieren. Die Strukturen des Kulturbetriebs würden »entlang eines weißen, bürgerlichen und männlich dominierten Gesellschaftsverständnisses geformt, das zudem behinderte Menschen diskriminiert. Daran hat sich bis heute erschreckend wenig geändert. Der Kulturbetrieb inklusive der staatlichen Förderung ist strukturell konservierend, elitär, hierarchisch und ausschließend«. ¹²⁵ Ob man die Drastik dieser Einschätzung in Gänze teilen oder differenzieren will: Es ist Teil der Herausforderungen, die Transformationen uns auferlegen, Vielfalt, Sensibilität, Gerechtigkeit

123 Vgl. Zimmermann, Geißler 2015.

124 Vgl. Micossé-Aikins 2024, S. 108ff.

125 Micossé-Aikins 2024, S. 115.

und Abbau von Benachteiligung im Kulturbereich stärker anzugehen, um damit lernende, flexible und gesellschaftlich relevante Institutionen vorhalten zu können, die sich nicht in eigenen Reproduktions- und Konservierungslogiken verfangen und damit Teil einer Abkoppelung von der sozialen, aber auch der planetaren Umwelt werden.

In diesen Umkreis gehört auch der weiter oben gestreifte Begriff des Privilegs. Die emanzipatorische Identitätspolitik, die auch mit dem »Wir« hadert und stärker auf Gruppeninteressen sowie die gesellschaftliche Widerspiegelung der Vielen abhebt¹²⁶, prägte neben dem Leitbild der Diversität auch jenes der Egalität und Pluralität neu. Damit wird die Praxis der Integration in der multiethnischen Gesellschaft infrage gestellt: »Das Konzept der Integration beruht auf dem Unterschied zwischen *wir* und *ihr*, zwischen *Autochthonen* und *Fremden*, zwischen denen, die schon hier waren, und denen, die neu dazu kommen. Der Forderung nach Integration liegt also implizit oder ausdrücklich eine Annahme darüber zugrunde, *wer* sich *in was* zu integrieren hat. Sie basiert auf der Vorstellung, es gäbe einen essentiellen Unterschied zwischen deutschen und nichtdeutschen Vorfahren, deutschem und nichtdeutschem Verhalten, deutscher und nichtdeutscher Kultur.«¹²⁷ Der fokussierte Blick auf »Repräsentation und Anerkennung auch solcher Lebensformen, die von der Mehrheitsgesellschaft abweichen« – das betrifft Eingewanderte, People of Color, Menschen mit abweichender sexueller Identität oder Behinderte –, zieht eine »Kritik der Dominanzkultur« nach sich und schließlich eine »Unterscheidung in privilegierte und weniger privilegierte Lebensformen«.¹²⁸

Czollek betrachtet dabei Integration nicht nur als Forderung nach Einpassung, sondern auch als Indiz dafür, dass Gesellschaft als ein »Ort mit einem Zentrum«¹²⁹ imaginiert werde. Er verfolgt diese Imagination weiter bis zur unglücklichen Diskursgeschichte einer (europäischen/deutschen) Leitkultur und berührt damit Fragen der Stabilität von Gesellschaft, der Akzeptanz von Veränderung und eines grundlegenden Verständnisses von Zusammenleben in Differenz. Ein relativ homogenes Pendant zu Czolleks dekonstruierter Gesellschaftsvorstellung ist die Kulturnation, die noch im Zuge der deutschen Wiedervereinigung beschworen wurde und zweifelsohne integrative Züge trägt. Man muss nicht so weit gehen wie rechtskonservative Theoretiker, die im Zusammenhang mit der Rede von der Kulturnation Begriffe wie »Schicksalsgemeinschaft« oder »Opferbereitschaft« bemühen und von dieser Form der Bindung ein höheres Maß an Solidarität und Sicherheit innerhalb des Gemeinwesens ableiten.¹³⁰ Aber dass es kulturelle Prägun-

126 Vgl. Czollek 2018.

127 Czollek 2018, S. 63f. (Hervorhebung im Original).

128 Rieger-Ladich 2022, S. 25.

129 Czollek 2018, S. 64.

130 Vgl. Wagener 2021, S. 73ff.

gen, Traditionen und schließlich auch eine Geschichte der Deutschen gibt, deren gewaltige Hypotheken uns binden und die »Mehrheitsgesellschaft« in eine andere interne Spannung versetzen als später Zugewanderte, kann man schwerlich leugnen. Das heißt nicht, dass das Bemühen um Freiheits- und Entfaltungsräume aller und die gemeinsame Entwicklung eines transkulturellen Verständnisses falsche Emanzipationsziele wären, aber es heißt auch nicht, dass nationale Prägungen per se als negative Elemente einer sich nur aus Teilen zusammensetzenden, keine werthaltigen Schnittmengen bildenden Patchworkgesellschaft verstanden werden müssen. Was bleibt, ist die Auflösung starrer Identitäten, der Weg dorthin in Maß und Geschwindigkeit ist politisch auszutarieren, da sonst die Tempi divergieren: Jenes der Aktivisten dürfte zu schnell, jenes der Pfadtreuen zu langsam ausfallen, beste Voraussetzungen dafür, keinen konstruktiven Weg für Transformation zu finden. Außerdem kann ich mir nicht vorstellen, dass eine Gesellschaft ohne Zentrum funktionieren kann; eine Schnittmenge vereinbarter Werte und Umgangsformen scheint mir unabdingbar für eine empathische Gesellschaft – Gesellschaft wird schließlich konstituiert durch sozial Handelnde, die miteinander verknüpft sind. Es könnte auch eine zu forcierende Aufgabe der Kulturpolitik sein, an einer Zone des Gemeinsamen zu arbeiten und eine Integration zu unterstützen, die von anderen Bedingungen ausgeht als der Zuneigung zu allem, was die Mehrheitsgesellschaft vorgibt. Gleichwohl verhält sich der Begriff der Dominanzkultur kontrafaktisch zur Normalität vieler Menschen, die keinen Migrationshintergrund und keine anderen Merkmale unterrepräsentierter Minderheiten aufweisen, die sich folglich bedrängt, zurückgesetzt oder entrechtet fühlen. Es gehört zu den legitimen Aushandlungsprozessen, dass auch diese Menschen für ihren Status eintreten und Bilder von Gemeinschaft einbringen, die von regulativen Vorstellungen ausgehen, Nation stärker als etabliertes Solidargefäß und nicht als ausgrenzenden, obsoleten Mechanismus einer überkommenen Ordnung begreifen. Diversität wird dann erfolgreich implementiert sein, wenn sie für alle Menschen Angebote unterbreiten und Übergänge gestalten kann.

2.4 Elemente einer Theorie der Kulturpolitik. Zur Bedeutung der Kulturpolitikgeschichte

Sokrates. Und in der Tat, wenn ich behaupte, daß die in unserem Staate von uns getroffenen Einrichtungen das Richtige treffen, so denke ich dabei an vieles andere, nicht am wenigsten aber an die Dichtkunst. (Plato 1993: 388)

Die Kulturpolitik arbeitet mit zahlreichen historisch geprägten Denkfiguren, sei es der *Homo ludens*, der das kreative Spiel anthropologisch wichtet, oder der Kulturstaat, den Fichte wohl erstmals und sehr allgemein prägte und damit eine Folie für die Bestimmung des Verhältnisses zwischen Wertegemeinschaft und politischer Einhegung fand, die heute in Debatten über Verfassungspatriotismus oder Leitkultur weiterwirkt. Allein die Rede von *Kultur* ist ideengeschichtlich anspruchsvoll und bedarf der Historisierung, um die kulturpolitische Anwendung etwa eines weiten oder engen Kulturbegriffs und seine jeweilige Kontextualisierung herleiten zu können. Kulturpolitik selbst als anspruchsvolles, historisierbares Kompositum aus Kultur und Politik ist als Gegenstand geschichtlicher Forschung bislang allerdings unterbelichtet geblieben, und das liegt nicht nur daran, dass der Begriff Kulturpolitik erst im 19. Jahrhundert aufkam.

Kommunale Daseinsvorsorge und Kulturstaat

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts setzt die Entstehung des modernen Städtewesens ein. Verstädterung und Urbanisierung bilden die beiden Hauptelemente dieses Prozesses, in dessen Zuge immer mehr Menschen in Städten wohnen und eine entsprechende Mentalität und Lebensweise ausprägen. Dies erzwingt auch die Verbesserung und Weiterentwicklung der kollektiven Infrastrukturen.¹³¹ »Mit den Gemeindeformen der meisten deutschen Staaten in den ersten drei Jahrzehnten (des 19. Jahrhunderts) wurden die Städte zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften«¹³², gestellt zwischen Staatsverwaltung und Selbstverwaltung. Die kommunale Daseinsvorsorge erhält damit ein neues Gewicht und übernimmt zunehmend auch Aufgaben der Wohltätigkeit und Dienstleistungsfunktionen, etwa in der Armenpflege, im Städtebau, in der Bildung, der Freizeitgestaltung oder aber im kulturellen und künstlerischen Bereich. Es ist dies ein Entwicklungsschub, der letztlich mit der Industrialisierung zusammenhängt, die die Arbeits- und Lebenswelten verändert,

131 Vgl. Häußermann, Läßle, Siebel 2008, S. 30ff.

132 Wagner 2009, S. 317.

neue Mobilität erzwingt, Verkehr und Konsum revolutioniert und freilich bis in die baulichen Veränderungen der Städte reicht.

Für viele ist schließlich die Großstadt am Beginn des 20. Jahrhunderts der Ort der Moderne. Für die Ausweitung der städtischen Kulturaktivitäten vieler größerer Städte Deutschlands gilt: veränderte Aufgaben im Sinne der schon skizzierten Entstehung einer kommunalen Daseinsvorsorge, eine Überforderung von Vereinen des Bürgertums bei der Trägerschaft und Weiterentwicklung von Kultureinrichtungen oder Sammlungen, eine neue Aufmerksamkeit für Aspekte der Volksbildung im Sinne sozialreformerischer Aktivitäten sowie letztlich die Ausbildung von spezifischen Verantwortlichkeiten und Strukturen in den Stadtverwaltungen, anfangs jedoch häufig in Partnerschaft mit gesellschaftlichen Akteuren.¹³³

Neben diesen kommunalen Entwicklungen hat bereits im 19. Jahrhundert ein Wandel in der Staatsauffassung eingesetzt, da so etwas wie eine bewusste staatliche Kulturpflege entstanden war. Die Rede ist in jener Zeit von einem Kulturstaat, der sich nicht nur auf »Regieren und Herrschen« reduziert, sondern das Wohl des Volkes fördert.¹³⁴ Diese Position markiert eine Entwicklung hin zum demokratischen Rechtsstaat, in dem der etwas schwere Kulturstaatsbegriff häufig nur noch deklaratorischen Charakter trägt, weil die Kulturpflege in ihm umfassend institutionalisiert ist. Die heutige Debatte um den Kulturstaat ist daher eine recht spezielle, die mit der Leitfrage »Wie viel Staat muss sein und wie setzt dieser Normen?« teils ideologisch¹³⁵, teils bezogen auf eine zeitgemäße Staatszielbestimmung, aber auch kulturverfassungsrechtlich geführt wird, da im Grundgesetz die Kultur – im Gegensatz zu den meisten Länderverfassungen – (noch) nicht explizit herausgehoben ist. Demokratisierung und Bildung gelten jedoch als Schlüssel motive, die der Begriff des Kulturstaats damals schon transportiert. Sie prägen auch die ersten kommunalen Kulturpolitiker und progressiven Museumsleute, die jenseits einer normativen Dokumentation der Kunstentwicklung immer auch vehement für die Vermittlung von Kunst und Geschichte und damit einen tolerablen Blick auf Gegenwart und Zukunft eintreten und Konservatismen zu überwinden streben.

Erst seit dem frühen 19. Jahrhundert ist der Terminus »Kulturpolitik« – oder zunächst »Culturpolitik« – überhaupt eingeführt und steht für ein grundlegendes Aufgabenverständnis auf staatlicher Ebene. Es sollte jedoch bis ins späte 20. Jahrhundert dauern, bis ein einigermaßen systematisches und wissenschaftlich fun-

133 Vgl. Wagner 2009, S. 320f.

134 Jung 1976, S. 32.

135 Vgl. etwa Fuchs 2011 und als Entgegnung Knoblich 2012b, S. 48ff.

diertes Verständnis von Kulturpolitik in Deutschland herausgebildet war.¹³⁶ In der kulturpolitischen Historiographie wird der Weimarer Republik – vor allem mit Blick auf ihre verfassungsrechtlichen Grundlagen – eine »zunehmende gesellschaftspolitische Akzentuierung der Kulturpolitik«¹³⁷ bescheinigt, also das Bemühen um die Förderung gesellschaftlichen Fortschritts, wie es ja der Allianz zwischen Bürgertum und Moderne entspricht. Allerdings ersetzt dies noch kein geschlossenes Konzept oder ein konzeptionelles Bewusstsein von Kulturpolitik im heutigen Sinne.

Denkt man die Weimarer Republik weiter – wäre sie also nicht im Strudel des Totalitarismus versunken –, so hätte eine an der künstlerischen Avantgarde ausgerichtete demokratische Kulturpolitik nicht nur den gesellschaftlichen Aufbruch und seine Repräsentationen geprägt, sondern auch das institutionelle Gefüge von Kulturpolitik auf kommunaler und Reichsebene. Das Scheitern dessen und die Folgen der Kunstdiktatur des Dritten Reichs haben demokratische Kulturpolitik nach 1945 lange gezeichnet und zu einer Regression des Gestaltungswillens geführt. So will der erste Bundespräsident Theodor Heuß – früher ein wichtiger Mann des *Deutschen Werkbundes* – den Begriff Kulturpolitik am liebsten gar nicht mehr verwenden, um alles Machtpolitische von der Kultur fernzuhalten.¹³⁸ Kulturpolitik reduziert sich lange Zeit neben rekonstruktiven, ja restaurativen Ansätzen im Wiederaufbau¹³⁹ auf ein Beobachten, Flankieren, Gestalten von Rahmenbedingungen und strikte Neutralität. Damit wurde sie nolens volens affirmativ und letztlich zur Kulturpflege, ein Begriff, der wenig mit Zuwachsoffenheit im Sinne der Aufbrüche zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu tun hat.

Das erste geschlossene Konzept kommunaler Kulturarbeit in der Nachkriegszeit der alten Bundesrepublik bilden die »Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit«, bekannt unter der Bezeichnung »Stuttgarter Richtlinien«. Bereits 1946 entworfen, sind sie 1952 vom Kulturausschuss des *Deutschen Städtetages* festgelegt worden und wirken bis weit in die 1960er Jahre. Sie sichern wichtige ererbte Aktionsfelder und Einrichtungen sowie den Nimbus einer zurückhaltenden Kulturverwaltung. Erst im Zuge der neuerlichen Reformbewegungen der späten 1960er/frühen 1970er Jahre

136 Einen guten Überblick liefert der Abschlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«, deren Arbeit als die bisher größte Evaluation von Aufgaben und Herausforderungen in der Kulturpolitik nach 1945 gelten kann. Vgl. Deutscher Bundestag 2008. Zur Systematik von Kulturpolitik Oliver Scheytt 2008 sowie Beyme 2012.

137 Abelein 1968, S. 243f., 253f.

138 Heuß 1951. Darin beschreibt Heuß auch die ministeriale Aufblähung in Kulturfragen im Nationalsozialismus, wo aus einer Kulturabteilung im Reichsinnenministerium (er meint zweifelsohne den Reichskunstwart) zwei Ministerien geworden sind (wenn man Kultur im Sinne von Kultus denkt). Vgl. ebd., S. 38 sowie zum geistesgeschichtlich-politischen Horizont Lepe-
nies 2006.

139 Vgl. Schildt, Siegfried 2009, S. 122ff., aber auch besonders zugespitzt Hermand 1986, S. 221ff. oder Glaser 1986.

folgt ein »kulturpolitisches Erwachen« mit neuen Slogans, Programmformeln und Institutionen. Diese Impulse setzt allerdings keine künstlerische Avantgarde, sondern eine dezidiert gesellschaftspolitische. Es geht dabei um neue Trägerschichten für Kultur (Hilmar Hoffmann: Kultur für alle) und die Öffnung ins Soziale (Hermann Glaser: Soziokultur/Bürgerrecht Kultur). Die genannten Buchtitel sind zugleich noch heute wirksame Leitformeln von Kulturpolitik.

Nach den Diktaturerfahrungen und der erst nach der deutschen Wiedervereinigung erfolgten finalen gesamtstaatlichen Aufgabendefinition im Kulturbereich, für die der Einigungsvertrag wichtige Voraussetzungen liefert, arrondiert sich ein konsistentes System von Kulturpolitik.¹⁴⁰ Heute ist unbestritten, dass der Bund wichtige zentrale Aufgaben wahrnimmt und dafür seit 1998 eine Behörde im Bundeskanzleramt existiert (Staatsminister/in für Kultur und Medien), eine *Kulturstiftung des Bundes* seit 2002 Projekte fördert und unabhängige Förderfonds finanziert, die Länder eine eigenständige, aber auch untereinander verflochtene Kulturpolitik betreiben und die Kommunen nach wie vor im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Hauptakteure lokaler und regionaler Kulturentwicklung sind. Inzwischen geben alle Akteure in diesem föderativen System fast 15 Mrd. Euro öffentlicher Finanzmittel jährlich für Kultur aus. Und es gibt im Gegensatz zum frühen 20. Jahrhundert lokale und überregionale Kulturentwicklungsplanungen, kulturpolitische Konzepte und eine Fördersystematik über alle Ebenen. Auch darin verwirklicht sich letztlich die Idee eines Kulturstaates.

Die Künste und die Moderne – Erschütterung des kulturellen Gedächtnisses

Auf dem Weg zum Kulturstaat heute sind Disposition und Bekämpfung der künstlerischen Avantgarden ganz wichtige Stationen, da sie auch die kulturpolitische Rolle der öffentlichen Hand erheblich geprägt haben. Wenn es hier um die Herausbildung von Kulturpolitik geht, so betrachten wir zunächst eher die Kunst, ihre reale Emanzipation im Nachgang zur philosophischen Autonomisierung, die schon im 18. Jahrhundert begonnen hat (Kant, Moritz¹⁴¹). Mit einer Politik der Veränderung der Sammlungspräsentation in den Museen, der Öffnung für die Moderne und damit einer Verschiebung des Maßes von unbestrittener Tradition und kritischer Befragung durch das Heute künstlerischen Ausdrucks rührten Museumsleute wie der zunächst als jüngster Museumsdirektor Deutschlands in Erfurt wirkende Edwin Redslob¹⁴², später Reichskunstwart der Weimarer Republik, grundlegend am kulturellen Gedächtnis ihrer Zeit. Das ist ein interessanter Aspekt,

140 Vgl. Knoblich 2012a, S. 35ff.

141 Vgl. vor allem Karl Philipp Moritz (1788) 1989, S. 27–78.

142 Vgl. Welzbacher 2009, S. 61ff.

den man gleichsam als einen Beitrag zur Etablierung einer modernen (bürgerlich bestimmten) Kulturpolitik verstehen kann.

Die Geschichte einschlägiger Institutionen spiegelt dies wider. Kunstmuseen haben dort gute Entwicklungschancen, wo ohnehin die Zentren der Kunstentwicklung sind oder waren (Düsseldorf, München, Berlin, aber auch Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Hannover) und/oder wo königliche, fürstliche oder Landesmuseen im 19. Jahrhundert gegründet werden. Freilich spielen auch die durch Vereine, Stifter oder die Kommunen selbst etablierten Kunstmuseen unter Umständen eine bleibende Rolle, etwa das 1824 in Frankfurt a. M. gegründete *Städel* oder das 1861 gegründete *Wallraf-Richartz-Museum* in Köln, aber zumindest für kleinere Städte hängt der Erfolg von der Dynamik in der Bürgerschaft und deren Kunstsinn ab, ferner von den wechselhaften Zeitläuften, ihren lokalen Konsequenzen sowie den territorialen Strukturen, in die die jeweilige Kommune eingebettet ist. In jedem Fall haben sich die Kunstmuseen neben den Theatern zu den besucherstärksten und wirkungsvollsten Kultureinrichtungen entwickelt und beanspruchen mit den Theatern statistisch noch heute den größten Anteil am Kulturhaushalt.

Auch die Profilierung eines kommunalen Kunstmuseums für Erfurt und die Debatte um einen Neubau zu Beginn des 20. Jahrhunderts fällt zwangsläufig in die Phase der Auseinandersetzung zwischen offizieller (traditionalistischer) Kunstpolitik des Kaiserreichs und neuen künstlerischen Strömungen. Erfurt als Bürgerstadt profitiert dabei, wenn man so will, von den »nachbarschaftlichen« Residenzpolitiken und deren kulturpolitischen Aufbrüchen, die Wolfgang Mommsen wie folgt zuspitzt: »Der Großherzog von Weimar war konsequent darum bemüht, die historische Rolle Weimars als eines Zentrums deutscher Kultur neu zu beleben, und dies war bei Lage der Dinge nur im Bruch mit der Tradition des Akademismus möglich. In den gleichen Zusammenhang gehören die Bemühungen des Großherzogs von Hessen, der vor der Jahrhundertwende aufblühenden künstlerischen Erneuerungsbewegung, dem sogenannten »Jugendstil«, der vor allem in Wien und Paris seit dem Anfang der 90er Jahre einen kometenhaften Aufstieg genommen hatte, in Deutschland auch außerhalb Münchens die Möglichkeit freier Entfaltung zu schaffen. Zu diesem Zweck zog der Großherzog eine Reihe führender Architekten, unter ihnen Joseph Maria Olbrich und Peter Behrens, nach Darmstadt.«¹⁴³

Was die Mathildenhöhe für Darmstadt, ist ab 1902 das Wirken Henry van de Velde und seiner Kunstgewerbeschule für Weimar, in deren Folge das Bauhaus 1919 seinen Anfang nehmen sollte, indem van de Velde Walter Gropius als Nachfolger in die Diskussion brachte. Der Instinkt für die Moderne – vielfach vermittelt durch Harry Graf Kessler, auf dessen Wirken hier nur kurz verwiesen werden kann – tritt mit van de Velde als »Alleskünstler« in Weimar sehr spürbar zutage und prägt auch den dort gebürtigen Kunsthistoriker Edwin Redslob, der im Herbst 1912 als erster

143 Mommsen 2000, S. 84.

hauptamtlicher Direktor das Angermuseum in Erfurt leitet und hier grundlegende Leitungserfahrungen sammelt.

Es ist interessant, wie es Kessler in dieser Zeit gelingt, mit der Gründung des *Deutschen Künstlerbundes* am 15. Dezember 1903 in Weimar ein strategisches Zeichen für die moderne Kunst und die Künstler zu setzen. In einem Tagebucheintrag, der auf eine Sitzung bei Max Liebermann in Berlin zurückgeht, sind seine Überlegungen scharf skizziert: »[...] Das Kampfprogramm. Endziel: Befreiung vom Gewissenszwang in der Kunst, Freiheit der Kunst, absolute Toleranz des Staats, Freiheit vom künstlerischen Gewissenszwang.«¹⁴⁴ Zumindest die Freiheit der Kunst wird sich wenige Jahre später in der Weimarer Reichsverfassung erstmalig niederschlagen und Redslobs Rahmen als Kulturpolitiker auf Reichsebene erweitern helfen. Bis dahin wirkt er im »Weimarer Klima« und versucht, in Erfurt der künstlerischen Moderne den Weg zu bereiten. Er verbündet sich mit wichtigen bürgerlichen Akteuren und trägt damit dazu bei, dass – so zumindest Thomas Nipperdey zugespitzt – das Bürgertum die Moderne »findet«.¹⁴⁵

Redslob wird vielfach durch die Moderne geprägt, wie bereits diese Schilderungen aus seiner Studienzeit in Heidelberg – hier im Hause seines Freundes Eberhard von Bodenhausen – belegen und die Eindrücke aus Weimar in einen größeren Rahmen einordnen helfen: »Die Abende in diesem Haus setzten fort, was für mich in Weimar begonnen hatte: Menschen, die auf der Höhe der modernen Kultur standen, von van de Velde eingerichtet, mit Bildern zumeist der französischen Neoimpressionisten und Ludwig von Hofmanns und mit der Neigung, am Abend eines der Versdramen von Hugo von Hofmannsthal vorzulesen; dazu kamen von Woche zu Woche Briefe von Hofmannsthal, von van de Velde oder vom Grafen Kessler. Es war wohl das einzige Haus in Heidelberg, darin die Durchdringung der Tradition mit Modernität so ganz erfüllt war.«¹⁴⁶

Sich an Kesslers Wirken in Weimar orientierend, der ja auch eine Zeitlang ehrenamtlich das Kuratorium des *Großherzoglichen Museums für Kunst und Kunstgewerbe* geleitet hatte, und der Programmatik des *Deutschen Werkbunds* folgend, geht es Redslob schon vor seiner Erfurter Zeit darum, das Museum als Ort zu begreifen, der in die Gesellschaft hineinwirkt. Um diese Wirkung erreichen zu können, denkt er schon frühzeitig über die Präsentationsform von Sammlungsstücken nach und damit freilich auch über die zeitgemäße Erweiterung der Bestände und ihre Vermittlung. Hier begegnen wir einem »Kulturpolitiker in nuce«, der in der Museumsarbeit erprobt, was als großer Gestus öffentlicher Kulturgestaltung wirksam werden könnte und auch später wird.

144 Zit. nach Föhl 2010, S. 97. Vgl. auch Kap. 2.1 und die Einordnung von Antisemitismusklauseln in der Kulturförderung.

145 Nipperdey 1988.

146 Redslob 1972, S. 57f.

Bereits bei seiner Kontaktaufnahme nach Erfurt zeigt sich Redslob sehr überlegt und entwirft ein an Kessler orientiertes kulturpolitisches Portfolio, wie Christian Welzbacher in seiner Redslob-Biographie herausarbeitet. Redslob wolle, so schreibt er in einem Brief an Oberbürgermeister Hermann Schmidt, in eine Gegend zurückkehren, die ihm von frühester Jugend an vertraut sei, er wolle die thüringische Kunst stärker würdigen und erachte Erfurt als wirtschaftliches Zentrum der Region als geeignet, mit seinem Museum einen kulturellen Mittelpunkt des Interesses zu bilden. Dabei geht er auch auf die Verbindung von Altem und Neuem ein, das künstlerische und gewerbliche Leben sowie auf Kunstschatze und Maler. Als er die Stelle nach erfolgreichem Auswahlverfahren antreten kann, beginnt er mit der Neugliederung der Gemäldegalerie, kauft zur Profilierung weitere Werke an und begibt sich dezidiert auf das Feld der zeitgenössischen Kunst. Dabei ist ihm die Durchdringung des Museumsorganismus mit Gegenwart und Leben wichtig.¹⁴⁷

Der *Deutsche Werkbund*, in dem er sich bereits ein Jahr nach Eintritt in Erfurt als Mitglied und als Vertrauensmann in Thüringen engagiert, wird ein wichtiges Glied in der Handlungskette des Kulturpolitikers Redslob. Was der Werkbund repräsentiert und was die von ihm ausgehende Emanzipation leitet, ist »ein bürgerliches Programm: Architekten, Kritiker, Industrielle, Verwaltungsbeamte und Politiker tragen den Bund«, schreibt Nipperdey.¹⁴⁸ Und van de Velde ist eine bedeutende Figur in der frühen Phase dieser kulturellen Reformbewegung, die damit auch ein bürgerlicher Impuls nicht nur für eine neue ästhetische Kultur in Deutschland und ein Zusammenwirken von Kunst, Handwerk und Industrie darstellt, sondern auch einen zentralen nichtstaatlichen Einflussfaktor für eine sich entfaltende staatliche und kommunale Kulturpolitik.

Die Begegnung schließlich mit der Kunst der Expressionisten kann als Urerlebnis für Redslob gelten, sie zeigt für ihn am klarsten die Tendenz der Zeit. In Köln bei einer Ausstellung von Karl Ernst Osthaus sammelt er die wohl wichtigsten Eindrücke, die nun auch seine Arbeit in Erfurt bestimmen sollten. Zusammen mit dem Industriellen Alfred Hess, also mit der Hilfe privaten Kapitals und einer Geistesverwandtschaft, die auch Redslobs Nachfolger Walter Kaesbach fruchtbar machen kann, wagt es Redslob, die trotz aller progressiven und bürgerlich goutierten Rhetorik nicht unproblematische Aufgabe umzusetzen, Werke der Expressionisten anzukaufen, damit eine der bedeutendsten Privatsammlungen der Moderne zu etablieren – und letztlich Erfurt zu einer Adresse für die künstlerische Avantgarde in Deutschland zu machen.

Welche Spannungen das in der teils konservativen Bürgerschaft provoziert, wo es doch nicht nur um Aspekte der Sammlung, sondern letztlich die »Erfindung des

147 Vgl. Welzbacher 2009, S. 68ff.

148 Nipperdey, 1988, S. 67.

Museums« im Ganzen geht, fasst Steffen Raßloff (für das Jahr 1919) treffend zusammen: »Moniert wurde die Abkehr vom Konzept eines bodenständigen Heimatmuseums sowie die Hinwendung zur modernen Kunst, die Kulturbürger liebstes Kind zur ›Hochburg semitisch-moskowitischer Unkultur und Kunstverneinung‹ gemacht hätten.«¹⁴⁹ Aus der Perspektive der Familie Hess klingt es nicht minder drastisch: »Die moderne Kunst wurde in der Öffentlichkeit heftig angegriffen, und die Sammlung entstand nicht ohne Widerstände. Es gehörte Mut dazu, die verkannten Künstler seine Freunde zu nennen. Die Anfeindungen der modernen Kunst wurden immer stärker, je mehr sich die Kunst selbst durchsetzte. Diese Anfeindungen nahmen schließlich politischen Charakter an und wurden in der Stadt sogar zum Teil des Wahlprogramms einer lokalen ›völkischen‹ Partei.«¹⁵⁰ Welch großer Gestus jedoch dem Expressionismus innewohnt und welchen Geist Redslob damit beschwört, mag der folgende Auszug aus einem Vortrag Heinar Schillings belegen, der unter anderem Mitbegründer der »Expressionistischen Arbeitsgemeinschaft Dresden« war: »Allen Richtungen gemeinsam ist Empörung und Aufruhr gegen herrschende Maximen, lapidare Forderung wahrster Gestaltung, rücksichtslose Aufrollung innerster Tat. Der Mensch steht wieder ganz in sich, in seinem Schmerz, er sucht Befreiung seiner chaotischen Gestaltungskräfte. Ihn durchdringt die Großstadt, die Not, die Zeit, ihn überkommt im Angesicht schmerzlicher Wirklichkeit das Gefühl letzter Befreiung. Er formt das Unmittelbare aus sich, ein Ekstatiker des Maschinellen oder Geistigen. [...] Alle neue Kunst ist aktivistisch und muß es sein, denn sie ist Zeugnis der hereinbrechenden Zukunft, der jungen Generation, die über diese kleine Gegenwart hinaus *will* und *muß*.«¹⁵¹

Um das »kulturelle Gedächtnis« in seiner Wirkung zu erklären, hat Aleida Assmann die Unterscheidung zwischen kulturellem Speicher- und Funktionsgedächtnis vorgeschlagen. Sie verdeutlicht diese Unterscheidung am Beispiel eines Kunstmuseums, das die Funktion »des werthaftern, geschmacksorientierten und geschmacksorientierenden *Kanons* einerseits und die des historischen *Archivs* andererseits«¹⁵² verkörpere. Wandel und Erneuerung verfeinern sich freilich weiter, wenn auch das Wie der Präsentation dessen, was ausgestellt ist, ins Kalkül gezogen wird. In jedem Falle aber arbeitet das Funktionsgedächtnis stets mit einer Auswahl an Beständen, die präsent gehalten, immer wieder angeeignet und letztlich kanonisiert werden, steht also für die werthafte Haltung und damit verbundene

149 Raßloff 2008, S. 87ff.

150 Hess 1966, S. 43f.; vgl. auch Menzel 2008.

151 Schilling 1988, S. 42 (Hervorhebung im Original). Schilling war später Mitglied der NSDAP; der Aufbruch eint noch Künstler und Intellektuelle, die später auch als völkisch (etwa Schultze-Naumburg) oder »entartet« (etwa Gropius) klassifiziert werden können.

152 Assmann 2006, S. 56 (Hervorhebung im Original).

symbolische Praktiken. Beim Speichergedächtnis hingegen geht es um Sicherungsformen auf Dauer und die davon betroffenen materialen Repräsentationen, die nicht ständig im gesellschaftlichen Gebrauch sein müssen. Aus dem Verhältnis beider ergibt sich nach Assmann das kulturelle Gedächtnis.

Über den kurzen Umweg nach Stuttgart wird Redslob schließlich 1919 zum Reichskunstwart der Weimarer Republik berufen und steigt damit in den Rang des Vorläufers unserer heutigen Staatsministerin für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt auf, wenn man so will. Allerdings ist sein Amt eine kleine Behörde innerhalb des Reichsinnenministeriums, und sein Rang ist nicht der eines Staatsministers.¹⁵³ Dass es diese Behörde überhaupt gibt und eine Art »Kunstdiktator« auf Reichsebene installiert wird, dessen Qualität auch sehr viel mit seiner Produktivität in Erfurt und seinem Einsatz für die künstlerische Moderne zu tun hat, gilt als Erfolg, ja größter Erfolg des *Deutschen Werkbunds*. »Man wünschte sich eine amtliche Stelle als Bindeglied zwischen Künstlerschaft und Reichsregierung und dachte dabei an die Betrauung einer einzelnen Persönlichkeit, einen ›Reichskunstwart.«¹⁵⁴

Die Bezeichnung ist dem Titel einer kulturellen Wochenschrift entlehnt – »Der Kunstwart« –, die vom Gründer des *Dürerbunds* (ebenfalls eine Reformbewegung), Ferdinand Avenarius, herausgegeben wurde. Die junge Republik, die auch den Willen zur Kulturnation oder ihr Kulturstaatsprinzip zum Ausdruck bringen möchte, profiliert sich einerseits mit der verfassungsseitigen Kunstfreiheit (Art. 142), andererseits mit einer Institution, die das noch heute virulente Problem des Kulturföderalismus auf zentraler Ebene zu kanalisieren und Kulturpolitik zeitgemäß umzusetzen strebt, eben dem Amt des Reichskunstwarts. Dieser befasst sich mit allen künstlerischen Fragen und Aufgaben der symbolischen Repräsentanz der jungen Republik, die sich vom Kaiserreich abzugrenzen versucht. »Formgebung des Reichs« ist die Überschrift, unter der Redslob seine Aktivitäten entfaltet. Von der Auslobung entsprechender Wettbewerbe über die Gestaltung von Grenzpfählen, Briefmarken und Stempeln bis zur Inszenierung von Begräbnissen (etwa dem des Reichspräsidenten Friedrich Ebert 1925) reichen die Aufgaben jener Behörde. Edwin Redslob ist der erste und für die Dauer der Weimarer Republik auch einzige Reichskunstwart. Und das Netzwerk der Moderne, in das er sich eingeknüpft hat, determiniert sein Amt und Wirken. Die Erwartung an die neue Regierung, der er und ähnlich Gesinnte sich zur Verfügung gestellt hatten, bringt er autobiographisch so zum Ausdruck:

153 Oder gar eines Kulturministers, wie Steffen Raßloff meint. Vgl. Raßloff 2008, S. 89. Die heutige Staatsministerin ist ebenfalls nur nominell Ministerin. Daher gibt es immer wieder die Forderung, ein echtes Bundeskulturministerium zu schaffen und den Schritt der Bündelung und Kompetenzwahrnehmung im Kulturbereich auf Bundesebene konsequent weiterzuziehen. Im Übrigen hatte schon der Werkbund gehofft, es würde ein Reichskultusministerium entstehen, das sich umfassend aller Kulturfragen annimmt und seine Ideale umsetzt. Vgl. dazu Campbell 1989, S. 147.

154 Campbell 1989, S. 145.

»Wir hatten es in der Überzeugung getan, daß nun von den Vertretern der Macht im Staate und im Parlament die neuen Ideen, an deren Berechtigung wir glaubten, durchgesetzt würden und wirklich Neues entstünde.«¹⁵⁵

Die Künste stehen zwar auch heute noch im Zentrum von Kulturpolitik, doch hat sich deren Aufgabenverständnis erheblich erweitert; wir sprechen nunmehr von Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik und folglich von einer Querschnittsaufgabe des Staates und der Kommunen, nicht mehr von der Hegemonie der Tradition oder gar Kulturbolschewismus und dergleichen in Verunglimpfung bestimmter Ausdrucksformen. Nach der Phase der großen Ideologien dürfte die Frage obsolet sein, wessen Herrschaftsinteressen Kunst dient. Kulturpolitik fördert heute in aller Regel ohne inhaltliche Präferenz, es gibt weder ein liberal gemeintes, noch ein vereinnahmendes Kunstdiktat, wenn auch auf subtilere Weise etwa die Abstraktion in der jungen Bundesrepublik durchaus ideologische Züge trägt und letztlich immer eine gesellschaftliche »Kontamination« von Freiheit existiert, die einschränkend auf Produktion und Rezeption von Kunst und damit das berufliche Überleben von Künstlern wirkt. Es gibt heute einen Markt, der seinerseits Absurditäten produziert und jenseits politischer Einflüsse Positionen begünstigt, die etwas mit der Hybris von Kapital, Geltungssucht und dem Hang zum Spektakulären zu tun haben. Freiheit kann also nicht nur politisch eingeengt, sondern auch auf andere Weise von umfassender Entfaltung abgelenkt werden. Die Entwicklungsmöglichkeit eines Künstlers hängt immer vom gesellschaftlichen Rahmen und einer Ökonomie der Aufmerksamkeit ab.

Viele der Gegenstände von Kulturpolitik verfügen für sich genommen über eine lange Tradition, seien es Dichtkunst und darstellendes Spiel, bildnerisches Schaffen, Musik, Rhetorik oder Baukunst. Auch deren Einbindung in Herrschaft, Glaubenswelt oder Alltag, ihre spezielle Institutionalisierung und Vermittlung zur Formung von Gemeinschaft oder die Herausbildung einer letztlich autonomen Wertosphäre der Kunst, all diese Prozesse gewinnen eigentlich nur über historische Verfahren Gestalt und Erkenntniswert für heute.

Disziplinäre Erzählung – zirkuläre Erinnerung

Wie jedes andere Fachgebiet benötigt Kulturpolitik eine solide Geschichtsschreibung, genauso wie sie der Theoriebildung und Praxisreflexion bedarf. Kulturpolitik – dies belegen die bisherigen Zugänge und Verortungen – bleibt ein interdisziplinäres Feld, und dennoch strebt sie zu disziplinärer Entfaltung. Dies ist kein Widerspruch, sondern der Beleg dafür, dass Begründungsstrategien, Debatten, Methoden und Strukturbildungen im Kulturbereich, aber vor allem programmatische Begriffe und Topoi einer fachlichen Konsistenz und Erzählung bedürfen. Geschichte ist

155 Redslob 1972, S. 179.

nichts anderes als geordnete, systematisierte und damit letztlich normierte Erzählung, die den Diskurs über ein Themengebiet strukturiert und aktuelle Forschung grundiert. Geschichte verleiht somit ihrem Gegenstand eine gewisse Identität.

Diese Identität wird heute gleichwohl relativiert, weil in postmoderner Diktio- on Geschichte immer auch narrativ ist, mithin bestimmten Interpretationsmustern folgt. Geschichte erzählt also nie, wie alles wirklich gewesen ist, sondern sie bleibt stets eine Repräsentation.¹⁵⁶ Das kann man auch an der bisherigen Historisierung von Kulturpolitik zeigen: Durch ihre »Neuerfindung« in den 1970er Jahren der alten Bundesrepublik kreisen die kulturpolitischen Zugänge auch heute noch um Begriffe und Strategien, die durch das Leitmotiv der Demokratisierung geprägt sind. Da Kulturpolitikgeschichte bisher vor allem Zeitgeschichte geblieben ist, muss sie als unabgeschlossen gedacht werden, das heißt letztlich auch, dass es stets um die Einlösung der Versprechen dieser Neuausrichtung geht, diese einer fortlaufenden Überprüfung unterliegen. Daraus ergibt sich eine gewisse zirkuläre Erinnerung; größere Einordnungen, die Suche nach historischen Analogien oder die argumentative Verknüpfung mit Ereignissen vergangener Epochen erfolgen weitaus seltener. Pionierarbeit hat hier Bernd Wagner geleistet, der bis ins 19. Jahrhundert hinein sieben Jahrhunderte Begründungsgeschichte aufgearbeitet hat¹⁵⁷, eine bislang singuläre Arbeit. Typisch ist eher das Arbeiten mit Versatzstücken, von der Verbürgerlichung der Künste bis zur Kritischen Theorie. Alles kreist um und kommt meist zurück auf die Neue Kulturpolitik, die den Identitätskern dessen ausmacht, was heute die kulturpolitische Erzählung, ihr Narrativ ist. Das heißt nicht, dass es zu bestimmten kulturpolitisch relevanten Gegenständen bisher keine historische Forschung gegeben hätte, aber zumeist nicht aus der Perspektive einer sich konstituierenden Disziplin Kulturpolitik oder bezogen auf diese. Auch die Rezeption von Befunden dürfte bei Kulturpolitiker/innen in der Regel zufällig und selektiv ausfallen, es fehlt nicht zuletzt an Medien der Bündelung und Konzentration. Die Jahrbücher für Kulturpolitik tragen zumindest zur Abmilderung dieses Defizits bei, da sie immer auch Aspekte von Kulturpolitikgeschichte transportieren.

Geschichte als methodischer Gewinn

Kulturpolitikgeschichte in einem erweiterten und grundsätzlichen Sinne ist weitgehend Desiderat geblieben. Daraus ergeben sich unter anderem die folgenden methodischen und argumentativen Probleme:

- *Historische Semantiken von Grundbegriffen* kulturpolitischer Argumentation bleiben oft unerkannt oder führen mitunter zu einseitigen Debatten.

156 Vgl. White 1991.

157 Vgl. Wagner 2009.

- *Kontinuität und Wandel der Praxis* zu erkennen und zu unterscheiden, bedarf historischer Einordnungen, ebenso die Beantwortung der etwas engeren Frage,
- was ist wirklich neu, was ein Originalbeitrag, was lediglich Varianz? Damit ist das Feld der (historischen) *Vergleichsforschung* angesprochen.
- *Programmatik* ist keine beliebige Abfolge von Slogans. Das Arsenal kampagnefähiger Begriffe ist begrenzt und kreist um Ideen, die verstanden und zeitgemäß (re)aktualisiert werden müssen. Diskursgeschichte kann hier Beiträge liefern.
- Die *Emanzipationsgeschichte* der Neuen Kulturpolitik ist nicht der einzig mögliche Zugang zum Feld, er muss vielmehr selbst historisch gedeutet werden.
- *Gesellschaftliche Kontexte* prägen Kulturpolitik oder determinieren einen Korridor für eine Politik des Kulturellen oder Ästhetischen (ob real oder philosophisch-programmatisch); aus historischen Erkundungen ergeben sich Perspektiven auf die Wirksamkeit von Ideen, Akteuren oder Institutionen.
- Selbst auf *jüngere Zeitschichten* wird bisher zu selektiv, kaum systematisch zurückgegriffen. Dies betrifft vor allem die Kulturpolitik in der Weimarer Republik (etwa Reichskunstwart und neue Symbolpolitik) und in der DDR.
- *Geschichtskultur und mit ihr historische Erinnerung* und ihre Gestaltung bilden ein immer stärker werdendes Feld der Kulturpolitik. Kulturpolitik ist durch ihre Defizite in der eigenen Historisierung hierfür nicht hinreichend gewappnet. Von Gedenkstätten bis hin zur digitalen Archivierung etwa des audiovisuellen Erbes wird der Korridor überzeitlicher Reflexion – und damit die systematische Entscheidung für Bewahren oder Verwerfen bzw. die Konstitution einer historischen Erzählung, die stets selektiv ist – immer wichtiger.
- Da Zuwachs Grenzen hat, gewinnt der Begriff der *Transformation* an Bedeutung; er ist gewissermaßen der Zentralbegriff für neue Formen des Tradierens und Neuerfindens.¹⁵⁸ Ohne historische Perspektivierung ersticken wir in Traditionen und Zuwachs (»Kulturinfarkt«) oder treffen falsche Schwerpunktsetzungen. Geschichtsbewusstsein hilft letztlich auch entscheiden und begründen. Größere Zeiträume müssen in den Blick genommen werden.

Stärkere Herkunftsgewissheit kann die Möglichkeiten, sich in aktuelle Debatten einzubringen, schärfen. Auffällig ist, dass Debatten dann häufig an Fahrt gewinnen, wenn historisierende Theorieangebote oder Befunde aus anderen Disziplinen in kulturpolitischen Kreisen implementiert werden, gleich ob es philosophische, literaturwissenschaftliche, politologische oder vor allem soziologische sind. Wolfgang Fritz Haug, Peter Bürger, Klaus von Beyme, Gerhard Schulze oder Andreas Reckwitz mögen als bekannte Beispiele genannt sein. Auch verfassungsrechtliche Bewertungen dienen der Grundlagenbestimmung, vor allem was den öffentlichen Kulturauftrag angeht. Trotz der oft erratischen Diktion der Juristen lechzt hier

158 Vgl. Sievers, Föhl, Knoblich 2016 bzw. Knoblich 2018, S. 15ff.

die Kulturpolitik nach letzten Gewissheiten, wenngleich auch juristische Axiome oft zeitgebunden sind. So konzidierten die oft zitierten, der Bestimmung des öffentlichen Kulturauftrags entlehnten Leitsätze Udo Steiners einst keine Notwendigkeit für »kulturrechtlichen Nachholbedarf« bei Kulturfach- oder -fördergesetzen¹⁵⁹, was wir heute nach Erstarken des Bundes und der Länder sowie durch die Rolle des Einigungsvertrags gänzlich anders sehen. Inzwischen gibt es nicht nur immer mehr Spezialgesetze (Musikschul- und Bibliotheksgesetze etwa), sondern auch generalisierende Kulturgesetze wie das Gesetz über die Kulturräume in Sachsen oder das Kulturfördergesetz in Nordrhein-Westfalen, das sogar zu einem »Kulturgesetzbuch«¹⁶⁰, in Kraft getreten 2022, aufgewachsen ist.

Wie aber finden diese unterschiedlichen, selbst zu historisierenden Einflüsse auf die Kulturpolitik zu einer kohärenten Facherzählung? Kaum. Verfassungsrechtlich hat der Zwischenbericht der Kultur-Enquete diese Funktion übernommen, aber der finale Bericht, der in vielen Punkten auch multiperspektivisch erzählte Kulturpolitikgeschichte bedeutet, belegt noch einmal das Desiderat, Ordnung in die Zugänge und Erzählweisen zu bringen, um Orientierung, Klarheit, aber auch Stärkung des Feldes zu ermöglichen. Er läse sich besser und wäre treffender zu interpretieren, wenn es ein flankierendes Kompendium zur Begriffs-, Diskurs- oder Programmgeschichte gäbe. Eine Evaluation – nichts anderes war die Kultur-Enquete – kann keine historische Herleitung all ihrer Spezialthemen enthalten.

Historische Arbeiten haben aber immer eine hermeneutische Funktion, sie relativieren auch manches harte und überzeichnete Diktum, sie lassen Kurzsichtigkeiten und Zeitgeist hervortreten und bringen letztlich mehr Gelassenheit in die Debatte, wo wir immer wieder um die Legitimation von Kulturpolitik und Kulturförderung ringen. Allein, weil Kulturpolitik ein schwaches Politikfeld bleibt.

159 Vgl. Steiner 1984, S. 43.

160 Vgl. Kulturgesetzbuch Nordrhein-Westfalen 2022, <https://www.mkw.nrw/kultur/rahmen-d-er-kulturpolitik/kulturgesetzbuch-nordrhein-westfalen>.

2.5 Kulturpolitik als Kunst und Wissenschaft

Zehn Thesen über Schönheit und Wahrheit im Umfeld von praktischer Philosophie und philosophisch informierter Praxis

Eine Keynote für Oliver Scheytt¹⁶¹

Als Kulturpolitiker über Schönheit und Wahrheit zu handeln, mutet zunächst wie eine Stilübung an. Wann reden wir in der Kulturpolitik schon einmal über Schönheit und Wahrheit, Begriffe aus dem Reich der philosophischen Ästhetik, wenn die Kulturpolitik doch eher *pragmatisch* ausgerichtet ist, das heißt im Wortsinne »zum Handeln befähigt, praktisch, der Praxis dienend«? Noch dazu einer demokratischen Praxis, bei der jedermann mitredet.

Wir setzen, das betonen wir oft, lediglich Rahmenbedingungen, organisieren die Voraussetzungen für kulturelles Schaffen, ermöglichen Kunst. Wir enthalten uns meist der Bewertung, respektieren die künstlerische Autonomie, die nicht weit genug gehen kann, und die Selbstentfaltungskräfte der Kreativen. Sozialpolitisch flankieren wir dies mit dem Künstlersozialversicherungsrecht. Treten wir etwa in der Kommunalpolitik als Rechtsträger einer Kultureinrichtung auf, sorgen wir primär für deren organisationale und finanzielle Sicherheit, sind wir Zuwendungsgeber, begleitet uns das Verwaltungsverfahrensgesetz und wir drücken unsere Haltung zu Fördergegenständen in Form einer richtlinienbasierten Ermöglichungskulisse aus, die wir mit Hilfe der Expertise von Beiräten und Jürs ausdeuten lassen. Vielfalt und Verschiedenheit sichert uns dabei inzwischen das Völkerrecht auf Basis eines UNESCO-Abkommens. Wir etatisieren Mittel für jenes, was wir tragen oder fördern, und bestenfalls moderieren wir eine Kulturentwicklungsplanung, in der dies alles systematisiert und mit viel Beteiligung in eine gemeinsame, mehrheitsfähige Perspektive gebracht wird.

Sprechen wir Grußworte oder Laudationen, betonen wir Tradition, Innovation, Vielfalt und Wirksamkeit von Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch die Entfaltung bestimmter Zielgruppen, für die wir Vermittlung, Zugänge und Akzeptanz schaffen wollen. Wir stellen fest, dass auch kulturelle Märkte der Unterstützung bedürfen und die Kreativität durch alle Sphären der Gesellschaft zirkuliert. Inzwischen nennen wir das auch ästhetischen Kapitalismus und sehen die usurpatorischen Wirkungen eines »Kreativitätsdispositivs« (Reckwitz), das Kreativität auch zur Zumutung, Überanstrengung werden lässt. Schließlich bringen wir

161 Eine Version dieses Textes trug der Autor auf dem Symposium »Schöne Wahrheit – wahre Schönheit! Kulturpolitik als Kunst und Wissenschaft« am 14. April 2023 anlässlich des 65. Geburtstag von Prof. Dr. Oliver Scheytt im *Forum Kreuzeskirche Essen* vor.

jenes wortreich zum Strahlen, das die Kultur über die Notdurft unseres Lebens erhebt, denn sie ist auch Ausdruck von Werten, Erhabenheit und spezifischer Kommunikation, die auf die Gemeinschaft gerichtet sind. Dann ist Kultur der Kitt der Gesellschaft, ihr unverzichtbarer Bestandteil oder auch der Gegenpol zu Barbarei. Mit einem Hauch Sakralität verstricken wir unsere idiomatischen Wendungen, unsere Phraseologismen in eine beherzte Rede über aktuelle politische Themen, um am Ende zu danken für das Engagement jener, die gerade etwas hoch Relevantes zustande gebracht haben. Seien wir ehrlich: Geprüft haben wir es in der Regel nicht, oft lässt es sich gar nicht einfach überprüfen oder kausal ableiten. Und von ästhetischem Kapitalismus ist in Grußworten die Rede zumeist nicht. Kultur ist noch immer und mehr denn je – in den Worten Peter Rühmkorfs – eine »unmaßgebliche Schutzbehauptung«, und dennoch halten wir diesen schützenden Schild kraftvoll nach oben, da Kultur auf einen Nimbus offenbar gesellschaftlich angewiesen bleibt, sie scheint das Immer-Gute.

Ist das nun eine Form von Wahrheit? Oder die spezifische Schönheit von Kulturpolitik, die eine Geste ersehnter Heilung durch Kultur kultiviert? Selbst im ästhetischen Kapitalismus, der damit zum schönen Kapitalismus wird? Kehrt in dieser strukturell gewordenen Schönheit ein kurativer Begriff von Kulturpolitik wieder, Kulturpflege als das Kulturrege in allen Gliedern der Gesellschaft, das man unterschiedslos hegt? Ästhetisierung und Valorisierung aller Güter als Stillstellung einer kritischen Kunst? Skandalträchtig allenfalls die »Siegerkunst« (Ullrich) jener, die sich mit ihr distinguieren.

Wahrhaftigkeit noch: Dies wäre die Übereinstimmung von Aussage und Überzeugung. Damit ist der Kulturpolitiker/die Kulturpolitikerin im Bereich der Moral, der normativen Ethik angekommen, was heute ein extrem vermintes und überfrachtetes Gelände ist. Von uns wird schließlich auch erwartet, dass wir eine klare und positive Haltung zu allem gut Gemeinten einnehmen, mehr noch, dass wir Eindeutigkeit herstellen, wo im Grunde niemand mehr weiß, wohin die Reise geht. Wahrhaftig wäre daher allenfalls die Geste der Ratlosigkeit. Kulturpolitik droht indes erneut, einer affirmativen Kultur das Wort zu reden: nicht mehr wie bei Marcuse, indem sie einem idealistischen Eskapismus erliegt und gesellschaftspolitisch folgenlos ist, sondern indem ein Moralismus alles erdrückt, was von uns viel kritischer reflektiert und transformiert werden müsste. Wir wollen alles richtig machen, korrekt, eindeutig, anästhesiert. Dabei zerfällt uns die Gesellschaft in die Einzelteile ihrer Richtigkeiten – und oft auch Nichtigkeiten. – Ermöglichen also *und* alles schönreden? Das ist kulturpolitische Wahrheit und Wahrhaftigkeit?

Jetzt kommt die überraschende Wendung. Hinter dieser etwas defätistischen, praktische Routine und opportunistische Handlungsrationalität beklagenden Schilderung verbirgt sich eine frohgemute These – und ich will in meiner Keynote einige Thesen formulieren, um das Feld der heute zu führenden Debatte beherzt und unsystematisch aufzumachen, den kritischen Geist anzustacheln. Dabei blei-

be ich bewusst andeutungsreich und zugespitzt. Denn Oliver Scheytt wird man nicht mit einer schnöden Programmrede gerecht, er knackt gern die Nüsse vor der glatten Rede, wendet die Begriffe, Bezüge und Realitäten, um das Visionäre mit dem Möglichen zu greifen, es mit den oft sehr spröden Verfahren der Kulturpolitik in eine Schwebelage über den Boden der Tatsachen zu zwingen. Um dann einen kulturpolitischen Impuls zu setzen, der Geist und Muskelkraft überbindet – offenbar eine Tugend insbesondere des Ruhrgebiets. Er ist ein Theoretiker mit maximaler Bodenhaftung.

Doch heben wir zunächst dennoch etwas ab: Kulturpolitik als Kunst *und* Wissenschaft steckt die Horizonte für die philosophischen Begriffe Schönheit und Wahrheit ab: Es geht um unterschiedliche Qualitäten von Erkenntnis, Wahrnehmung und Verarbeitung. Diese betreffen die Gegenstände von Kulturpolitik genauso wie ihre Methoden. Kulturpolitik bedient sich beider und muss für beide resonanzfähig sein: Wissenschaft und Kunst. Doch zumeist sieht und verhandelt man sie eher indirekt, weil die gesamte Kulturpolitik – wie im Übrigen auch das Kulturmanagement – zwar inzwischen als Wissenschaft betrieben wird und Kunst gesellschaftlich exponiert, aber noch immer an der Verfertigung ihres disziplinären Fundaments arbeitet, und das bei voller praktischer Fahrt seit den frühen 1970er Jahren. Daher begreift man ihre Theoriebildung oft auch praxeologisch: We are doing culture. Baurechtlich gesprochen: vorzeitige Innutzugnahme. Doch das ist ihr Wesenszug, kein Mangel, sie ordnet ein weites Feld, das ihr immer einen Schritt voraus scheint. Schon frühzeitig meinte Hermann Glaser, die Praxis sei häufig so schlecht, weil ihr die Theorie fehle. Das erscheint vor meinem theoretischen Hintergrund etwas pädagogisch, vielleicht sollte es besser heißen: Die Theorie fehlt häufig, weil sie sich der Praxis zu zögerlich entringt und daher nicht schnell genug auf diese zurückwirken kann. Dann wäre es eher ein Problem des Taktes. Inzwischen sind wir im Ganzen einen Schritt weiter, sagen wir: bei einer Teilbaugenehmigung. Noch immer aber scheint das Politikfeld Kultur in einer explorativen Selbsterfindung begriffen, entwächst nur allmählich und diskontinuierlich der reflexionswissenschaftlichen Phase. Wenn das Gebäude fertig ist, werden wir die längste Zeit ohne Genehmigung gebaut haben, weil der Bauplan parallel zur Praxis entstand – und sich die Praxis häufig selbst genügt. Aber keine Sorge, wir werden nicht fertig. Und hier kommt wieder Hermann Glaser, diesmal mit seinem oft bemühten Bild von Sisyphos als glücklichem Menschen.

Sie werden noch immer auf die frohgemute erste These warten. Hier ist sie:

1. Die gute Praxis macht uns gut, nur Mut und Vertrauen! Es gibt noch keine »Theorie der Kulturpolitik«, lediglich Zugänge, Umkreisungen, Systematisierungen von Programmatik und Anwendungsgeschichte. Mit allem, was wir gut und vor allem kritisch tun, tragen wir im Sinne des genannten praxeologischen Verfahrens unmittelbar dazu bei, die Identität von Kulturpolitik weiter zu

formen. Praxis wirkt hier für die Wissenschaft, zudem in besonderer Weise kasuistisch. Vieles läuft, wie es läuft, weil wir noch immer Pioniere sind. Fragen Sie die Menschen draußen, was Kulturpolitik ist. Jeder und jede hat konkrete Bezüge zur Sphäre der Kultur, aber kaum jemand überbindet diese mit einer gesellschaftspolitisch gestaltenden Idee. Große Ideen, etwa die vom Neuen Menschen, sind nach unseren Diktaturerfahrungen auch fragwürdig geworden. Wir arbeiten seit Jahrzehnten hart an einer Wertebasis, aber der ideale Fortschritt ist eine Schnecke, wenn er nicht vom starken Staat zur Ideologie geschmiedet wird. Zwischen Verfassungspatriotismus und Leitkultur sind wir steckengeblieben; heute heißt es »radikale Vielfalt« und »Desintegriert Euch!« – positiv klingende Auswege aus exkludierenden Ganzheitsphantasien, aber auch Elemente einer »Krise des Allgemeinen« (Reckwitz), aller Klugheit Max Czolleks zum Trotz.

2. Eine zweite These direkt im Anschluss daran und als Reverenz an Oliver Scheytt: Die wissenschaftliche Bestimmung von Kulturpolitik in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung findet ihr praktisches Agens in einem zeitgemäßen Leitbild des Kulturstaats. Dieses Leitbild verkörpert das Gegenteil des starken Staates und lässt sich nicht nur in Handlungsmaximen ausdeklinieren, die alles Obrigkeitliche historischer Vorläufer negieren, es sollte auch seinen Ausdruck finden in einer Staatszielbestimmung im Grundgesetz. Der Kulturstaat erst erlaubt gerichtetes Wirken, auch weil er z.B. die Zivilgesellschaft zur Entfaltung treibt und auf gute Governance setzt. Das ist – auch im Ausdruck einer Staatszielbestimmung – keine rhetorische Formalie, es ist etwas Grundlegendes, auch wenn sich daraus nichts individuell Einklagbares und auch nicht mehr Geld ergibt. Was im Einigungsvertrag steht (Kulturstaat), sollte im Grundgesetz auch stehen, das hat nicht zuletzt mit der »Schönheit« von Verfassungskultur zu tun. Aber ich muss das hier nicht näher ausführen und verweise auf das Buch Oliver Scheytts »Kulturstaat Deutschland«. ¹⁶² Kulturstaat und gute Praxis bilden also eine Einheit.
3. Die Gegenstände von Kulturpolitik legen nahe, dass sowohl die Erkenntnisqualitäten der Wissenschaften wie auch die der Kunst das Feld konstituieren. Im Zentrum der Kulturpolitik stehen die Künste; sie speisen das bildhafte Denken in die Kulturpolitik ein. Wer die Welt der sinnlichen Erscheinungen, insbesondere der ästhetischen Kultur, institutionalisieren, fördern und Strömungen ihrer Entwicklung erkennen will, kann sein Feld nicht allein auf Basis des begrifflichen Denkens bestellen. Schon im ältesten Systemprogramm des deutschen Idealismus heißt es: »Ohne ästhetischen Sinn kann man nicht geistreich sein«. ¹⁶³ Und wenn nach Hegel das Schöne das sinnliche Scheinen der Idee ist, muss der

162 Vgl. Scheytt 2008, S. 94ff.

163 Vgl. Bubner 1973, S. 263–265.

Kulturpolitiker die Welt der Ideen und ihre Emanationen auch irgendwie erfassen können. Auch in der materialistischen Spielart der Ästhetik geht es um eine Widerspiegelung von etwas, hier der objektiven Wirklichkeit, nicht der Idee. Georg Lukács bietet sogar eine Formel, die für die epistemologische Grundlage kulturpolitischen Handelns stehen könnte. Er schreibt: »Wissenschaftliche und ästhetische Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit sind im Laufe der geschichtlichen Entwicklung sich herausbildende, immer feiner differenzierte Formen der Widerspiegelung, die ihre Grundlage wie ihre letztthinnige Erfüllung im Leben selbst findet.«¹⁶⁴ Wissenschaft und Kunst hängen also eng zusammen, in der Kulturpolitik kreuzen sich beide Formen der Aneignung von Wirklichkeit in besonderer Weise, weil dort das Leben es im Speziellen erfordert, nämlich das kulturelle Leben.

4. Die ästhetische Freiheit birgt eine ungeheure Kraft. »Sie ist als Freiheit des Spiels [...] Freiheit vom Gesetz, von der Normativität«, schreibt Christoph Menke.¹⁶⁵ Schiller meinte, der Mensch sei nur da ganz Mensch, wo er spielt. In diesen Freiheits- und Spielapothosen steckt der Möglichkeitssinn, der der Wirklichkeit vorausgeht. Er spielt über die Künste hinaus für Kreativität generell eine vitale Rolle und konstituiert gleichsam den gesellschaftspolitischen Anspruch der Kulturpolitik. Sie ist ja nicht deshalb gesellschaftspolitisch relevant, weil sie Ordnungspolitik betreibt, also die Kultur aufräumt, sondern weil sie Potenziale sichtbar macht, kommuniziert und Gemeinschaft stiften möchte. Daraus kann und soll Neues entstehen. Kulturpolitik verwaltet nicht, sie ist *Movens* von Veränderung – heute hoffentlich von Transformation. Oft genug, das zeigte ich anfangs, bleibt sie auch Bestandteil von Pfadbindung, Bestandsverwaltung. Wenn wir gut sein wollen, folgen wir unserem Reformimpuls, der die Neue Kulturpolitik einst hervorgebracht hat. Von der »Wiedergewinnung des Ästhetischen« handelte einst eines der wichtigsten Bücher zur Kulturpolitik, es erschien 1974;¹⁶⁶ die Ästhetik war eine Schlüsseldisziplin für die junge Kulturpolitik. Wir sprachen also schon einmal mehr über Schönheit oder besser: das sinnliche Aneignungsvermögen! »Mit der Kunst Freiheit zu geben durch Freiheit« (Schiller), ist im Übrigen hoch politisch, keine Weltflucht.
5. Wahrheit in der Kunst muss als eigener, spezifischer Wahrheitsanspruch gesehen werden. Er »ist an ihren eigenständigen Erkenntnisgehalt gebunden«, schreibt Michael Franz.¹⁶⁷ Dieser ist auch nicht statisch, sondern wir müssen immer wieder danach fragen, wie Kunstwerke in der Wirklichkeit funktionie-

164 Lukács 1987, Bd. 1, S. 28.

165 Menke 2013, S. 155.

166 Vgl. Glaser/Stahl 1974.

167 Franz 1984, S. 7.

ren, sie spiegeln sie nicht ein für alle Mal nur wider.¹⁶⁸ Hier kommt auch die Geschmacksbildung ins Spiel. Nach Alexander Gottlieb Baumgarten ist Geschmack die Fähigkeit, mit den Sinnen zu urteilen.¹⁶⁹ Die ästhetische Wahrheit scheint folglich gebunden an die Befähigung jener, die sie gewinnen sollen. Ästhetische Urteilskraft – das wissen wir nicht erst seit Pierre Bourdieu – wird sozial determiniert. Und hier ist Kulturpolitik als Kulturvermittlung, Kulturelle Bildung und letztlich auch Sozialpolitik gefragt.

6. Schönheit ist – historisch betrachtet – ein Sehnsuchtsbegriff der Ganzheit, der Wahrnehmung und Subjektivität zu fassen und erkenntnistheoretisch aufzuwerten versuchte. Dabei ist uns inzwischen die Schönheit abhandengekommen: »Die Ästhetik im 20. Jahrhundert ist weitgehend ohne die Begriffe Schönheit und des Schönen ausgekommen«, schreibt Renate Reschke im *Lexikon der Ästhetischen Grundbegriffe*. »Deren ursprüngliche, wenn auch ambivalente philosophische Substanz vermochte kaum mehr, die Kunst- und Realprozesse adäquat zu reflektieren.«¹⁷⁰ Wenn ästhetische Schönheit aber auch »Einheit in der Vielheit« bedeutet, worauf Gerhard Schweppenhäuser hinweist¹⁷¹, und damit an das »In-sich-selbst-Vollendete« des über Kunst sinnierenden Philosophen Karl Philipp Moritz erinnert, bleibt uns zumindest der Ansatz eines bestimmten Strebens nach sinnlich evidenter Ordnung, die man auch im Disparaten, Hässlichen oder Dekonstruierten finden kann. Und uns bleibt die linke Tradition der Kunst als Kritik der Entfremdung; diese kippte um 1968 in die Kulturpolitik, indem sie eine gestaltende wurde, Kritik förderte und Kultur an die Basis der Gesellschaft verlegte: *Culture is ordinary*. Kein transzendierendes Ur-Ganzes. Durch die Schönheit verläuft ein Riss, aber dennoch gibt es weiterhin das Ästhetische und die Kraft seiner Erkenntnisqualität, die *neben* der Rationalität rangiert.
7. Zur praktischen Philosophie, die ich hier bemühen möchte, gehört als größter Teilbereich die Ethik. Diese streift die siebte These: Je liberaler die Gesellschaft, desto drastischer ihre Tabus. Die Kräfte, die Aufmerksamkeiten, Selbstentfaltungsspielräume und Emanzipationsmöglichkeiten ausleben, bekämpfen den Nährboden, der sie hervorbrachte, weil er auch die Geschichte ihrer Verhinderung in sich trägt – und als Zone des Allgemeinen immer auch exkludiert. Eine vollkommen inklusive Gesellschaft wäre keine Gesellschaft, sie wäre der Totalitarismus ihrer Teile, die aneinandergereiht ein Ganzes verhindern. Françoise Jullien sagt »Es gibt keine kulturelle Identität«, Aleida Assmann plädiert für die Wiedererfindung der Nation, ein starkes Identitätsgefäß. Größer könnte die

168 »Ästhetische Evidenz ist nicht außergesellschaftlich. Sie ist immer relativ zu einem kulturellen Kontext.« (Franz 1984, S. 249)

169 Vgl. Baumgarten 1988.

170 Reschke 2003, S. 390.

171 Vgl. Schweppenhäuser 2007, S. 63f.

Spannweite heutiger Erwartungen an ein Kulturgebilde nicht sein.¹⁷² »Einheit in der Vielfalt« ist nicht nur eine ästhetische Kategorie, sondern auch eine gesellschaftliche Fassungsformel: Wir brauchen eine Ethik der Überbrückung, eine »Schönheit der Identität«, die nicht die alte Ganzheitssehnsucht sein kann, aber auch nicht die defragmentierte Gesellschaft. Kultur scheint mir immer das Geteilte, dennoch ein Gefäß.

8. Wahrheit in der Kulturpolitik bedeutet auch handlungsbereite Einsicht in die Tatsachen sowie konzeptionelle Gestaltung dieser. Wir leben bekanntlich in einer Zeitenwende; diese ist empirisch greifbar, aber auch politisch postuliert, sie hat diese zwei Seiten. Man kann sie wissenschaftsbasiert bearbeiten und der Praxis entsprechend umgestalten. Ihre Haupttreiber sind Globalisierung, Klimawandel, Migration und Digitalität, aber freilich auch politische Konflikte auf dieser Welt, die sich schlimmstenfalls mit Gewalt entladen. Sie bestehen momentan vor allem an der Nahtstelle von Demokratie und Autokratie. Trotzdem sind wir stark befangen in Routinen, finden Wahrheit in der Fortsetzung bequemer Pfade. Wir haben schon einige Versatzstücke von Antworten und Strategien: Wohlstands- und Konsumwende, Nachhaltigkeit, Resilienz etwa, die wir über eine transformatorische Politik gestalten wollen. Transformation geschieht ohnehin und verläuft ungerichtet, wir müssen sie allerdings stärker fassen. Uwe Schneidewind spricht folgerichtig von der Kunst der Transformation. Wahrheit in unserem Kontext hieße, Kulturpolitik konsequent transformatorisch und konzeptbasiert anzugehen, da wir Wirkungen erzielen müssen, die Zukunftsfähigkeit sichern. Kulturpolitik verstehe ich hier gern als Kunst der Transformation, aber auch als Wissenschaft im Sinne systematischen Vorgehens auf der Basis vorliegender Befunde. Sinnlichkeit, künstlerische Fertigkeit und Verstand sind gefordert.
9. Wahrhaftig sind wir in der Kulturpolitik, wenn Aussage und Überzeugung übereinander gehen. Dazu benötigen wir glaubhafte Geschichten, die auch andere überzeugen, eine Narration, die unsere Handlungszwänge mit Sinn, Mut und Lust auflädt. Wahrheit und Schönheit sind ihr Bestandteil. Schönheit vielleicht insofern, als wir Gaia als neue/alte Ganzheit begreifen können; im Anthropozän, das der Mensch als inzwischen geologische Kraft prägt, wird die Unterscheidung zwischen Natur und Kultur hinfällig – das ist auch eine Chance, Ökologie einmal ganzheitlich zu denken, als Natur- und Kulturökologie, in der der Mensch Teil von etwas ist, sich in eine Welttotalität einbettet. Dies wäre eine innerweltliche Erlösung, die die Zweckdienlichkeit aufhobe, die auf uns gerichtet ist. Eine neue »Kulturpolitik der Anpassung« wäre eines ihrer Instrumente, nicht eine des Wachstums und der Verfügbarmachung von Welt (Rosa). Wahrhaftigkeit muss münden in eine neue programmatische Denkfigur unserer Zeit;

172 Jullien 2007; Assmann 2020.

alles andere wäre die Fortsetzung eines westlichen Kulturmodells, das zulasten anderer geht und am Ende auch gegen uns gerichtet ist. Hier ließe sich übrigens an Oliver Scheytts »aktivierenden Kulturstaat« anschließen, insofern dieser auf allen Akteursebenen Impulse für einen Wandel als Chance, nicht als Niedergang in Verzicht und Reduktion senden könnte – und wohl auch müsste. Gute Beispiele, etwa seitens der *Kulturstiftung des Bundes* oder einiger Kulturverbände, gibt es ja bereits.

10. Schließlich doch meine Beantwortung der Frage: Lässt sich Kulturpolitik als eine besondere Form von Wissenschaft und Kunst verstehen? Nein, sie wird vielmehr von beiden konstituiert, da sie mit unterschiedlichen Erkenntnis- und Repräsentationsformen arbeitet. Sie kann wissenschaftlich betrieben werden, wird aber nicht selbst zur Kunst, allenfalls kunstfertig. Und damit sind wir wieder auf dem Weg zu ihrer Verfertigung bei gleichzeitiger Anwendung. Was nicht dazu verleiten sollte, sie als Angewandte Kunst misszuverstehen. Im Bereich der Soziokultur kokettierten wir einmal mit einem Orden für gute Praxis und Politik in diesem Feld und sinnierten über ein »getöpferes Vollkornbrötchen am Bande«. Wo Kulturpolitik, und sei es in der Anerkennungskultur, ins Kunsthandwerkliche abgeleitet, wird sie grotesk.

Mit Adorno verlege ich den Wahrheitsbegriff einmal rhetorisch in eine unbestimmte Zukunft: »Am Ende ist Hoffnung, wie sie der Wirklichkeit sich entringt, indem sie diese negiert, die einzige Gestalt, in der Wahrheit erscheint.«¹⁷³ Aber wahrhaftige Kulturpolitiker können wir dennoch sein! Hoffen und Handeln sind keine schlechten Rahmensetzungen.

173 Adorno 1994, S. 123.

3. Kulturpolitische Resonanzen und Dissonanzen

3.1 Warum Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz gehört

Das Thema ist nicht neu und auch keines nur für die kleine Kaste der Kulturverfassungsexperten. Es zieht sich schon Jahrzehnte durch die Debatten über das Verhältnis des Staates zur Kultur – das vor allem aufgrund der nationalsozialistischen Vereinnahmungspolitik ein vorbelastetes ist. Hier galten zudem Hitlers Direktiven oder Erlasse mehr als staatlich verbrieftes Recht. Überhaupt war die Kulturpolitik in der NS-Zeit ein widersprüchliches Feld, auf dem auch konkurrierende Vorstellungen existierten.¹ Folglich konzentrierte man sich 1949 auf die Freiheit der Kunst² (Art. 5 Abs. 3 GG), die auch ein Abwehrrecht gegen den Staat und das Handeln seiner Exponenten ist und die nach der späteren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes einer ungeschriebenen Kulturstaatszielbestimmung gleichkommt. *Im Prinzip* ist Deutschland ein Kulturstaat. Deutlicher werden wollte man seinerzeit nicht, auch natürlich mit Blick auf die Kulturhoheit der Länder, den Kulturföderalismus. Aber reicht diese indirekte Form tatsächlich aus, ist sie zeitgemäß? Wäre eine Explikation mehr als nur folgenlose Kosmetik? Wichtiger noch scheint mir die Frage: Wie halten wir es mit der Klarheit unserer Grundsätze? Unklare Antworten beginnen oft mit der Einschränkung: »Im Prinzip ja.« Oft folgt dann ein Aber oder es wird kompliziert.

Klares Votum der Kultur-Enquete

Im Kontext der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« entstand eine große und hoffnungsvolle Bewegung, zur kulturellen Staatszielbestimmung einen neuen Artikel 20 b ins Grundgesetz aufzunehmen, der lauten sollte: »Der Staat schützt und fördert die Kultur.«³ Dieser wäre Artikel 20 a gefolgt, der proklamiert: »Der Staat

1 Vgl. Reichel 1993, S. 83 ff.

2 Fast wie in der Weimarer Reichsverfassung (Art. 142), dort allerdings ist zudem von Schutz und Pflege die Rede, die der Staat gewährt (vgl. Blanke 2003, S. 269).

3 Vgl. Deutscher Bundestag 2008, S. 89ff.

schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere ...«. Über die Reihenfolge ließe sich vielleicht streiten, aber vom grundlegenden Anspruch her besteht kein Zweifel an einer Passfähigkeit, Natur und Kultur in die Obhut staatlichen Handelns zu stellen. Und sich klar zu einer Kulturstaatlichkeit zu bekennen, die mehr ausspricht als eine Haltung zur Freiheit der Kunst. Im Übrigen dauerte die politische Debatte über Umwelt- und Tierschutz sehr lange an und führte erst 1994 bzw. 2002 zu einer Änderung des Grundgesetzes. Insofern ist es zu begrüßen, dass nach dem letzten, leider gescheiterten Anlauf der Kultur-Enquete eine Petition angeschoben wurde, wenn bisher auch ohne maßgeblichen Einfluss.⁴ Sie bezieht sich interessanterweise am Eingang der Argumentation genau auf die Klarheit der Haltung: »Kunst und Kultur können nur frei sein und ihre gesellschaftliche Aufgabe erfüllen, wenn ihnen die dafür notwendige Achtung und Akzeptanz auf bundespolitischer Ebene entgegengebracht wird.« Achtung und Akzeptanz verlangen nach einer Ausformulierung, die wir auch in den meisten Länderverfassungen vorfinden. Freilich gibt es bereits Achtung und Akzeptanz durch Strukturen (BKM), Förderung und neue Förderinstanzen mit bundesweiter Wirkung sowie Proklamationen aller Art – außer eben im Grundgesetz.

Vom Klima kultureller Autonomie zum Staatsziel

Ferner sprechen die Petenten von Kunst *und* Kultur bzw. davon, dass die *Kultur* ins Grundgesetz gehöre. Natürlich verbirgt sich dahinter die seit Verabschiedung des Grundgesetzes inzwischen erfolgte Erweiterung des Kulturbegriffs und des Geltungsbereichs von Kulturpolitik. Wir sprechen im Gegensatz zu den Vätern des Grundgesetzes selbstbewusst von Kulturpolitik, während sogar die Kulturpolitiker der ersten Stunde wie etwa Theodor Heuß aufgrund ihrer Erfahrungen mit Begriff und politischer Praxis haderten: »Vielleicht ändert man die Fragestellung und sagt statt ›Kulturpolitik‹ ›Kräfte und Grenzen einer Kulturverwaltung‹; das Machtpolitische tritt dabei zurück.«⁵ Überall blitzt eine Scheu auf, Kultur und Staat in eine engere, vor allem förderliche Beziehung zu setzen. Das Bundesverfassungsgericht erst hat den staatlichen Kulturauftrag interpretativ entlehnt, aus der zeitbedingten Diktion der Normative herausgelesen. Stimmen, die dies kritisch sehen, gibt es schon länger. So hat der Staatsrechtler Udo Steiner 1984 festgestellt, dass Art. 5 Abs. 3 »kein Generalgrundrecht der Kulturfreiheit« sei und auch kein Verfassungsauftrag zur Förderung ausgeführt werde. Er spricht indes vom verfassungsseitig erzeugten

4 Kultur ins Grundgesetz (2020/2021): Petition Kultur ins Grundgesetz, <https://www.kulturinsgrundgesetz.de>.

5 Heuß 1951, S. 18.

»Großklima« der kulturellen Autonomie«, von dem auch andere Praxisformen profitierten.⁶

Eine konsequente verfassungsrechtliche Zurückhaltung also – wäre da nicht der Einigungsvertrag, der bei der Proklamation der deutschen Wiedervereinigung wie selbstverständlich vom Kulturstaat spricht und sich der Kraft der Kultur für die Einheit der Nation versichert, die daher in den Jahren der Teilung unzerstört geblieben sei. Und der von »kultureller Substanz« (Art. 35 Abs. 2 EV) handelt, die es mit staatlicher Fürsorge zu erhalten gelte. Im Übrigen eine Legitimation für staatliches Handeln des Bundes in vorher ungeahntem Ausmaß. Hätte man hier etwas anderes geschrieben und die Interpretation dem Bundesverfassungsgericht überlassen, wäre vieles durch Zeitablauf verloren gegangen. Größer also könnte die Diskrepanz zwischen Zurückhaltung bei der Neuerfindung des demokratischen Rechtsstaats und Staatsermächtigung bei der Überwindung der Folgen des Systemkonflikts nicht sein. Man müsste meinen, dass sich seit 1990, spätestens 1998 (Etablierung BKM) ein angemessenes Verhältnis zur Rolle des Bundesstaates in Kulturfragen eingestellt haben sollte. Vom Einigungsvertrag, der selbst höchstrangiges Recht, also verfassungsrechtlichen Charakter verkörpert, gingen wichtige Impulse zur Erneuerung des deutschen Verfassungsrechtes aus. Wie wir wissen, blieb es bei dem als Interim gedachten Grundgesetz; die vollmundigen Ausführungen zur Rolle der Kultur wurden nicht in eine Novelle des Grundgesetzes eingebracht – leider.

Zwischen Bagatellangst und überhöhten Erwartungen

Woher rührt die offenbare Skepsis? Da ist der einsichtige Vorbehalt, das Grundgesetz nicht zu häufig ändern zu wollen bzw. nicht zu viele neue Aspekte zu verankern und es damit auch zu verwässern. Der Stolz auf diesen Verfassungstext ist nachvollziehbar, wir haben ihm viel zu verdanken. Wir erinnern uns, dass etwa auch der Sport als Staatsziel angestrebt wurde – viele andere gesellschaftliche Akteure erwarten sich unmittelbare Effekte aus einer Verfassungsnorm. Im engeren Sinne dürfte aber auch eine Rolle spielen, dass Kultur als Elementarbegriff sehr weit erscheint und falsche Erwartungen wecken könnte. Schließlich rührt die wohl entscheidende Skepsis daher, dass man durch einen neuen Artikel keine Veränderung erwartet und das Grundgesetz dazu »erniedrigt« würde, etwas Allbekanntes lediglich klarzustellen.

In der Tat: Subjektiv einklagbare Rechte ergeben sich aus einem Kulturartikel nicht, und es wäre auch eine Klarstellung – eine, für die man den rechten Zeitpunkt verpasst hat. Trotzdem halte ich sie für sinnvoll und erforderlich, denn es macht einen Unterschied, ob man sich bei der Begründung von Gesetzen, Ermessensentscheidungen oder gerichtlichen Abwägungsprozessen auf das Bundesverfassungs-

6 Steiner 1984, S. 14.

gericht bezieht, das (historische) Interpretationshilfe leistet, oder (endlich) der Kultur das vornehme Recht zugesteht, diesen Staat maßgeblich zu bestimmen und *expressis verbis* im Ersten Text genannt zu sein. Im Einigungsvertrag wird zu Recht auf Deutschlands Bedeutung als Kulturstaat verwiesen, die neben sein politisches und wirtschaftliches Gewicht tritt, wenn es um seine Geltung in der Welt geht. Müssen wir uns – Stichwort Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen – nicht darauf einstellen, bei der weiteren Globalisierung unsere Besonderheiten für uns und alle anderen klar, deutlich, unmissverständlich zu formulieren, um dann darauf Bezug nehmen zu können? Und mit welcher Klarheit begegnen wir jenen, die zunehmend die Grundfesten unseres demokratischen Gemeinwesens angreifen, es schwächen und nach Unstimmigkeiten suchen?⁷ Klarheit in der Verfassung scheint da angebracht.

Diese Forderung unterscheidet sich auch deutlich von jener, Kultur zur Pflichtaufgabe zu erheben. Hier ist ohne Spezifizierung nichts gewonnen. Außerdem: Wenn alles Pflicht ist, vermehren sich die Finanzmittel dennoch nicht. Wichtiger wäre es, gesetzliche Flankierungen zu schaffen oder diese zu verbessern, stringente Kulturkonzepte oder -entwicklungspläne zu erarbeiten und umzusetzen sowie im Bereich der Pflichtaufgaben oder im übertragenen Wirkungskreis Standards zu setzen, also begrenzend zu wirken. Und – gleichsam als Appell an Bund und Länder – das Konnexitätsprinzip ernster zu nehmen und die Haushaltsmittel für dort beschlossene Aufgaben den Kommunen angemessen bereitzustellen. Dann können wir bei der Systematik bleiben, denn sie macht auch Sinn: Freiwillige Aufgaben beinhalten die Freiheit, regional und örtlich zu entscheiden, was genau man fördert oder als Kultureinrichtung trägt. Das Ob steht ohnehin nicht in Frage: Kultur ist Länder- und kommunale Aufgabe, nur müssen insbesondere die Kommunen leistungsfähig genug sein.

Die Debatte dreht sich im Kreis, während die Sache selbst längst entschieden ist: Deutschland ist ein Kulturstaat, weil es sich als Kulturstaat versteht und als Kulturstaat handelt. Das Grundgesetz gibt dafür bereits die Richtung vor. Im bekannten »Schallplattenurteil« des Bundesverfassungsgerichts von 1974 heißt es zum Beispiel: »Art. 5 Abs. 3 GG enthält zunächst [...] ein Freiheitsrecht für alle Kunstschaffenden und alle an der Darbietung und Verbreitung von Kunstwerken Beteiligten, das sie vor Eingriffen der öffentlichen Gewalt in den künstlerischen Bereich schützt. Die Verfassungsnorm hat aber nicht nur diese negative Bedeutung. Als objektive Wertentscheidung für die Freiheit der Kunst stellt sie dem modernen Staat, der sich im Sinne einer Staatszielbestimmung auch als Kulturstaat versteht, zugleich die Aufgabe, ein freiheitliches Kunstleben zu erhalten und zu fördern.«⁸

7 Vgl. Brosda 2020a, S. 59ff.

8 BVerfGE 36, 321. In diesem Fall war Verfassungsbeschwerde dagegen eingelegt worden, dass der Umsatz von Schallplatten dem vollen Mehrwertsteuersatz unterliegt, während bei an-

Kulturstaat im Einigungsvertrag

Darüber hinaus hat sich das Verfassungsrecht in Fragen der Kulturpolitik seit 1990 maßgeblich weiterentwickelt. Dies begann noch in der DDR: So hatte bereits der Runde Tisch im April 1990 einen Verfassungsentwurf mit einer Präambel von Christa Wolf vorgelegt, in dem es in Artikel 20 heißt: »(1) Die Kunst ist frei. (2) Das kulturelle Leben sowie die Bewahrung und Vermittlung des kulturellen Erbes werden gefördert. In den Haushalten des Bundes, der Länder und der Träger der Kommunalautonomie sind die dafür erforderlichen Mittel vorzusehen.«⁹ Diese Verfassung wurde allerdings von der Volkskammer knapp abgelehnt, da bereits das Fieber einer schnellen deutschen Einheit grassierte und auch auf Druck Bonns der Beitritt der DDR zum Grundgesetz nach Artikel 23 GG rasch auf die Tagesordnung gefunden hatte. Dies vereitelte eine Einheit nach Art. 146 GG, zu der auch die Erarbeitung einer neuen und vom Volk beglaubigten Verfassung gehört hätte. Die Umstände dieser Einheit zu diskutieren und abzuwägen, kann an dieser Stelle nicht erfolgen.¹⁰

Die Rolle der Kultur im späten Verfassungstext der DDR hatte nicht nur durch das Wirken von Schriftstellern und Künstlern während der friedlichen Revolution ein besonderes Gewicht reklamiert (denken wir neben der bereits erwähnten Christa Wolf auch an Stefan Heym oder Kurt Masur), sie hatte in der DDR als Kulturstaat schon besonderes Gewicht, natürlich im Prozess der »sozialistischen Kulturrevolution«, aber auch in der Erbpflege.¹¹ Im Einigungsvertrag dann, Art. 35, heißt es: »In den Jahren der Teilung waren Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation. Sie leisten im Prozess der staatlichen Einheit der Deutschen auf dem Weg zur europäischen Einigung einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag. Stellung und Ansehen eines vereinten Deutschlands in der Welt hängen außer von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ebenso von seiner Bedeutung als Kulturstaat ab.« Wenn sich in einschlägigen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts Deutschland lediglich als Kulturstaat *versteht*, ist es im Einigungsvertrag nun explizit *als ein solcher benannt*. Das 1990 entstandene Deutschland, das maßgeblich auch über seine kulturelle Identität Einheit, Bedeutung und Nimbus beansprucht, setzt neue Impulse, die im Übrigen und als Folge auch zur Neuordnung der Bundeskulturpolitik führten. Dies

deren Lieferungen und Leistungen im Kulturbereich teils Steuerermäßigung, teils Steuerbefreiung gelten.

- 9 Entwurf Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Arbeitsgruppe »Neue Verfassung der DDR« des Runden Tisches, http://www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html#I (Zugriff vom 02.06.2024).
- 10 Vgl. weiterführend Rödder 2009, S. 279ff.
- 11 Vgl. beispielsweise Hanke, Rossow 1977, S. 5–108; Haase u.a. 1986.

nicht zuletzt deshalb, weil aus dem proklamierten Substanzschutz der ostdeutschen Kulturlandschaft besondere Ermächtigungen der Bundesebene abgeleitet wurden.

Stärkung der Bundeskulturpolitik und des Kulturföderalismus

Sichtbarster Ausdruck dessen war die Einführung eines/einer *Beauftragten für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt* 1998 mit der Bündelung bis dahin verstreuter Zuständigkeiten für Kultur im Bund, ein Amt, das sich seitdem entwickelt und in seiner finanziellen Ausstattung erheblich ausgedehnt hat. Auch die Gründung einer *Kulturstiftung des Bundes* im Jahr 2002 gehört in diesen Kontext, sie geht zurück auf eine Idee von Günter Grass, die zunächst zur Gründung der *Kulturstiftung der Länder* führte und späterhin den Gestus schützenswerter und förderwürdiger Kultur von gesamtstaatlicher Bedeutung (in alter Diktion war das der Schutz nationaler deutscher Kultur) neu kanalisierte. Nicht von ungefähr keimte die Bestrebung auf, die beiden Stiftungen zusammenzuführen.

Klarer und deutlicher kann man wohl den Weg kulturstaatlicher Entwicklung nicht zeichnen. Er steht auch nicht im Widerstreit zum Kulturföderalismus, der seinerseits – das zeigen die meisten Länderverfassungen – vom Staatsziel Kultur geprägt ist. Das Länderverfassungsrecht hat in Kulturfragen seine stärksten Impulse vom Osten Deutschlands empfangen, was das Gewicht des Einigungsvertrages, der höchstes und fortgeltendes Recht darstellt und damit neben dem Grundgesetz steht (Art. 45 Abs. 2 EV), noch steigert. Die ostdeutschen Länder fördern überdurchschnittlich die Kultur und traten durch innovative Kulturgesetzgebung hervor (Gesetz über die Kulturräume in Sachsen, Gesetz über die Errichtung des Sächsischen Kultursenats, Gesetz zur Förderung der Musikschulen im Land Brandenburg), lange bevor dies im westlichen Bundesgebiet Nachahmung erfuhr.

Es wäre folgerichtig und im Geiste der deutschen Einheit nicht nur nobel gewesen, das Grundgesetz gemäß Art. 35 EV zeitnah anzupassen. Überhaupt hätte man in Verfassungsfragen zu diesem Zeitpunkt mehr erwarten können, statt einem strikten Verharren auf der Unantastbarkeit der (alten) Bundesrepublik.¹²

Juristische Redundanzen

Die Debatte um eine Kulturstaatsklausel bleibt stattdessen in alten Fahrwassern und geprägt von übergroßer Vorsicht, das Prinzip des Bundesstaats nicht zu gefährden, die Verfassung nicht zu überfrachten oder falsche Begehrlichkeiten zu wecken. Als gäbe es noch irgendetwas Neues auf kulturverfassungsrechtlicher Seite zu erkunden, breiten sich zur jüngsten Anhörung im Deutschen Bundestag fünf von acht

¹² Vgl. Knoblich 2019, S. 17.

schriftlichen Gutachten mit juristischer Expertise aus und käuen alles wieder, was wir schon kennen. Lediglich ein Autor unter ihnen, der auch kulturpolitisch erfahrene Hans-Joachim Otto, erwähnt dabei überhaupt den Einigungsvertrag und gelangt aufgrund seiner parlamentarischen Erfahrungen, die nicht zuletzt von der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« und einer einschlägigen Diskursroutine geprägt sind, zur klaren Einsicht, dass es nur um die Arrondierung der gesellschaftlichen Gewissheiten gehen kann. Er rekurriert dabei besonders auf das Verhältnis zwischen den natürlichen und kulturellen Lebensgrundlagen, die die Verfassung komplementär im Sinne von Staatszielen hervorheben sollte. Als könnte man mit einem Staatsziel Kultur die Verfassung überfrachten! Luzide auch seine praktische Einordnung: »Ein Staatsziel Kultur kann zwar keine individuellen Förderansprüche begründen, es macht die Kulturförderung auch nicht etwa zu einer kommunalen Pflichtaufgabe. Vielmehr verstärkt ein Staatsziel die Wertigkeit von Kunst und Kultur und beeinflusst damit sowohl die Zivilgesellschaft, Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen als auch Haushaltsspielräume auf allen politischen Ebenen.«¹³

Gerade die völkerrechtlichen Erfahrungen um die Entstehung des *UNESCO-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen* sollten uns gezeigt haben, wie wichtig der Nimbus eines Kulturstaats ist, der das Recht auf eine nationale Kulturpolitik durchsetzen will. Jetzt erst recht ist formale Klarheit gefragt, schließlich wird der globale Druck auf meritokratische Güter in Zeiten des ästhetischen Kapitalismus künftig nicht geringer werden.

Verfassungskultur – politische Kultur

Kontrastiert werden solche Einsichten durch einen Föderalismus-Puritanismus, den der Gutachter Klaus F. Gärditz repräsentiert, indem er gewichtig vorträgt, dass durch ein Staatsziel Kultur durchaus die Kulturhoheit der Länder »beeinträchtigt« werde; zugleich ginge eine »dysfunktionale Wirkung« für den Gesamtstaat von ihm aus, da diesem etwas aufgebürdet würde, was er regulativ nicht ausfüllen könne.¹⁴ Recht als normative Wissenschaft ohne Rückbindung an die Verfassungskultur muss zur spröden Schablone werden. Verfassungskultur ist dabei nicht nur der Niederschlag der politischen Kultur in Verfassungstexten, sondern auch die Art und Weise, wie Verfassungen gelebt werden.¹⁵ Das Grundgesetz von 1949 stellt freilich ein hohes Gut dar, die veränderte Verfassungsrealität seit 1990 aber nicht minder. Natürlich hat der Gesamtstaat kulturpolitisch eine völlig andere

13 Hans-Joachim Otto, Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien (2023): BT-Ausschussdrucksache 20(22)73 zur Anhörung vom 20.09.2023, S. 8.

14 Vgl. Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien (2023): Wortprotokoll der 41. Sitzung (Protokoll Nr. 20/41) vom 20.09.2023, S. 10f.

15 Vgl. Häberle, S. 90ff.

Bedeutung als in der jungen Bundesrepublik, ja die gesamte Kulturpolitik hat sich fundamental geändert. Über föderalistische Praxis ließe sich Ähnliches sagen. Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«, der sich vor fast zwanzig Jahren komplett der Staatszielbestimmung zugewandt hatte, war da deutlich weiter.¹⁶ Heute aber geht es, völlig klar, nicht nur um die Sache, sondern auch um aktuelle Politik. Das ist die Stunde der Bedenkenträger.

Kulturbegriff: Maß der Empirie

Besonders erstaunt die Sorge insbesondere der Juristen, dass der Kulturbegriff zu unbestimmt sei. Leider streifen auch andere Gutachter diese Verunsicherungsrhetorik, wenngleich mit differenter Motivation. Bonaventure Soh Bejeng Ndikung etwa spricht davon, dass Kultur dynamisch, nicht statisch sei¹⁷, während Susanne Binas-Preisendörfer die Komplexität und Vielstimmigkeit von Kultur in der Staatszielbestimmung wiederfinden möchte¹⁸, die Ndikung ebenfalls befürwortet. Nachvollziehbar ist das Anliegen, Kultur so proklamieren zu wollen, dass sie als ein inklusives, plurales Gut erkennbar wird und nicht zur exklusiven deutschen Leitkultur regrediert. Dabei wird Kultur immer ein deutungsbedürftiger Begriff bleiben, der Verbindungen wie Abgrenzungen gleichermaßen bewirkt, sich von vornherein allzu großer Klarheit entzieht: »Kultur kann nie völlig eine Sache des Bewusstseins werden – unser bewusstes Erleben erschöpft sie nicht; und sie lässt sich nicht planen, weil sie ja auch der unbewusste Untergrund all unseres Planens ist.«¹⁹

Im Grundgesetz von »Kultur in ihrer Vielfalt« zu sprechen, wie es im Koalitionsvertrag vorgeschlagen wird, scheint mir daher mehr ein juristischer Fingerzeig denn eine echte Notwendigkeit. Hier gab Peter Häberle aus juristisch-kulturwissenschaftlicher Sicht bereits vor längerer Zeit wichtige Hinweise. Grundlage des Kulturverfassungsrechts sei freilich das offene Kulturkonzept, das »Kultur für alle« und »Kultur von allen« als empirische Größe und normative Leitlinie ernst nimmt«. Die kulturelle Vielfalt »lebt aus dem gerade ›im‹ Bundesstaat ausgebauten Kulturverfassungsrecht mit seinen Elementen der kulturellen Freiheit, des kulturellen Pluralismus, der kulturellen Gewaltenteilung: Dieses offene Kulturverständnis ist Konsequenz der pluralistischen Struktur des politischen Gemeinwesens.«²⁰ Das heißt, es gilt stets der Kulturbegriff, der die Kulturpolitik des Staates (und der Kommunen)

16 Vgl. Deutscher Bundestag (2005): BT-Drs. 15/5560 v. 1.06.2005, zu Formulierungsvorschlägen insb. S. 16ff.

17 Vgl. Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien (2023): Wortprotokoll der 41. Sitzung (Protokoll Nr. 20/41) vom 20.09.2023, S. 7.

18 Vgl. Susanne Binas-Preisendörfer, Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien (2023): BT-Ausschussdrucksache 20(22)73 zur Anhörung vom 20.09.2023, S. 4.

19 Eliot 1949, S. 125.

20 Häberle 1998, S. 26f.

maßgeblich bestimmt. Wie sollte es auch anders sein? Die Programmatik prägt die Politik und damit das herrschende Verständnis von Kultur auch in der Verfassung. Völlige Klarheit bringt das allerdings nie, es bleibt ein Prozess, den wir gestalten. Wollen wir die »Kultur in ihrer Vielfalt«, müssen wir sie mit den uns zur Verfügung stehenden Instrumenten umsetzen. Das Staatsziel Kultur wird uns diese Aufgabe nicht abnehmen, es kann den Staat aber in Hinblick auf diese Sphäre stark gründen.

Keine Angst vor dem Kulturstaatsbegriff

Wie immer in Zukunft die gewiss anhaltende Debatte über ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz weiter- und ausgehen mag – momentan ist mit einer notwendigen Zweidrittelmehrheit in Parlament und Bundesrat eher nicht zu rechnen –, der Kulturstaatsbegriff bleibt für manche ein zumindest sperriger. Dennoch: Ein Staatsziel Kultur lässt uns – auch ausgehend vom Einigungsvertrag – vom Kulturstaat sprechen, und auch ohne Staatszielbestimmung kursiert der Begriff mit Gewicht in der politischen Rede. Immer wieder wird er dabei als zu normativ oder obrigkeitlich gebrandmarkt, als sei der Begriff gepolt wie ein Magnet. Ich plädiere auf Grundlage der nüchternen Analyse Otmar Jungs für einen deskriptiven Umgang mit ihm im Sinne eines Staates, der die Kultur schützt und fördert. Da »der Kulturstaatsbegriff keine feststehende Größe ist, sondern einen je auf den korrespondierenden Rechtsstaatsbegriff zugeschnittenen Inhalt annimmt«²¹ (was für viele Begriffe gilt), kann er sehr wohl und ohne Hypothesen als Haltungskonzept des demokratischen Rechtsstaats an dessen Seite treten und nützlich sein.

Es lohnt, auch den bekanntesten Verfechter des Kulturstaatsbegriffs neu zu lesen. Bestimmte Sätze kommen uns bekannt vor: »Freiheit der Kultur« heißt nicht nur Freiheit vom Staat, sondern zugleich Freiheit durch den Staat. Kulturstaat ist der Staat nur, wenn er die Kultur in seine tätige Obhut nimmt. Gerade das Bekenntnis zur freien Entfaltung der autonomen Kultur zwingt den Staat zur dienenden Intervention.«²² Im Schallplattenurteil klingt dies wider.

Vielleicht nimmt der Deutsche Bundestag neben der eher ernüchternden Anhörung noch die Petition »Kultur ins Grundgesetz«²³ zur Kenntnis und besinnt sich der schon einmal gewonnenen Einigkeit, einen eigenen Artikel 20 b einzufügen: »Der Staat schützt und fördert die Kultur«. Praktisch entschieden ist es schon, es wäre aber klar, prägnant und auch schön, dies auch zu lesen.

21 Jung 1976, S. 49. Vgl. auch Geis 1990, S. 260.

22 Huber 1958, S. 11.

23 Kultur ins Grundgesetz (2020/2021): Petition Kultur ins Grundgesetz, <https://www.kulturinsgrundgesetz.de>.

3.2 Verfassungskultur und Deutsche Einheit

Im fünfunddreißigsten Jahr des Mauerfalls sollte bei aller Freude an der Kraft der friedlichen Revolution auch ein kritisch-konstruktiver Blick auf die demokratischen Grundfesten der Republik gelenkt werden. Dazu gehört die Frage nach einer deutschen Verfassung, deren Fehlen man durchaus als Zeichen einer unvollendeten oder zumindest asymmetrischen Einheit interpretieren kann. Mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, das gemäß Artikel 146 interimistischen Charakter trägt, kam es ideell wohl eher zu einer Erweiterung der alten Bundesrepublik als zu einem neuen Deutschland. Daran ändert auch die Überarbeitung dieses Artikels nichts, der in Verbindung mit der auf alle Bundesländer erweiterten Präambel insinuiert, das Grundgesetz sei seiner einstigen Bestimmung automatisch entwachsen. Friedrich Dieckmann sprach einmal davon, dass die Umwandlung des Grundgesetzes in eine tatsächlich volksbeglaubigte Verfassung durch diese Änderung auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben worden sei. Ich teile diese Beobachtung, gerade mit dem besorgten Blick auf den aktuellen Zustand unserer Demokratie.

Einst erfolgte die Abstimmung über das Grundgesetz lediglich durch Zustimmung der Länderparlamente; die allgemeine Volksabstimmung war dem deutschen Volk nach vollzogener Wiedervereinigung Deutschlands vorbehalten geblieben. Diese vornehme Aufgabe ist – aus vielen erklärten und sicher auch guten Gründen – nicht erfüllt worden. Gleichwohl wäre die »Volksbeglaubigung« wichtig gewesen, gerade nach der Selbstbehauptung des Volkes in der DDR. Doch der Geist der Veränderung wehte ungleich mehr in Ost als in West. Dort hatte man nicht nur die nationale Frage eigentlich schon lange abgehakt, sondern sich auch in der Rheinischen Republik eingerichtet, in der noch heute das bundesministeriale Hinterland verharrt.

Schon beim Singen der alten etwas reaktionären Nationalhymne am 3. Oktober 1990 am Brandenburger Tor hatte man das latente Gefühl, dass etwas nicht stimmt, dass nicht nur symbolpolitisch eine Vereinnahmung einsetzte, die manche im »Beitrittsgebiet« heute selbstbewusst Kolonialisierung nennen. Wenn schon keine Verfassung, dann doch wenigstens eine neue Musik zur erweiterten föderalen Polyphonie, das war die Hoffnung, die mancherorts keimte und die Veränderung des Ganzen zumindest ästhetisch auszudrücken strebte. Aber auch dazu kam es nicht. Als etwas gleichsam Statisches traf diese nach ihrer eigenen Konfliktgeschichte final formierte parlamentarische Demokratie auf den Pioniergeist, der der an Staatsklero-rose erstarrten DDR entströmte. Sie beharrte weitgehend auf Gewissheiten, Verfahren und Institutionen und forderte Spiegelbildlichkeit ein. Im Osten hingegen war der Weg in die schnelle Wiedervereinigung ein für viele durchaus überraschender, der die Suche nach einer »besseren DDR« inzident ablöste. Man war gewisserma-

ßen des Ausprobierens der errungenen Freiheit und des Formens nicht überdrüssig – das Gegenteil im Westen.

Den Bauplan der deutschen Einheit repräsentiert auch die jüngste Verfassungsgeschichte, die in Teilen additiv verlief: Neben das Grundgesetz trat mit Verfassungsrang ein Einigungsvertrag, der sich im Übrigen entgegen anderslautenden Auffassungen nicht erschöpft hat, also keine nur transitorische Norm verkörpert. Dieser Einigungsvertrag, der als Vertrag zwischen zwei Staaten zumindest formal Augenhöhe beansprucht, spart nicht mit Pathos und beschwört die im Kern ungeteilt gebliebene Kulturnation. Und er normiert Deutschland anders als das Grundgesetz explizit als Kulturstaat. Das ist sicher eine seiner großen Leistungen, obwohl er natürlich primär die Anpassung regelt und Normen für den Übergang erlässt, etwa in Hinblick auf das Engagement des Bundes. Aber er trägt auch neue Normierungen ins alte Staatsgebiet und prägt das progressivere Kulturverfassungsrecht der Neuen Bundesländer, wie Peter Häberle konstatiert. Doch werden diese Auswirkungen selten reflektiert, weil der Einigungsvertrag eher als verfassungsrechtliche Fußnote aufgefasst wird, die eben den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes regelt.

Die heute oft beklagte Subalternität der Ostdeutschen resultiert aus einer mangelnden Inklusivität, die im Verfassungsgeschehen beispielhaft aufscheint. Inklusiv handeln heißt, Prozesse aktiv mitgestalten, die Grundlagen des Zusammenlebens gemeinsam bestimmen (oder eben wie im Falle der Verfassung neu zu justieren) und an Entscheidungen aktiv Anteil haben zu können. Letzteres scheiterte allein durch den gravierenden Elitenwechsel, sodass maßgebliche Umsetzungen der deutschen Einheit auf der Ebene der Bundes- und Länderverwaltungen hauptsächlich von westdeutschem Personal erfolgten. Dass noch heute gefordert werden muss – wie es DIE LINKE gelegentlich tut oder zuletzt das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) sogar in Form der Forderung einer Quote²⁴ –, Ostdeutsche im Sinne der angemessenen Repräsentanz in Führungspositionen zu bringen oder Bundesbehörden verstärkt in den Neuen Bundesländern anzusiedeln, wo sie eben nicht angemessen vertreten sind, bleibt schon in der Geste demütigend. Und es ist demütigend, dass mitunter eine elaborierte Definitionsarbeit entwickelt wird, wer heute eigentlich als ostdeutsch zu gelten habe.

Zwar können freilich auch die Ostdeutschen mit gleichem Recht an unserer Demokratie teilhaben. In bester Verfassung sind wir aber aus der Perspektive ihrer Formierung und der Verfassungskultur nicht. Im fünfunddreißigsten Jahr der deutschen Einheit ist ein Wunsch unüberhörbar: der Wunsch nach echtem Interesse am Osten. Dirk Oschmann hat es am deutlichsten, offensten zum Ausdruck

24 Vgl. Landtagswahlprogramm Thüringen (<https://klartext-thueringen.de/>, Zugriff vom 20.06.2024)

gebracht und provoziert.²⁵ Ohne echtes Interesse kein Verstehen, kein Lernen, kein gelingendes Miteinander. In seinem luziden Text zum 17. Juni 1953 stellt Friedrich Dieckmann am Rande fest, im Westen sei parallel zur im Osten bekräftigten Macht der Armee über die sowjetische Außenpolitik eine Generation herangewachsen, »die sich vehement von den Restbeständen der faschistischen Ära distanzierte und allem Anspruch auf Deutschlands verlorenen Osten entsagte.«²⁶ Die Tragweite dessen ermisst sich im verbreiteten Desinteresse jener, die weitgehend ohne Beziehungen zum Osten aufwuchsen, die ihn allenfalls als Zerrbild ihrer linken Visionen betrachteten, ohne in ihm eine Alternative zum realen Kapitalismus zu erkennen. Die DDR war für sie faktisch wertlos, obwohl es einen abstrakten Gesamtvertretungsanspruch der Bundesrepublik gab. Die lange Dauer der Teilung, mit deren Überwindung keiner wirklich rechnete, ließ zudem die Rede von der Nation verblassen. Nach der Euphorie im strahlenden Revolutionsjahr 1989 trat nicht zufällig schnell Ernüchterung ein: Der Osten wurde erwartbar zur Herausforderung – für manche auch zur Zumutung oder zur Kolonie, je nach Perspektive. Seine Fremde blieb für viele Westdeutsche bestimmend, weil sich das »eigentliche« Deutschland schon ohne ihn arrondiert hatte. Es wuchs zusammen, was wahrscheinlich nicht wirklich, auf keinen Fall aber unbedingt zusammengehörte. Zusammenwachsen hätte vermutlich mehr Veränderung auf beiden Seiten erfordert, echte Beziehungsarbeit eben.

Beitritt statt gemeinsamer Neuausrichtung

Der Assimilationsdruck, der durch die Sehnsucht der Ostdeutschen nach der westlichen Warenwelt und grenzenlosen Freizügigkeit freilich noch befeuert worden war, schien vorprogrammiert. Konsequenz dessen war der Modus der Wiedervereinigung: Man wählte – sicher auch aufgrund des Magnetismus des Westens und der rasant schwindenden Souveränität der gerade erst erwachten ostdeutschen Zivilgesellschaft – das Format der Hinzugesellung. Während Artikel 23 des Grundgesetzes eine Beibehaltung bei gleichzeitiger Ausdehnung des Grundgesetzes auf das Gebiet der DDR vorsah, hätte es im Falle der Anwendung von Artikel 146 – wie bereits ausgeführt – seine Geltung verloren: Deutschland hätte sich eine neue (und »echte«) Verfassung geben müssen. Und sicher auch eine neue Hymne, um symbolisch den Neuanfang zum Ausdruck zu bringen.²⁷

Doch die DDR sank in die Bundesrepublik gewissermaßen hinein (Artikel 23), und folglich dominierte auch der Blick der Aufarbeitung: der Diktatur, der Staatssi-

25 Vgl. Oschmann 2023.

26 Dieckmann 2009, S. 97.

27 Eine neue Hymne fehlt mir persönlich wirklich elementar; mit dem alten Deutschlandlied bin ich nie warm geworden. Es passt nicht mehr zu unseren jüngsten Erfahrungen.

cherheit und der zwanghaften Kollektivierung; weniger ging es darum, in den Menschen mehr als die Täter oder Opfer eines überwundenen Systems zu sehen. Das wird der komplexen Lebenswelt, den Erfahrungen und Lebensleistungen der Ostdeutschen aber nicht gerecht, insbesondere mit Blick auf die Transformationserfordernisse, denen sie sich ausgesetzt sahen. Der fundamentale Wandel führte dazu, dass auch die »Ersterfahrungen« der Ostdeutschen mit der Demokratie »unerfreulich« waren: »Die Demokratie erschien vielen von ihnen nicht in Form von Teilhabe und Mitbestimmung, sondern als Ausgrenzung. Alles ging verloren, weitaus mehr, als die meisten erwartet hatten.« Soziale Befriedung, die ja doch für alle einsetzte, reichte offenbar nicht aus, im Westen wirklich anzukommen.²⁸

Differenzierte Erinnerungsarbeit

Dem »Diktaturgedächtnis« wäre also dringend – und ohne die DDR verharmlosen zu wollen – ein »Arrangementgedächtnis«²⁹ an die Seite zu stellen, um die Haltungen, Strategien und Erfahrungen der Menschen abzurufen. Dieses Gedächtnis dominiert die ostdeutschen Binnenerzählungen, da es um die Brüche, Entscheidungen, aber auch die Erlebnisse von persönlichem Glück und Geborgenheit kreist, ohne die keine Identität entstehen kann. Erst die Biographien lassen Leben in der DDR reflektierbar werden, reduzieren die Menschen nicht auf die reine Umsetzung oder Erduldung von Ideologie. Andreas Bialas hat das in seinem bemerkenswerten Text jüngst herausgestellt und damit gezeigt, dass die Analyse des Ostens tatsächlich beim Verstehen und auch kritischen Hinterfragen des eigenen Standpunkts beginnen muss. Anpassung nach Schablone funktioniert nicht.³⁰ Und bei Lichte betrachtet werden westdeutsche Lebensleistungen auch nicht erkennbar, wenn man sie auf Verfassungspatriotismus, Kirchenmitgliedschaft oder Parteizugehörigkeit reduziert. Entscheidend ist doch vielmehr: Was haben die Menschen unter den geltenden gesellschaftlichen Konventionen daraus gemacht? Was haben sie gelernt, worin besteht ihre Größe? Das zu fragen, ist vielleicht fruchtbarer, als sich über das Prädikat »Unrechtsstaat« zu streiten und immer wieder zu unterstreichen, dass die Diktatur zu konstatieren wichtiger ist als nach den Strategien der Menschen zu fragen, damit umzugehen. Opportunismus und Mut kennen viele Ausprägungen. Sie kann man mit geschichtspolitischen Kategorien nur schwer fassen.

28 Vgl. Kowalczyk 2019, S. 270.

29 Dietrich 2018, Bd. 1, S. XIII.

30 Bialas 2020, S. 44ff.

Vom Framing zur Erzählung der Lebenserfahrung

Die wohl wichtigste Erfahrung der Ostdeutschen ist die der Veränderung des Framings, wie man das heute wohl ausdrücken würde. Für sie hat die DDR aufgehört, und an deren Stelle trat das »Deutungsrastrer« DDR. Das ist – neben der Relativierung der als unverrückbar erlebten gesellschaftlichen Systemrealität – eine weitere Irritation, es ist vielleicht sogar die stärkere. Dinge waren plötzlich pauschal schlecht oder wurden abgewertet, obwohl sie in der eigenen Erfahrung als gut oder zumindest nicht als vollständig schlecht erlebt worden waren, Schulbildung etwa oder die Nutzung der Kulturhäuser und Clubs. Es begann die Suche nach dem Sagbaren, denn keiner wollte als ewig Gestriger gelten oder in den Verdacht geraten, zu jenen zu gehören, die als systemnah in Verruf standen. Dabei machten die Menschen die Erfahrung, dass es auch in der Demokratie mit ihrer Meinungsfreiheit Sagbares und Unsagbares gibt – also auch ein spezifisches Framing. Die Doppelbödigkeit der Sprachpraxis der DDR erlebte eine neue Bewährungsprobe; »implizites Handlungswissen«, das weiterhin nützlich war und eine von unterschiedlichen Tarnstrategien. Am stärksten tarnen sich im Übrigen viele derjenigen Ostdeutschen, die im Westen leben und ihre Herkunft verschleiern, weil sie um ihren Status bangen.

Staatsauftrag und Praxis

Ein differenzierter Blick ist also gefragt, in allen gesellschaftlichen Bereichen, aber freilich auch in der Kulturpolitik. Ein Beispiel, über das man sich im dreißigsten Jahr der deutschen Einheit freuen kann, ist eine erste Tagung zur Kulturvermittlung in der DDR.³¹ Hier – wie in der parallel erschienenen Buchpublikation³² – wird nach dem Verhältnis zwischen ideologischer Funktionalisierung und tatsächlicher Emanzipation und Teilhabe im Kulturbereich gefragt. Und es werden jene eingebunden, die es erlebten und seinerzeit beforsteten. Damit ist ein weiteres fundamentales Problem angesprochen, das das Zusammenwachsen und Warmwerden mit dem neuen System bis heute massiv behindert: der krasse Elitewechsel und die anhaltende Rekrutierung von Führungskräften aus den alten (westdeutschen) Netzwerken. Hinzu kommt, dass Forschung zu DDR-Themen – außer der Transformations- und Diktaturforschung – in der Regel im Westen keine große Aufmerksamkeit genießt; man kann damit keine Karriere machen.

Der Osten bleibt zu entdecken, auch und insbesondere seine Kultur. Und dies eingedenk der Tatsache, »dass die faszinierendsten seiner Kulturleistungen nicht

31 29. Oktober 2020, Berliner Stadtbibliothek.

32 Vgl. Mandel, Wolf 2020.

wegen des Parteiregimes oder dagegen, sondern *trotz* dessen strangulierender Wirkung zustande gekommen waren – als Bücher, Filme, Songs, Gemälde oder Fotografien.«³³ Heiner Müller fand die Bundesrepublik sogar »langweiliger« als Referenzsystem seines künstlerischen Schaffens.

Es gibt vieles zu bedenken und neu zu betrachten. Wenn wir uns damit stärker der Differenz des Ostens zuwenden, ist dies vielleicht primär eine Aufgabe für den Westen – zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz.

3.3 Kulturpolitik nach der »Wende«. Verständnis und Missverständnisse

I

Über die Kulturpolitik nach der politischen Wende ist in den letzten Jahren immer wieder und meist anerkennend berichtet worden. Viel »Neuanfang« habe stattgefunden und eine hohe Übergangsförderung des Bundes habe massiven Kulturabbau in den neuen Bundesländern verhindert. Das war zweifelsohne so, und auch haben die wiedergegründeten Länder recht viel unternommen, um die hohe kulturelle Dichte im sogenannten Beitrittsgebiet zu bewahren und zu entwickeln.³⁴ Sie verfügen im Vergleich der Flächenländer nach wie vor über die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur in Deutschland³⁵ und gelten auch im Kulturverfassungsrecht als innovativ.³⁶ Viel Neuanfang und konzeptionell Innovatives – etwa das Kulturraumgesetz in Sachsen oder die Musikschulgesetze in Brandenburg und Sachsen-Anhalt – also durchaus. Doch ist über die Verluste des Übergangs und die Ursachen von Verletzungen oder Kurzichtigkeiten erst in den letzten Jahren substantieller nachgedacht worden, obwohl über die politische Wende selbst bzw. ihre Vorbedingungen viel geforscht worden ist³⁷, Stefan Wolles dreibändige Geschichte der DDR auch Elemente von Kulturpolitikgeschichte enthält³⁸ und jüngst die ebenfalls dreibändige »Kulturgeschichte der DDR« von Gerd Dietrich³⁹.

Diese Fokussierung auf das Neue überrascht nicht, da sich die Menschen von bestimmten Dingen ja zunächst bewusst befreien wollten, sie rasch und leidenschaftlich verwarfen, bestimmte Verluste mithin sogar als Gewinn empfanden; zugleich dominierte die Übernahme von Wissensbeständen, Routinen, institutionellen Standards und Verfahrensweisen aus den alten Bundesländern, die eine

33 Martin 2020, S. 13.

34 Vgl. Knoblich 2012a.

35 Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2022, S. 24.

36 Häberle 1998, S. 790.

37 Vgl. etwa Rödder 2009; Kowalczyk 2009.

38 Vgl. Wollé 2009, 2011, 2013.

39 Dietrich 2018.

Schablone für alles Überkommene lieferten, das es neu zu bewerten galt. Innerhalb dieses Rahmens nur galt es, Verluste an Substanz zu vermeiden; Verlust schien also mehr ein relationaler Begriff gewesen zu sein.⁴⁰

Nicht vor jedem Verlust war man daher nach Maßgabe des proklamierten Substanzerhalts des Einigungsvertrags (Artikel 35) gefeit, denn dieser war durch eine klare Perspektive geprägt: die Transition, den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Dies war keine Lernpartnerschaft, kein Prüfungsvorgang, sondern eine klare Subordination, die das Volk mehr oder minder bewusst auf der Straße erkämpft hatte. Lange herrschte im Nachklang dieses klaren und finalen Verwerfens der DDR und all ihrer Realien (die auch gern als sozialistische Errungenschaften bezeichnet wurden) ein verächtlicher Blick auf kulturpolitisch valente Bereiche wie »Staatskunst«, »Massenkulturarbeit« oder »Erziehungsdiktatur«, der erst allmählich einer differenzierenden Betrachtung wich.⁴¹ Lange auch wurde die Differenz zwischen einstiger Programmatik, offizieller Institutionalisierung und persönlichen Lebenswegen (Aneignung, Ausgestaltung und Lebensleistung der Menschen) verdrängt, da es »kein richtiges Leben im falschen« geben konnte, wie Adorno in seinen *Minima Moralia* einst mit Blick auf kollektives Versagen sehr glaubhaft versichert hatte.⁴² Im Fokus stand und steht noch immer die *Aufarbeitung* – die notwendige Aufarbeitung, die inzwischen zu einem geschichtspolitischen Topos geworden ist – von Unrecht. Damit verbunden war aber auch rasch der Eindruck, dass es glückliches Leben, wahre Kunst, echte volkskulturelle Entfaltung und ideologisch nicht determinierte Gemeinschaft unter den Bedingungen des »real existierenden Sozialismus« kaum hat geben können; die DDR reduzierte sich zunächst auf das Durchherrschte und ein notdürftig versorgtes Kollektiv.⁴³ Allein die Rede vom Glück in der DDR wurde schnell als Verhöhnung der Opfer oder Verniedlichung der Diktatur empfunden, gerade weil eine oberflächliche »Ostalgie« als Reflex auf das Verschwinden der vertrauten Lebenswelt recht bald den Rückblick auf die DDR zu durchziehen begann. Schon Erich Honecker hat in seiner Haft gespürt, dass mit dem Gewinn an Freiheit die Prägung der Menschen nicht aufhört und die ambivalenten Erfahrungen irgendwann auch den Blick auf die DDR bestimmen (oder verklären) werden: »Immer mehr ›Ossi‹ werden erkennen, dass die Lebensbedingungen in der DDR sie weniger deformiert haben, als die ›Wessi‹ durch die ›soziale‹ Marktwirtschaft deformiert worden sind.«⁴⁴ Bei aller

40 Sogenannten »Wendeverlierern«, die schnell Gegenstand von teils skurrilen Dokumentationen wurden, galt umgekehrt die gesamte DDR als Verlust, sie beklagten folglich den Verlust ihres »Rahmens«.

41 Vgl. etwa Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR 2012, S. 137ff.; Mandel, Wolf 2020.

42 Vgl. Adorno 1994.

43 Vgl. Deutsches Historisches Museum u.a. 1999, S. 111f.

44 Honecker 2012, S. 164.

Vorsicht in der Interpretation solcher Aussagen verweisen sie doch auf die dann tatsächlich eingetretenen Verletzungen in der einseitigen Verurteilung jener, die in der DDR aufgewachsen sind und bis in die letzte Generation hinein gelegentlich die Demokratiefähigkeit abgesprochen bekamen⁴⁵, so als habe die DDR die einzige Gesellschaft dargestellt, in der Menschen Werte und Normen inkorporieren, und als habe dort jeder eine Gehirnwäsche durchlaufen. Die Debatten über dieses Thema, aber auch über Kunst in der DDR und die »DDR-Künstler«, die Georg Baselitz einmal pauschal als Arschlöcher titulierte, haben zu Verletzungen geführt, wiewohl es frühzeitige Versuche gab, Praxen zu differenzieren und »sehr verschiedenartige Erfahrungsbilder von der DDR« im Kulturbereich zu belegen⁴⁶. Die hier eingetretenen Verletzungen korrespondieren mit vielen Alltagserfahrungen von Menschen, die durch den Wohlstands- und Erfahrungsvorsprung der Alt-Bundesbürger, jenen mit »distinktiver Identität«⁴⁷, nicht zuletzt auch durch das Wirken der Treuhandanstalt und oft zermürbende Restitutionsansprüche, das Gefühl bekamen, Bürger zweiter Klasse zu sein, ein Kollektiv der Zu-spät-Gekommenen, die die Lasten der Teilung und des Kalten Krieges doppelt tragen müssen.

II

Inzwischen hat sich viel entwickelt, und die stupide Rede von der Herstellung der »inneren Einheit«, die der Desillusionierung über nicht entstandene »blühende Landschaften« als mentales Kompensat folgte, ist einem tiefen Blick auf differenzierte Anpassungen und Problemzonen im Osten gewichen. Auch der Blick auf die Lebenswelt DDR hat sich entideologisiert; Rückblick auf Alltag und individuelle Lebenswege werden nicht mehr per se als Verklärung abgewertet. Auch so etwas wie das *DDR-Museum* in Berlin wäre in den 1990er Jahren undenkbar gewesen, da es nicht nur Freiheitsberaubung oder Diktatur verhandelt, sondern auch den Alltag der Menschen zeigt, ohne ihn immer mit dem didaktischen Fingerzeig auf eine Rückständigkeit oder Schuld zu verbinden, als hätte die DDR nur aus IMs oder »SED-Kadern« bestanden. Ihm geht als erstes Spezialmuseum für materi-

45 Vgl. etwa Heinrich-Böll-Stiftung/Probst 1999.

46 Jäger 1992, S. 56.

47 Göschel 1999, S. 21ff. Im Osten gebe es hingegen eine »essentialistische Identität«, die vor allem in der Kultur stets nach dem »Wesen des Menschen« suche und eine »Trennung von äußeren Bedingungen und innerem Wesen« erlaube und den Rückzug ins Private rechtfertige (vgl. Göschel 1999, S. 22). Dies korrespondiert im Prinzip mit der »affirmativen Kultur« Herbert Marcuses, nur dass es ihm um die idealistische Grundierung ging, die Kultur ebenfalls vom Leben abkoppelte und damit von echter Auseinandersetzung abhielt (vgl. Marcuse 1965, Bd. 1, S. 56ff.). In dieser Diktion stützen Kunst und Kultur pauschal das System, wird Kunst in Abhängigkeit vom Rahmen stilistisch eher epigonal.

elle Kultur des Alltags der DDR das 1993 gegründete Dokumentationszentrum in Eisenhüttenstadt voraus.

Über ein Vierteljahrhundert nach dieser zum Teil ideologisch geprägten und oft einseitig durchlebten Übergangszeit lohnt ein kritischer Blick auf das Geschehen und seine Interpretation, ja fragt inzwischen sogar die »dritte Generation« Ostdeutscher selbstbewusst nach dem Woher und Wohin der Eltern bzw. baut Brücken zwischen Ost und West. Aber kritisch appellieren sie auch, was früher Geborenen schwerer fiel: »Die Bonner Republik ist passé! Sie ist nicht mehr der Referenzrahmen für junge Deutsche im 21. Jahrhundert – egal ob sie aus Ost oder West kommen. Es ist sinnlos, dieser BRD als Ideal nachzutruern.«⁴⁸

Die Kultur war gerade in der Wendezeit symbolisch hoch aufgeladen, das heißt, es waren dies insbesondere die Künste. Der Protest in der kritischen Phase des Niedergangs der DDR ist sehr stark von Künstlern getragen worden⁴⁹; dies nicht nur, weil es an anderen Medien der Kommunikation mangelte, sondern auch weil die Künstler als Autorität galten. Stefan Heym, Christa Wolf oder Kurt Masur stehen hier in der ersten Reihe jener, die Wege aus einer verschlissenen Utopie suchten, zugleich aber auch zur Deeskalation beitrugen und das Bild einer friedlichen Revolution mitformten. Zum einen galten die Künstler als kulturpolitisch inaugurierte Instanzen, die nicht erst seit dem »Bitterfelder Weg« die volkskünstlerische Entfaltung der Werktätigen begleiteten und auch die Utopie des neuen Menschen versinnbildlichten (vgl. die frühe Programmklärung in Ministerium für Kultur 1954), zum anderen lieferten sie einst die kritischen Untertöne zur offiziellen Verlautbarung, die herauszufiltern die Bevölkerung geübt war und aufhorchen ließ, wenn ein neues Buch oder Theaterstück sein Publikum suchte und vor interpretatorischem Mehrwert nur so strotzte. Kunst verhandelte gesellschaftliche Wirklichkeit, sie hatte eine echte, durch andere Instanzen so nicht leistbare Funktion. Auf der anderen Seite musste jede künstlerische Produktion ästhetischen Vorgaben (einer realistischen Kunstdoktrin) folgen, zahlreiche Hürden überwinden und sich teilweise entstellen lassen, um überhaupt die Öffentlichkeit zu erreichen. Am prominentesten

48 Vgl. Hacker u. a. 2012, S. 13.

49 Neben den Kirchen, die Foren und Rituale der Verständigung boten, bildeten die Künstler/innen eine zweite wichtige Säule des Verhandeln kollektiver Nöte. Dass in der Folge viele Theologen und andere Kirchenleute öffentliche Ämter in den neuen Bundesländern übernahmen und mit einer Mischung aus Autorität, moralischer Instanz, aber leider auch implizitem Missionieren aus ihrer bisher staatlich verordneten Subalternität traten, gehört nicht zu den Widersprüchen, wohl aber den Ambivalenzen einer neuen Gesellschaft ohne Zentrum. Der christliche Glaube jedenfalls trat nicht an die Stelle der »wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse«, seine moralische Repräsentanz und die Staatskirchenverträge hingegen erwecken einen anderen Eindruck. Allein der Freistaat Thüringen zahlt gegenwärtig rd. 23,6 Mio. EUR jährlich an beide großen Kirchen, wiewohl diese für die Mehrheitsgesellschaft keine fundamentale Rolle spielen.

sind hier Filme wie »Spur der Steine«, die verboten worden waren und dem künstlerischen Schaffen eine politische Dimension, in jedem Falle aber die Aura echter Relevanz für die Probleme des eigenen Lebens verliehen; aber auch scheinbar »systemtreue« Bücher wie der Bergarbeiterroman »Auf der Suche nach Gatt«⁵⁰ durchlitten im Vorfeld ihrer Veröffentlichung starke Überarbeitungen. Kultur in der DDR oszillierte also zwischen einer hohen staatlichen Erwartungshaltung, die mit der angestrebten Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit korrespondierte, und einer Dimension der Subversion, indem sie Vehikel einer vereitelten kritischen Öffentlichkeit wurde und jene Dinge vorsichtig artikulierte, die anderweitig nicht vermittelbar schienen.

Fußnoten der Geschichte rechtfertigen nicht ungenügende
Kopfnoten der Gegenwart.
richtig □ falsch □
(Frank Witzel 2015, S. 59)

III

Die Funktion der Kunst in der DDR änderte sich mit der deutschen Einheit grundlegend. Die gesamte Einheit folgte nicht nur der bereits beschriebenen Spiegelbildlichkeit der alten Bundesrepublik, sondern kann auch als »asymmetrische Einheit« begriffen werden, wie Hans Joachim Meyer im Rückblick schrieb.⁵¹ Im Osten änderte sich alles, die Menschen wurden »zu Einwanderern im eigenen Land« und fühlten sich als »Deutsche aus der DDR«, im Westen blieb alles, wie es war.⁵² Das hat nicht nur zu den bereits dargestellten Irrungen und Verletzungen geführt, sondern noch lange und für viele Deutsche aus dem Westen keine Veranlassung begründet, sich die »neuen« Bundesländer und vor allem ihre für die deutsche Kultur maßgeblichen Orte zu erschließen, die Bach- und Lutherstädte, die Schütz- und Novalisstadt Weißenfels, die Goethe- und Schillerstätten oder die Robert-Schumann-Städte Zwickau und Leipzig; das beklagt auch Meyer mit Blick auf die Werbekampagne »Studieren in Fernost«, die junge Westdeutsche in den Osten locken sollte. Das hat sich inzwischen geändert. Von der Euphorie der deutschen Einheit blieb oftmals der Frust über hohe Transferzahlungen, unzufriedene Osis und die vielerorts bessere Infrastruktur als im Westen. Aber erst die Begegnung mit den Menschen vor Ort und der Austausch über differente Lebenswege, Lebensentscheidungen und Prägungen führen zu Einsichten und zu Verständnis, letztlich zu so etwas wie einem gemeinsamen Erfahrungsraum, der mit dem Begriff der Einheit nicht zu fassen ist, da dieser ja immer das Bild einer vollständigen Gleichartigkeit oder Nivellierung

50 Neutsch 1973.

51 Vgl. Meyer 2015, S. 167ff.

52 Meyer 2015, S. 167.

suggeriert. Dabei sind – durch das Nord-Süd-Gefälle oder Binnengefälle wie zwischen Saarland und Bayern etwa – Differenzen bei aller grundgesetzlich verbrieften Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse konstitutiv für das traditionell zersplitterte Deutschland.

Dieser generelle Befund lässt sich auch auf die Kulturpolitik beziehen. Es hat zwar ausgehend von Artikel 35 des Einigungsvertrages vieles an Auf- oder Umbauhilfe stattgefunden, ob durch Engagement des *Deutschen Städtetages* durch kommunale Vertreter, die Beratung in ostdeutschen Kommunen durchführten, oder durch finanzielle und personelle Unterstützung bei der Etablierung von Verwaltungs- und Angebotsstrukturen. Unterbelichtet blieben oftmals die tiefer prägenden Erfahrungen der Kulturschaffenden und Kulturfunktionäre aus der DDR, die etwa auch mit einem »weiten Kulturbegriff« Erfahrung hatten, da die DDR wie die BRD in der UNESCO aktiv war und man zudem gelernt hatte, substanzielle Erkenntnisse von ideologischer Verkleidung zu unterscheiden. Auf dieser Fähigkeit basierte auch die Ausgestaltung der sogenannten Massenarbeit im Kulturbereich oder das Engagement im kulturellen und künstlerischen Volksschaffen.⁵³ Ohne die kulturpolitische Doktrin nun relativieren oder gar rechtfertigen zu wollen, kann man hinter den offiziösen Verlautbarungen und Instrumentalisierungen von Kunst und kreativem Ausdruck der Menschen engagierte Arbeit erkennen, Freiräume, Kritik oder aber den Rückzug in Nischen. Ein einfaches Entweder-Oder gibt es hier nicht, wie man auch nicht einfach zwischen Staats- und subversiven Künstlern unterscheiden sollte. Es mangelt – trotz einzelner Ansätze wie der teilweisen Aufarbeitung der gewerkschaftlichen Kulturarbeit in der DDR⁵⁴ – noch an einer fundierten Kulturpolitikgeschichte – übrigens für Ost wie West. Ohne fachdisziplinäre Historisierung, facettenreiche Selbstbefragung und Quellsicherung bleibt auch die programmatische Neubestimmung problematisch oder verfängt sich leicht in ungeklärten historischen Semantiken. Erste Versuche, DDR-Kulturpolitik kritisch, ja selbstkritisch aufzuarbeiten, sind bisher zaghaft geblieben⁵⁵, ein breites wissenschaftliches Interesse oder eine Debatte über vorliegende Arbeiten sind noch immer nicht wirklich vorhanden. Selbst eine so wichtige, vielschichtige und bis vor die beiden Staatengründungen zurückreichende Instanz wie der *Kulturbund der DDR* (bzw. ursprünglich: Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands) ist erst spät beforscht worden.⁵⁶ Immerhin wird er – wie die DDR-Kulturpolitik – in neuen Forschungskontexten und von einer anderen Wissenschaftlergeneration durchaus wahrgenommen,⁵⁷ während die große deut-

53 Vgl. Mohrmann 1983.

54 Vgl. Schuhmann 2006.

55 Vgl. etwa Richter 2002; Groschopp 2013.

56 Vgl. Zimmer 2019; als Rückblick eines wichtigen Akteurs Schulmeister 2011.

57 Vgl. Wißmann 2015, S. 289ff.

sche Kulturgeschichtsschreibung das Image der DDR als Fußnote der Geschichte noch meistens pflegt. Allein der Untertitel der jüngsten deutschen Kulturgeschichte »Die Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart« ist eine Anmaßung und Kurzsichtigkeit in einem⁵⁸ Alleinvertretungsanspruch und Ignoranz gegenüber den Wirkungen der Teilung sind hier unverkennbar. Warten wir auf das nächste Werk einer nächsten Generation, denn auch das Erkenntnisinteresse ist generationenbedingt – und die Formationen des Wissens hinken der inzwischen erfreulich differenzierenden Praxis hinterher. Festzuhalten bleibt dennoch zunächst, dass wir über Neuanfänge, »Übernahmen« und den Zeitgeist der Wendezeit viel wissen, wenig hingegen über Fortwirkendes, Verdrängtes, mit verbrauchten Begriffen oder Trägerschaften Verworfenes und wenig auch über die Erfahrungen von Akteuren, die durch einen fundamentalen Elitewechsel verschwunden sind. Jedem Anfang wohnt auch zwingend eine Verdrängung inne.

3.4 Zum Verhältnis zwischen Kultur und Politik

Kultur genießt in Deutschland besondere Freiheitsrechte. Dennoch gilt Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik: Kultur soll für die Menschen und unser Gemeinwesen wirksam sein. Ohne den öffentlichen Kulturauftrag damit »dienstbar« zu machen oder rein instrumentell zu begreifen, wird klar markiert, dass Kunst und Kultur kein bloßes idealistisches Reich verkörpern, sondern aktiv unser soziales Zusammenleben mitgestalten, aktuelle Themen bespielen und wichtige kommunikative Angebote darstellen. Grundlage dieser Bestimmung ist Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz, der der Kunst die Freiheit ihrer jenseits von Zweckmäßigkeitserwägungen liegenden Entfaltung sichert und im Zuge der Ausdifferenzierung unseres Kulturverständnisses inzwischen die Rede von einer generellen kulturellen Autonomie mit speist. Das heißt, nicht nur Kunst im engeren Sinne ist geschützt, sondern für die Ausgestaltung des öffentlichen Kulturauftrags insgesamt werden besondere Freiheitsrechte beansprucht.

Daher auch rührt das Verständnis von Kultur als freiwilliger Selbstverwaltungsaufgabe, denn »Art und Ausmaß der öffentlichen Kulturaufgaben werden primär von nichtnormativen Faktoren bestimmt.«⁵⁹ Vor allem der örtlichen Gemeinschaft kommt folglich im intergenerationellen Dialog die wichtige Rolle zu, darüber zu entscheiden, was konkret als Kultur aufgefasst, institutionalisiert oder gefördert

58 Vgl. Schildt, Siegfried 2009.

59 Steiner 1984, S. 43. Natürlich hat diese Form der Autonomie eine philosophische und vordeмократische, vor allem bürgerlich konnotierte Vorgeschichte, bevor sie sich in der Weimarer Verfassung und später im Grundgesetz niederschlagen konnte. Ohne das Autonomwerden der Kunst als eigene Wertosphäre keine staatliche Kulturpolitik.

werden soll. Kulturelle Autonomie trifft sich hier mit dem Verfassungsgrundsatz kommunaler Selbstverwaltung. Beides sind zentrale Bestandteile der politischen Kultur unseres Landes auf Basis seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir setzen sie also nicht nur voraus, sondern haben den respektvollen Umgang mit ihnen eingeübt, halten also Spannungen, Widersprüche oder ästhetische Überzeichnungen genauso aus wie große regionale Unterschiede. Freiheit zu erlangen, heißt auch Freiheit auszuhalten. Demokratie ist ein Dehnungsparadox: Ihre Stabilität nimmt zu mit dem Austarieren immer neuer Aushandlungsprozesse und trotz der permanenten Fragilität einer vereinbarten Macht auf Zeit.⁶⁰ Kulturelle Demokratie geriet nicht von ungefähr zu einer Leitformel, als sich dieses robuste Verständnis von Demokratie durch die zivilgesellschaftliche Revolte um 1968 auch in kultureller Hinsicht unter Beweis stellte.

Kultur in diesem geprägten Verständnis kann nicht in Schillers Auffassung von der bürgerlichen Schaubühne »Schwert und Waage« sein, also eine konkrete moralische Veranstaltung. Dazu ist der Kultur nicht nur die mediale Leitfunktion des Theaters ersatzlos abhandengekommen, sondern auch der notwendige eindeutige Wertekompass. Was aber bleibt, sind die Ideen von Freiheit, Bildung sowie die emanzipative Funktion des Spiels. Kultur ist wohl in erster Linie ein wertvoller Möglichkeitsraum, in dem das nach Johan Huizinga Höchste, was es auf Erden gibt, nämlich das Spiel⁶¹, gesellschaftlich produktiv gemacht wird: »Der Mensch ist meistens eine Marionette, aber er hat einen kleinen Anteil an der Wahrheit.«⁶² Befreiung also vom Bespielt-Werden, Gewinn an geistiger Autonomie und Urteilsfähigkeit wären ein zentrales Handlungsprinzip so verstandener Kulturpolitik – und zugleich aufklärerisches Erbe. Sie ist insofern politisch folgenreich, als sie die Menschen zu Reflexion, Einsicht und tolerantem Handeln in besonderer Weise ermächtigen kann. Die politische Dimension von Kunst werde, so aktuell Moshe Zuckermann, nicht in der großenwahn sinnigen Ambition sichtbar, durch Kunst die Welt zu verändern. Die Sichtbarkeit des Politischen drücke sich vielmehr aus »in der schieren Erscheinung der Kunst im Repressiven des menschlichen Daseins als ein objektiver Gegenentwurf dazu, als Veranschaulichung der Möglichkeit eines anderen menschlichen Daseins, als Kennzeichnung dessen, was aus dem Bestehenden durch dessen Überwindung erstehen kann.«⁶³ Eine alternative Aneignung von Welt durch ästhetische Erfahrung; Podium ihrer Wirksamkeit: eine vielfältige und verschiedenartige Angebots- und Trägerlandschaft an Kultur, hier durchaus im Sinne Schillers als Spiegel

60 Was nicht heißt, dass sie nicht auch substanziell gefährdet werden kann. Die Rede von »müder Demokratie« oder »simulativer Demokratie« u.ä. zeigt aktuell an, dass es eine Erosion gesellschaftlichen Zusammenhalts gibt.

61 Freilich in Nachfolge des Schiller'schen Homo ludens.

62 Huizinga (EA 1934) 2014, S. 45.

63 Zuckermann 2022, S. 93 (Hervorhebung im Zitat TJK).

der pluralen Gesellschaft. Diese Breite hat sich im demokratischen Entwicklungsprozess erst so etabliert; gleichwohl ist sie nicht automatisch helfendes Agens für gelingende Gesellschaft, denn Kultur ist nicht nur das bewusst Hergestellte (und damit falsch verstandener Hebel, Instrument), sondern maßgeblich vor allem das sozial Unbewusste. Ob im Spiel oder in der Lebensweise: Kultur bleibt ein Prozess, in den wir uns nur einbringen können. »Die Kultur ist grundlegender als Recht oder Politik.«⁶⁴ Wir müssen uns darauf einstellen, dass Kultur niemals Abbild unseres reinen Willens sein kann. Gewiss aber kann sie uns Basis von Selbstvergewisserung, fundierter Überlegung und Erprobungsraum sein. Wenn es gut geht, geben wir ihr Richtungsimpulse, etwa mit einer starken Kulturellen Bildung, die an der Persönlichkeitsentwicklung ansetzt, sich aber als »individuelles Kraftfeld«⁶⁵ reflexiv zur Gesellschaft verhält. In diesem Sinne – und wohl nur in diesem Sinne – wohnt der kulturellen Autonomie eine politische Kraft inne.⁶⁶

Wie gehen wir mit diesem »Reich der Freiheit« kultur- und gesellschaftspolitisch in Zeiten multipler Krisen und disruptiver Veränderungsprozesse aktuell um? Es scheint, als sei auf unterschiedliche Weise das Bekenntnishafte wieder stärker in den Vordergrund getreten. Damit gerät Kulturpolitik schnell zu etwas Ingenieurhaftem.⁶⁷ Die Wirksamkeit von Kunst und Kultur wird dann auf den vermeintlich politisch richtigen Umgang mit ihr reduziert: Wir laden Künstlerinnen und Künstler aus, wenn sie sich nicht eindeutig zu oder gegen etwas bekennen, wir schließen oder brandmarken Diskursräume, wenn uns Positionen zu problematisch erscheinen oder nicht ins Bild herrschender Konsense passen. Tolerieren wir auch den zunächst symbolischen, künftig vielleicht zerstörerischen Angriff Protestierender auf museale Kunstwerke, wenn es um den existenziell unzweifelhaft notwendigen Klimaschutz geht? Gehört hinfort die Triggerwarnung zur Kunstrezeption, bis wir alle Ungleichheiten oder Repräsentationen von Unterdrückung ausgemerzt haben? Wie »systemrelevant« sind überhaupt Akteure, die eine kulturelle Autonomie reklamieren, aber nicht unmittelbar gesellschaftlich wirken? Wo zwischen nationaler Kultur und kultureller Aneignung liegen die Fluchtlinien eines neuen »globalen Weltkulturerbes«⁶⁸, und gibt es so etwas wie kulturelle Identität?⁶⁹ Müssen wir nach dem Er-

64 Eagleton 2017, S. 82.

65 Vgl. Scheytt 2008, S. 216ff.

66 Darüber hinaus bedeutet Kultur natürlich auch Kommunikation, ästhetischen Genuss, Freizeitvergnügen, kreative Tätigkeit, Traditions- und Heimatpflege u.v.m.

67 Im kommunistischen Klassenkampf bestand ein Zielbild in einer klassenmäßigen Ästhetik, die auch die Kulturpolitik des Ostblocks prägte. Stalin formulierte einmal den viel belächelten Satz von den Schriftstellern als den »Ingenieuren der Seele«. Sie wurden – wie die Künstler insgesamt – auf einen Standpunkt und eine Doktrin ausgerichtet.

68 Hier im Sinne von Savoy 2018, S. 52ff.

69 Vgl. Jullien 2017, S. 45ff. Für ihn ist die Transformation der Ursprung des Kulturellen, weshalb es nur um Abstände zwischen dem Vielfältigen gehe. Aleida Assmann dazu kritisch: »Julli-

starken von Identitätspolitik inzwischen auch von kultureller Politik sprechen, die stets das Richtige tut und ihre Rechtfertigung in ihrer klaren politischen Haltung findet?⁷⁰

Zur Machbarkeit von Kultur hat Theodor Heuss einmal den berühmten Satz geprägt: »Mit Politik kann man keine Kultur machen; vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.« Er hatte ihn nicht als Bundespräsident, sondern als Kulturpolitiker in seiner Reichstagsfraktion zu Zeiten der Weimarer Republik gesagt.⁷¹ Später hatte er erlebt, wie Kultur brutal missbraucht worden ist »als Zweckform der macht- und parteipolitischen Auseinandersetzung«. Und er hält fest, dass eine geistige Leistung, etwa der Kunst, »wenn sie nicht das eingeschränkte politische ›Ziel hat, die breite politische Wirkung haben kann. Das geschieht in der zweckentbundenen Darbietung des eigenen besten Wesens.«⁷²

Dieses »beste Wesen« kann und soll dezidiert auf die Gesellschaft gerichtet sein. Es braucht Kraft, Widerspruchsgestalt und Reibung. Die Gesellschaft wiederum muss ihm auch begegnen wollen, sich auf es einlassen und es aushalten. Das künstlerische oder kulturelle Ereignis besteht im Kern aus dem Unerwarteten, das mich herausfordert und nicht meine Haltung lediglich affirmiert (oder mich nur wirkungsästhetisch affizieren soll⁷³). Eines der größten Missverständnisse kultureller Autonomie besteht daher in der Auffassung, Kunst müsse gar nichts. Fabian Burstein hat es gerade in einer bemerkenswerten Streitschrift fokussiert auf Österreich aufgegriffen und damit die andere Seite der gesellschaftlichen Indienststellung angeprangert, nämlich die Abkoppelung von gesellschaftlicher Relevanz im Zeichen von Autonomie. Er beschreibt damit die Selbstreferenzialität von Kulturbetrieben und Kunstschaffenden: »Weil die Kulturmanager:innen und Künstler:innen nicht mehr als gnadenlos-kritische Beobachter:innen des gesellschaftlichen Alltags fungieren, hat die Politik die Angst vor ihnen verloren und straft das Segment mit der schlimmsten aller möglichen Politstrategien ab: mit totaler Ignoranz. Das

ens Argumentation ist überspannt. Warum? Weil er explizit ausschließt, ja verbieten möchte, dass der Bezug zu einer Kultur, Tradition oder Lebensform die Identität eines Menschen irgendwie unterstützen oder stärken könnte« (vgl. Assmann 2020, S. 89ff., hier S. 92).

70 Vgl. die Aberkennung des neuen Europäischen Dramatikerpreises an Caryl Churchill, noch bevor er vergeben worden ist. Es gibt Antisemitismusvorwürfe. Gleichwohl ist die Frage erlaubt, ob sich die 84-jährige Autorin tatsächlich verändert hat oder ob es mehr um die aktuell-kritische Rezeption ihrer Arbeit/ihrer Verhaltens geht. Welche Perspektive auf ihr Verhalten nehmen wir ein? Wie stark interferieren überhaupt Haltung und Kunst?

71 Heuß 1951, S. 18.

72 Heuß, S. 19.

73 Auch im Sinne der vorklassischen Ästhetik und ihrer »Überschätzung der erzieherisch-bildenden Potenz von Kunst, das heißt ihrer direkt normbildenden und verhaltensausrichtenden Funktion sowie operativen Wirkungsabsicht« (Pracht 1987, S. 155). Normative Ästhetiken können sich auch in politischen Erwartungshaltungen oder Verhaltensmaßregeln (Triggerwarnungen?) verbergen.

erkennt man zum Beispiel daran, dass das Amt des ›kulturpolitischen Sprechers‹ innerhalb der Fraktionen eher Strafversetzung als Vertrauensbeweis ist.«⁷⁴ Damit korrespondiert als quasi Ermöglichungsstrategie eine oft wenig ambitionierte Förderpolitik, die mehr auf Ruhigstellung, weniger auf kriteriengeleitetes, selektives Profilieren kultureller Angebote ausgerichtet ist. Dabei bedeutet Fördern von etwas immer auch eine Entscheidung gegen etwas anderes. Das Nein in der Kulturpolitik jedoch wird häufig tabuisiert, weil seine Begründung vom Standpunkt, nicht von rein objektiven Fakten abhängt. Kulturpolitik braucht neben dem Diskurs also auch eine gewisse Autorität – und die Vielfalt von begründeten Standpunkten.

Das Politische an der Kultur bleibt ein Echo aus den Kammern des Möglichkeitsraums. Selbst auf einem so komplizierten Feld wie der Erinnerungskultur ist das Erzieherisch-Didaktische von vornherein brüchig, wie Aleida Assmann in einer Reihe von Beispielen zeigt. »Die meisten Denkmäler früherer Epochen müssen gar nicht vom Sockel gestoßen werden, weil sie einem schleichenden Prozess der Historisierung unterliegen.«⁷⁵ Und wo dezidiert die Veränderung des Blicks erreicht werden soll, reichen mitunter kleine Eingriffe, die unsere Mündigkeit stimulieren. Assmann zeigt dies etwa anhand des Denkmals für den heute höchst problematischen Wiener Bürgermeister Dr. Karl Lueger, dessen Statue und Sockel der Künstler Klemens Wihlidal lediglich um 3,5 Grad nach rechts neigen möchte; ein Neigungswinkel, der zu einer sehr subtilen Irritation der Wahrnehmung führt.⁷⁶ Weniger subtil fällt nicht nur aus der Perspektive vieler Jüdinnen und Juden das Holocaust-Mahnmal in Berlin aus, das die Deutschland prägende starke Opferidentifikation ins Monumentale wendet. Per Leo hat diese einseitige Fokussierung des Gedenkens – und die Trennung des deutschen Volks vom Nationalsozialismus, der uns oft als von uns abgelöste Entität der Monstrositäten erscheint – als Fortschreibung einer Entlastungsfigur beschrieben, als »gigantisches Generationsprojekt [mit] ein[em] Denkmal, das nichts zeigt, sondern etwas verbirgt: die Sehnsucht erwachsener Kinder, nicht länger die Schuld ihrer Eltern mit sich herumschleppen zu müssen.« Die entstandene »Aura des Sakralen« habe zur Folge, »dass die Deutschen sich den Nationalsozialismus, statt ihn schrittweise in die eigene Lebensgeschichte zu integrieren, durch Bannformeln und magische Namen dauerhaft vom Leib hielten.«⁷⁷ Wir befinden uns hier offenbar in einer Art Ritualfalle, die sich aus der symbolischen Abspaltung des Zivilisationsbruchs ergibt, dessen Wiederkehr wir gleichsam kollektiv-beschwörend abwehren. Mit dem Verschwinden der letzten Überlebenden droht eine zeremonielle Erstarrung des Gedenkens. Es stellt sich die Frage, wie wir Geschichte verantwortungsvoll reflektieren und diese vergegenwärtigend aus ihr ler-

74 Burstein 2022, S. 39f.

75 Assmann 2016, S. 79.

76 Vgl. Assmann 2016, S. 81ff.

77 Leo 2021, S. 88ff.

nen können, ohne sie einfach etikettierend zu benutzen. Noch einmal Per Leo: »Sich heute pauschal mit Flüchtlingen und bestimmten Migrantengruppen zu identifizieren, um selbst als das Gegenteil eines ›Nazis‹ oder ›Faschisten‹ zu gelten, ist genauso narzisstisch, wie es die Identifikation mit den Opfern des Holocaust immer schon war.«⁷⁸

Narzisstisch ist es übrigens auch, sich an Kunstwerke zu kleben und sich mit dem Kampf ums Klima so zu identifizieren, als seien alle anderen Standpunkte und Aktivitäten skandalös. Wer immer auf der richtigen Seite steht, muss seine Mittel nicht mehr rechtfertigen, und seien sie primitiv wie Kartoffelbrei auf gerahmten und verglasten Gemälden. Dies ist Ausdruck einer Arroganz, die die Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen Wegs ohne Akzeptanz von Alternativen auch gegen Mehrheiten durchsetzen will. Die Akzeptanz möglicher Alternativen aber ist ein Grundkonsens von Demokratie.⁷⁹ Das Politische an der Kultur setzt also Identifikation und Distanzierung gleichermaßen voraus; der Kurzschluss von Politik und Kultur oder von Identifikation und (kreativer) Aufarbeitung kann kulturpolitisch nicht ausgehalten werden. Er führt zwangsläufig zu Bekenntnishaftigkeit, Vereindeutigung und Ambiguitätsintoleranz. Genauso können Autorschaft, Werk und Wirkung in der Kunst nicht kurzgeschlossen werden, insbesondere dann, wenn es sich um historische Artefakte handelt. Das schließt nicht aus, dass sich Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker gesellschaftlich positionieren, doch bleibt der symbolische Vorrat, aus dem wir schöpfen, und die Art, wie Kultur sich entwickelt, jenseits des absolut (Ge-)Brauchbaren.

Wolf Lepenies hat es im Rahmen seiner historischen Vignetten seinerzeit auf den Nenner gebracht: »Die Kultur wurde in Deutschland zur Arena des Absoluten. In diesem Bereich gibt es keinen Kompromiss. Die Überschätzung und Überhöhung der Kultur führen dabei zu einem eigentümlichen Machtanspruch: Es gehört zur deutschen Tradition, dass sich die Kultur als die bessere Politik missversteht.«⁸⁰ Damit sollten wir endgültig aufhören.

3.5 Die »Alternative für Deutschland« und rechte Kulturpolitik

Die Neue Rechte entwickelte in den letzten Jahren eine klare und exkludierende kulturpolitische Programmatik, gegenläufig zu einer »Kulturpolitik der Weltbeziehungen«, die gerade den Beziehungsreichtum zwischen Kultur(en) und unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären sowie aktuellen transformativen Handlungsfeldern betont, sich also inkludierend sowie politikfeldübergreifend

78 Leo 2021, S. 240.

79 Für diesen Hinweis danke ich Dr. Dieter Rossmeissl (Erlangen).

80 Lepenies 2006, S. 47.

versteht. Der Neuen Rechten geht es als Strömung im Gegensatz zur »Alternative für Deutschland« (AfD) als Partei (die nicht identisch ist mit der Neuen Rechten) um einen Prozess der allmählichen Unterwanderung unserer demokratischen Verfasstheit, aber für die kulturpolitische Bewertung müssen Strömung und Partei an dieser Stelle nicht weiter differenziert werden, zumal »in der Gesamtschau ... weniger demokratietheoretische oder ideologische Differenzen (bestehen), sondern mehr strategische und taktische Unterschiede.«⁸¹ Die gesellschaftlichen Absichten sind folglich im Wesentlichen dieselben. In jedem Fall ist davon auszugehen, dass das neurechte Ideengut im Milieu der AfD zirkuliert und von ihren Exponenten angeeignet und weiterentwickelt wird.

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) hat ihre radikale Position jüngst in einem paradigmatischen Antrag an den *Deutschen Bundestag* zum Ausdruck gebracht, in dem die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, »die aktuelle Reduktion kultureller Identität auf eine Schuld- und Schamkultur, die die Regierungspolitik und weite Teile der öffentlichen Meinung dominiert, durch positive Bezugspunkte kultureller Identität zu korrigieren, um die aktive Aneignung kultureller Traditionen und identitätsstiftender Werte wieder in den Vordergrund zu rücken.«⁸² Felder wie Diversität, Geschlechtergerechtigkeit, Dekolonisierung von Kulturgutsammlungen oder Green Culture wären demnach aus der Kulturpolitik zu tilgen, diese sei stattdessen – jenseits der »Ideologeme« einer fatalen Identitätspolitik, einer Cancel Culture und einer negativ befrachteten Erinnerungskultur – neu aufzuladen und solle zu positiver Identifikation auch mit der deutschen Geschichte beitragen.

Kulturkampf

Die AfD rückt folglich Aspekte in den Vordergrund, die diese ins Nationalistische neigende Haltung der Selbstbesinnung und identitären Abschließung unterstützen können: Die Forderung nach einer deutschen Leitkultur anstelle eines Multikulturalismus, die Förderung der deutschen Sprache im Sinne einer Nationalsprache, einer Kulturnation, die Fokussierung auf Brauchtum, Denkmalpflege und Gedenken im Sinne einer rekonstruierenden Gemeinschaftsbildung (bis hin zur Rekonstruktion schöner historischer Innenstädte) und eine Kulturförderung, die die politische Willensbildung nicht beeinflusst.⁸³

Seit 2013 reüssiert in Deutschland der Rechtspopulismus in Form der AfD, die euro- und globalisierungskritische Positionen mit nationalen Rezepten der Exklu-

81 Pfahl-Traugher 2019, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht/>.

82 Deutscher Bundestag 2023: BT-Drs. 20/5226 »Deutsche Identität verteidigen – Kulturpolitik grundsätzlich neu ausrichten« vom 17.01.2023, S. 7.

83 Vgl. das Wahlprogramm der AfD (2024), <https://www.afd.de/wahlprogramm-kultur/>.

sion verbindet und damit vor allem Menschen eine Stimme gibt, die sich einfache Antworten auf komplexe Herausforderungen – und sicher auch reale Fehlentwicklungen – nicht nur wünschen, sondern auch selbst lautstark artikulieren möchten. Besonders in Ostdeutschland, vor allem seit den Pegida-Demonstrationen, entsteht der Eindruck, es gebe eine abgehängte Bevölkerungsschicht, deren Frust im selben Maße zunimmt wie ihr Selbstbewusstsein. Jetzt kommen in der Tendenz offenbar jene zur Sprache, die sehr ortsfest und »heimatverbunden« blieben und alles um sich herum als sich ausweitenden Strom der Entwurzelung erleben. Ihnen wird folglich Verwurzelung versprochen, ein exklusives Bestandsrecht der Scholle, auf der sie schon immer siedeln, eine Kraft gegen jene Prozesse, die sie vermeintlich überfremden und bedrohen. Zehn Jahre nach ihrer Gründung gelten Teile der AfD längst als rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich. Mit einer heimlichen Beratung über Ideen zu einer Remigration, Massenabschiebungen von Menschen mit Migrationshintergrund, ja »nicht-assimilierten« deutschen Staatsbürgern, verbreitete ein Netzwerk der Rechten Panik und reaktivierte Assoziationen nationalsozialistischen Unrechts, das in der Verfolgung und Deportation jener Menschen bestand, die seinerzeit *final* exkludiert werden sollten, Bilder also einer sich aktiv abschließenden, »reinigenden« Gesellschaft. Vertreter der AfD waren beteiligt.

Die Neue Rechte macht explizit mobil; neben dem weiter oben bereits besprochenen Alain de Benoist⁸⁴ greift die deutsche Szene auf einen weiteren französischen »Anreger« zurück, der in einem aktuellen Buch die »Inszenierung eines Kulturkampfes« verspricht und sich über weite Strecken wie ein seichter Ernst Jünger liest. Mit Benoist, als dessen enger Weggefährte er gilt, verbindet ihn der Rückgriff auf Gramsci, mit dem der Begriff Kulturkampf auf immer verbunden bleibe: »Kulturkampf heißt nicht nur, Kultur als harten, rauhen Kampfsport begreifen, sondern als einen Gemeinschaftssport.«⁸⁵ Kultur als Verbindung: »Jeder Mensch hat zwei Körper, den individuellen und den Kollektivkörper.« Die Strategie ist klar. Die Rede ist im Übrigen von François Bousquet, bei dem man Sätze liest wie diesen: »Der Augenblick der Generalmobilmachung ist gekommen.«⁸⁶

Es ist dies eine geistige Attacke, die Bousquet mit einem Loblied auf das Buch und einem Urvertrauen der Menschen in das Wort, den Logos, verbindet. »Unser Ziel ist es, unsere Ideen zu verbreiten und ihren Einfluss zu vergrößern. Ein intellektueller Vorposten zu werden, eine Drehscheibe mitten im Herzen der kulturellen Machtausübung. Drinnen sein, aber dagegen. Kontrolliert die Kulturlinke die Institutionen? Dann werden wir zur Gegen-Institution.«⁸⁷ Die Strategie ist eine doppelte: einerseits Ängste schüren, die offizielle Kulturpolitik angreifen und andererseits

84 Vgl. Kap. 1.2.

85 Bousquet 2022, S. 67f. (französische Ausgabe Paris 2019).

86 Bousquet 2022, S. 65.

87 Bousquet 2022, S. 195.

über die Köpfe und Herzen der Menschen Einfluss gewinnen, revolutionäre Energie subtiler wirken lassen: »Nach den wiederholten Rückschlägen des gewalttätigen Aktionismus vor fünfzig Jahren haben einige die Vorrangigkeit des Gedankens vor der Aktion begriffen und deshalb beschlossen, die Ordnung der Welt nicht mehr auf dem Wege der Politik, sondern auf dem der Kultur zu verändern. Für sie wurde das Denken Voraussetzung der Aktion.«⁸⁸

Die Anhänger der AfD wollen die vermeintlich sichere Position des kleinen Mannes und seiner Scholle verteidigen (AfD-Wähler sind vor allem Männer), noch bevor die ersten Migranten ihren Lebensraum tatsächlich »besetzen« oder beherrschen und ihnen näher auf den Leib rücken als Brüssel oder die *Agentur für Arbeit*, die bereits normierend auf sie einwirken. Das ist ein Tendenzbild vielleicht für den Osten (das auch das Niveau mancher Proteste erklären mag), aber dieser Reflex der »kleinen Leute« geht insgesamt nicht auf. Es ist ein durchaus heterogener Kreis verdrossener und eher konservativer Menschen, die sich der AfD zuwenden und sich von ihrer Partei so stark vertreten fühlen wie kein Wähler einer anderen.⁸⁹ Dennoch geht es wohl primär um soziale Claims, die abzustecken mit Schreckensbildern unbilliger Einflussnahme offenbar oberstes Gebot und reflexartige Geste in einem sind.

Die große Regression – weltweit

Vierorts in Europa sind nationalistische Parteien erstarkt, überall in der Welt senden demokratische Gesellschaften Signale von Ermüdung aus. Bilder vitaler Gesellschaften in Zeiten des Wandels werden von ihnen nicht mehr glaubhaft projiziert. Transformation erscheint als Niedergangsszenario, die Bereitschaft zu Konsens schwindet. Die AfD ist somit Menetekel dessen, was Intellektuelle unterschiedlicher Länder inzwischen als »große Regression« beschreiben und was weltweit die Politik prägt, von den USA bis Russland oder Indien, von Frankreich bis in die Türkei, freilich mit je unterschiedlichen Ausprägungen, bis hin zu unterdrückter Meinungsfreiheit und Krieg. Heinrich Geiselberger hat einen gleichnamigen Band herausgegeben, der parallel in mehreren Ländern erschienen ist und den internationalen Diskurs über Globalisierung, politische Kultur und den Aufstieg autoritärer Politiker abzubilden und zu bündeln versucht.⁹⁰ In dieses Bild muss man wohl auch die Proklamationen der AfD einordnen; sie sind Teil einer regredierenden Kulturbewegung, die die Globalisierung zurückdrehen will und mit den Konsequenzen unserer weltweiten Vernetzung, die durchaus ambivalent ausfallen, nicht umgehen kann. Ivan Krastev etwa konstatiert in diesem Band:

88 Bousquet 2022, S. 212.

89 Vgl. Steffen, in: Zeit online, 23.08.2017, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/afd-waehler-terrorbekaempfung-integration>.

90 Geiselberger 2017.

»Bedrohte Mehrheiten bilden in der Gegenwart die stärkste Kraft in der europäischen Politik. Sie befürchten, Ausländer könnten ihr Land übernehmen und ihren Lebensstil bedrohen, und sie sind überzeugt, dahinter stecke eine Verschwörung kosmopolitisch gesinnter Eliten und tribalistisch denkender Immigranten.«⁹¹

Fatal daran ist, dass die Globalisierung in der Tat zur neoliberalen Entgrenzung nationaler Volkswirtschaften führte und verheerende Steuerungsdefizite sichtbar wurden, deren staatliche Kompensationen in krassem Gegensatz etwa zu Deregulierungsbestrebungen stehen, die hier mit Verweis auf Freihandelsabkommen oder ein schwer durchschaubares EU-Beihilferecht nur kurz aufgerufen sein sollen. Vollerorts fürchtete man um regionale Gestaltungskraft, während die Maßnahmen zur Rettung bestimmter Märkte das Vorstellungsvermögen vieler Menschen deutlich überstieg und sie auch erschütterte. Hier spürte man Macht und Einfluss – und eigene Ohnmacht. Dies nährte eine Politikverdrossenheit, die Hartmut Rosa in das Bild des Resonanzverlustes brachte, das sich gut in die Debatte über Postdemokratie (Crouch) oder simulative Demokratie (Blühdorn) fügt. Zwischen Bürger und Politik verlaufe ein Riss; die Politik erscheine nicht mehr als »Schrittmacher gesellschaftlicher Entwicklungen, sondern weit *hinterherhinkende* oder *sich durchwurstelnde* Feuerwehr.«⁹² Politische Programme würden als »alternativlose Sachzwanglogik« verkauft: »Die soziopolitische Welt antwortet nicht mehr; sie diktiert ihre Handlungs- und Strukturvorgaben in Gestalt von Sachzwängen.«⁹³

Resonanz durch Mythen? Das »Kulturprogramm« der AfD

Interessant ist nun ein Vergleich mit dem Nationalsozialismus. Auch wenn man die Anhänger der AfD nicht pauschal mit Nazis gleichsetzen und primitive Schubladen bedienen darf, fallen deren ebenfalls schlichte und auf Illusionierung angelegte Narrative auf, die die von Rosa genannten Defizite politischen Handelns wohl nicht auszuräumen vermögen. Rosa stellt fest: »Die Politik der Nazis stiftete keine Antwortbeziehung zur Welt, sondern inszenierte nur eine Echokammer für eine imaginierte Volksgemeinschaft.«⁹⁴ Das Kulturprogramm der AfD – und ihr Wahlprogramm ist im Wesentlichen ein Kulturprogramm – inszeniert ebensolche Echokammern, die einen reinen Kollektivkörper imaginieren und die Beziehung zur Welt kappen, belastbare Handlungsansätze schuldig bleiben: Nation als kulturelle Einheit (gemeint auch als ethnische Einheit), Bewahrung kultureller Identität (die keine fließenden oder hybriden Formen kennt), kulturelles Erbe (als Argument für unverrückbare Beziehungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart) oder deutsche Leitkultur (die

91 Krastev 2017, S. 119.

92 Rosa 2016, S. 376 (Hervorhebung im Original).

93 Rosa 2016, S. 377f.

94 Rosa 2016, S. 371.

den Islam exkludiert, als habe es seine befruchtende Wirkung auf Europa nie gegeben, was einer unverschämten Ignoranz gleichkommt).⁹⁵

Erkennbar wird eine Ersatzverzauberung an die Stelle einer notwendigen, auch bisherige Konzepte kritisch wendenden Debatte gesetzt, als gäbe es einen Notausgang aus einer Welt voller unausweichlicher Interdependenzen. Diese »Reset-Kulturpolitik« ist ein Skandalon, mit ihr umzugehen und ihr mehr entgegenzubringen als ein bitteres Lachen, scheint indes keine leichte Aufgabe und treibt viele Menschen um. Im Grunde handelt es sich gar nicht um Kulturpolitik, sondern vielmehr um bloße Versatzstücke eines assoziativen Weltbildes, die aber Menschen in ihrer vordergründigen Evidenz hinreichend mobilisieren. Haben sich Kulturpolitikerinnen und -politiker in den letzten Jahrzehnten intensiv gemüht, Multi-, Trans- und Interkultur zu definieren, mit Konzepten zu unterlegen, starre Identitätsbilder aufzubrechen und für neue Formen von Gemeinschaft einzutreten, die sich aus Begegnung, Austausch und gegenseitigem Respekt entwickeln können, beugt die AfD den von Bassam Tibi europäisch gedachten⁹⁶ – gleichwohl umstrittenen – Topos der Leitkultur zu einem deutsch-nationalen Exklusionsmodus. Dies reproduziert nicht nur den Mythos von einer ursprünglich »reinen« deutschen Kultur, sondern entwertet auch alle funktionierenden Formen kultureller Mischung und Integration.

François Jullien nennt kulturelle Identität einen »Schutzwall« und wendet sich gegen diese starke Geste der Differenz. »Anstatt die Verschiedenheit der Kulturen als Differenz zu beschreiben, sollten wir uns ihr mithilfe des Konzepts des *Abstands* nähern; wir sollten sie nicht im Sinn von *Identität*, sondern im Sinn einer *Ressource* und der *Fruchtbarkeit* verstehen.«⁹⁷ Dass man die Räume des Abstands besser füllen kann, als die Mauern der Differenz zu überwinden sind, scheint mir mehr als ein souveränes Denkbild. Es unterstreicht die Fluidität, die es schon immer zwischen Kulturen gegeben hat und ohne die sich menschliche Zivilisation gar nicht hätte entwickeln können; konfliktbeladen war Austausch freilich auch stets. Aber man muss dieses Bild stark machen gegen die Mär der ursprünglichen Vollständigkeit. Es steht hier als *ein* Beispiel für die Dekonstruierbarkeit dieses AfD-»Kulturprogramms«.

In seinem 2023 veröffentlichten Manifest »Politik von rechts« beschreibt Maximilian Krahe einmal mehr das identitäre rechte Menschenbild und setzt es gegen die vermeintliche linksliberale Dekonstruktion des Ich, denn »es basiert auf dem Ich, das im Einklang mit seinem Wesen und seiner Natur steht. Kind seiner Eltern zu sein und das Erbgut der Generationen zu tragen, Mann oder Frau zu sein, in einer Kultur mit deren Sprache sozialisiert und damit Teil einer Gemeinschaft der Ähnlichen zu sein, die Umwelt anhand des Bodens, der Landschaft, der Jahreszeiten seiner Heimat erfahren zu haben, das sind Realitäten, die den Einzelnen

95 Vgl. Lück 2017.

96 Vgl. Tibi 2016.

97 Jullien 2017, S. 36 (Hervorhebung im Original).

prägen. [...] Rechts sein heißt, dieses Wesen anzunehmen, zu schätzen und ihm gemäß zu leben, als Individuum und in der Gruppe.«⁹⁸ Auf diese Weise werden biologistische und heimattümelnde Gedanken auf gefährliche Weise kurzgeschlossen, entsteht ein Ordnungsrahmen, der jahrhundertelange kulturelle Konstanz suggeriert. Dabei stammt Krahs – wenn auch später im unweit entfernten Dresden aufgewachsen – selbst aus einer durch sorbische Siedlungsräume stark bikulturell geprägten Region, die von Austausch, aber auch Bewahrung spezifischer Bräuche lebt; das Dreiländereck um Zittau ist ebenfalls nicht weit und hat die Oberlausitz als kulturellen Raum sehr geprägt. Die Dritte Sächsische Landesausstellung in Görlitz widmete sich vor einigen Jahren dem Austausch von Ideen und Gütern entlang der *Via Regia*, die durch Krahs Heimat führte und auf der es trotz des königlichen Schutzes allerlei Auseinandersetzungen um Zölle, Geleit und sicher auch kulturelle Konflikte gegeben hat, vor allem aber Handel, Austausch, Vitalität, von deren Impulsen die Städte noch heute wahrnehmbar zehren.⁹⁹ Alles andere als ein geschlossener Kulturraum, Interkulturalität über Jahrhunderte, der nun die Grenzen aufgezeigt werden. Krahs sollte die Kulturgeschichte dieser Region gut kennen und beugt sie doch so dramatisch.

Krahs macht zwei Felder auf, die – unabhängig von seinem schwer erträglichen völkischen Sound – markante Einfallstore rechter Politik darstellen und viele Menschen auch jenseits nationalistischer Gedankenwelten umtreiben: die Identität des Volkes und die Massenmigration. Sätze wie »Volk ist Schicksal« oder »die heterogene Gesellschaft der Zukunft wird auch die Autochthonen zu Fremden im eigenen Land machen«¹⁰⁰ verweisen klar auf eine völkische, auf ethnische Homogenität gerichtete Kulturvorstellung, die im Widerspruch steht zu einer offenen, freizügigen und der Vielfalt verpflichteten Gesellschaft. Dennoch bedienen sie auch reale Vorbehalte gegenüber heute weit verbreiteten Dekonstruktionen von Identitätsbildern (weil sie als rassifiziert oder ausschließend rubriziert werden) und Forderungen nach radikaler Neudefinition von Gesellschaft. Dies reicht, wie weiter oben gesehen, bis zum Begriffsverständnis von Integration, das auf die Unterscheidung zwischen Autochthonen und Fremden zurückgeführt und verworfen wird.¹⁰¹ Damit bekommen Topoi wie Heimat oder Verwurzelung einmal mehr etwas verlockend Unschuldiges, auf das man sich zurückbesinnen kann.

Krahs schlussfolgert für sich: »Damit die Zugehörigkeit zum Volk als erstrebenswert erkannt wird, bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung der Kultur- und Bildungspolitik. Anstatt irgendwelche Elitenkunst zu finanzieren, die außer der Sicherung des Lebensunterhalts der beteiligten Künstler keinen erkennbaren Nutzen

98 Krahs 2024, S. 33.

99 Vgl. Enke, Probst 2011.

100 Krahs 2024, S. 54f.

101 Vgl. Czollek 2018, S. 63f. sowie Kap. 2.3.

bringt, sollten die deutsche Sprache und der deutsche Bildungskanon exzessiv verbreitet werden.«¹⁰² Ferner postuliert er eine »alternative Gegenkultur«, die erkennbar auf überschaubare Gemeinwesen (Dörfer und Kleinstädte) abzielt und Kultur als Abstammungsgemeinschaft anspricht.¹⁰³

Ausgrenzung und künstlerische Bloßstellung, mehr nicht?

Sieht man, wie stark die Wähler vor allem in den ostdeutschen Bundesländern die AfD positionieren, stellt sich die Frage nach dem angemessenen Umgang mit dieser Partei, ihren Funktionären und ihren Wählerinnen und Wählern. Da es aber in den »Echokammern« der AfD nicht um Argumente, um Diskurs und damit fruchtbaren Austausch geht, eben weil es sich um geschlossene Räume von Gesinnung, Weltflucht und Abschottung handelt, sind Strategien des Umgangs schwierig und nicht risikofrei. Zwei starke Tendenzen, die wir derzeit beobachten, sind die der Ausgrenzung oder Distanzierung und die der künstlerischen Intervention. Die Strategie der Ausgrenzung versucht, sowohl den Umgang mit der AfD als auch ihre legitimierte politische Aktion zu vermeiden beziehungsweise zu konterkarieren, soweit das möglich ist. So ist unter anderem auch der damalige Offene Brief an den Ältestenrat des *Deutschen Bundestages* zu verstehen, der sich gegen einen Vorsitz der AfD im Kulturausschuss aussprach und u.a. vom Präsidenten der *Kulturpolitischen Gesellschaft* unterzeichnet worden war.

Das »Zentrum für Politische Schönheit«, bekannt von zahlreichen provokanten Projekten im öffentlichen Raum, hat die von Björn Höcke geforderte »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« und seine Rede von einem »Denkmal der Schande«, mit dem er das Holocaust-Mahnmal in Berlin auf unerträgliche Weise diffamierte, zum Anlass für eine künstlerische Aktion in seinem Wohnort Bornhagen genommen. Die Debatte über das Kunstprojekt ist sicher ambivalent, die Auseinandersetzung zwischen den Kontrahenten nicht frei von starken Pauschalurteilen: Höcke bezeichnet die Künstler als Terroristen, diese nennen ihn einen Nazi.¹⁰⁴ Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht der Umgang mit unserer Erinnerungskultur, deren versuchte Reformulierung selbst in der ungleich gehaltvolleren Walser-Bubis-Debatte 1998 zu großen Verwerfungen führte; Höckes dabei aufblitzende Gesinnung spricht für sich. Klar ist, dass er provoziert und den Korridor für eine ernsthafte politische Debatte gar nicht erst öffnet. Er spielt mit der Vulnerabilität unseres kollektiven Umgangs mit großer Schuld, der in seiner Unabgeschlossenheit Sensibilität und

102 Krah 2024, S. 57.

103 Krah 2024, S. 57.

104 Vgl. Simon, in: Die Zeit 30.11.2017, <https://www.zeit.de/2017/49/zentrum-fuer-politische-schoenheit-bjoern-hoecke-holocaust-mahnmal>. Zum Projekt selbst vgl. Rummel, Stange, Ziervogel 2019, S. 37–65.

Gefühl für Tabus benötigt. Eine starke Entgegnung, wo sonst nur entschiedene Zurückweisung möglich wäre, erlaubt allein der künstlerische Zugang, der seinerseits Verletzungen in Kauf nimmt: Höcke bekam eine Miniaturversion des Mahnmals vor sein eigenes Haus gesetzt. Kunst kann hier öffnen und fungiert gleichsam als Ventil, da ihre geschützte Grenzüberschreitung etwas erreicht, was uns in anderer Form verwehrt bliebe.

Beide Strategien sind angemessen und können in bestimmten Situationen hilfreich sein. Aber ohne Kommunikation vergrößern wir die Kluft zwischen den sich bedroht wahnenden »Mehrheiten« und demokratischen Akteuren in Politik und Zivilgesellschaft. Bei aller Schwierigkeit müssen wir sprachfähig werden, ohne die Funktionäre der AfD im umfassenden Sinne »salonfähig« zu machen. Wir neigen dazu, schnelle und definitive Haltungen einzunehmen, wenn unbequeme oder inakzeptable Akteure in Erscheinung treten. Erinnerung sei an den Umgang mit der damaligen PDS, die zunächst reduziert wurde auf Altkommunisten, ewig Gestrige und Stasileute, was in vielerlei Hinsicht fatal war. Parteibildungen spiegeln eine gesellschaftliche Wirklichkeit wider, die wir nicht verdrängen oder maßregeln können. Diese Wirklichkeit verändert sich fortwährend, und auch Parteien verändern ihre Gestalt. An diesem Prozess können wir mitwirken, indem wir nicht Öl ins Feuer des Protestes gießen und den Eindruck vermitteln, es lohne sich, Grenzen zu überschreiten und dafür Aufmerksamkeit zu erlangen, sondern indem wir Debatten erzwingen. Das ist mühsam und sicher nicht mit jedem/r Anhänger/in der AfD möglich. Aber ohne den Versuch des Gesprächs, der immer auch ein Versuch der Öffnung ist, werden aus hermetischen Parolen keine verstehbaren Argumente, die die Menschen nachdenklich machen. Es gilt, über die Funktionäre die Menschen, die Wählerinnen und Wähler, zu erreichen; die Politik der pauschalen Abgrenzung kommt auf Dauer einer Bestätigung der AfD gleich. So ist es aus meiner Sicht nicht nur ein mutiger, sondern ein notwendiger, geradezu paradigmatischer Schritt des Thüringer CDU-Spitzenkandidaten Mario Voigt gewesen, im Vorfeld der Landtagswahlen das Risiko eines TV-Duells mit Björn Höcke einzugehen. Sicher ist es auch ein Unterschied, ob ein Ministerpräsident mit den Stimmen der AfD gewählt wird, gar eine Koalition mit der AfD eingegangen werden soll oder eine Entscheidung über ein kommunales Bauprojekt ansteht. Es ist auch ein Unterschied, ob Anträgen der AfD zugestimmt wird oder Entscheidungen über ausdebattierte Sachverhalte, die demokratiepraktisch unkritisch sind, mit Beteiligung der AfD fallen. Der Wähler muss erkennen können, wo es um eine politische Abgrenzung und wo es um die Lösung von Sachfragen geht. Umso wichtiger ist die Markierung der jeweils exakt begründeten Grenzen, gerade im Vorfeld von Entscheidungen.¹⁰⁵ Debatten müssen gut vorbereitet sein und ausgehalten werden. Mut zur Kontroverse, Mut zum Stand-

105 Zur Thüringer Verfassungskrise vgl. die luzide Analyse von Debes 2021.

punkt, Mut auch zur Ergebnislosigkeit, wenn sie nicht vermeidbar ist – das sind wohl die Gebote der Stunde.

Diffamierung im Deutschen Bundestag

Aushalten muss man wohl auch das Erodieren oder bewusste Außer-Kraft-Setzen der Debattenkultur. Gute demokratische Politik lebt vom Austausch der Argumente, während Menschen mit geschlossenen Gesellschaftsbildern Sachverhalte bewusst verdrehen, passfähig machen und als Echo ihrer unverrückbaren Wirklichkeit erleben. Der kulturpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Marc Jongen, hatte in dieser Manier im Rahmen der Haushaltsdebatte am 11. September 2019 ein Exempel statuiert, bezogen auf die Förderung der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* Er führte aus: »Der Bundeshaushalt für Kultur und Medien 2020 umfasst rund 1,8 Milliarden Euro. Ein nicht geringer Teil davon wird leider dazu missbraucht, die Menschen in Deutschland ideologisch zu gängeln und zu Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit, den globalistischen Kardinaltugenden, zu erziehen.« Dieser Einleitung folgt eine Bezugnahme auf eine frühere Fassung dieses Beitrags des Autors zur AfD-Kulturpolitik in den »Kulturpolitischen Mitteilungen«, in denen der oben ausgeführte Vergleich mit den Echokammern der Nationalsozialisten enthalten war, ebenso die Argumente dafür. Durch geschicktes Weglassen meiner erläuternden Klammerausdrücke ergab sich indes ein völlig verzerrtes Bild meiner Kritik. So heißt es bei Jongen, es werde »von gut dotierten Staatsposten herab gegen die Kritiker gehetzt, sehr schnell auch die diffamierende Nazikeule geschwungen. Ein Beispiel: Der Präsident der zu nahezu einhundert Prozent staatsfinanzierten Kulturpolitischen Gesellschaft, Dr. Tobias Knoblich [der für dieses Ehrenamt weder eine Vergütung, noch eine Aufwandsentschädigung erhält – d. Autor], schreibt in seinem hauseigenen Blatt: »Das Kulturprogramm der AfD [...] inszeniert ebensolche Echokammern – wie die »Politik der Nazis« nämlich –, die einen reinen Kollektivkörper imaginieren und die Beziehung zur Welt kappen, belastbare Handlungsansätze schuldig bleiben: Nation als kulturelle Einheit ..., Bewahrung kultureller Identität ..., kulturelles Erbe ... oder deutsche Leitkultur.« Das sind für Herrn Knoblich sämtlich gefährliche, ja nazihafte Konzepte und deshalb, meint er, sei die Strategie der aktiven Ausgrenzung gegen die AfD »hilfreich«.¹⁰⁶ Dass ich die reine Ausgrenzung der AfD weder fordere noch für richtig halte, ergibt sich aus dem damaligen wie diesem Text, es ist also eine Unterstellung, die das Opfernarrativ der AfD bedient; dass Nation, kulturelle Identität, kulturelles Erbe oder deutsche Leitkultur *an sich* »nazihafte Konzepte« seien, behaupte ich ebenso wenig, vielmehr erläutere ich jeweils in einer nachfolgenden Klammer, *auf welche Weise* die AfD diese

106 Deutscher Bundestag (2019): Stenografischer Bericht der 111. Sitzung, Plenarprotokoll 19/111, Berlin 11. September 2019, S. 36f.

Topoi fehldeutet bzw. missbraucht. Im Protokoll kann man wenigstens durch die Interpunktion nachvollziehen, dass Textteile im Zitat weggelassen worden sind, in der mündlichen Debatte wurde dies nicht kenntlich gemacht.

Peter Laudenbach hat dieses Verhalten unter der Überschrift »Feinbildmarkierung« analysiert; zum Grundbestand neurechten Denkens gehören dichotomische Gesellschaftsbilder, aus denen kein Interesse für Dialog erwachse. Im Gegenteil, es gehe um die Zerstörung von Dialogfähigkeit und Common Sense.¹⁰⁷ In der Folge kam und kommt es auch immer wieder zu direkten Angriffen auf Kultureinrichtungen, Künstler und Leitungskräfte in diesem Bereich, ihnen wird Geldverschwendung vorgeworfen, ideologische Programmarbeit, Propaganda für einen linksunterwanderten Staat. Nicht nur Peter Laudenbach, auch etwa der Kulturausschuss des *Deutschen Städtetags* hat sich wiederholt mit dieser Thematik befasst¹⁰⁸ und verurteilt die Angriffe auf die Kunstfreiheit und demokratische Kulturpolitik, dies in einer Zeit, in der der Respekt vor Kommunalbeamten, Vertreterinnen der Behörden oder anderen Verantwortungsträgern rapide sinkt und über ihre umfassende Sekurität nachgedacht werden muss.

3.6 Die Stadt und ich. Über Städtebau und Identität – eine Resonanzstudie

Über die Stadt kann jeder reden, auf seine Weise freilich. Jeder kommt in ihr mehr oder minder vor, erlebt sie als sein Zuhause oder als die Bühne seiner Öffentlichkeit. Die Stadt und ich – das ist ein komplexes Verhältnis. Wie es dunkle Gassen gibt, belebte Promenaden und abweisende Fassaden, Parks zum Verweilen, sonnendurchflutete Plätze mit Brunnen und Bänken, Straßen, die man meidet, weil der Verkehr ununterbrochen rollt, so gibt es auch Facetten meiner Persönlichkeit, die von der Stadt mal das eine, mal das andere verlangen. Dass wir uns so intensiv um das Wesen der Städte kümmern, sagt viel über uns: Nie eingebettet in die Natur, ohne einen spezifischen Lebensraum, ein Habitat, an das wir angepasst, in das wir zwingend verwoben sind, schaffen wir uns beständig eine Nische, die sich nach unserem veränderlichen Bilde formt und formt. Die Stadt und der Mensch – eine ewige Suche nach der perfekten Form. Wie oft finden wir zueinander, wie oft auch nicht?

Die Geschichte unserer Städte kündigt von einer Verzweiflung, zeigt aber letztlich die ungeheure Kraft, mit der wir uns vergegenständlichen und systematisch

107 Vgl. Laudenbach 2023, S. 30ff.

108 Vgl. etwa Deutscher Städtetag(2024): Erklärung »Demokratie stärken – breite Mehrheit gegen Rechtsextremismus« anlässlich der Konferenz der ostdeutschen Städte vom 27.02.2024, <https://www.staedtetag.de/presse/pressemitteilungen/2024/konferenz-ostdeutsche-staedte-demokratie-staerken-breite-mehrheit-gegen-rechtsextremismus>.

einfangen in Perfektion, Täuschung und Verherrlichung, in Selbstüberhebung oder Verachtung (wo wir etwa gegen unsere eigene Maßstäblichkeit bauen). Diese Energie entspringt nicht zuletzt der Utopie, es möge eine unendliche Erzählung geben, die Generationen verbindet und ein Kontinuum des Lebens erzeugt. Die Stadt als Vexierbild des Veränderlichen, Ephemereren, uns Entgleitenden. Vielleicht ist dies die wichtigste Funktion der Stadt: Halt zu geben, wo alles an uns vorbeirauscht, uns zu beruhigen und Zeit zu schenken, wenn wir lesen: erstmals urkundlich erwähnt im Jahre 1118. Die Stadt, das bin doch ich.

Ich möchte im Folgenden einige Gedanken aus dem Vorhof der Kulturpolitik formulieren, Resonanzen sondieren, die auf meine persönlichen Erfahrungen als »Zonenkind« zurückgreifen, wie Jana Hensel jene bezeichnete, die nicht mehr gänzlich in der DDR und noch nicht vollständig im Westen geprägt wurden.¹⁰⁹ Sie wuchsen in der Zone dazwischen auf und schauen auf eine immer schneller schwindende Erinnerung an ein Land, in dem sie trotz kritischer Einwände auch Heimat erkennen. Dieses Land prägte meinen Blick auf die Städte, auf das Verhältnis zwischen Stadt und Identität, das mehr ist als eine Versicherung von Herkunft. Es ist auch ein kulturpolitisches Erwachen.

Zwickauer Episteme

Ad fontes. Was mich interessiert und insbesondere durch die Erfahrung der politischen Wende geprägt hat, ist die extreme Abhängigkeit des städtischen Raums von gesellschaftlichen oder besser: ideologischen Kontexten. Als die Mauer fiel, war ich 17 Jahre alt. Bis dahin hielt ich es für erwiesen, dass Städte über einige wenige unverrückbare Konstanten verfügen (etwa große Kirchen, Rathäuser und mächtige Profanbauten, soweit sie den Krieg einigermaßen überstanden hatten), ansonsten aber einem langwierigen Umgestaltungsprozess unterliegen. Die versehrten Stadttographien der DDR – auch die meiner Heimatstadt – legten dies sichtbar nahe. Das rasche Wachstum von Neubaugebieten auf der grünen Wiese oder die Folgen, die sich aus dem Aufbaugesetz sowie den »16 Grundsätzen des Städtebaus« (1950) in der DDR ergeben hatten und die die Stadt zur Bühne einer neuen »Volksdemokratie« degradierten, blieben für mich lediglich auf Langfristigkeit angelegte Bewegungen in einem umfassenden Grau, das nicht zu bewältigen war.

Als sich der dumpfe und zähe Kokon der DDR-Wirklichkeit 1990 öffnete, schien es mir, als setze erst jetzt so etwas wie umfassende Gestaltung ein. Ich erlebte meine Heimatstadt Zwickau, dieses gleich hinter dem Rathaus noch kriegsruinöse, vom Bergbau unterhöhlte, von den Kokereien überräucherte, durch unzählige Essen verschandelte, im Muldental langsam vom Staub zugerieselte Drecknest, plötzlich aufblühen, als Stadt im umfassenden Sinne überhaupt erst (wieder) entstehen.

109 Vgl. Hensel 2002.

Wo Straßen einst als Sackgassen endeten, Häuserwände fehlten oder in Ziegel- und Putzfragmente zerlegte, teils mannshoch begrünte Siedlungsreste die Sicht versperrten, entstanden nach und nach Zusammenhänge, Blickachsen und Interpretationen von Alt und Neu, die teilweise aber auch rasch wehtun konnten: Materialität und Stil der 90er Jahre fielen mitunter sehr zeitgebunden aus. Vorher war Stadt für mich das, was ich als Modell der Vergangenheit aus dem *Städtischen Museum* kannte, in dem es, wenn ich mich erinnere, immer dunkel war, als müsse man Erinnerung behutsam im Halbschatten halten, damit sie nicht von der Gegenwart ausgebleichen und verdorben würde. Auch alte Stiche hatten mir den Eindruck vermittelt, ganz früher sei die Stadt unversehrt gewesen, hätte es so etwas wie eine perfekte Disposition gegeben, an deren verschwommenen Resten wir uns nunmehr abarbeiteten. Die Wirklichkeit der DDR erinnere ich aber ebenfalls meist als etwas Obskures, eine düstere Winterlandschaft. Ich sehe die großen Werkstore des *VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau*, denen Multicars mit zahlreichen Hängern, beladen mit zerbrechlich wirkenden Einzelbauteilen unseres Volkswagens *Trabant*, entströmten, um sich in den Verkehr der Stadt einzugliedern und die Fracht im Schneckentempo über das Kopfsteinpflaster in eines der anderen Werke zu transportieren. Wer diese Mühseligkeit je gesehen hat, kann die langen Wartezeiten auf einen kompletten »Trabant 601 de luxe« problemlos verstehen. Nicht nur die Stadt bestand aus einer Vielzahl von Fragmenten, auch die Volkswirtschaft produzierte in unzähligen Versatzstücken; aus allen Poren der Stadt dampfte die Produktion von Gütern, die Busse rollten im Minutentakt und bewegten das werktätige Volk, zumeist aus den Neubau- (später nannten wir sie Plattenbau-)Siedlungen an beiden Seiten des Muldentals oder zurück dorthin. Mein Schulbus kollidierte einmal bei glatter Straße mit einem der Autoteiletransporte, dessen Unversehrtheit festzustellen allen Beteiligten wichtiger schien als mein beim Aufprall umgeknickter schmerzender Daumen. Später schien es, als sei ein Spuk vorbei: Die wuchtige Haupthalle der Trabantwerke stand leer, hoch oben sah man den offenbar nicht dauerhaft zu überdeckenden Schriftzug »Horch«, der sich als Signum der Automobilbautradition gleichsam von selbst aus den unteren, hochwertigeren Schichten des Putzes freigelegt hatte, ohne dass ein Restaurator mit sensiblem Gerät tätig geworden wäre. Horch, Audi, diese Tradition setzt man heute immerhin mit VW in Zwickau fort.

Autos produziert man jetzt allerdings vor den Toren der Stadt, in atemberaubender Geschwindigkeit. Das Improvisorium DDR – das ist sehr lange her, ein Schattenreich, das mich dennoch sehr prägte. Mit dem Verschwinden der kleinteiligen Produktion in der Stadt wird für mich ein historischer Stadtkern vorindustrieller Prägung überhaupt erst wieder denkbar. Vorher erinnere ich Stadt nur als das, was rücksichtslos »Werte« schuf; Konsumgüterproduktion – wie es damals hieß – um jeden Preis. Alles gerät in dieser Perspektive in eine dienende Funktion; Geschichtsvergessenheit oder Perspektivierung von Geschichte auf jene, die produzieren. Je

intensiver die Menschen den Wandel seit 1990 erlebten und je rascher vieles, was ihr Arbeitsleben geprägt hatte, verschwand (denken wir etwa an spektakuläre Sprengungen von Essen, die in Zwickau stadtbildprägender waren als jeder Kirchturm), desto stärker wurde die Nachfrage nach Literatur, die die Vergängnis widerspiegelt und Momentaufnahmen festhält. »Zwickau, wie es einst war«, die Geschichte der Stadtteile, selbst kleinster Orte im Umfeld – solche Publikationen wurden zu regionalen Bestsellern, die in mehreren Auflagen erschienen. Die Zeit lief plötzlich schneller, es gab wieder Lust auf Zukunft, und diese zog eine neue Lust auf sichtbare Vergangenheit nach sich. Überhaupt wurde alles sichtbarer: Das Licht fand umfassend in die Stadt, der Dom etwa wurde nachts erstmalig beleuchtet, ein Ereignis. Es glomm nun immer stärker die Hoffnung, einiges könne wieder so werden, wie es in alten Aufnahmen vor Augen trat. Vergangenheit schien wieder verfügbar. Die Idee eines historischen Stadtkerns wurde rasch lebendig, der von der Ideologie gepeitschte radikale Umgestaltungswille ererbter Strukturen erschien plötzlich als obszöne Geste, die jedem wehzutun schien. Denke ich allein an die Geschichte des Wettiner Schlosses Osterstein am Zwickauer Ring, scheint mir dessen Rekonstruktion noch immer ein Wunder. Im überwältigenden Kornhaus, nicht nur der Kubatur wegen, auch aufgrund seiner Konstruktion, ist heute die Stadtbibliothek situiert, die vorher in einem mir nur erbärmlich-bröckelnd in Erinnerung haftenden Haus untergebracht war, das man wie ein notdürftiges Depot erleben musste. Wir lebten über Jahrzehnte mit einer monströsen Ruine im Herzen der »sozialistischen Stadt«, auch in der hintergründigen Ambivalenz von obsoletter Herrschaftsarchitektur und wertvollem Denkmal einmaliger Baukultur, die der Laie schon längst für verdorben gehalten hatte. Wichtiger schien uns, daran zu erinnern, dass August Bebel hier einmal inhaftiert war. Heute erst, wenn sie vom Schloss aus die Stadt betreten, erleben manche Menschen die Radikalität, mit der Alt-Zwickau Ende der 1960er Jahre abgetragen und die Verbindung zwischen Innenstadt und Zwickauer Mulde durch typisiertes Bauen mit teils absurden Baumassen beschädigt worden ist. Sinnliche Erfahrung ist noch immer das populärste Mittel der Erkenntnis. Die politische Wende als Schule des Sehens, wenn man so will. Und doch schien uns damals, auch mir als Kind, ein bezugsfertiger »Plattenbau« (WBS 70) als Offenbarung. Wie schnell weicht das, was man an Überkommenem nicht mehr sieht, der Evidenz des Neuen, wenn es Zukunft und Wärme verspricht.

Was Richard Sennett in seinem Buch »Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation« beschreibt, ist eine Geschichte der Stadt, gespiegelt durch die körperlichen Prägungen der Menschen.¹¹⁰ Für ihn ist die Stadt ein Deutungsraum nicht nur in Hinblick auf Macht, Herrschaft und soziale Praktiken, sondern der Parallelität von individuellem und kollektivem Verhalten. In der Stadt wird gestaltet, was an Körperlichkeit gelebt und erfahren wird. Im DDR-Plattenbau

110 Vgl. Sennett 1997.

spiegelt sich die »allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit« wider, die untergebracht sein will und das Individuelle der Funktionalität des Systems unterordnet. Sie kann beliebig mittels Wohnraum gestapelt und angeordnet werden, wenn nur keine dunklen Innenhöfe entstehen und die Parzellierung so gleich ist, wie die Menschen im Idealfall es auch sein sollten. Das war das Fortschrittsversprechen aus der Perspektivierung der Arbeiterbewegung. Stadt wird zum Reservoir solchen Denkens. Der 13. Grundsatz des Städtebaus hatte gelauret: »Die vielgeschossige Bauweise ist wirtschaftlicher als die ein- oder zweigeschossige. [...]«. ¹¹¹ Wohnungsbau statt Städtebau ist später daraus geworden. Vom Primat der Ökonomie – oder der Sozialpolitik, je nach Wertung.

Downtown Dubai oder die Zwecke einer Stadt

Was Sennett jedoch eigentlich zu seinem Buch angeregt hatte, war die – aus seiner Sicht – »Verarmung der Sinne, die das moderne Bauen wie ein Fluch zu verfolgen scheint; die Dumpfheit, Monotonie und taktile Sterilität, die schwer auf unserer städtischen Umgebung lastet.« ¹¹² Das ist die andere Erfahrung gewesen, als ich endlich den Westen bereisen konnte, etwa beim Anblick der Gebäude der *Landesbank Baden-Württemberg* in Stuttgart, der immer gleichen Einkaufstempel der westlichen (und nunmehr auch ostdeutschen) Städte, der autogerechten Stadtzentren und Suburbanisierungsfolgen. Die Ähnlichkeiten etwa zwischen Halle und Hannover irritierten mich. Was war da passiert, dass offenbar in beiden Staaten der Blick auf die Städte und vor allem ihr Zentrum versagt hatte, wenn im Westen vielleicht auch nicht systematisch oder flächendeckend? Vollends verunsichert war ich, als ich merkte, dass meine »Schule des Sehens« häufig nicht geteilt wurde: Über die Städte des Ostens wurde die Nase gerümpft; der Begriff der Platte, den ich vor der Wende gar nicht kannte, stand als Menetekel urbanen Niedergangs über allem. Aber Beton gab es auch andernorts, durchaus nicht filigraner in den Boden gebracht, und serielles Bauen auch.

Bei allen Parallelen, die man zwischen Ost und West ziehen kann, hat der Osten bekanntermaßen von der gebremsten Aktivität eines Staates profitiert, der vieles an ideologischen Plänen einfach nicht finanzieren und umsetzen konnte. Der Mangel konservierte und führte letztlich dazu, dass nach dem Systemwechsel viel Geld in eine sachgerechte Restaurierung ganzer Innenstadtensembles investiert werden konnte. Als schönes Beispiel der Rettung in letzter Sekunde erinnere ich gern an das Andreasviertel in Erfurt, das uns vor Augen führt, wie wichtig der Blick aufs Ganze ist. Gebäude und Stadtrauminterpretationen, deren Sterilität mich abstieß, die

111 Die 16 Grundsätze des Städtebaus vom 27. Juli 1950, zuerst abgedruckt in: Ministerialblatt der DDR Nr. 25 vom 16.09.1950, hier zitiert nach dem Quellenanhang in: Ludwig 2000, S. 111.

112 Sennett 1997, S. 21.

mehr bedeuteten als nur Unterbringung und Versorgung der Werktätigen, lernte ich erst dort kennen, wo das Kapital sprach und sich bestimmte Interessen architektonisch brutal materialisierten. Mitscherlichs »Unwirtlichkeit der Städte« und andere Texte las ich erst später. Die DDR war jedenfalls in ihrer Baugeschichte eine Monokultur, von einigen Spezialfällen wie dem *Palast der Republik* einmal abgesehen, dessen größte Resonanz erst dann einsetzte, als er zu verschwinden begann. Verlusterfahrung ist schwer steuerbar; Menschen delectieren sich heute etwa an DDR-typischen Straßenlaternen (RSL 1), weil sie lange vertraut waren und mit ihrem allmählichen Verschwinden ein Webfaden des sinnlichen Alltags in einer vielfach bereits überformten Lebenswelt verschwindet. WBS 70 in bestimmten städtebaulichen Konstellationen stehen unter Denkmalschutz.

Mit dem Westen stand ich plötzlich vor Gebäuden, Durchgängen und Wegen, die mir zu signalisieren schienen, nicht für mich da zu sein, die mir umgekehrt Respekt abnötigten, mich klein machten, zur Bewunderung zwangen, wie ich es früher allenfalls von Kirchen gekannt hatte. Oder Gebäude, die nur auf Kommerz ausgerichtet waren und für kurze Zeit eine »schöne neue Welt« simulierten, auf deren vermeintliche Wärme die Jung-Bundesbürger der untergegangenen prä-konsumistischen DDR besonders ansprachen. Die Zwecke städtischer Architektur können sehr verschieden sein, ihre Bestandsplanungen auch. Ein Maß zu finden, schien mir damals unmöglich, ich war nachhaltig verwirrt. Die exzessive Warenzirkulation tat der Stadt offenbar genauso wenig gut wie die Produktion aus allen Poren, die wir aus der DDR kannten. Heute ist Dubai als Beispiel einer einmaligen Form der Stadtentwicklung bekannt geworden, spätestens mit der Eröffnung des höchsten Bauwerkes der Welt (ein Rekord, der weiterzieht). In einem halben Jahrhundert vom Fischerdorf zur Metropole einer künstlichen Inselgruppe; von städtebaulichem Denkmalschutz, der Dialektik von Bewahren und Erneuern oder dergleichen dürfte dort wohl keine Rede sein. Eine Stadt, geboren aus Größenwahn und Versatzstücken teils importierter Superlative – bis hin zum Kulturangebot, für das kurzzeitig Michael Schindhelm als Kulturdirektor der *Dubai Culture and Arts Authority* verantwortlich war¹¹³ –, kann eigentlich nur eine homunculoöse Identität aufweisen, so muss man vermuten. Bei uns gibt es – wenn auch in Dimension und Funktionalität anders gelagert – ebenfalls Beispiele für Planstädte ohne lange oder zumindest konsistente Geschichte: die Stadt des KdF-Wagens (Wolfsburg)¹¹⁴, die Stadt der Hermann-Gö-

113 Vgl. Schindhelm 2009.

114 Gegründet am 1. Juli 1938 bei Fallersleben im Kontext einer wirtschaftspolitischen Propaganda (»Automobilisierung der Bevölkerung«) des Naziregimes. Hitler pries sie in seiner Rede bei der Grundsteinlegung als »Lehrstätte« der Stadtbaukunst für vorbildliche deutsche Arbeiterstädte.

ring-Werke (Salzgitter)¹¹⁵ oder StalinStadt (Eisenhüttenstadt)¹¹⁶; sie laborieren mehr oder weniger intensiv und abhängig von der sie definierenden Industrie und Architektur an ihrer Identität. Sie sind kein Sediment des Siedelns von Menschen, sondern zunächst Zweckgebilde. Identität, auch regionale Identität, kann gewiss neu geprägt werden. Nicht immer ist ein langer historischer Vorlauf notwendig, um Gemeinschaft zu konstituieren; doch wo er existiert und eine starke Spur hinterlassen hat, ist es wie mit der Loipe beim Ski: Wer ausbricht, riskiert die sichere Gangart und scheitert im schlimmsten Falle. Ist die neue (zweckrationale) Idee der Traum von Wachstum ohne Grenzen, wie es bei Dubai zu sein scheint, wird sich diese geborgte Utopie bald als Gestern im Heute erweisen.

Hier begegnen wir dem, was Hartmut Rosa mit Verfügbarkeit beschrieben und sich das Emirat entlehnt hat: dem kulturellen Bauplan der Moderne, »die Welt in allen Hinsichten berechenbar, beherrschbar, vorhersagbar, verfügbar zu machen. [...] Resonanz aber lässt sich nicht verfügbar machen: Das ist das große, konstitutive Ärgernis dieser Sozialformation.«¹¹⁷ Der Wille zur baulichen Macht und ihrer Wirkung auf die Menschen wird in Dubai ebenso wenig dauerhaft funktionieren wie im Traum von der sozialistischen Stadt, wengleich die materiellen Ressourcen unterschiedlicher nicht sein könnten. In Wolfsburg nahmen die Nationalsozialisten weniger Einfluss auf die Stadtgestalt, als zu erwarten gewesen wäre, aber ich bleibe hier einmal bei den Extremen.

Städte lassen sich nicht ungestraft umkrepeln oder ohne Not aus dem Boden stampfen, sie müssen vor einseitigen Interessen geschützt und besonnen weiterentwickelt werden. Es gibt so etwas wie ein »urbanes Unbewusstes«, das gegen ein rücksichtsloses Ich von Stadtpolitik rebelliert und sich im Geist einer Stadt manifestiert. »Wendezzeiten«, so mein Eindruck, zeigen das eindringlich. Ich hatte immer das Gefühl, zur Hälfte drängt etwas in der Stadt nach Wiederentdeckung, zur Hälfte wird diese an die Stadt herangetragen. Städte haben eine wichtige Gedächtnisfunktion, die auszulöschen oder zu entstellen Frevel ist. Wo eine Stadt – auf der Grundlage welcher Ideologie oder welchen Schicksals auch immer – erzwungen oder bezwungen wird, werden die Menschen sich lange reiben müssen, ehe sie sich behaust und eingebettet fühlen können, sofern sie keine modernen Nomaden sind. Städte

115 Gegründet am 1. April 1942 aus sieben Ortschaften des ehemaligen preußischen Kreises Goslar und 21 des braunschweigischen Kreises Wolfenbüttel durch den Reichsstatthalter von Anhalt und Braunschweig. Sie erhielt zunächst den Namen Watenstedt-Salzgitter. Bereits am 15. Juli 1937 hatten die Nationalsozialisten die Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten »Hermann Göring« (Hermann-Göring-Werke) gegründet. 1940 wurde das Arbeitserziehungslager Hallendorf (Lager 21) errichtet.

116 Eisenhüttenstadt gilt als die erste »sozialistische« Stadt der DDR und ist als reine Planstadt am 7. Mai 1953 als StalinStadt gegründet worden (Gründung des Eisenhüttenkombinats Ost 1951).

117 Rosa 2019, S. 45f.

mit Wunden oder Malen solcher Qualität gibt es zahlreich: Magdeburg, Hildesheim, Hoyerswerda. Damit rede ich keiner Restauration das Wort. Gerade in Dresden, wo ich fast zehn Jahre lebte, litt ich – bei aller Begeisterung für die alten Strukturen – am Neumarkt und seiner Kulissenhaftigkeit. Aber ich habe am eigenen Leib, in meiner eigenen Bildungsgeschichte erfahren, wie abhängig gerade der aufwachsende Mensch von der Sensibilität derer ist, die Stadtpolitik betreiben, wie mühsam nur Fehler korrigiert werden können. Man kann gar nicht umsichtig genug über historische Stadtkerne und Siedlungsanlagen diskutieren, denn eine einzige falsche Entscheidung kann wichtige Identifikationsräume zerstören und die Einmaligkeit differenter Formen von Stadtentwicklung auslöschen. Zwar noch lange bäumt sich dann der beschädigte Stadtkörper auf, doch wer interessiert sich dann noch hinreichend für die geschlossene Gestalt der europäischen Stadt im Pluralismus der Interessen? Und ihre gehaltvolle Fortentwicklung auf der Basis von Architekturwettbewerben, unter Begleitung von Gestaltungsbeiräten? Erst recht dann, wenn Bauen teuer ist?

Stadt – ein Aneignungsprozess

Ich denke, dass gerade junge Menschen in den Dialog mit sichtbarer regionaler Entwicklung aktiv eintreten müssen, um ein Gefühl für ihren Lebensraum und seine behutsame Weitergestaltung zu entwickeln. Ohne ein Wissen um das Ererbte, die Besonderheiten vor Ort, kann kein Bewusstsein für die Qualität des Gemeinwesens heranwachsen. In gewisser Weise müssen sie auch lernen, gegen den Zeitgeist unmodern zu sein, um ein Verständnis für gesunde Modernität zu entwickeln. Dazu benötigen sie Unterstützung, die im formalen Lernen der Schulen bisher viel zu kurz kommt und auch nicht systematisch vermittelt wird. Lebensräume, Baukultur, soziale Beziehungen und eigene Verortung hängen eng miteinander zusammen. Auch Ästhetik, Umweltschutz und Sozialpolitik lassen sich im systematischen Zugriff auf die Städte verknüpfen und begreifen. Schulisch und außerschulisch, ja schließlich auch für das lebenslange Lernen ist das ein großes Thema, denn von der weiteren Entwicklung unserer Städte wird maßgeblich abhängen, ob wir angemessene, nachhaltige, resonante Lebensräume schaffen und tatsächlich zukunftsfähige Weltbeziehungen unterhalten werden. Als methodische Empfehlung, ein Bewusstsein dafür zu schärfen, gilt mir der bislang singuläre Band »Elemente einer baukulturellen Allgemeinbildung« des Vereins bzw. der Plattform *Archijeunes* aus der Schweiz.¹¹⁸ Dieses Netzwerk hat es sich zur Aufgabe gemacht, die interdisziplinäre baukulturelle Bildung in die schulischen Curricula zu bringen und für das Thema insgesamt zu sensibilisieren.

118 Vgl. Archijeunes 2021.

Ich bin auch begeistert von den »denkmal aktiv«-Projekten der Initiative »Kulturerbe macht Schule« der *Deutschen Stiftung Denkmalschutz*, die mit ihren Arbeitsblättern für den Unterricht eine tiefgründige und zielgruppenspezifische Auseinandersetzung mit Denkmälern und Denkmalschutz ermöglicht, leider bisher nur Kür im Lehrplan. Hier lernt man gleichsam sehen, Horizonte bilden und nicht – wie es mir erging – nur nacherzählen, was etwa die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik für das sozialistische Bauen bedeutete. Wer es nicht anders lernt – und kein Wendeerlebnis hat –, denkt nur in Magistralen, Versorgungszentren oder Stockwerken. Mit den Arbeitsblättern der *Deutschen Stiftung Denkmalschutz* lernen die Schüler auch die Interessenkonflikte kennen, die der Umgang mit Gebäuden oder ganzen Ensembles erzeugt, deren Restaurierung nicht ohne Weiteres finanzierbar scheint oder für deren Nutzung divergente Konzepte und Erwartungen aufeinanderprallen. Die Zukunft auch des städtebaulichen Denkmalschutzes liegt in der Bildung, in mündigen, kulturgeschichtlich, aber auch ästhetisch geschulten Bürgern, die sich mit ihrem Umfeld identifizieren, das Besondere wertschätzen können und nicht dem Uniformierten, Pragmatischen das Wort reden. Waren es bei mir damals die Grautöne, die ich im Wohngebiet schon für Farbe hielt, alte Häuser, die ich im Kontrast dazu als störend empfand, weil sie vom Schwamm zerfressen, vor sich hin bröckelnd die Straße verschandelten, so sind es bei manchen jungen Menschen heute vielleicht nur sterile Glas- und Betonwände, die ansprechen, weil sie in einer globalisierten Welt die Sprache moderner Metropolen sprechen, futuristisch wirken wie die glatte Außenwand der Raumschiffe und Zukunftswelten der Science-Fiction-Filme. Und sich darüber hinaus vielleicht gut besprühen lassen. Ein Oberlausitzer Umgebendehaus mit seinen eher erdrückenden Stuben oder die schmalen Gassen von Goslar mit dem eigenen, weltweit vernetzten Leben in eine adäquate Verbindung zu bringen und diese zu kommunizieren, dürfte weitaus schwerer sein. Immer auch ist die Vergangenheit ein Gewicht, das zu Boden zwingt, das lähmen und erdrücken kann. Dann sind Formen von Beheimatung gefragt, gestaltete Prozesse des HineinwachSENS und sich Anverwandelns. Und hier auch beginnt Kulturpolitik, will sie wirklich Querschnittsdisziplin sein, Kultur ganzheitlich gestalten helfen.

Wenn es einem historischen Stadtkern an einer Stadt gebricht, die lebendig ist, über eine Öffentlichkeit verfügt oder mehr ist als nur die Summe perfekt sanierter Häuser, kommt allerdings auch Denkmalschutz an Grenzen. Nehmen wir das Elsass. Wie gut, dass es heute französisch ist, war mein Gedanke, als ich dort das erste Mal durch die kleinen Städte lief. Die in Deutschland noch immer spürbare Differenz zwischen Zivilisation und Kultur, die Norbert Elias so treffend beschreibt, dort habe ich sie sofort verstanden. Wie viel authentischer wirken die Städte, wo es eine Lebensweise gibt, die mit ihnen gut korrespondiert. Fährt man nach Eschwege, erlebt man in der Tendenz das Gegenteil: hübsche Fachwerkhäuser, ausschließlich italienische Gastronomie und abends leere Straßen – geborgte Aura, die nicht zur Entfaltung gelangt. Auch ein historischer Stadtkern muss stets neu als Heimat an-

geeignet werden; er trägt die Potenz zu Großartigem in sich, ist gewiss ein siedlungsgeschichtlicher Wert an sich, aber die Menschen, die in ihm heimisch werden sollen, leben ihre immer neuen Geschichten, müssen ihn annehmen, eine Beziehung zu ihm finden, die mehr ist als ein oberflächlicher Reiz oder lediglich Werbewusstsein. Auch eine beschädigte Stadt kann Heimat sein; die Menschen müssen erfahren und entdecken, welche Potenzen in ihrer Stadt stecken, um sie gegen Vereinnahmungen aktiv verteidigen zu können und Identität zu entfalten.

Städtebaulicher Denkmalschutz ist ebenfalls Kulturpolitik, Stadtentwicklung im Ganzen bedeutet Kulturpolitik, die Wandlungsprozesse heute nachhaltig zu gestalten, von der Wärmeplanung bis zur Hitzeresilienz, bedeutet Kulturpolitik, da es um die Neuerfindung städtischer Infrastrukturen und die dialektische Fortentwicklung unserer kulturell geprägten Siedlungsräume geht. Dafür benötigen wir Erfahrung, Kompetenz – und Liebe.

3.7 Städtebau der Migration. Zur kulturellen Transformation des Siedelns

»Wir, die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister, einigen uns auf die Neue Leipzig-Charta, die die Gemeinwohlorientierung in den Fokus rückt und dafür die transformative Kraft der Städte nutzt. Zum Gemeinwohl gehören verlässliche öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sowie die Verringerung und Vermeidung von neuen Formen der Ungleichheit in sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und räumlicher Hinsicht. [...] Sozial ausgewogene, gemischte und sichere Stadtquartiere tragen zur Integration aller sozialen und ethnischen Gruppen und Generationen bei. Stadtteile mit einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten brauchen dafür eine umfassende Politik, die Integration unterstützt und Segregation verhindert.«¹¹⁹

Kulturpolitik sollte sich wieder mehr mit Fragen der Stadtentwicklung, des Grundrechts auf Wohnen oder der Bodenpolitik beschäftigen, gerade in Hinblick auf die vorgeschlagene resonante Programmierung als »Kulturpolitik der Weltbeziehungen«. Dies schließt natürlich die Bilder der Stadt ein, die wir heute generieren müssen, und die Rolle von Kultur und Kulturpolitik bei allen Fragen der Stadtgestaltung. Umgekehrtes gilt nicht minder: Stadtentwicklungspolitik sollte Kulturpolitik wieder stärker als Komplizin und Querschnittsdisziplin erkennen. Im Aufbruch zu einer Neuen Kulturpolitik in den frühen siebziger Jahren waren wir schon einmal weiter, was Programmatik, Publizistik und Querschnittspolitikern anbelangt, aber auch

119 Ministertreffen Stadtentwicklung 2020: Neue Leipzig-Charta, <https://www.bmwsb.bund.de/Webs/BMWSB/DE/themen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/neue-leipzig-charta/neue-leipzig-charta-node.html>

ein Jahrzehnt nach den großen Aufbrüchen hieß es noch von Stadt- und Regionalsoziologen, dass die »Kultur als städtische Kultur im Sinne einer spezifischen Lebensform [...] ihre gesellschaftliche Basis verloren (habe). Das Auseinanderbrechen der Stadtentwicklung in die polaren Muster von Wachstum und Schrumpfen hat die gewohnten Vorstellungen darüber, was städtisches Leben sei, noch mehr zerbrochen. [...] Urbanität ist eine Kategorie des Verhaltens und der emotionalen Befindlichkeit geworden. Sie realisiert sich am reinsten im Konsum. Entsprechend ist die Planung urbaner Räume weitgehend identisch mit der Inszenierung von Konsumwelten, sei es als Fußgängerzone, als Einkaufs- und Freizeitzentrum oder Hotelhalle.«¹²⁰

Inzwischen sind diese Konsumwelten vielerorts durch mangelhafte Einzelhandelssteuerung und den Internethandel selbst in Bedrängnis geraten¹²¹, doch wurde dem unreflektierten, vom Wirtschaftswunder und seiner inhärenten Steigerungslogik geprägten Konsumismus auch begegnet, hat die kulturelle Infrastruktur seit jener Zeit erhebliche Differenzierungen erfahren, haben sich neue Akteurskulissen herausgebildet und im Zuge der konzeptbasierten Stadtentwicklung Gegenstrategien zur einseitigen Verwertung entwickelt. Die autogerechte Stadt befindet sich im Rückzug, die Mobilitätswende zeichnet sich im Verhalten der Menschen bereits ab. Bestimmte Milieuschranken, architektonisches Protzen und die Kapitalisierung der gebauten Stadt sind indes geblieben, von Stadt zu Stadt freilich unterschiedlich ausgeprägt. Im Osten befinden sich die Städte mehrheitlich im Eigentum Westdeutscher, was eine spezielle Situation der kapitalistischen Entwicklung darstellt, aber einer gewissen Zwangsläufigkeit folgt, wenn nur bestimmte Regulationsmechanismen im Umgang mit immobilien Gütern bestehen.

Damals herrschte eine Kritik an der Oberflächlichkeit, die Kultur einseitig auf die Seite der Ästhetisierung schob, den Oberflächenreiz der Kulisse für Verwertung, Konsum und Freizeitluxus damit erhöhte. Starke Thesen für eine in diesen Kontexten sachgerechte, wirksame und vor allem nicht selbst der Inszenierung erliegende Kulturpolitik wurden abgeleitet und muten uns heute gewiss etwas harsch an: »Städtische Kulturpolitik, die sich dem Primat der Wirtschaftspolitik fügt, übernimmt auch deren Selektivität.« Oder: »Kulturpolitik hat als Politik notwendig auch die Seite der Zensur: was Kultur sei und was nicht. Diese Ambivalenz ist nicht aufzuheben durch Ausweitung des Kulturbegriffs.« Oder: »Alternative Kulturpolitik bezieht sich ... nicht auf den Freizeitmenschen, ist keine Freizeitpolitik, sondern durchdringt alle Lebensbereiche.« Und schließlich: »Städtische Kulturpolitik enthält strukturell eine Affinität zum Etablierten, zur professionellen institutionalisierten »Einrichtungskultur.«¹²² Aus all dem wurden durchaus Schlüsse gezogen und zur Veränderung der Praxis angewandt.

120 Häußermann, Siebel 1987, S. 213, 215.

121 Vgl. Kap. 3.7.

122 Häußermann, Siebel 1987, S. 210f.

Damals erkannte man schon wesentliche kommende Treiber von Veränderung in Medien und Technologien, und man hatte gewisse Erfahrungen mit Migration, vor allem den persistenten Folgen der Arbeitsmigration, die in Form der Gastarbeiter gleichsam zur Signatur der alten Bundesrepublik und ihrer Parallelgesellschaften geworden war. Aber das »Ende der Stadt«, das in der Überschrift zum Kulturpolitikkapitel der »Neuen Urbanität« etwas zugespitzt verkündet wurde, war gewiss nicht in Sicht. Ihre unaufhaltsame Veränderung indes schon. Und das ist ein kulturelles Thema, das kulturpolitisch auch bei vollständiger Querschnittsbefähigung nur schwer zu bearbeiten bleibt. Es liegt nicht abseits der Verwertungslogik, aber überstrahlt diese, weil es in einer Dimension eintritt, die damals nicht in Ansätzen erkannt und problematisiert worden ist: in Form einer dauerhaften und nicht anlass- oder kriseninduzierten Migration. Während sich Fragen des Umweltschutzes und der Ökologie bereits in den Neuen Sozialen Bewegungen prominent etabliert haben und vielfältige Verhaltensveränderungen bewirken, auch zum sozio-kulturellen Sound unserer Gesellschaft gehören, wird Migration in Anbetracht ihrer Bedeutung und zu erwartenden Ausweitung noch immer auf Flucht, Arbeitsmigration oder Freizügigkeit eingegrenzt, ihre globale Dynamik durch unsichere, meist temporär wirksame Politiken in bestehenden Handlungslogiken kanalisiert.

Tatsächlich ist Migration das massivste Transformation erzwingende Moment, befeuert freilich durch Globalisierung, Wohlstandsgefälle, Kriege und Klimawandel. War damals die Kritik an Kapitalismus und Konsumismus in Hinblick auf Stadtentwicklung und kulturelle Gestaltung gelingender Gesellschaft vordergründig, müsste es heute die Kritik an Migrationspolitik und städtebaulicher Zurückhaltung sein, dieser wirksam und dauerhaft zu begegnen. Wir erleben mit der Migration und ihren Dynamiken eine kulturelle Veränderung, die unsere Städte nicht angemessen widerspiegeln und absorbieren; sie werden durch das Erleben von Migration als Krise und Integrationsproblem nicht hinreichend resilient, Konflikte geraten zu städtebaulich sichtbaren Zäsuren, Brüchen, Improvisationsfeldern. Dafür stehen Containerdörfer, bewohnte Turnhallen oder von Segregation gezeichnete Straßenzüge oder Stadtteile. Daher erblicke ich eine große Aufgabe darin, einen kulturpolitisch grundierten Städtebau der Migration zu denken und aus dem Modus der Krise auszubrechen, der vor allem durch zyklisch anschwellende Fluchtereignisse geprägt ist, aber sich darin nicht erschöpft, weil die Anerkennung eines Transformationsbedarfs hier grundsätzlich noch nicht ausreichend gegeben ist. Noch immer agieren wir so, als seien Krisen zu überwinden, wo sie längst auf Dauer gestellt sind. »Der Flüchtling wird die prägende Figur des 21. Jahrhunderts sein, weil Überlebensräume endlich sind.«¹²³

123 Vgl. Welzer 2021, S. 93.

Migration als kulturelle Konstante

Migration ist also eines der großen Gegenwarts- und Zukunftsthemen. Mit der Zunahme der Weltbevölkerung, der internationalen Verflechtungen (Globalisierung), des Wohlstandsgefälles sowie daraus resultierender Konfliktsituationen, aber auch durch die Folgen des Klimawandels steigt der Druck insbesondere auf die Staaten des globalen Nordens, mit stärkeren Migrationsströmen produktiv umzugehen.

Migration begegnet uns zugleich als das älteste Thema der Menschheitsgeschichte. Sie ist konstitutiv für die menschliche Kultur, die sich dadurch auszeichnet, an kein festes Biotop (Habitat) gebunden zu sein. Die Geschichte der Menschheit lässt sich vielmehr als eine globale Siedlungsbewegung beschreiben, die immer wieder zu neuer Aneignung und Veränderung von Lebensräumen führt. Darüber kann auch die Herausbildung der Sesshaftigkeit nicht hinwegtäuschen, da sie lediglich andere Formen von Mobilität nach sich zieht. Die materielle Evidenz des Siedelns – in unserem Siedlungsraum gleichsam symbolhaft verkörpert durch den Topos der europäischen Stadt – verstellt gelegentlich den Blick darauf, dass im längeren zeitlichen Verlauf betrachtet menschlichen Kulturen etwas zutiefst Fragiles eignet. Die Kulissen, die politischen und lebensweltlichen Umstände, mögen immer wieder andere sein, doch Menschen sind stets – in unterschiedlichem Ausmaß und aus unterschiedlichen Gründen – unterwegs. Kulturen und Gesellschaften verändern sich schon immer, in unterschiedlichen Tempi, sie sind fluide und mobil.¹²⁴

Sollten wir auch Staaten, etablierte Siedlungsstrukturen und relativ stabile Lebensverhältnisse damit nicht infrage stellen, hilft doch der Blick auf das mobile Momentum des Menschseins, das Containerdenken der Kulturen als verzweifelten Ordnungsversuch zu erkennen. Interessanter und produktiver ist es, Durchlässigkeiten zu gestalten und der Mobilität in geeigneter Weise zu begegnen, gerade im anbrechenden Zeitalter verstärkter Migration, das auch ein Zeitalter stärkerer Transkulturalität¹²⁵ werden dürfte, vielleicht auch eines der Wiederkehr des Nomadischen.¹²⁶

Das heißt, Migration ist keine Krise, sondern ein Zustand, auf den wir uns mehr denn je einlassen müssen. Unsere Praxis indes zeichnet sich durch beständige Improvisation aus, die davon ausgeht, dass es sich um ein vorübergehendes, zu bewäl-

124 Und sie verändern die Erde massiv; inzwischen so massiv, dass das gegenwärtige Erdzeitalter nach dem Einfluss des Menschen als »Anthropozän« benannt worden ist.

125 Ausgehend von Herders »Kugelmodell« der Kulturen, bei dem jede Kultur im Inneren homogen und auf strikte Abgrenzung nach außen orientiert ist, geht das transkulturelle Denkmodell davon aus, dass Kulturen durch Mischungen und Durchdringungen gekennzeichnet sind. Transkulturalität ist ein Leitbild der Geflechte und Netze von Kultur. Vgl. Welsch 2017.

126 Vgl. Khanna 2021.

tigendes Phänomen handelt. Natürlich gibt es nicht »die« Migration, zwischen Verfolgung, Flucht, Arbeitsmigration, fluchtähnlichen und sonstigen Wanderungsbewegungen gilt es nicht nur in juristischer Hinsicht zu unterscheiden. Festzuhalten allerdings bleibt, dass der Anteil jener Migrationsbewegungen zunimmt, die nach Möglichkeiten schneller und sicherer Erstaufnahme verlangen sowie gesellschaftlich abgepuffert werden müssen. Für wen also und wie bauen wir unsere Städte? Wen »behausen« wir wie, mit welchen Konzepten?

Nach Angaben der *Vereinten Nationen* befinden sich erstmals über 100 Mio. Menschen weltweit auf der Flucht.¹²⁷ Deutschland rangiert dabei im europäischen Vergleich als Zielland Nummer eins. Das sagt etwas über unseren Wohlstand, aber auch unsere Staats- und Gesellschaftsform. Demgegenüber gibt es eine zunehmend kritische Debatte über die Voraussetzungen unserer Prosperität und Wandlungsfähigkeit: Wie viel Zuwanderung verträgt der Rechts- und Sozialstaat (der ja etwas Begrenzendes, Normatives, Solidarisches darstellt), welche kulturelle Identität hält uns zusammen und wie kann ein multiethnisches, von großer Vielfalt und Verschiedenheit geprägtes Gemeinwesen politisch gut gesteuert werden?¹²⁸

Diese Debatte wird uns mit allen Hoch- und Tiefpunkten weiter begleiten, denn wir befinden uns ohnehin in einer komplexen gesellschaftlichen Transformation. Diese wird bestimmt insbesondere durch das Zusammenspiel von Globalisierung, Klimawandel, Digitalität und demographischem Wandel; gegenwärtig katalytisch beeinflusst durch die Corona-Pandemie und die Ukrainekrise mit ihren Auswirkungen. Wir werden um kollektive Identitäten ringen, viele Gewissheiten aufgeben müssen, aber auch neue Formen von Gemeinschaft, Nachhaltigkeit und Resilienz erringen können. Wenn wir bereit sind, uns dieser Transformation zu stellen, sie nicht über uns ergehen zu lassen, sondern sie aktiv mit klugen Ideen zu gestalten. Die durch die Globalisierung angeheizte Zirkulation von Menschen und Ideen erfordert künftig einen stärker auf Kompromisse ausgerichteten Lebensraum Stadt. In diesem müssen wir uns auf neue Aushandlungsprozesse einstellen, da wir nicht mehr nur auf unsere Traditionen und Modelle des Siedelns zurückgreifen können. Was wir also vorbereiten müssen, ist gleichsam die geeignete Bühne für eine kommunale Fortentwicklung.

127 Vgl. Uno-Flüchtlingshilfe (2022): Flüchtlingszahlen, <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen#:~:text=Laut%20dem%20aktuellen%20Global%20Trends,Menschen%2C%20die%20internationalen%20Schutz%20oben%C3%B6tigen> (Zugriff vom 05.05.2024).

128 Die Spannweite der Positionen reicht etwa von Max Czollek: *Desintegriert Euch!* (2018) bis zu Rolf Peter Sieferle: *Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung* (2017) oder aktuell Martin Wagener: *Kulturkampf ums Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen* (2021).

Kommune im Fokus

Die Stadt, die über Jahrhunderte als Lebensraum geprägt wurde und in Ostdeutschland über Jahrzehnte durch eine besonders große Homogenität der Bevölkerung gekennzeichnet war, wird als Siedlungsressource im Migrationszeitalter stark herausgefordert. Etwa 30 Prozent der Flüchtlinge zieht es derzeit in den ländlichen, 70 Prozent hingegen in den städtischen Raum. Dabei leben Bewohnerinnen und Bewohner von Einzelunterkünften mit 74 Prozent etwas häufiger im städtischen Raum als Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften (69 Prozent). Arbeitsmigration findet ihren Niederschlag dort, wo Arbeitsplätze be- und entstehen oder neue Geschäftsmodelle greifen: in urbanen Agglomerationen, die weltweit zunehmen.¹²⁹ Die größeren Städte bleiben also das Hauptzielgebiet von Migration (von Flucht bis Suche nach der Chance auf ein besseres Leben) und sind nicht zuletzt aufgrund defizitärer Steuerung (oder gesetzlicher Regelungen) auf staatlicher Ebene häufig und auch strukturell überfordert. Es bedarf daher zuallererst einer Stadt- und Regionalentwicklungspolitik, die auf Migration vorbereitet ist; diese sollte den konzeptionellen und förderpolitischen Druck auf übergeordnete Ebenen (Land, Bund) erhöhen, aber auch selbst städtebauliche Modelle entwickeln, statt die Problematik allein sozialpolitisch einzuhegen.

Dafür braucht es verwaltungsseitig eine Bündelung der Aufgaben und angemessene strategische Ausrichtung des Handelns. Die flächendeckende Etablierung kommunaler Migrations- und Integrationsämter (für die es gute Beispiele gibt, etwa in Frankfurt a.M.¹³⁰) –, statt lediglich einer Ausländerbehörde als Leistungsbehörde – die das Handlungsfeld konzeptionell und zielgruppenbezogen gestalten und so ausgestattet sind, dass sie Querschnittsaufgaben wie etwa die Kulturpolitik einbinden können, wäre ein Desiderat. Zwar sind die Kommunen bei der Aufnahme geflüchteter Menschen auf Basis der geltenden Gesetzeslage lediglich Vollzugsbehörden unter der Fachaufsicht des Landes und seinem Weisungsrecht,

129 Friedrich von Borries sieht darin sogar die neue, ja herrschaftsfreie Struktur, die Globalopolis. Grundlage ist die Stadt als a priori expansiver Raum. Vgl. Borries, Kasten 2019, S. 54.

130 Dort heißt es Amt für multikulturelle Angelegenheiten, wurde im Kern bereits 1989 gegründet und hat nach eigenen Angaben folgende Aufgaben: »Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) befasst sich mit allen Fragen rund um Integration, Migration, Antidiskriminierung und das Zusammenleben in unserer Stadt. Ob Sprache und Bildung, Zuwanderung und Aufenthalt, Religion und Weltanschauung, LSBTIQ, Vereinsleben oder Alltagsfragen: Das AmkA leistet Grundlagenarbeit und Beratung, es arbeitet in Kooperationen und eigenen Projekten und hat eine eigene Fördertätigkeit.« Stadt Frankfurt a.M., Amt für multikulturelle Angelegenheiten (o.J.): Über uns, <https://frankfurt.de/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/amt-fuer-multikulturelle-angelegenheiten/ueber-uns>. Es verfügt als Behörde für Diversität, Antidiskriminierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt auch über nutzbare Räume und residiert in einer interkulturellen Begegnungsstätte.

doch »nach der Aufnahme, wenn es um die Unterbringung, Betreuung und Integration aufgenommenener Flüchtlinge geht, verlagert sich der Schwerpunkt der Aufgabenerledigung auf die Kommunen, sodass sich vor Ort größere Gestaltungsspielräume eröffnen.«¹³¹ Gestaltung ist vielerorts noch ein großes visionäres Wort, da basale Aufgaben dominieren, etwa die Sorge um das Spannungsfeld zwischen Landesentscheidungen zugunsten der Kommunen und ihrer adäquaten Finanzierung (Konnexitätsprinzip). Aber Aufgaben ergeben sich nicht nur aus der Fluchtmigration, sondern auch aus dem überregionalen Zuzug von Menschen infolge größerer Ansiedlungen von Unternehmen (Arbeitsmigration), der Bildungsmigration oder entsprechender Kettenmigrationen (etwa familiärer Nachzug).

Wohnen

Die Wohnsituation kann einen wesentlichen Einfluss auf die gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Lebensqualität insbesondere geflüchteter Menschen haben. Sie ist aber auch entscheidend für das Miteinander von einheimischer Bevölkerung und Hinzukommenden, für gelingende Koexistenz, Integration und die Gestaltung gemeinsamer Lebensräume. Transkulturalität benötigt Gelingensbedingungen auf allen Seiten. Probleme ergeben sich etwa durch prekäre improvisierte Siedlungsanlagen, die sozialräumliche Ballung geflüchteter oder migrierter Menschen sowie daraus resultierend soziale und kulturelle Konflikte. Dabei kann es sich um syrische Flüchtlinge oder auch chinesische Beschäftigte handeln: Temporäre Unterbringung und dauerhaftes Siedeln müssen gleichermaßen konzeptionell betrachtet werden. Segregation, Gentrifizierung und Parallelgesellschaften sind Folgen sozialräumlicher Verwerfungen. Auch Container-Ghettos gehören unter Umständen dazu.

Flucht und Vertreibung von Menschen stellen eine besondere Herausforderung dar. Wo und wie Flüchtlinge in Deutschland wohnen, ist, zumindest anfänglich, weniger vom Geschehen am freien Wohnungsmarkt als vielmehr rechtlich bestimmt. So sind Asylsuchende und Asylbewerber/innen zunächst verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu leben. Erst mit der Zuerkennung eines Schutzstatus, längstens jedoch nach 24 Monaten, endet diese Verpflichtung. Nach dem aktuellen Migrationsbericht sind 21 Prozent der befragten Flüchtlinge, die in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnten, in Unterkünften untergebracht, die als eher provisorisch betrachtet werden können (darunter 1 Prozent in einem Zelt bzw. in einer Zeltstadt, 4 Prozent in einer Halle, 16 Prozent in einem Container oder Schnellbau). Dabei nimmt der Anteil derjenigen, die in solchen eher provisorischen Unterkünften lebten, mit dem Einreisejahr zu. Der größte Teil der Betroffenen

131 Hellermann 2020, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdoziers/kommunale-migrations-und-fluechtlingspolitik/322888/kommunen-und-ihre-rolle-bei-der-fluechtlingsaufnahme-rechtslage-rechtsprechung-relevante-rechtsquellen/>.

(37 Prozent) wohnte in einem umgewidmeten Gebäude (z.B. in einem ehemaligen Bürogebäude oder einer ehemaligen Schule). Jeweils rund ein Fünftel (19 Prozent) wohnte in einem (ehemaligen) Hotel oder hotelähnlichen Gebäude (z.B. Pension, Jugendherberge, Ferienwohnung) oder in einer sonstigen, nicht näher spezifizierten Gemeinschaftsunterkunft (23 Prozent).¹³² Mit zunehmender Migration werden auch solche prekären Verhältnisse zunehmen, städtische Infrastrukturen belasten und die Akzeptanz bei den Menschen mindern – doch die kommunale Steuerung ist beschränkt, die Busse mit Flüchtlingen werden in der Regel kurzfristig avisiert, die Dinge ereignen sich.

Für Menschen, die sich in einer besonderen Stresssituation befinden, ihr Zuhause aufgegeben haben oder gar traumatisiert sind, ist die Improvisation von Unterkunft und Wohnen ebenso eine Belastung wie für die Kommunen, die dieses unter großem Stress organisieren müssen. Was gänzlich fehlt, ist eine langfristige Stadtentwicklungsstrategie, die Migration inkludiert, statt sie als vorübergehenden Zustand zu erdulden oder ihr mit etablierten Anforderungsprofilen zu begegnen.

Die Landeshauptstadt Erfurt, in der ich wirke, ist zwar im bundesweiten Vergleich noch kein Hotspot jedweder Form von Migration, doch im landesweiten Binnenvergleich sind die Möglichkeiten des Handelns dennoch ausgeschöpft, belastet die Situation die Infrastrukturen. Allein durch die Zuwanderung von Flüchtlingen 2015 musste die Stadt in erheblichem Umfang Unterbringungsmöglichkeiten sowie in der Folge kostengünstigen Wohnraum schaffen. Dabei haben die Bestände der kommunalen Wohnungsgesellschaft eine maßgebliche Rolle gespielt. Die Ausländerquote der Großwohnsiedlungen hat sich dadurch von etwa 5 Prozent auf 26 Prozent erhöht; das wiederum führte zur Verknappung von kostengünstigem Wohnraum. Hierdurch entsteht eine soziale Konkurrenz, die Migrationsängste schüren kann. Es überlagern sich zudem Problemfelder in diesen Siedlungsgebieten: Bezieher von Bürgergeld, Familien unter der Armutsgrenze, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und eben Migrantinnen.

Läuft Migration weiter wie bisher, werden sich gesellschaftliche Konflikte ausdehnen. Auch werden jene gestärkt, die eine Politik der geschlossenen Grenzen und des »Ethnopluralismus« propagieren, der nichts anderes bedeutet, als die Ursachen von Flucht und Migration zu verdrängen und globale Verantwortung abzulehnen.

Zielbild der Stadtentwicklung

Ein »Städtebau der Migration« müsste zunächst als Zielbild von Stadtentwicklung projiziert werden. Einigkeit wäre darüber herzustellen, dass die bisherigen Struk-

132 Diese und weitere statistische Angaben sind beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verfügbar. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) o.J.: Statistik, <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/statistik-node.html>.

turen des privaten und sozialen Wohnungsmarktes sowie temporärer Unterbringung nicht geeignet sind, heutigen Formen von Mobilität und Migration gerecht zu werden. Stadtentwicklung bedarf hier neuer Impulse, einer gänzlich neuen Flexibilität, die infrastrukturell zu planen ist und zu neuen Formen der Wohnraumbewirtschaftung führen muss. Darüber hinaus ergeben sich weitere, vor allem sozialpolitische Erfordernisse.

Bei den hier festgestellten Anforderungen geht es sowohl um neue und multifunktionale Formen von Gemeinschaftsunterkünften und dezentrale Reserven für Einzelwohnen/Kurzzeitwohnen als auch um unterschiedliche Wohnqualitäten, Sicherheit und Übergangsmanagement. Ohne Betrachtung der Investitions- und Betreuungskosten bzw. der Wirtschaftlichkeit für Bestandshalter wäre eine Erkundung der idealtypischen Ausstattung einer Stadt an den Anfang der Suchbewegung zu stellen. Erst dann kann man über realistische Formen der Umsetzung nachdenken und kommunalpolitische Entscheidungen treffen. Denn eine Aufgabe, die sich allein aus der weiteren Gewinnabschöpfung der privaten Wohnungswirtschaft erledigt – etwa um Anteile belegungs- und mietpreisgebundener Sozialwohnungen zu finanzieren –, ist dies nicht. Nicht zuletzt dient ein solcher Ansatz der einheimischen Bevölkerung, deren Akzeptanz, Hilfs- und Veränderungsbereitschaft maßgeblich davon abhängt, wie wir eine gute Entwicklung des Lebensraums unterschiedlicher Menschen gewährleisten können. In jedem Falle wäre dies nachhaltiger und perspektivisch wohl auch wirtschaftlicher, als beständig zu improvisieren. Im Folgenden einige Beispiele, die die strategische Erkundung illustrieren und den Weg aufzeigen, der gangbar sein könnte.

Beispiele bisheriger Planungs- und Förderstrategien

- Schaffung baurechtlicher Planungserleichterungen beim Bereitstellen vorhandener und beim Bauen neuer Unterkünfte auf Bundes- und Länderebene.¹³³ Parallel zur Bundesregierung, den Ländern und Gemeinden, zu Hilfs-, Sozial- und kirchlichen Organisationen, den Freiwilligen Feuerwehren und vielen privaten Aktivitäten engagieren sich auch die deutschen Architekten: Architektenverbände und -kammern bündeln ihre Kräfte und bieten Lösungen für Unterbringungs- und Wohnfragen. Bereits im Frühjahr 2015 gab es einen Vorstoß des Hamburger Architekten Jörg Friedrich, der als Professor für Entwerfen und Architekturtheorie an der Leibniz-Universität Hannover lehrt (und auch zahlreiche Theater baute, etwa in Erfurt und Gütersloh). Zusammen mit seinen Studierenden entwickelte er am Beispiel von Hannover eine Reihe von neuen

133 Vgl. Maasberg 2016, <https://www.goethe.de/ins/cz/de/kul/mag/15151558.html> (Zugriff 06.05.2024).

Wohnkonzepten und präsentierte sie in der Publikation *Refugees Welcome*.¹³⁴ Zu den vorgestellten Konzepten gehören beispielsweise Lückenbebauungen, Hofüberbauungen, Flachdachaufbauten aus einer modularen Holzbauweise, schwimmende Wohnungen auf alten Binnenschiffen oder Konzepte, um Schrebergärten bewohnbar zu machen.¹³⁵ Es geht dabei vor allem um das Ausloten räumlicher wie sozialer Potenziale in der Stadt. Jörg Friedrich wünscht sich von Planern und Bauherren, dass sie bei der architektonischen und städtebaulichen Umsetzung von Wohnprojekten für Flüchtlinge über differenzierte Mischkonzepte nachdenken, anstatt hastig zu improvisieren. So könnten aus Flüchtlingswohnungen später zum Beispiel Wohnungen für Studierende oder andere Gruppen entstehen. Das wäre ein nachhaltiger Ansatz.

- Förderprogramm »Wohnraum für Geflüchtete« Baden-Württemberg: Am 15. September 2022 startete das neue Förderprogramm »Wohnraum für Geflüchtete«. Damit unterstützt das Land Baden-Württemberg die Kommunen bei der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für Flüchtlinge. Im Rahmen des Förderprogramms »Wohnraum für Geflüchtete« werden investive Maßnahmen zur Schaffung neuen Wohnraums in Form von Zuschüssen gefördert. Für die Jahre 2022 und 2023 standen insgesamt 80 Millionen Euro zur Verfügung. Adressat der Förderung sind ausschließlich Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg, also keine privaten Investoren.¹³⁶
- Genossenschaftsidee: »Die Willkommen in Sögel e.G. Bürgergenossenschaft für Menschen in Not« im Emsland/Niedersachsen stellt Geflüchteten adäquaten Wohnraum zur Verfügung. Innerhalb weniger Monate zeichneten 250 Bürger Anteile im Wert von 1,4 Millionen Euro. Das war im Herbst 2015, als die Offenheit gegenüber Flüchtlingen am größten gewesen ist. Ein Klima, das die Gemeinde nutzen wollte, um schnellen und dauerhaften Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen. Im September unterschrieben Vertreter der Kommune, der beiden Kirchengemeinden, des lokalen Wirtschaftsverbandes und aller im Gemeinderat vertretenen Parteien die Satzung der neuen Bürgergenossenschaft. Zur Versammlung, auf der sich die neue Genossenschaft präsentierte, kamen mehr als 200 Interessierte. Der Mindestanteil an der Genossenschaft beträgt 100 Euro. Der Grundstock des Kapitals war gelegt und die Genossenschaft

134 Friedrich u.a. 2015.

135 Das Planungsrecht setzt allerdings Grenzen: Vorgaben für zulässige Geschossflächenzahl, die Abstandsflächen, den Brandschutz oder den Einbau von Aufzügen, um nur einige wesentliche Beispiele zu nennen.

136 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen des Landes Baden-Württemberg 2022, <https://mlw.baden-wuerttemberg.de/de/bauen-wohnen/wohnraum-fuer-fluechtlinge/>.

konnte sich ihrer eigentlichen Aufgabe widmen: dem Bau und Unterhalt von Wohnungen für Flüchtlinge, Asylbewerber und Menschen in Not.¹³⁷

- Die Neue Nachbarn KG (Tübinger Weg): Diese Bürger-Wohnbau-Gesellschaft hat die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft (KG) und ist Eigentümerin genau dieses einen Hauses am Hechinger Eck. Das heißt, den Mitwirkenden gehört zusammen ein Haus in Tübingen, in dem zumindest für die nächsten zehn Jahre etwa 75 Prozent Geflüchtete wohnen (ca. 35 Personen). Das Haus wird etwa 3,3 Mio. Euro kosten, wovon rund 2 Mio. als KfW-Kredit aufgenommen wurden. In dieser Neue Nachbarn KG packen Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl an – ein, so die Selbstauskunft, typisch Tübinger Weg auch in der Unterbringung von Geflüchteten. Vereinbart wurde eine Mindestbeteiligung, die so hoch ist wie der ungefähre Preis eines Quadratmeters in dem Gebäude, das heißt 2.500 Euro. Die maximale Beteiligung ist auf 5 Prozent des Eigenkapitals gedeckelt, damit niemand die Gesellschaft dominieren kann.¹³⁸
- Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge in Berlin: Die große Zahl der Asylbegehrenden erfordert zusätzliche Gemeinschaftsunterkünfte. In kürzester Planungszeit wurde ein Typenentwurf für eine dauerhafte und nachnutzbare Flüchtlingsunterkunft entwickelt, der sich an künftigen landeseigenen Standorten einsetzen lässt. Insgesamt entstehen in Berlin in dieser modularen Bauweise zehn Flüchtlingsunterkünfte mit circa 4.500 Plätzen. Die Fassade der modularen Unterkünfte besteht aus Sichtbetonfertigteilelementen, die mit linienförmigen Strukturen gestaltet sind. Auf den zur Verfügung stehenden Grundstücken wird ein Grundmodul angeordnet, sodass Gemeinschaftsunterkünfte für 450 Bewohner errichtet werden können. In einem quadratischen Regelgeschoss lassen sich je zwei Doppelzimmer in den äußeren Ecken anordnen (in einer Ecke ein Doppelzimmer und ein Einzelzimmer). Sie werden durch den Gemeinschaftsbereich (Küche und Aufenthaltsraum), den Erschließungskern (Treppenraum und Aufzug) sowie die gemeinschaftlich genutzten Sanitärbereiche für 15 Bewohnerinnen und Bewohner getrennt. Das gleich

137 Vgl. Göres 2018, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fluechtlingsbauten-solide-hilfe-1.3857246>. Am 4. Oktober 2022 startete das von Bund und KfW neu angelegte Förderprogramm zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen. Die Förderung erfolgt sowohl bei Neugründung als auch bei der Beteiligung an einer bestehenden Wohnungsgenossenschaft. Es handelt sich um eine Kreditförderung. Der Zinssatz für den Kredit wird während der ersten Zinsbindungsfrist aus Bundesmitteln verbilligt. Zusätzlich wird ein nicht unerheblicher Teil der Darlehensschuld erlassen (15 Prozent Tilgungszuschuss). Voraussetzung für die Förderung ist, dass die erworbenen Genossenschaftsanteile für die Selbstnutzung der Genossenschaftswohnung erforderlich sind und die Wohnung selbst genutzt wird.

138 Neue Nachbarn Tübingen GmbH & Co. KG (o.J.): Homepage, <https://www.neue-nachbarn-tuebingen.de/>.

große Erdgeschoss verfügt über vier wohnungsähnliche Einheiten mit jeweils zwei Doppelzimmern, Küche und Bad, wobei eine Einheit barrierefrei ist.¹³⁹

Bestandteile eines »Städtebaus der Migration«

Ein Städtebau der Migration könnte von folgenden Handlungsfeldern ausgehen:

- Herbeiführen strategischer Richtungsbeschlüsse von Stadt-, Gemeinde- und Kreisräten, Städtebau und Migration als kulturelle Entwicklungsaufgabe annehmen zu wollen.
- Vornehmen neuer konzeptioneller Gewichtung bei der Fortschreibung integrierter Stadtentwicklungskonzepte in Hinblick auf städtebaulich bedeutsame Megatrends von Entwicklung: Nachhaltigkeit/Resilienz, Migration/Inklusion/Transkulturalität.¹⁴⁰ Es handelt sich um ein konzeptionell vorzudenkendes mittel- bis längerfristiges Vorhaben.
- Identifikation von Suchräumen, die stadtstrukturell, sozialräumlich und unter Beachtung aller städtebaulichen Entwicklungspräferenzen geeignet sind, »Dehnungsfugen« des Siedelns im Sinne einer Perspektivplanung für Migrationsströme zu etablieren. Möglich sind dabei sowohl Neubau als auch ggf. Umnutzung und/oder Umbau von Gebäuden.
- Dehnungsfugen stellen dezentrale Flächen dar, auf denen multifunktionale Gebäude für temporäre Nutzungen mit flexiblen Raumstrukturen errichtet werden oder kurzfristig errichtet werden können (qualifizierter als Containersiedlungen); sie sind nicht Appendizes bestehender Siedlungen, sondern haben integrale, verbindende und aktivierende Funktionen.
- Einordnung sozialer und kultureller Angebote, für deren Betreibung vorhandene oder auf neue Weise zu vernetzende Träger der Sozial- und Kulturarbeit aktiviert werden können.
- Multifunktionale Gebäude können auch unterschiedlich genutzt und aktiviert werden, ihre Vermietung/Bereitstellung erfolgt in kurzen Nutzungszyklen und hält sie als Raumressource flexibel (keine Reduktion auf Wohnen). Die Multifunktionalität macht sie interessant, robust, ggf. in Teilen wirtschaftlich, nicht monothematisch/stigmatisierbar.

139 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Berlin (o.J.): <https://www.berlin.de/laf/wohnen/allgemeine-informationen/modulare-unterkuenfte/>.

140 Daraus lassen sich Zielgrößen von Entwicklung ableiten, etwa das Erzeugen von permanenter Lern- und Veränderungsfähigkeit, Anpassung/adaptivem Wachstum, Orientierung auf Umwelt (einschließlich eines kulturellen Ökosystems), gestärkten Zonen der Begegnung/der Gemeinschaftlichkeit, Übergängen und mehr Vielfalt/Diversität in den Siedlungsstrukturen.

- Voraussetzung könnte auch eine gezielte kommunale Bodenbevorratung und die Errichtung/ggf. Bewirtschaftung durch eine kommunale Entwicklungsgesellschaft sein.
- Multifunktionale Gebäude können unterschiedliche Formen des Wohnens (von der Gemeinschafts- bis zur Einzelunterkunft) fassen sowie weitere Infrastrukturen und Dienstleistungen beinhalten; sie tragen Siedlungsergänzungscharakter.
- In Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten dürfen für kurzfristige Nutzungen keine Wohnungen mehr zweckentfremdet werden; Spannungen auf dem Wohnungsmarkt im Hinblick auf Einzelunterkünfte/Segregationseffekte müssen aufgelöst werden.
- »Dehnungsfugen« müssten in Form von Modellprojekten konzeptionell ausgearbeitet und erprobt werden. Anbieten würden sich etwa anstehende Rahmenplanungen für Wohngebiete oder Suchräume, die perspektivisch für Wohnungsbau vorgesehen sind (allerdings sind hier die Planungszeiträume sehr lang, insofern wäre zunächst eine Studie zielführend). Modellhaft wären nicht nur Funktionen, sondern auch räumliche und baukulturelle Aspekte. Bauen für Migration darf kein prekäres Bauen sein.
- Voraussetzung wäre eine auskömmliche Förderstruktur auf Bundes- und Landesebene, die auf der Grundlage kommunaler Konzepte anzusprechen wäre.
- Probleme bzw. Konflikte könnten sich durch planungs- und baurechtliche Gegebenheiten einstellen, die der Offenheit der Nutzung entgegenstehen. Dies wäre eine an den Gesetzgeber zu adressierende legislative Entwicklungsaufgabe.
- Idealerweise wird ein »Städtebau der Migration« durch Partnerschaften getragen bzw. bringen sich die jeweiligen Bestandhalter im Umfeld entsprechend ein (vgl. die oben genannten Initiativen).
- Es kann auch Schnittmengen geben mit der Entwicklung bzw. späteren Fortschreibung regionaler Siedlungsflächenentwicklungskonzepte, soweit vorhanden (interkommunale Zusammenarbeit).

Der auf Migrationsfolgen hin angepasste Städtebau, der Veränderung und Flexibilität als Bestandteile seiner Entwicklung begreift, wird sich mit Fragen der Wohnraumflexibilisierung und der entsprechenden Architektur beschäftigen. Hatte Bruno Taut seine Überlegungen zur idealen Wohnung noch unter das Diktum gestellt »Der Architekt denkt, die Hausfrau lenkt«¹⁴¹, werden nun Nutzungsvorstellungen prägend sein, die jenseits alter Rollenklischees und überkommener Typisierungen von Räumen stehen. Allerdings erkannte schon Taut damals, dass »die vorausgesehene utopische Wohnung ferner künftiger Zeiten ... nicht ohne Zusammenhang mit

141 Taut 1924, S. 104.

dem menschlichen Gesamtkomplex behandelt werden (kann); ohne etwa die gleichartige Behandlung des sonstigen, sich auch außerhalb der Wohnung abspielenden Lebens, der Erziehung, des Verkehrs, der Siedlungs- und Großstadtfrage.¹⁴²

Heute geht es darum, welche Gesellschaft Wohnen bestimmt, wie bestehende und neu zu errichtende Wohnungen die Bedürfnisse der migrantischen, postmigrantischen und pluralen Gesellschaft abbilden können und welche Formen von Gemeinschaft dabei eine Rolle spielen. Kulturelles Zielbild ist dabei immer ein Zusammenleben mit Schnittmengen, konsentierten Formen des Lebens, nicht der weiteren Zersplitterung und Parallelisierung von Lebensformen und Gruppierungen, ohne diese an ihrer Entfaltung zu hindern. Im Idealfall gibt es institutionalisierte Formen des Wohnens mit Flüchtlingen, wie sie Klaus Englert am Beispiel eines Projekts des Erzbistums Köln aufzeigt; dabei weist er auf die kritische Lage hin: »Will der Westen von der Zuwanderung nicht überrumpelt werden, muss er sich mit neuen (infrastrukturellen) Szenarien darauf vorbereiten.«¹⁴³ Das integrative Wohnprojekt in Köln will die Menschen unterschiedlicher Herkunft, verschiedener Kulturen und Glaubensvorstellungen zusammenbringen. Dabei arbeiten neben dem Pfarrer und der Caritas das Kölner Sozialdezernat und die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft zusammen, um unter Mitwirkung auch einiger Flüchtlinge das leerstehende Kalker Klarissenkloster zu ertüchtigen – auf der Basis eines Architekturwettbewerbs.¹⁴⁴ Wettbewerbe werden ja oft als zeitliches und finanzielles Hindernis betrachtet, doch sie schaffen Qualität, Umsicht und oft auch Effizienz. Soziales Bauen und Baukultur schließen sich nicht aus, im Gegenteil, für die Herausforderungen der Zukunft sollten uns die besten Lösungen wichtig sein, auch für die gemeinsame Freude am Gestalten und Leben.

3.8 Kultur und Stadtentwicklung. Krise der Innenstädte oder Funktionswandel?

Die Stadt sedimentiert und häutet sich, sie ist stabil und verletzlich zugleich. Einerseits wird ihr schon immer etwas Krisenhaftes nachgesagt, weil sie als Ausdruck menschlicher Kultur permanentem Wandel unterliegt, etwa indem sie als Großstadt im Sinne Georg Simmels sozial depravierter Umschlagplatz geistigen Niedergangs sei oder heute durch die Folgen der Digitalität einer merkantilen Verkümmern preisgegeben scheint, »andererseits verschwinden die vom alles überwuchernden Gewebe angegriffenen oder in seinem Raster aufgefangenen *städtischen Kerne* nicht. Sie halten stand, indem sie sich verändern. Sie bleiben Zentren dichten städtischen

142 Taut 1924, S. 92.

143 Englert 2021, S. 159.

144 Vgl. Englert 2021, S. 158ff.

Lebens. Die Ästhetik dieser alten Kerne spielt für ihren Erhalt eine große Rolle. [...] Der städtische Kern wird so zum Produkt eines qualitativ hochwertigen Konsums ... Er überlebt dank dieser Doppelrolle als Ort des Konsums und Konsum des Ortes«, schreibt Henri Lefebvre 1968.¹⁴⁵ Mit »Gewebe« bezeichnet er dabei jenes Konglomerat aus unterschiedlich alten und miteinander verbundenen Stadtschichten.

Stadt als kulturelle Idee

Als Krise erfahren wir offenbar jenes, was *etablierte Bilder* von Stadt allzu stark zu verändern droht. Etwa unsere Idealvorstellung von der »europäischen Stadt« als Wiege der bürgerlichen Gesellschaft mit markanten Gebäuden, Wegebeziehungen, Umgangs- und Handelsformen sowie einer spezifischen Art von Urbanität, die seit der Industrialisierung auswuchert, viel »Gewebe« bildet. Wichtige volatile Einflussgrößen für Qualitäten jener Stadtgebilde wären zum Beispiel die Eigentumsverhältnisse, Grundstücks- und Immobilienpreise, Bevölkerungsentwicklung und Sozialstrukturen, Wirtschaft und Konsum, Mobilität und Verkehrsarten, Kultur und Tourismus, Öffentlichkeit und Medien oder neue Technologien.

Dem gegenüber steht die Beharrungskraft einer Stadt, ihr Gewicht als intergenerationelle Erzählung, das ihr bei allem Wandel eine Kontinuität verleiht – und seien die Veränderungen ihrer Gestalt auch noch so groß: Goethes Frankfurt hat mit dem heutigen nicht viel zu tun. Und doch ist es Frankfurt, ist seine Erzählung wichtiger als mancher Stein, der auf Zeit verbaut wurde. Nicht zuletzt trägt die kulturelle Infrastruktur einer Stadt¹⁴⁶ dazu bei, oft in Verbindung mit Gebäuden, die von Herrschaft und Repräsentation künden, Geschichte, Geist und Bildung in ein enges Verhältnis rücken, lokale Identität und Bindekräfte speisen. Der Denkmalschutz spielt in dieses Feld, er sichert Einzelgebäude, als städtebaulicher Denkmalschutz ganze Gebiete wie etwa Stadtkerne, Signaturen einer Stadt. Und doch verändert sich trotz der Schutzmechanismen vieles gravierend, da Städte genutzt und interpretiert werden.

Kraft der Differenz und Utopie der urbanen Einheit

»Was eine Stadt als kulturelle Formation systematisch von einer anderen unterscheidet, ist nicht ihr Bild, sondern ihre Struktur.«¹⁴⁷ Raum und Kultur wirken miteinander, sie führen zur Ausprägung von Differenz.¹⁴⁸ Diese Differenz gestalten

145 Lefebvre 2016, S. 40f.

146 Im Kontext von Urbanität würde ich hier alle Elemente der materiellen Erinnerungskultur, Parks, Gärten sowie öffentliche Gebäude subsumieren, im Gegensatz zur kulturellen Infrastruktur im kulturpolitischen Sinne.

147 Löw 2018, S. 185.

148 Vgl. Siebel 2015, S. 304ff.

und erleben die Menschen in der Stadtkultur, meist unbewusst: Stadt bedeutet dabei Emanzipation und Zumutung, Lebensort und Projektionsfläche, Bild und Grammatik eines spezifischen Seins. Stadt macht sichtbar und unsichtbar, entlastet und belastet, verleitet und orientiert – je nach Kraft ihres Gemeinwesens in Größe, Anziehungskraft und Prosperität. Das berühmteste Beispiel: Paris, Hauptstadt des 19. Jahrhunderts (Walter Benjamin).

Zur Differenz gehören letztlich komplementär auch die Ähnlichkeiten, die Städte als Netz des menschlichen Siedelns erfahrbar werden lassen. Dieses Netz ist als Globalopolis, als enge Verflechtung urbaner Räume, heute auch Phantasie künftiger Formen von Interkommunalität: Indem der Quellcode von Stadt, der auf Unterscheidung, Konkurrenz, Wachstum und Ausbeutung der Umgebung ausgelegt ist, überwunden wird, »eine weltumspannende, vernetzte und hochverdichtete, in sich aber vielfältige, also pluriversale Siedlungsstruktur« angestrebt wird. Für sie ist eine »Kultur der Offenheit« Voraussetzung, die die bisher eher auf Exklusion fokussierte Stadtentwicklungspolitik verändern könnte.¹⁴⁹ Globalopolis jenseits der Nationalstaaten, der Grenzen und Ideologien, eine schöne Utopie für die Tendenz der weltweiten Verstädterung – so machte Stadtluft wirklich frei.

Wo stehen wir tatsächlich?

Gegenwärtig entdecken wir im Angesicht falscher Entscheidungen der Stadtentwicklung sowie der digitalen Revolution die Kraft der Innenstädte als Lebensraum neu – weil sie uns zu entgleiten scheint. Zum einen hat der Motorisierte Individualverkehr (MIV) unsere Gewohnheiten, unser Verhältnis zur Umwelt und die Mobilitätsanforderungen der Städte so verändert, dass städtische Strukturen Schaden nahmen. Autogerechte Architektur lässt nicht nur großen Magistralen mit wenigen oder aufwendigen Querungsmöglichkeiten viel Raum, sie ist auch wuchtig und mit flüchtig lesbaren Fassaden ausgestattet, die den bipedalen Flaneur ermüden. Vielerorts sind auch die Innenstädte noch voll von motorisiertem Verkehr und parkenden Autos, fressen sich Magistralen in kleinteilige Baustrukturen. Zum anderen sind Bauen und der Verbrauch von Bauland zu einer Industrie verkommen, drängen Fragen der Hitzeresilienz oder überhaupt der klimagerechten Stadt auf nachhaltige Stadtentwicklung. Aber: »Der Markt reguliert die Stadt nicht nachhaltig: Der Markt verwandelt sie in ein ausschließlich gewinnorientiertes Unternehmen. Um ihre soziale und kulturelle Dimension zu bewahren, tut eine starke öffentliche Hand not. Sie muss die funktionalen und gesellschaftlichen Strukturen planen und realisieren, die soliden, energetisch sparsamen und umweltschonenden Bauten fördern, Leer-

149 Borries, Kasten 2019, S. 55.

stände unterbinden, sozial kompatible Nutzungen und Zwischennutzungen sowie die ihnen zugrundeliegenden Gemeinschaften unterstützen.«¹⁵⁰

Dazu gehört auch, die Innenstädte jenseits des konventionellen Handels neu zu denken, zumal viele ohne dezidierte Einzelhandelssteuerung ihre Marktplatzfunktion längst schon an die großen, meist peripheren Einkaufszentren verloren haben: Die Umverteilung zentrenrelevanter Sortimente und entsprechender Umsätze hat stattgefunden, an ihre Stelle treten Billigketten und gastronomische Angebote. Man kann die Städte nicht dem reinen Wettbewerb überlassen, muss neue Formen der Öffentlichkeit und Ganzheitlichkeit generieren. Dies umso mehr, als inzwischen der Internethandel Einzelhändler wie große Filialisten, die die Stadtbilder überall noch prägen, in fundamentale Bedrängnis bringt – zuletzt erlebten wir den Niedergang von *Karstadt*. Die Geschäftsmodelle des Online-Versands, ihre Angebotsfülle, Flexibilität und wachsende Servicequalität kann kein Innenstadthandel komplett parieren.

Wandel des Handelsplatzes

Die »Demokratisierung des Flanierens«¹⁵¹ hatte zunächst zum Wachstum der Kaufhäuser und zu neuen Qualitäten von Einkaufserlebnissen geführt: Shopping Malls und Center, die als autarke Zonen innerhalb und außerhalb der Innenstädte Öffentlichkeit absorbieren. Heute besteht die Belegung des Innenstadthandels und damit die kulturelle Weiterentwicklung einer zentralen Funktion der Städte darin, analoge und digitale Welt zu verknüpfen. Geschäfte und Fassaden werden als Showroom genutzt, der Einkauf selbst findet zunehmend im Netz statt. Spezifische Güter und Shopping-Erlebnisse werden allerdings durchaus vor Ort inszeniert, neue Geschäftsmodelle entwickelt, die auch mit der fortschreitenden Individualisierung korrespondieren und Lebensstile prägen, Manufakturen etwa gewinnen an Bedeutung. Zwischen- und Umnutzungen von Immobilien spielen eine größere Rolle, aber es drängen auch Gewerbetreibende in die Zentren, die sich früher eher peripher ansiedelten, Möbelhäuser etwa.¹⁵²

Darin deutet sich an, dass die Kernkompetenz von Innenstadt komplexer wird, Nutzungszeiten, Interessenten und Geschäftsmodelle kürzeren Erneuerungszyklen unterliegen. Themen, Akteure und Nutzerperspektiven müssen zudem stärker vermittelt werden; nicht zufällig treten neue Kommunikatoren in Erscheinung: Citymanager oder Nachtbürgermeister beispielsweise. Sie stehen für ein kollaboratives Stadtmanagement, bei dem das Erlebnis Stadt vielfältiger wird.

150 Magnago Lampugnani 2023, S. 107.

151 Böhme 2016, S. 122.

152 Vgl. die visionäre Zuspitzung dieser und anderer Aspekte in: brand eins Medien AG (2019): edition brand eins. Urbane Innovationen, S. 38ff.

Ästhetik der Innenstädte – ein komplexes Thema

Wie bei Henri Lefebvre bereits deutlich wurde, verfügen insbesondere die Stadtkerne über einen Unique Selling Point: Sie sind im Idealfall selbst der Verweil- oder Konsumanlass, handeln mit dem »Einzigartigkeitsgut« (Reckwitz) Altstadt oder europäische Stadt – in ihrer jeweiligen Struktur und Ausprägung. Diese Eigenschaft bleibt, sie gewinnt sogar in Anbetracht zunehmender Ästhetisierung an Bedeutung.

Damit Innenstädte ihre Wirkung voll entfalten und auch veränderten Handels- und Konsumerfordernissen Rechnung tragen, also vor allem als lebendig, erfolgreich und kulturell verbindend erscheinen können, müssen sie für die Menschen tatsächlich erlebbar, nahbar sein. Dafür hat der dänische Stadtplaner Jan Gehl Vorschläge unterbreitet und auch vielerorts umgesetzt. Ihm geht es um die Wiedergewinnung menschlicher Maßstäbe des Bauens und Gestaltens, um Möglichkeiten des Flanierens und Verweilens, um optimale Wegebeziehungen und die wertige Ausstattung des öffentlichen Raums, die Sorge um Fußgänger und Radfahrer, Sichtachsen, Möglichkeiten für Kommunikation, Spiel und musikalische Begegnungen, Ästhetik im umfassenden und für alle Sinne, angenehme klimatische Verhältnisse, folglich auch Bäume, Grünanlagen, Wasser und Schutz vor unangenehmen Sinneswahrnehmungen sowie Sicherheit.¹⁵³

Die kulturellen Infrastrukturen spielen erkennbar in diese Grundsätze der Stadtplanung hinein. Jede kommunale Kulturpolitik versucht, Kulturbetriebe in die Stadt zu öffnen, sie etwa als Dritte Orte zu entwickeln, mobile Angebote vorzuhalten oder zu fördern und Veranstaltungen im öffentlichen Raum durchzuführen oder Voraussetzungen dafür zu schaffen. Kulturplanung ist so gesehen eine wichtige Komponente einer integrierten Stadtentwicklungsplanung. Da diese partizipativ und kreativ organisiert sein muss, kann der Kulturbereich mit seinen Räumen, Methoden und kommunikativen Ressourcen von vornherein ein wichtiger Partner sein, genauso wie Jugendeinrichtungen oder Sportstätten. Dies auch ist die Ausgangsposition für die Gestaltung des Funktionswandels der Innenstädte, bei dem es nicht darum gehen kann, die konsumtiven Muster der vergangenen Jahrzehnte zu retten, wie mancher Hilferuf um Rettung der Innenstädte insinuiert: günstiges Parken für den MIV, Werbesatzungen, die alles an Beschilderung und Beleuchtung für den Einzelhandel bzw. die Gastronomie erlauben und noch mehr verkaufsoffene Sonntage etwa.

Innenstädte der Zukunft

Die Innenstadt der Zukunft ist ein kulturelles Gebilde, das mehr bieten muss als die zugespitzte Valorisierung ihrer selbst und aller Güter, um vom ästhetischen Kapita-

153 Vgl. Gehl 2018, S. 274ff.

lismus verwertet werden zu können. Als ästhetischen Kapitalismus hat Gernot Böhme eine neue Phase des Wirtschaftswachstums bezeichnet, die nur durch die Steigerung des Lebens möglich werde, »durch Ausstattung und Produktion von Mitteln der Inszenierung, also durch die Herstellung ästhetischer Werte.«¹⁵⁴ Diese Inszenierung des Lebensstils erzeuge eine »Eskalation des Verbrauchs«.¹⁵⁵ Und sie macht alles zur Ware, was der singularistischen Entfaltung des Individuums dient, Aufmerksamkeit einfordert.

Es gilt zunächst, den Eigenwert der Innenstadt zu akzentuieren, um auf die Verwertungsbedürfnisse von Unternehmen und Gewerbetreibenden selbstbewusst und gestaltend einwirken zu können. Dazu können Instrumente gehören wie Einzelhandels- und Zentrenkonzepte, um Einzelhandel und andere Nutzungen zu regulieren¹⁵⁶, die Schaffung verkehrsberuhigter Bereiche (z.B. Begegnungszonen), die Förderung von Experimenten und Raumpionieren oder auch die kollaborative Inszenierung bei Festen und anderen Veranstaltungen, die mit den und nicht gegen die Interessen der Anwohner/innen und Gewerbetreibenden geplant werden müssen. Dazu gehört aber auch die sensible Gestaltung der Innenstadt selbst, von ihrer Möblierung bis zur Einhegung der Straßenmusik.

»Das Recht auf Stadt« muss im Zenit heutiger Technologien, Wirtschaftsformen und Freizeitbedürfnisse gewährleistet werden, es wird von den Menschen in Anspruch genommen, wenn sie sich tatsächlich einbetten können, vom adäquaten und bezahlbaren Wohnraum über die Beschäftigungskulisse bis hin zum Erleben des Stadtkörpers und seiner Komplizenschaft in Hinblick auf die je eigene Erzählung.

Kulturarbeit für städtische Räume findet heute in einem ausdifferenzierten Spektrum von Urbanität statt. Sie reicht von vielfältigen saisonalen Angeboten bis hin zu Aushandlungsprozessen über die Nutzung von Clubs, privaten Räumen oder Parks in der Nacht. Kulturpolitik übernimmt in gewisser Weise auch ordnungsbehördliche Aufgaben in einer permissiven Gesellschaft, die sich immer stärker entfaltet und mit bisherigen Limitierungen nicht abfindet. Die Innenstädte werden zu Marktplätzen komplexer Erlebnisse, die Kultur nimmt für ihren Erfolg und ihre Erlebbarkeit – und damit auch ihre wirtschaftliche Attraktion – eine Schlüsselrolle ein. Der Kulturbegriff, der dies abbildet, ist folglich einer, der weit und gleitend ist, zwischen neuen kultur- und kreativwirtschaftlichen Akteuren, Locations und Arbeitsformen wie etwa Coworking-Spaces. Räume, Erlebnisse, Geschäftsmodelle und Arbeitsformen bilden dabei ein Beziehungsgeflecht.

154 Böhme 2016, S. 16.

155 Böhme 2016, S. 74.

156 Vgl. Heinig 2022, S. 167ff.

Literaturverzeichnis

- Abelein, Manfred (1968): Die Kulturpolitik des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Verfassungsgeschichtliche Entwicklung und ihre verfassungsrechtlichen Probleme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Adorno, Theodor W. (1994): *Minima moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. 22. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Albert, Marie-Theres; Ringbeck, Birgitta (2015): 40 Jahre Welterbe-Konvention. Zur Popularisierung eines Schutzkonzeptes für Kultur- und Naturgüter, Berlin: De Gruyter.
- Aly, Götz (2021): Das Prachtboot. Wie Deutsche die Kunstschatze der Südsee raubten. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Anderson, Benedict (1996): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. 2. Aufl. Frankfurt a.M., New York: Campus Verlag
- Archijeunes (Hg.) (2021): Elemente einer baukulturellen Allgemeinbildung, Zürich: Park Books.
- Assmann, Aleida (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München: C.H.Beck Verlag.
- Assmann, Aleida (2016): Formen des Vergessens. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Assmann, Aleida (2020): Die Wiedererfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen. München: C.H.Beck Verlag.
- Balzer, Jens (2022): Ethik der Appropriation. Berlin: Matthes & Seitz.
- Barck, Karlheinz (Hg.) (2003): Ästhetische Grundbegriffe (ÄGB). Historisches Wörterbuch in sieben Bänden. Stuttgart: Metzler.
- Bargatzky, Thomas (1986): Einführung in die Kulturökologie. Umwelt, Kultur und Gesellschaft. Berlin: Reimer.
- Bauman, Zygmunt (2003): Flüchtige Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Baumgarten, Alexander Gottlieb (Hg.) (1988): Theoretische Ästhetik. Die grundlegenden Abschnitte aus der »Aesthetica« (1750/58); lat.-dt. 2., durchges. Aufl. Hamburg: Meiner.
- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.

- Benoist, Alain de (2017): *Kulturrevolution von rechts*. Dresden: Jungeuropa Verlag (dt. EA Krefeld 1985).
- Beyme, Klaus von (1998): *Kulturpolitik und nationale Identität. Studien zur Kulturpolitik zwischen staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Autonomie*. Opladen, Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Beyme, Klaus von (2012): *Kulturpolitik in Deutschland. Von der Staatsförderung zur Kreativwirtschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bialas, Andreas (2020): Eine Polemik für den Osten. In: *Kulturpolitische Mitteilungen*, II, Nr. 169, S. 44–46.
- Blanke, Hermann-Josef (Hg.) (2003): *Deutsche Verfassungen. Dokumente zu Vergangenheit und Gegenwart*. Paderborn: Schöningh.
- Blom, Philipp (2020): *Das große Welttheater. Von der Macht der Vorstellungskraft in Zeiten des Umbruchs*. Wien: Paul Zsolnay Verlag.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Blühdorn, Ingolfur (2024): *Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Böhme, Gernot (2016): *Ästhetischer Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Boltanski, Luc; Esquerre, Arnaud (2018): *Bereicherung. Eine Kritik der Ware*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Borries, Friedrich von; Kasten, Benjamin (2019): *Stadt der Zukunft. Wege in die Globalopolis*, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Bourdieu, Pierre (1987): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftl. Urteilskraft*. 4. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bousquet, François (2022): *Mut oder Wie man einen Kulturkampf inszeniert*, Schnellroda: Verlag Antaios (franz. Ausg. Paris 2019).
- brand eins Medien AG (2019): *edition brand eins. Urbane Innovationen*, 2. Jg., Heft 3.
- Brosda, Carsten (2020a): *Die Kunst der Demokratie. Die Bedeutung der Kultur für eine offene Gesellschaft*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Brosda, Carsten (2020b): *Ausnahme/Zustand. Notwendige Debatten nach Corona*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Bubner, Rüdiger (1973): *Das älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus*. In: ders. (Hg.): *Das älteste Systemprogramm. Studien zur Frühgeschichte des deutschen Idealismus*. Bonn: Bouvier Verlag.
- Bude, Heinz (2019): *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee*. München: Carl Hanser Verlag.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (o.J.): *Statistik*, <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/statistik-node.html> (Zugriff vom 05.05.2024).
- Bürger, Peter (1974): *Theorie der Avantgarde*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.

- Burstein, Fabian (2022): *Eroberung des Elfenbeinturms. Streitschrift für eine bessere Kultur*. Wien: Atelier.
- Burstein, Fabian (2024): *Empowerment Kultur. Was Kultur braucht, um in Zeiten von Shitstorms, Krisen und Skandalen zu bestehen*. Wien: Atelier
- Campbell, Joan (1989): *Der Deutsche Werkbund. 1907 – 1934*. München: dtv/Klett-Cotta.
- Cattaneo, Cristina (2020): *Namen statt Nummern. Auf der Suche nach den Opfern des Mittelmeers*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Chakrabarty, Dipesh (2022): *Das Klima der Geschichte im planetarischen Zeitalter*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Condemi, Silvana; Savatier, François (2020): *Der Neandertaler, unser Bruder. 300.000 Jahre Geschichte des Menschen. Unter Mitarbeit von Benoît Clarys*. München: C.H.Beck Verlag.
- Crouch, Colin (2015): *Postdemokratie*. 11. Aufl. Berlin: Suhrkamp Verlag (1. Aufl. 2008).
- Czollek, Max (2018): *Desintegriert euch!* München: Carl Hanser Verlag.
- Czollek, Max (2020): *Gegenwartsbewältigung*. München: Carl Hanser Verlag.
- Czollek, Max (2023): *Versöhnungstheater*. München: Carl Hanser Verlag.
- Debes, Martin (2021): *Demokratie unter Schock. Wie die AfD einen Ministerpräsidenten wählte*, Essen: Klartext Verlag.
- Deitelhoff, Nicole et al. (2023): *Abschlussbericht Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der documenta fifteen*, https://www.documenta.de/files/230202_Abschlussbericht.pdf (Zugriff vom 21.04.2024).
- de Maizière, Thomas (2017): »Wir sind nicht Burka«. Innenminister will deutsche Leitkultur, Gastbeitrag in: *Zeit online*, 30.04.2017, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/thomas-demaiziere-innenminister-leitkultur> (Zugriff vom 28.07.2024).
- Deutsche UNESCO-Kommission (2023): *Bundesweites Verzeichnis Immaterielles Kulturerbe*, Bonn, https://www.unesco.de/sites/default/files/2023-06/IKE_Verzeichnis_2023_web.pdf (Zugriff vom 21.04.2024).
- Deutsche UNESCO-Kommission (o.J.): *Kriterien für die Einschreibung auf die Liste des gefährdeten Erbes der Welt*, <https://www.unesco.de/kultur-und-natur/welterbe/welterbe-sein/welterbe-gefahr#kriterien-in-gefahr> (Zugriff vom 17.04.2024).
- Deutscher Bundestag (2005): *BT-Drs. 15/5560 v. 1.06.2005*.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2008): *Kultur in Deutschland. Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages*. Regensburg: ConBrio.
- Deutscher Bundestag (2019): *Stenografischer Bericht der 111. Sitzung, Plenarprotokoll 19/111*, Berlin 11. September 2019.
- Deutscher Bundestag (2023): *BT-Drs. 20/5226 v. 17.01.2023*.

- Deutscher Bundestag (2023): Fachgespräch zur documenta: Kunstfreiheit und Bekämpfung von Antisemitismus. Berlin, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kwo6-pa-kultur-medien-929282> (Zugriff vom 30.04.2024).
- Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien (2023): BT-Ausschussdrucksache 20(22)73 zur Anhörung vom 20.09.2023.
- Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien (2023), Wortprotokoll der 41. Sitzung (Protokoll Nr. 20/41) vom 20.09.2023.
- Deutscher Kulturrat o.J.: Die Rote Liste, <https://www.kulturrat.de/thema/die-rote-liste/> (Zugriff vom 09.05.2024).
- Deutscher Städtetag (2023): Erinnern ist Zukunft. Demokratie stärken mit Erinnerungskultur. Positionspapier des Deutschen Städtetages. Beschlossen vom Präsidium am 23. März 2023; <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publicationen/Positionspapiere/2023/positionspapier-erinnern-ist-zukunft-2023.pdf> (Zugriff vom 21.04.2024).
- Deutscher Städtetag (2024): Erklärung »Demokratie stärken – breite Mehrheit gegen Rechtsextremismus« anlässlich der Konferenz der ostdeutschen Städte vom 27.02.2024, <https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2024/konferenz-ostdeutsche-staedte-demokratie-staerken-breite-mehrheit-gegen-rechtsextremismus> (Zugriff vom 04.05.2024).
- Deutsches Historisches Museum/Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland (Hg.) (1999): Einigkeit und Recht und Freiheit. Wege der Deutschen 1949–1999. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Deutschlandfunk (03.07.2012): Interview mit Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, <https://www.deutschlandfunk.de/zimmermann-mit-roter-liste-um-jede-einzelne-100.html> (Zugriff vom 06.05.2024).
- Dieckmann, Friedrich (2009): Deutsche Daten oder der lange Weg zum Frieden. 1945, 1949, 1953, 1961, 1989. Göttingen: Wallstein-Verlag.
- Dietrich, Gerd (2018): Kulturgeschichte der DDR. Bd. 1., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Distelhorst, Lars (2021): Kulturelle Aneignung. Hamburg: Edition Nautilus.
- Documentarchiv (2024): Entwurf Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Arbeitsgruppe »Neue Verfassung der DDR« des Runden Tisches, http://www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html#1 (Zugriff vom 02.06.2024).
- Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR (2012): Alltag: DDR. Geschichten, Fotos, Objekte. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Düffel, John von (2022): Das Wenige und das Wesentliche. Ein Stundenbuch. Köln: DuMont.
- Eagleton, Terry (2017): Kultur. Berlin: Ullstein.

- Eliot, T.S. (1949): Beiträge zum Begriff der Kultur. Unter Mitarbeit von Gerhard Hensel. Berlin, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- El-Mafaalani, Aladin (2021): Wozu Rassismus? – Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassismuskritischen Widerstand. Unter Mitarbeit von Denis Moschitto. Berlin: Argon Verlag.
- Englert, Klaus (2021): Wie wir wohnen werden. Die Entwicklung der Wohnung und die Architektur von morgen. 2., aktualisierte und erweiterte Aufl. Ditzingen: Reclam.
- Enke, Roland; Probst, Bettina (Hrsg.) (2011): Via Regia. 800 Jahre Bewegung und Begegnung. Katalog zur 3. Sächsischen Landesausstellung, Dresden: Sandstein Verlag.
- Enninger, Jürgen (2023): Ästhetische und programmatische Antworten der Kulturpolitik auf Veränderungen des natürlichen Umfelds, in: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.; Christine Fuchs (Hg.) (2023): Textbuch Kunst. Klima.Kunst. Das Städtefestival & Kulturarbeit im Klimawandel, Schulungen 2022–2023, Ingolstadt, S. 162–167.
- European Commission, Directorate-General for Education, Youth, Sport and Culture (2022): Stormy times – Nature and humans – Cultural courage for change – 11 messages for and from Europe, Publications Office of the European Union, <https://data.europa.eu/doi/10.2766/90729> (Zugriff vom 20.01.2023).
- FÄN, Fonds Ästhetik und Nachhaltigkeit. o.J., <https://www.fonds-aesthetik-und-nachhaltigkeit.de> (Zugriff 06.05.2024).
- Finke, Peter (2003): Kulturökologie. In: Nünning, Ansgar; Nünning, Vera (Hg.): Konzepte der Kulturwissenschaften. Theoretische Grundlagen – Ansätze – Perspektiven, Stuttgart: J.B. Metzler, S. 248–279.
- Fischer, Susanne; Hankel, Gerd; Knöbl, Wolfgang (Hg.) (2022): Die Gegenwart der Gewalt und die Macht der Aufklärung. Festschrift für Jan Philipp Reemtsma. Springe: zu Klampen Verlag.
- Föhl, Patrick S.; Glogner-Pilz, Patrick (2017): Kulturmanagement als Wissenschaft. Grundlagen – Entwicklungen – Perspektiven: Einführung für Studium und Praxis. Bielefeld: transcript.
- Föhl, Thomas (2010): Henry van de Velde. Architekt und Designer des Jugendstils. Weimar: Weimarer Verl.-Ges.
- Fohrbeck, Klara; Wiesand, Andreas Johannes (1972): Der Autorenreport, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Fohrbeck, Klara; Wiesand, Andreas Johannes (1975): Der Künstler-Report. Musikschaffende, Darsteller/Realisatoren, Bildende Künstler/Designer, München: Hanser.
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript.

- Foucault, Michel (1992): *Archäologie des Wissens*. 5. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fourest, Caroline (2020): *Generation beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer*. Berlin: Verlag Klaus Bittermann.
- Franz, Michael (1984): *Wahrheit in der Kunst. Neue Überlegungen zu einem alten Thema*. Berlin, Weimar: Aufbau-Verlag.
- Friedrich, Jörg; Takasaki, Simon; Haslinger, Peter; Thiedmann, Oliver (Hg.) (2015): *Refugees welcome. Konzepte für eine menschenwürdige Architektur*. Jovis Verlag. Berlin: Jovis.
- Fuchs, Max (2011): *Leitformeln und Slogans in der Kulturpolitik*. Wiesbaden: VS-Verl.
- Fuhrmann, Manfred (2004): *Der europäische Bildungskanon*. Frankfurt a.M./Leipzig: Insel Verlag (Erw. Neuauflage).
- Fukuyama, Francis (2018): *Identity. The demand for dignity and the politics of Resentment*, New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Gehl, Jan (2018): *Städte für Menschen*. 4. Aufl. Berlin: Jovis.
- Geis, Max-Emanuel (1990): *Kulturstaat und kulturelle Freiheit*. Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 1989/90. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Geiselberger, Heinrich (Hg.) (2017): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Gennies, Sidney (2021): *Die Identitätspolitik des Wolfgang Thierse. »Normalität« ist die Cancel Culture des alten weißen Mannes*. In: *Der Tagesspiegel*, 11.03.2021, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/die-identitaetspolitik-des-wolfgang-thierse-normalitaet-ist-die-cancel-culture-des-alten-weissen-mannes/26996920.html> (Zugriff vom 30.07.2021).
- Gerhardt, Volker (2006): *Freiheit und Verantwortung*. In: Meyer, Thomas; Vorholt, Udo (Hg.): *Freiheit und kulturelle Differenzen*. Bochum/Freiburg: projekt verlag, S. 69–77.
- Glaser, Hermann (1986): *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2: *Zwischen Grundgesetz und großer Koalition 1949 – 1967*, München/Wien: Hanser.
- Glaser, Hermann; Stahl, Karl Heinz (1974): *Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Perspektiven und Modelle einer neuen Soziokultur*. München: Juventa Verlag.
- Glogner-Pilz, Patrick; Föhl, Patrick S. (Hg.) (2016): *Handbuch Kulturpublikum. Forschungsfragen und -befunde*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Goehler, Adrienne (2006): *Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat in die Kulturgesellschaft*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Göres, Joachim (2018): *Solide Hilfe*, *Süddeutsche Zeitung* 8.2.2018, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fluechtlingsbauten-solide-hilfe-1.3857246> (Zugriff vom 14.05.2024).

- Göschel, Albrecht (1999): Kontrast und Parallele – kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 91. Stuttgart u. a.: Verlag W. Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag.
- Graeber, David; Wengrow, David (2022): Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Gramsci, Antonio (1987): Gedanken zur Kultur. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun.
- Grätz, Ronald; Hilgert, Markus (Hg.) (2021): Innen – außen. Perspektiven einer integrierten Kulturpolitik. Göttingen: Steidl.
- Green Culture Anlaufstelle, o.J.: Homepage, <https://www.greenculture.info/> (Zugriff 06.05.2024)
- Groschopp, Horst (1985): Zwischen Bierabend und Bildungsverein. Zur Kulturarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914, Berlin: Dietz Verlag.
- Groschopp, Horst (2013): »Der ganze Mensch«. Die DDR und der Humanismus – Ein Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte. Marburg: Tectum Verlag.
- Groys, Boris (1992): Über das Neue. Versuch einer Kulturökonomie. München, Wien: Hanser.
- Guérot, Ulrike (2021): Freiheit und Sicherheit. Ein kritischer Blick auf die aktuelle Corona-Debatte. In: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 172, I/2021, S. 71–72.
- Gümüşay, Kübra (2021): Sprache und Sein. München: btb.
- Häberle, Peter (1998): Verfassungslehre als Kulturwissenschaft. 2. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.
- Haase, Horst (Leiter des Autorenkollektivs) et al. (1986): Die SED und das kulturelle Erbe. Orientierungen, Errungen-schaften, Probleme. Berlin: Dietz Verlag.
- Hacker, Michael; Maiwald, Stephanie; Staemmler, Johannes (Hg.) (2012): Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Hall, Stuart (2012): Rassismus und kulturelle Identität, Ausgewählte Schriften 2, Hamburg: Argument Verlag.
- Han, Byung-Chul (2005): Hyperkulturalität. Kultur und Globalisierung. Berlin: Merve Verlag.
- Han, Byung-Chul (2021): Infokratie. Digitalisierung und die Krise der Demokratie. Berlin: Matthes & Seitz.
- Han, Byung-Chul (2023): Die Krise der Narration. Berlin: Matthes & Seitz.
- Hanke, Benjamin (2024): Kulturelle Teilhabe durch Immaterielles Kulturerbe. Instrumente der Kulturpolitik in Deutschland zur Umsetzung der UNESCO-Konvention von 2003, Wiesbaden: Springer VS.
- Hanke, Helmut; Rossow, Gerd (1977): Sozialistische Kulturrevolution. Berlin: Dietz Verlag.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2004): Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt a.M., New York: Campus Verlag.

- Haselbach, Dieter; Klein, Armin; Knüsel, Pius; Opitz Stephan (2012): Der Kulturinfarkt. Von allem zu viel und überall das Gleiche. Eine Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention. München: Albrecht Knaus Verlag.
- Hassan, Ihab (1988): Postmoderne heute. In: Welsch, Wolfgang (Hg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion. Weinheim: VCH Verlagsgesellschaft. S. 47–56.
- Häußermann, Hartmut; Läßle, Dieter; Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1971): Vorlesungen über die Ästhetik. Hg. v. Rüdiger Bubner. Stuttgart: Reclam.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (2017): Wissenschaft der Logik. Berlin: Suhrkamp Verlag (EA Nürnberg 1812–1816)
- Heid, Katherine; Pfaff, Sophie; Sievers Simon [Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft] (Hg.) (2024): Jahrbuch für Kulturpolitik 2023/24, Bd. 19, Thema: Kulturen der Digitalität. Bielefeld: transcript (im Erscheinen).
- Heinicke, Julius (2019): Sorge um das Offene. Verhandlungen von Vielfalt im und mit Theater. Berlin: Theater der Zeit.
- Heinig, Stefan (2022): Integrierte Stadtentwicklungsplanung. Konzepte – Methoden – Beispiele. Bielefeld: transcript.
- Heinrich-Böll-Stiftung; Probst, Lothar (Hg.) (1999): Differenz in der Einheit. Über die kulturellen Unterschiede der Deutschen in Ost und West. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Heinrichs, Werner (1997): Kulturpolitik und Kulturfinanzierung. Strategien und Modelle für eine politische Neuorientierung der Kulturfinanzierung. München: C.H.Beck Verlag.
- Hellermann, Johannes (2020): Kommunen und ihre Rolle bei der Flüchtlingsaufnahme: Rechtslage, Rechtsprechung, relevante Rechtsquellen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 16.12.2020, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingspolitik/322888/kommunen-und-ihre-rolle-bei-der-fluechtlingsaufnahme-rechtslage-rechtsprechung-relevante-rechtsquellen/> (Zugriff 06.05.2024).
- Hensel, Jana (2002): Zonenkinder. 2. Aufl. Reinbek: Rowohlt.
- Herder, Johann Gottfried (o.J.; EA 1784/91): Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit. In: Herders Werke, Auswahl in acht Teilen, hg. von Ernst Naumann. Berlin, Leipzig, Wien, Stuttgart: Deutsches Verlagshaus Bong.
- Hermund, Jost (1986): Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1965. München: Nymphenburger.
- Hess, Hans (1966): Nachwort. In: Dank in Farben. Aus dem Gästebuch Alfred und Thekla Hess (1966). München: Piper.

- Hessel, Stéphane (2010): *Empört Euch!* Berlin: Ullstein.
- Heuß, Theodor (1951): *Kräfte und Grenzen einer Kulturpolitik*. Tübingen, Stuttgart: Rainer Wunderlich Verlag.
- Holden, John (2015): *The ecology of culture*. A report commissioned by the Arts and Humanities Research Council's cultural value project. Swindon: Arts and Humanities Research Council.
- Holst, Christian (Hg.) (2020): *Kultur in Interaktion. Co-Creation im Kultursektor*. Wiesbaden: Springer.
- Honecker, Erich (2012): *Letzte Aufzeichnungen*. 3. Aufl. Berlin: Verlag Das Neue Berlin.
- Horn, Eva; Bergthaller, Hannes (2019): *Anthropozän zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag.
- Huber, Ernst Rudolf (1958): *Zur Problematik des Kulturstaats*. Tübingen: Mohr (Siebeck).
- Huizinga, Johan (2014): *Das Spielelement der Kultur. Spieltheorien nach Johan Huizinga*. Unter Mitarbeit von Johan Huizinga, Georges Bataille, Roger Callois und Markus Knut Ebeling. Berlin: Matthes & Seitz (EA 1934).
- Huntington, Samuel P. (2002): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. 9. Aufl. München: Wilhelm Goldmann Verlag (EA 1996)
- Ischreyt, Heinz (1964): *Deutsche Kulturpolitik. Informationen über ihre pluralistischen und totalitären Formen. Ein Leitfaden*. Bremen: Schünemann.
- Jäger, Manfred (1992): *Von der geringen Tiefenwirkung eines reichen Angebots: In: Muschter, Gabriele; Thomas, Rüdiger (Hg.): Jenseits der Staatskultur. Traditionen autonomer Kunst in der DDR*. München: Carl Hanser Verlag, S. 43–61.
- Jagla, Annette; Knoblich, Tobias J. (2020): *Kulturpolitik und Kulturbetriebe im Zeitalter der Digitalität*. In: Holst, Christian (Hg.): *Kultur in Interaktion. Co-Creation im Kultursektor*. Wiesbaden: Springer, S. 1–22.
- Jullien, François (2017): *Es gibt keine kulturelle Identität. Wir verteidigen die Ressourcen einer Kultur*. Berlin: Suhrkamp.
- Jung, Otmar (1976): *Zum Kulturstaatsbegriff*. Zugl.: Würzburg, Univ., Jur. Fak., Diss., 1972/1973. Meisenheim am Glan: Hain.
- Kaube, Jürgen: *Das Reflexionsdefizit des Wohlfahrtsstaates*. In: Lessenich, Stephan (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*. Frankfurt a.M.: Campus-Verl., S. 41–54.
- Kegler, Harald (2014): *Resilienz. Strategien & Perspektiven für die widerstandsfähige und lernende Stadt*. Gütersloh, Berlin, Basel: Bauverl.
- Khanna, Parag (2021): *Move. Das Zeitalter der Migration*. Berlin: Rowohlt.
- Klein, Armin (2007): *Der exzellente Kulturbetrieb*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klopp, Jens (2023): *Kultur als Politikfeld. Demokratie und kulturelle Resonanz!* In: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Nr. 183, IV/2023, S. 74–75.

- Knoblich, Tobias J. (2012a): Der Artikel 35 des Einigungsvertrages und seine kulturpolitisch-konzeptionellen Folgen für die gesamte Bundesrepublik. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2012, Bd. 12, Thema: Neue Kulturpolitik der Länder. Essen: Klartext Verlag, S. 35–43.
- Knoblich, Tobias J. (2012b): Der Kulturstaat als »ideologisches Leitkonzept«? Eine Auseinandersetzung mit der Position von Max Fuchs. In: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 136, I/2012, S. 48–50.
- Knoblich, Tobias J. (2017): Die »Alternative für Deutschland« und ihre Reset-Kulturpolitik. In: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 159, IV/2017, S. 55–57, auch online: https://www.kupoge.de/kumi/pdf/kumi159/kumi159_55-57.pdf (Zugriff vom 06.05.2024).
- Knoblich, Tobias J. (2018a): Gibt es ein »transformatorisches Kulturmanagement«? Zur Annäherung von Kulturpolitik und Kulturmanagement. In: Pöllmann, Lorenz; Risch-Kerst, Mandy; Röckrath, Gereon; Scheytt, Oliver (Hg.): Handbuch Kulturmanagement, B 2.32 (63/2018), Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 15–37.
- Knoblich, Tobias J. (2018b): Programmformeln und Praxisformen von Soziokultur. Kulturpolitik als kulturelle Demokratie. Wiesbaden: Springer VS.
- Knoblich, Tobias J. (2019): In bester Verfassung? Deutsche Einheit und Verfassungskultur. In: Politik & Kultur, 4/2019, S. 17.
- Knoblich, Tobias J. (2024): Liberale Demokratie als Toleranz- und Überzeugungsprogramm, Roman-Herzog-Institut, München, <https://www.romanherzoginstitut.de/unsere-experten/demokratie-ist-eine-zumutung/vermeidung-wirtschaftlicher-abhaengigkeiten-1.html> (Zugriff vom 21.02.2024).
- Knoblich, Tobias J.; Sievers, Norbert; Mohr, Henning (Hg.) (2021): Kulturpolitik neu denken. Festschrift zum 85. Geburtstag von Olaf Schwencke, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
- Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transcript.
- Köpping, Petra (2018): Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (2009): Endspiel: Die Revolution von 1989 in der DDR. München: C.H.Beck Verlag.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München: C.H.Beck Verlag.
- Krah, Maximilian (2024): Politik von rechts. Ein Manifest, Schnellroda: Antaios Verlag (6. Aufl.).
- Krastev, Ivan (2017): Auf dem Weg in die Mehrheitsdiktatur? In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 117–134.

- Kröger, Franz; Mohr, Henning; Sievers, Norbert; Weiß, Ralf [Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft] (Hg.) (2022): Jahrbuch für Kulturpolitik 2021/22, Bd. 18, Thema: Kultur der Nachhaltigkeit. Bielefeld: transcript.
- Kuhn, Thomas S. (1996): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. 2., rev. und um das Postskriptum von 1969 erg. Aufl., 13. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Kultur ins Grundgesetz (2020/2021): Petition Kultur ins Grundgesetz, <https://www.kulturinsgrundgesetz.de> (Zugriff 06.05.2024).
- Kultugesetzbuch Nordrhein-Westfalen 2022, <https://www.mkw.nrw/kultur/rahmen-der-kulturpolitik/kultugesetzbuch-nordrhein-westfalen> (Zugriff vom 23.04.2024).
- Kulturministerkonferenz (2019): Erste Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten der Staatsministerin des Bundes für Kultur und Medien der Staatsministerin im Auswärtigen Amt für internationale Kulturpolitik der Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder und der kommunalen Spitzenverbände, Stand: 13.03.2019 (https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2019/2019-03-25_Erste-Eckpunkte-Sammlungsgut-koloniale-Kontexte_final.pdf) (Zugriff vom 21.04.2024).
- Kulturpolitische Gesellschaft e.V. o.J.: Essays zu #neueRelevanz, <https://kupoge.de/essays-zu-neue-relevanz/> (Zugriff 09.05.2024).
- Kulturpolitische Gesellschaft e.V. (Hg.) (2012): Von allem zu viel und überall das Gleiche? Kulturpolitische Mitteilungen, Beiheft 5, Bonn.
- Lammert, Norbert (Hg.) (2006): Verfassung – Patriotismus – Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Berlin (o.J.): Modulare Unterkünfte, <https://www.berlin.de/laf/wohnen/allgemeine-informationen/modulare-unterkuenfte/> (Zugriff 06.05.2024).
- Latour, Bruno (2018): Das terrestrische Manifest. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Laudenbach, Peter (2023): Volkstheater. Der rechte Angriff auf die Kunstfreiheit. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Lefebvre, Henri (2016): Das Recht auf Stadt. Nautilus Flugschrift. Hamburg: Edition Nautilus (EA Paris 1968).
- Lenski, Sophie-Charlotte (2013): Öffentliches Kulturrecht: Materielle und immaterielle Kulturwerke zwischen Schutz, Förderung und Wertschöpfung. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Lentz, Carola (2021): Das Goethe-Institut. Eine Geschichte von 1951 bis heute. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Leo, Per (2021): Tränen ohne Trauer. Nach der Erinnerungskultur. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Lepenies, Wolf (2006): Kultur und Politik. Deutsche Geschichten. München, Wien: Hanser.

- Lessenich, Stephan (2022): Nicht mehr normal. Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs: Berlin: Hanser.
- Lovelock, James E. (1993): Das Gaia-Prinzip. Die Biographie unseres Planeten. Frankfurt a.M., Leipzig: Insel-Verl. (EA 1988)
- Löw, Martina (2018): Soziologie der Städte. 3. Aufl., Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Lück, Manuela (2017): Die Kulturpolitik der Alternative für Deutschland, Februar 2017 (E-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen).
- Ludewig, Peter (Hg.) (1988): Schrei in die Welt. Expressionismus in Dresden. Berlin: Der Morgen.
- Ludwig, Andreas (2000): Eisenhüttenstadt. Wandel einer industriellen Gründungsstadt in fünfzig Jahren. Potsdam 2000: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.
- Lukács, Georg (1987): Die Eigenart des Ästhetischen. 2 Bde., 2. Aufl. Berlin, Weimar: Aufbau-Verl.
- Lunatscharski, Anatoli (1981): Vom Proletkult zum sozialistischen Realismus. Aufsätze zur Kunst der Zeit. Berlin: Dietz Verlag.
- Maasberg, Ute (2016): Neue Wohnkonzepte – bauen für Geflüchtete, Goethe-Institut Tschechien, <https://www.goethe.de/ins/cz/de/kul/mag/15151558.html> (Zugriff 06.05.2024).
- Magnago Lampugnani, Vittorio (2023): Gegen Wegwerfarchitektur. Dichter, dauerhafter, weniger bauen. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Malik, Kenan (2017): Das Unbehagen in den Kulturen. Eine Kritik des Multikulturalismus und seiner Gegner. Frankfurt a.M.: Novo Argumente Verlag.
- Mandel, Birgit; Wolf, Birgit (2020): Staatsauftrag: »Kultur für alle«. Ziele, Programme und Wirkungen kultureller Teilhabe und Kulturvermittlung in der DDR. Bielefeld: transcript.
- Manow, Philip (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Manow, Philip (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Marcuse, Herbert (1965): Über den affirmativen Charakter der Kultur. In: ders., Kultur und Gesellschaft I. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Martin, Marko (2020): Die verdrängte Zeit. Vom Verschwinden und Entdecken der Kultur des Ostens. Stuttgart: Tropen.
- Masopust, Andreas (2016): Bundeskulturförderung für Theater und Orchester. Gedanken zur Beteiligung des Bundes an der Theater- und Orchesterfinanzierung. In: Musikforum 4, S. 35.
- Maturana, Humberto R.; Varela, Francisco J. (1991): Der Baum der Erkenntnis. Die biologischen Wurzeln des menschlichen Erkennens. 3. Aufl. München: Goldmann (EA 1984).

- Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Menke, Christoph (2013): Die Kraft der Kunst. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Menzel, Ruth; Menzel, Eberhard (2008): Alfred Hess. Schuhfabrikant, Kunstsammler und Mäzen. Erfurt: Sutton.
- Metzger, Constanze (2022): Weltkulturerbe ohne Grenzen. Deutschlands transnationale Kulturpolitik zur Welterbekonvention der UNESCO, Wiesbaden: Springer.
- Meyer, Hans Joachim (2015): In keiner Schublade. Erfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland. Freiburg i.Br.: Herder Verlag.
- Meyer, Thomas (2002): Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede. Berlin: Suhrkamp Verlag (2. Aufl. 2015).
- Micossé-Aikins, Sandrine (2024): »Berlin ist diverser als der Berliner Kulturbetrieb«. Ein Gespräch mit Sandrine Micossé-Aikins. In: Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 33. Jg., Heft 2, April/Mai, S. 108–118ff.
- Ministerium für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik (1954): Über den Aufbau einer Volkskultur in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin: Selbstverlag.
- Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen des Landes Baden-Württemberg (2022): Förderprogramm und baurechtliche Erleichterungen – Wohnraum für Geflüchtete, <https://mlw.baden-wuerttemberg.de/de/bauen-wohnen/wohnraum-fuer-fluechtlinge/> (Zugriff 06.05.2024).
- Ministertreffen Stadtentwicklung 2020: Neue Leipzig-Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl, verabschiedet beim Informellen Ministertreffen Stadtentwicklung am 30. November 2020, <https://www.bmwsb.bund.de/Webs/BMWSB/DE/themen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/neue-leipzig-charta/neue-leipzig-charta-node.html> (Zugriff 06.05.2024).
- Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Mohrmann, Ute (1983): Engagierte Freizeitkunst. Werdegang und Entwicklungsprobleme des bildnerischen Volksschaffens in der DDR. Berlin: Verlag Tribüne Berlin.
- Möllers, Christoph (2022): Grundrechtliche Grenzen und grundrechtliche Schutzgebote staatlicher Kulturförderung. Ein Rechtsgutachten im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Berlin.
- Möllers, Christoph (2024): Zur Zulässigkeit von präventiven Maßnahmen der Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus in der staatlichen Kulturförderung. Ein verfassungs- und verwaltungsrechtliches Kurzgutachten im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Berlin.

- Mommsen, Wolfgang J. (2000): Bürgerliche Kultur und politische Ordnung. Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle in der deutschen Geschichte 1830–1933. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Moritz, Karl Philipp (1989): Über die bildende Nachahmung des Schönen (1788). In: ders., Beiträge zur Ästhetik. Hg. v. Hans Joachim Schrimpf. Mainz: Dieterich.
- Mouffe, Chantal (2016): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Neubauer, Dirk (2021): Rettet die Demokratie! Eine überfällige Streitschrift. Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Neue Nachbarn Tübingen GmbH & Co. KG (o.J.): Homepage, <https://www.neue-nachbarn-tuebingen.de/> (Zugriff 06.05.2024).
- Neutsch, Erik (1973): Auf der Suche nach Gatt. Halle: Mitteldeutscher Verlag.
- Nida-Rümelin, Julian (2020): Die gefährdete Rationalität der Demokratie. Ein politischer Traktat. Hamburg: Edition Körber.
- Nida-Rümelin, Julian (2023): »Cancel Culture« – Ende der Aufklärung? Ein Plädoyer für eigenständiges Denken. Piper Verlag: München
- Niedermayer, Oskar (2020): Mitgliederentwicklung der Parteien, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 18.09.2020, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138672/mitgliederentwicklung> (Zugriff vom 21.07.2021).
- Nipperdey, Thomas (1988): Wie das Bürgertum die Moderne fand. Berlin: Siedler.
- Nünning, Ansgar; Nünning, Vera (Hg.) (2003): Konzepte der Kulturwissenschaften. Theoretische Grundlagen – Ansätze – Perspektiven, Stuttgart: J.B. Metzler.
- Opitz, Stephan (2022): Volatile Legitimationen – legitime Willkür. Einige Perspektiven auf öffentliche und private Kulturförderung. In: Fischer, Susanne; Hankel, Gerd; Knöbl, Wolfgang (Hg.): Die Gegenwart der Gewalt und die Macht der Aufklärung. Festschrift für Jan Philipp Reemtsma. Springer: zu Klampen Verlag. S. 401–421.
- Oschmann, Dirk (2023): Der Osten, eine westdeutsche Erfindung. Berlin: Ullstein Verlag.
- Paoli, Guillaume (2018): Die lange Nacht der Metamorphose. Über die Gentrifizierung der Kultur. 2. Aufl. Berlin: Matthes & Seitz.
- Pelluchon, Corine (2020): Wovon wir leben. Eine Philosophie der Ernährung und der Umwelt. Darmstadt: wbg Academic.
- Pfahl-Traughber, Armin: Was die »Neue Rechte« ist – und was nicht. Definition und Erscheinungsformen einer rechtsextremistischen Intellektuellengruppe. Bundeszentrale für politische Bildung, 21.09.2019, <https://www.bpb.de/theme>

- n/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht/ (Zugriff vom 04.05.2024).
- Plato (1993): *Der Staat*. Nachdr. [d. Ausg.] Leipzig, Meiner, 1923. Hg. v. Otto Apelt. Hamburg: Meiner.
- Plessner, Helmuth (1974): *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Polanyi, Karl (2021): *The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 15. Aufl. Berlin: Suhrkamp Verlag (EA 1944).
- Pracht, Erwin (Leiter des Autorenkollektivs) et al. (1987): *Ästhetik der Kunst*. Berlin: Dietz.
- Raßloff, Steffen (2008): *Bürgerkrieg und Goldene Zwanziger. Erfurt in der Weimarer Republik*. Erfurt: Sutton.
- Rauterberg, Hanno (2018): *Wie frei ist die Gesellschaft? Der neue Kulturkampf und die Krise des Liberalismus*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Rauterberg, Hanno (2021): *Die Kunst der Zukunft. Über den Traum von der kreativen Maschine*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Rebentisch, Juliane (2019): *Die Kunst der Freiheit. Zur Dialektik demokratischer Existenz*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Reckwitz, Andreas (2012): *Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Redslob, Edwin (1972): *Von Weimar nach Europa. Erlebtes und Durchdachtes*. Berlin: Haude und Spener.
- Reichel, Peter (1993): *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Renn, Jürgen (2022): *Die Evolution des Wissens. Eine Neubestimmung der Wissenschaft für das Anthropozän*. Berlin, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Reschke, Renate (2003/2010): *Schön/Schönheit*. In: Barck, Karlheinz et al. (Hg.): *Ästhetische Grundbegriffe*, Bd. 5, Stuttgart/Weimar, Metzler, S. 390–436.
- Richter, Rolf (2002): *Dauerspannung. Kulturpolitik in der DDR*. Rostock: Ingo Koch Verlag.
- Rieger-Ladich, Markus (2022): *Das Privileg. Kampfvokabel und Erkenntnisinstrument*. Ditzingen: Reclam.
- Röbke, Thomas; Wagner, Bernd (2003): *Kulturelle Globalisierung, Multikultur und interkulturelle Kulturpolitik – Einleitung*. In: Röbke, Thomas; Wagner, Bernd [Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft] (Hg.): *Jahrbuch*

- für Kulturpolitik 2002/03, Bd. 3, Thema: Interkultur, Essen: Klartext Verlag, S. 13–56.
- Rödder, Andreas (2009): *Deutschland einig Vaterland: Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München: C.H.Beck Verlag.
- Rohnstock Biografien o.J.: *30 Jahre Deutsche Einheit. Deine Geschichte. Unsere Zukunft*, <https://www.deine-geschichte-unsere-zukunft.de> (Zugriff 05.05.2024).
- Rosa, Hartmut (2016): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Rosa, Hartmut (2018): *Unverfügbarkeit*. Wien, Salzburg: Residenz Verlag.
- Rosengrün, Sebastian (2021): *Künstliche Intelligenz zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Rossmeissl, Dieter (2021): *Die Klugheit der Städte. Bildung – Kultur – Demokratie*, München: kopaed.
- Rummel, Miriam; Stange, Raimar; Waldvogel, Florian (2019): *Haltung als Handlung. Das Zentrum für Politische Schönheit. 3., veränderte Aufl.* München: edition metzel.
- Sartre, Jean-Paul (1997): *Das Sein und das Nichts. Versuch einer phänomenologischen Ontologie*. Reinbek: Rowohlt Verlag.
- Savoy, Bénédicte (2018): *Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universellen Menschheitserbe*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Savoy, Bénédicte (2021): *Afrikas Kampf um seine Kunst. Geschichte einer postkolonialen Niederlage*. München: C.H.Beck Verlag.
- Scheytt, Oliver (2005): *Kommunales Kulturrecht. Kultureinrichtungen, Kulturförderung und Kulturveranstaltungen*. München: C.H.Beck Verlag.
- Scheytt, Oliver (2008): *Kulturstaat Deutschland. Plädoyer für eine aktivierende Kulturpolitik*. Bielefeld: transcript.
- Schildt, Axel; Siegfried, Detlef (2009): *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart*. München: Carl Hanser Verlag.
- Schiller, Friedrich (1989): *Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen (1795)*. 2., erw. Auflage, Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben.
- Schilling, Heinar (1988): *Expressionismus (Vortrag vom 21.01.1918)*. In: Ludewig, Peter (Hg.): *Schrei in die Welt. Expressionismus in Dresden*. Berlin: Der Morgen, S. 44.
- Schindhelm, Michael (2009): *Dubai Speed. Eine Erfahrung*, München: dtv
- Schindhelm, Michael (2017): *Letzter Vorhang. Roman*, Berlin: Verlag Theater der Zeit
- Schmidt, Thomas (2017): *Theater, Krise und Reform. Eine Kritik des deutschen Theatersystems*, Wiesbaden: Springer VS.
- Schmidt, Thomas (2024): *Ethisches Theater. Grundlagen des ethischen Managements und der strukturellen Transformation des Theaters*, Wiesbaden: Springer.

- Schneidewind, Uwe (2018): Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Originalausgabe. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Schönberger, Sophie (2021): Was soll zurück? Die Restitution von Kulturgütern im Zeitalter der Nostalgie. München: C.H.Beck Verlag.
- Schorlemer, Sabine von (2005): Kulturpolitik im Völkerrecht verankert. Das neue UNESCO-Übereinkommen zum Schutz der kulturellen Vielfalt. In: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (Hg.): Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, Heft 6, S. 217–223, auch online: https://dgvn.de/publications/PDFs/Zeitschrift_VN/VN_2005/Heft_6_2005/Beitrag_Schorlemer_VN_6_05.pdf (Zugriff vom 06.05.2024).
- Schuhmann, Annette (2006): Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb. Gewerkschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1946 bis 1970. Köln u.a.: Böhlau Verlag.
- Schulmeister, Karl Heinz (2011): Begegnungen im Kulturbund. Berlin: Kai Homilius Verlag.
- Schulze, Gerhard (2000): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. 8. Aufl. Frankfurt a.M., New York: Campus-Verlag.
- Schwencke, Olaf (Hg.) (1974): Plädoyers für eine neue Kulturpolitik. München: Hanser.
- Schwencke, Olaf; Bühler, Joachim; Wagner, Katharina (2009): Kulturpolitik von A – Z. Ein Handbuch für Anfänger und Fortgeschrittene. Berlin: Siebenhaar Verl.
- Schweppenhäuser, Gerhard (2007): Ästhetik. Philosophische Grundlagen und Schlüsselbegriffe. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Sennett, Richard (1997): Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Siebel, Walter (2015): Die Kultur der Stadt. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Sieferle, Rolf Peter (2017): Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung. Waltrop: Manuscriptum.
- Sievers, Norbert (1991): Neue Kulturpolitik. Programmatik und Verbandseinfluß am Beispiel der Kulturpolitischen Gesellschaft. Bielefeld. 2. Aufl. Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft.
- Sievers, Norbert (2022): Den sozialen Fragen mehr Aufmerksamkeit schenken. Kulturpolitik als Systemkritik. In: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 178, III/2022, S. 46–48.
- Sievers, Norbert; Föhl, Patrick S.; Knoblich, Tobias J. [Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft] (Hg.) (2016): Jahrbuch für Kulturpolitik 2015/16, Bd. 15, Thema: Transformatorische Kulturpolitik. Bielefeld: transcript.
- Simon, Jana: Höcke hat Besuch. In: DIE ZEIT vom 30.11.2017, <https://www.zeit.de/2017/49/zentrum-fuer-politische-schoenheit-bjoern-hoecke-holocaust-mahnmal> (Zugriff vom 27.04.2024).

- Staab, Philipp (2022): *Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft*. Berlin, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Stadt Frankfurt a.M., Amt für multikulturelle Angelegenheiten (o.J.): Über uns, <http://frankfurt.de/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/amt-fuer-multikulturelle-angelegenheiten/ueber-uns> (Zugriff vom 05.05.2024).
- STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.; Christine Fuchs (Hg.) (2023): *Textbuch: Kulturarbeit im Klimawandel. Kunst.Klima.Kunst – Das Städtefestival*. Ingolstadt: STADTKULTUR.
- Stalder, Felix (2016): *Kultur der Digitalität*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015): *Kulturfinanzbericht 2014*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2022): *Kulturfinanzbericht 2022*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Steffen, Tilman: Nicht nur die kleinen Leute. In: *Zeit online*, 23.08.2017, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/afd-waehler-terrorbekaempfung-integration> (Zugriff 06.05.2024).
- Steiner, Udo (1984): *Kulturauftrag im staatlichen Gemeinwesen, Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer, Heft 42*, Berlin/New York: de Gruyter.
- Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten (o.J.): *Die Thüringische Residenzenlandschaft. Auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe*, <https://www.thueringerschloess.de/auf-dem-weg-zum-welterbe/> (Zugriff vom 22.04.2024).
- Taut, Bruno (1924): *Die neue Wohnung. Die Frau als Schöpferin*, Leipzig: Verlag von Klinkhardt & Biermann.
- Terkessidis, Mark (2015): *Kollaboration*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Terzić, Zoran (2020): *Idiocracy. Denken und Handeln im Zeitalter des Idioten*. Zürich: Diaphanes.
- Ther, Philipp (2019): *Das andere Ende der Geschichte. Essays zur großen Transformation*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Tibi, Bassam (2016): *Europa ohne Identität? Europäisierung oder Islamisierung?* Stuttgart: ibidem-Verlag.
- Trittin, Jürgen (2024): *Empörungskultur und Kunstfreiheit. Warum nicht jede scharfe Kritik an Israel antisemitisch ist*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4, S. 50–54.
- Tutzinger Manifest (2001), <https://kupoge.de/ifk/tutzinger-manifest/pdf/tuma-d.pdf> (Zugriff vom 20.01.2023).
- Ullrich, Wolfgang (2016): *Siegerkunst. Neuer Adel, teure Lust*. Berlin: Klaus Wagenbach.
- UNESCO o.J.: *Intangible Cultural Heritage: Lists of Intangible Cultural Heritage and the Register of good safeguarding practices*, <https://ich.unesco.org/en/li>

- sts?multinational=1&type[]=00002&display1=countryIDs&display=stats#tabs (Zugriff vom 24.04.2024).
- UNESCO: Re|Shaping Policies for Creativity. Addressing culture as a global public good, Paris 2022, S. 223, auch online <https://www.unesco.de/sites/default/files/2022-02/Weltbericht%20zur%20Kulturpolitik%202022%20%28englischsprachige%20Langfassung%29.pdf> (Zugriff vom 27.04.2024).
- Uno-Flüchtlingshilfe (2022): Flüchtlingszahlen, <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen#:~:text=Laut%20dem%20aktuellen%20Global%20Trends,Menschen%2C%20die%20internationalen%20Schutz%20oben%3B%26tigen> (Zugriff vom 05.05.2024).
- Vereinte Nationen (2022): Bericht für nachhaltige Entwicklung 2022, Bonn 2022, <https://www.un.org/Depts/german/millennium/SDG-2022-DEU.pdf> (Zugriff vom 15.01.2023).
- Veayne, Paul (2016): Palmyra. Requiem für eine Stadt. München: C.H.Beck Verlag.
- Vogl, Joseph (2021): Kapital und Ressentiment. Eine kurze Theorie der Gegenwart. München: C.H. Beck Verlag.
- Wagener, Martin (2021): Kulturkampf um das Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen. Reinbek: Lau-Verlag.
- Wagenknecht, Sahra (2021): Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Wagner, Bernd (2009): Fürstehof und Bürgergesellschaft. Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik. Essen: Klartext-Verl.
- Wahlprogramm der AfD (2024), <https://www.afd.de/wahlprogramm-kultur/> (Zugriff vom 04.05.2024).
- Walz, Hanna (1964): Protestantische Kulturpolitik. Stuttgart, Berlin: Kreuz-Verl.
- Wapnewski, Peter (2006): Mit dem anderen Auge. Erinnerungen 1959–2000. Berlin: Berlin Verlag.
- Weißmann, Sarah; Liersch, Anja: Kultur- und Kreativwirtschaft: Ein geeignetes Konzept zur Darstellung der Lage der Erwerbstätigen in Kulturberufen?, Statistisches Bundesamt, WISTA 5/2021 (https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2021/05/kultur-kreativwirtschaft-052021.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff vom 06.05.2024).
- Welsch, Wolfgang (2017): Transkulturalität. Realität – Geschichte – Aufgabe. Wien: new.
- Welzbacher, Christian (2009): Edwin Redslob. Biographie eines unverbesserlichen Idealisten. Berlin: Matthes & Seitz.
- Welzer, Harald (2021): Nachruf auf mich selbst. Die Kultur des Aufhörens. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- White, Hayden V. (1991): Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Wißmann, Friederike (2015): Deutsche Musik. Berlin: Berlin Verlag.

- Witzel, Frank (2015): Die Erfindung der Roten Armee Fraktion durch einen manisch-depressiven Teenager im Sommer 1969. Berlin: Matthes & Seitz.
- Wolle, Stefan (2009): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989. 3. Aufl. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Wolle, Stefan (2011): Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Wolle, Stefan (2013): Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR 1949–1961, Berlin: Ch. Links Verlag.
- Zimmer, Andreas (Hg.) (2019): Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR: Eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit zwischen 1945 und 1990. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Zimmermann, Olaf; Geißler, Theo (Hg.) (2015): TTIP, CETA & Co. Die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf Kultur und Medien. Berlin: Deutscher Kulturrat.
- Zuckermann, Moshe (2022): Die Kunst ist frei? Eine Streitschrift für die Kunstautonomie, Frankfurt a.M.: Westend.

Einige Texte enthalten Aufsätze, die in den »Kulturpolitischen Mitteilungen« der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. erschienen sind. Diese wurden aktualisiert und zumeist erweitert.

Zudem sind folgende Texte bereits früher veröffentlicht und für die vorliegende Publikation ebenfalls bearbeitet bzw. neu kontextualisiert worden:

- *Kunst der Freiheit*. In: Kultur und Freiheit. Beschreibung einer Krise, hg. von Roland Bernecker, Ronald Grätz, Göttingen: Steidl Verlag 2021, S. 47–52
- *Elemente einer Theorie der Kulturpolitik*. In: Forschungsfeld Kulturpolitik – eine Kartierung von Theorie und Praxis. Festschrift für Wolfgang Schneider, hg. von Daniel Gad, Katharina M. Schröck, Aron Weigl, Hildesheim/Zürich/New York: Universitätsverlag/Georg Olms Verlag 2019, S. 61–65
- *Kulturpolitik nach der »Wende« – Verständnis und Missverständnisse*. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., Jahrbuch für Kulturpolitik 2015/16, hg. von Norbert Sievers, Patrick S. Föhl, Tobias J. Knoblich, Bd. 15: Transformatorische Kulturpolitik, Bielefeld: transcript 2016, S. 107–113
- *Die Stadt und ich. Über Städtebau und Identität*. In: Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 35, hg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin 2010, S. 7–12
- Auszüge der Veröffentlichung *Die Geburt bürgerlicher Kulturpolitik aus dem Geiste der Moderne. Eine Erfurter Perspektive*. In: Henry van de Velde. Ein Universalmuseum für Erfurt, hg. von Miriam Krautwurst, Kai-Uwe Schierz, Bielefeld/Berlin: Kerber Verlag 2013, S. 154–167

Der Autor dankt den Verlagen für die Zustimmung zum erneuten Abdruck.

Die Reihe wird für die Kulturpolitische Gesellschaft e. V. herausgegeben von Katharine Heid und Dr. Tobias J. Knoblich.

Tobias J. Knoblich, geb. 1971, ist Beigeordneter für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe der Landeshauptstadt Erfurt. Der Kulturwissenschaftler promovierte an der Stiftung Universität Hildesheim und war Gastprofessor an der Universität Leipzig. Er ist Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

